Schwerpunkt: Kulturpolitik der SPD

politik und kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

Nr. 04/07 • Juli - August 2007 www.kulturrat.de 3,00 € • ISSN 1619-4217 • B 58 662

Kulturpolitik der SPD
Gibt es eine Kulturpolitik der SPD? Was ist das Spezifische daran? Worin unterscheidet sie sich von der der anderen Parteien? Mit diesen Fragen setzen sich Kurt Beck, Frank-Walter Steinmeier, Monika Griefahn, Uwe-Karsten Heye, Wolfgang Thierse und Olaf Zimmermann auseinander.
Seiten 1 bis 8

Streitfall: Computerspiele III
Welche Wirkung haben Computerspiele auf Kinder und Jugendliche? Wie können Computerspiele bewertet werden? Welchen Reiz haben diese Spiele? Hiermit befassen sich Thomas Rathgeb, Sabine Feierabend, Christian Pfeiffer, Christian Höppner und Stefanie Ernst.
Seiten 9 bis 14

Jedem Kind ein Instrument
Das groß angelegte Projekt der Kulturstiftung des Bundes, des Landes NRW und der GLS Stiftung Zukunft Bildung soll in den nächsten drei Jahren dazu beitragen, dass 210.000 Grundschüler im Ruhrgebiet ein Instrument erlernen können. Doch welche Nachhaltigkeit kann das Projekt entfalten?
Seiten 14 bis 17

Kulturelle Vielfalt
Nach dem Inkrafttreten der Konvention Kulturelle Vielfalt stellt sich nun die Frage, was kulturelle Vielfalt konkret heißt? Was macht kulturelle Vielfalt aus und welche Entscheidungsträger müssen einbezogen werden? Mit diesen Fragen setzt sich Max Fuchs auseinander.
Seite 23

Kultur Kompetenz Bildung
Ist interkulturelle Bildung eine aktuelle Herausforderung? Wie kann interkulturelle Bildung gelingen? Was gilt es bei interkultureller Bildung zu beachten? Schließt interkulturelle Bildung auch die Künste ein? Damit befassen sich Klaus Hoffmann, Dieter Kramer und Kristin Bäßler.
Beilage Seiten 1 bis 4

Editorial

Aufgeräumt

Wenn man noch einmal einen verklärten Blick zurück in die Bundesrepublik vor dem Mauerfall werfen will, ist Bonn, die alte Bundeshauptstadt, das beste Studienobjekt. Hier wurde, das spürt man selbst noch acht Jahre nach dem Umzug von Parlament und Regierung, anders Politik gemacht als heute an der Spree. Hier war die gute Republik zu Hause, hier wurde Politik noch im familiären Rahmen gemacht. Viele kleine informelle, strenger Vertraulichkeit verpflichtete Zirkel wurden von viel weniger die Politik nervenden Journalisten kontrolliert. So informell, familiär und intransparent wie die ganze Politik war damals auch die Kulturpolitik.

Ängstlich darauf bedacht jedem Streit mit den Ländern über die „Kulturhoheit“ aus dem Weg zu gehen, erschöpfte sich die sichtbare Bundeskulturpolitik damals in der Gründung der Bundeskunsthalle und dem Haus der Geschichte, beide in Bonn. Diese beiden „Großkultureinrichtungen“ sind letztendlich das Vermächtnis von 16 Jahren Kulturpolitik unter Helmut Kohl.

Mittlerweile haben wir uns – glücklicherweise – an eine politisch bedeutendere Bundeskulturpolitik gewöhnt. Es gibt einen Kulturstaatsminister, einen Kulturausschuss im Deutschen Bundestag, die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, die Bundeskulturstiftung und vieles wichtige mehr. Und so ist Bonn mit seinen Relikten der Kulturpolitik der alten Republik etwas in Vergessenheit geraten. Doch jetzt stehen sie wieder im Fokus der Debatte. Der Bundesrechnungshof hatte die Bundeskunsthalle geprüft und erhebliche Verstöße gegen die Bundeshaushaltsordnung festgestellt. Ein Vorwurf, den der Bundesrechnungshof gerne und schnell erhebt. Köpfe, das ist die Forderung aus der Politik, sollen rollen und sie rollen!

Doch was war eigentlich geschehen. Hatte die Bundeskunsthalle nicht das getan, was man in Bonn immer gemacht hatte? Waren es nicht die Politik und besonders die in Bonn verbliebenen Ministerien, die gefordert hatten, alle erdenklichen Aktionen durchzuführen, damit Bonn auch nach dem Regierungsumzug „Bundesstadt“ mit mindestens europaweiter Ausstrahlung bleibt. Das hat die Bundeskunsthalle durch ihren Konzertbetrieb und das Betreiben einer Eisbahn auf sicherlich sehr eigene Weise versucht zu unterstützen und dabei nach den Erkenntnissen des Bundesrechnungshofes die Bundeshaushaltsordnung erheblich gebrochen.

Jetzt wird aufgeräumt! Es hat schon etwas Erstaunliches, das nun gerade ein Kernelement der Kulturpolitik der Union der „Bonner Republik“ vom ersten Kulturstaatsminister der Union geschliffen wird. Vielleicht ein Zeichen dafür, dass nun auch die Kulturpolitik der Union in Berlin angekommen ist.

Olaf Zimmermann, Herausgeber von politik und kultur ■

Kultur-Mensch

Hermann Parzinger

Am 1. März 2008 wird Hermann Parzinger sein Amt als neuer Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz antreten. Er wird dann die größte und bedeutendste Kultureinrichtung in Deutschland leiten. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz umfasst Museen, Bibliotheken und Archive von Weltrang. Als wichtige Aufgabe wartet auf Hermann Parzinger der weitere Umbau der Museumsinsel, ein Vorhaben, das wie der Kölner Dom, wahrscheinlich nie zu einem Ende geführt werden kann und die Errichtung des Humboldt-Forums. Als Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz wird er immer wieder einen Ausgleich im Sinne der Stiftung suchen müssen zwischen den Interessen des Bundes und denen der Länder. Seine Erfahrung als Vorsitzender des Beirats der Stiftung Preußischer Kulturbesitz wird ihm dabei sicherlich zugute kommen. Die Wahl von Hermann Parzinger verlief erstaunlich schnell und geräuschlos. Dieses ist hoffentlich ein gutes Omen für seine Amtszeit.

Foto: Irmgard Wagner, DAI

Plattform für viele Partner schaffen

Zum Stellenwert von Kultur- und Bildungspolitik • Von Frank-Walter Steinmeier

Dass in der deutschen Außenpolitik die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik das gleiche Gewicht und den gleichen Stellenwert hat wie die klassische Diplomatie und die Außenwirtschaftspolitik, verdankt sie der Ära Willy Brandt. Und selten war sie notwendiger als heute.

Frank-Walter Steinmeier **Foto: Thomas Köhler/photothek.net**

Wir brauchen den Gedankenaustausch, die kritische Begleitung und ständige Mahnung der Kultur. Sie kann uns auf die blinden Flecken unserer Wahrnehmung hinweisen, neue Wege vorzeichnen, Rat geben; kurz: helfen zu begreifen, was uns ergreift. Damit ist nicht gemeint, dass wir den Abstand zwischen Politik und Kultur aufheben sollten. Im Gegenteil: Der unverwandte, der neue und kritische Blick auf gesellschaftliche Verhältnisse benötigt Abstand. Das muss aber weder politische Enthaltsamkeit noch Gegnerschaft bedeuten. Denn die Tragödie des vergangenen Jahrhunderts begann, wie das Imre Kertesz kürzlich auf einer gemeinsamen Veranstaltung der Akademie der Künste und des Auswärtigen Amtes formuliert hat, als Politik und Kultur einander zu Feinden wurden. Im 21. Jahrhundert, dem Zeitalter der Globalisierung gilt das nicht nur für unsere eigene Gesellschaft, sondern im weltweiten Zusammenhang. Die Freiheit von Kunst und Kultur zu schützen und den Dialog mit Kunst und Kultur zu suchen ist eine der vornehmsten Aufgaben von Politik. Ganz konkret bedeutet das, zumal in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, Räume zur Verfügung zu stellen, in denen sich unser Land mit den Mitteln der Kunst und der Kultur erklärt, in denen es sich in der ganzen Bandbreite der künstlerischen Ausdrucksformen, in der sprachlichen Vermittlung und seiner europäischen Dimension im besten Sinne des Wortes in der Welt „verständlich“ macht und unsere Partner in der Welt zu verstehen sucht. Dabei stand zu Beginn meiner Amtszeit zunächst die Sicherung und Reform des Goethe-Institutes, des Flaggschiffes der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik im Vordergrund. Die knapp 130 Goethe-Institute im Ausland sind gemeinsam mit unseren Auslandsvertretungen, den Büros der wissenschaftlichen Austauschorganisationen, und nicht zuletzt der zivilgesellschaftlichen Arbeit der Stiftungen im Ausland die kulturelle Infrastruktur Deutschlands im Ausland. Diese kulturelle Infrastruktur muss weiter modernisiert, reformiert und erweitert werden. Wir stehen hier sicher noch am Anfang eines Weges, aber die ersten entscheidenden Schritte sind getan. Sie waren möglich dank der Unterstützung der Kulturschaffenden und besonders der Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Gemeinsam mit ihnen haben wir nach dem schmerzhaften Rückgang der Finanzmittel seit dem Fall der Mauer auch finanziell eine Trendwende eingeleitet, und damit diese anhält, brauchen wir auch weiterhin die Fürsprache aus der Kultur für die Auswärtige Kultur und Bildungspolitik.

Ab dem kommenden Jahr soll ein weiterer Schwerpunkt hinzukommen: die Bildung. Wir können die globalen Probleme nur dann bewältigen, wenn wir uns stärker als bisher auch als interkulturelle und internationale Lerngemeinschaft begreifen. Je früher wir dabei ansetzen, desto nachhaltiger werden die Ergebnisse sein. Hierin liegt das besondere Verdienst unseres weltweiten Auslandsschulnetzes und all' der Schulen, in denen junge Menschen aus aller Welt erste Kontakte mit unserer Sprache, unseren Bildungsinhalten und -angeboten knüpfen können. Sie sind Orte des praktischen Kulturdialogs und leisten einen wichtigen Beitrag zur kulturellen, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im jeweiligen Land – und in Deutschland. Deutschland braucht gut ausgebildete, interkulturell erfahrene Menschen aus und in anderen Ländern dieser Welt. Wir wollen mit unseren innovativen Ansätzen künftig mehr beitragen für den Ausbau von Bildungsangeboten, besonders in Asien und Afrika. Für 2008 möchte ich daher gemeinsam mit der deutschen Wirtschaft, dem Weltverband der Auslandsschulen, dem Goethe-Institut und unseren anderen Partnern, besonders den Bundesländern, eine Schulinitiative unter dem Stichwort „Partner der Zukunft“ ins Leben rufen. Einher mit Sicherung und Ausbau der kulturellen Strukturen geht eine inhaltliche Reform der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Diesen Prozess haben wir im vergangenen Jahr mit einem großen Kongress eingeleitet und werden ihn über die nächsten Jahre fortsetzen. Ich will hier nur einige Leitgedanken schildern:

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik findet in einem größeren Netzwerk statt, als wir das bislang gewohnt waren. Museen, Stiftungen, Organisationen der Zivilgesellschaft wie der Deutsche Kulturrat, Unternehmen des kulturellen Sektors, andere Behörden und nicht zuletzt die Kulturstiftung des Bundes – die ja selbst auch ein sozialdemokratisch initiierter Erneuerungsprozess ist – sind Teil dieses Netzwerkes. Hieran müssen wir die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik auch in der internen Organisation so anpassen, dass sie für möglichst viele Partner eine Plattform wird, an die anzudocken sich lohnt.

Zweitens wollen wir mehr Offenheit für neue Kultursparten und kulturelle Erscheinungsformen: Deutschland ist nicht nur ein führender Standort klassischer Kulturtradition und Künste. Die internationalen Erfolge deutscher Modeschöpfer, Designer, Filmschaffender und anderer Bereiche der so genannten „creative industries“ belegen das. Eine nachhaltige Kulturpolitik muss dem Rechnung

Weiter auf Seite 2

4 195981 603008 04

Fortsetzung von Seite 1

Kultur- und Bildungspolitik

tragen, sich stärker als bisher diesen Bereichen öffnen und die wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen auch international im Blick halten.

Drittens: wir Europäer, und vielleicht der ganze so genannte Westen, haben uns zu sehr daran gewöhnt, dass unsere Gewohnheiten und Denkweisen allerorts für richtig und vernünftig befunden werden. Wir müssen uns wieder angewöhnen zu überzeugen. Geduldiger, nachhaltiger, vor allem widerspruchsfreier, als wir es bislang manchmal tun. Unsere im letzten Jahrhundert dominierende ökonomische Rolle mit dem ihr inne wohnenden Drang nach gleichzeitiger kultureller Dominanz hat das etwas in Vergessenheit geraten lassen. Der Wille, anderen Kulturen mit der notwendigen Empathie zu begegnen, ist weniger verbreitet als das Gegenteil. Obwohl auch die kulturelle Offenheit, die Neugier auf andere Lebensweisen in der europäischen und der deutschen Kultur eine lange Tradition haben. An diese Traditionen wollen wir verstärkt anknüpfen und in den Weltregionen, in denen wir bislang nicht hinreichend präsent, aber um so mehr gefordert sind, auch kulturell mehr Angebote unterbreiten: in den Wachstumsregionen Asiens, aber auch in Mittel- und Osteuropa oder in der Golfregion. Die Vermittlung der deutschen Sprache und Kultur und der kulturelle Austausch sind wichtige Beiträge für einen interkulturellen Dialog. Sie erleichtern zugleich die Verständigung auch über soziale und ökologische Rahmenbedingungen im internationalen Rahmen. Ich unterliege nicht der Illusion, dass die Auswärtige Kultur- und Bildungsarbeit Werkzeugcharakter hätte für die politischen Ziele von Frieden, Gerechtigkeit, Sicherheit und Stabilität. Aber ich mache als Außenpolitiker nahezu tagtäglich die Erfahrung, dass Sprachlosigkeit oder gar die Verweigerung von Dialog Konflikte vertieft. Und aus meinen weltweiten Kontakten ziehe ich den Schluss, dass wir ein neues Bewusstsein brauchen von der Kreativität der Verschiedenheit – und ein solches Bewusstsein sicher nicht allein durch politische Gespräche herstellen können. Unterschiedliche Sichtweisen sollten wir dabei nicht als Unglück begreifen, sondern als eine Chance für die Suche nach gemeinsamen Lösungen. Wir müssen nicht alles gutheißen, was andere sagen, aber wir sollten zu verstehen versuchen. Denn jedes Land, jede Kultur erlebt das gemeinsame Schicksal aufgrund ihrer jeweiligen Erfahrungen anders, und ohne Verständnis für diese tieferen Bewusstseinschichten können wir auch die politischen Diskussionen nicht verantwortungsvoll führen. Ich habe dabei die Erfahrung gemacht, dass ein Verständnis der kulturellen Zusammenhänge auch die politischen Aufgabenstellungen besser begreifen hilft. Deswegen suche ich auch ganz persönlich den Rat der Kulturschaffenden: in Begegnungen vor Ort, im Gespräch mit den deutschen Vertretern aus Kunst und Kultur, die mich auf meinen Auslandsreisen begleiten, oder bei gemeinsamen Veranstaltungen wie kürzlich in der Akademie der Künste. Immer wieder wird dabei klar, dass nichts so sehr von Nöten ist in unserer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wie kulturelle Offenheit. Wer sich jemals ein unmittelbares Bild zum Beispiel von der reichen Kultur Irans, von der Schönheit der arabischen Poesie oder den grandiosen Kulturdenkmälern Zentralasiens machen konnte oder kann, der wird weniger häufig in der Nabelschau auf die eigene Kultur deren Überlegenheit oder Vorbildcharakter behaupten, der wird mit mehr Respekt und Bescheidenheit anderen Kulturen und anderen Menschen gegenüber treten und der wird vor allem viel besser begreifen, wie sehr die eigene Kultur immer schon aus der Begegnung mit anderen Kulturen entstanden ist und weiter entsteht.

Europäische Kultur ist seit Jahrhunderten gewachsen im Austausch mit anderen. Sie hat integriert, was versinkende Mächte hinterlassen haben. Im Bewusstsein und Selbstbewusstsein dieser Stärke aus Offenheit kann die Vorstellung von Leitkultur immer nur untaugliches Bollwerk gegen Einflüsse, nie aber Schutz vor unerwünschter Verunsicherung sein. Ein solches Konzept „sperrt uns in ein kulturelles Gefängnis“, wie das Carlos Fuentes vor einigen Wochen in einer deutschen Tageszeitung geschrieben hat, und wir sollten uns gar nicht erst auf diesen Weg begeben! Nicht kulturelle Sicherheit, wie das manche fordern, brauchen wir, sondern kulturelle Offenheit!

Der Verfasser ist Bundesaußenminister ■

Kulturpolitik der Parteien

Spricht man mit Kulturpolitikern, so werden stets die Gemeinsamkeiten hervorgehoben. Es scheint so zu sein, als unterscheide sich die Kulturpolitik der SPD im Kern nicht von der der CDU, der FDP, der Linken und der Grünen. Gerne werden die Übereinstimmungen der Kulturpolitiker beschworen und als Gegner die Finanzpolitiker charakterisiert.

politik und kultur will ab dieser Ausgabe der Frage nachgehen, ob dieser erste Eindruck auch tatsächlich zutrifft. Verfolgen die Parteien tatsächlich dieselben kulturpolitischen Ziele, haben sie ein gemeinsames Grundverständnis von Kulturpolitik, setzen sie die gleichen Akzente? In dieser und in den nächsten Ausgaben wollen wir die Kulturpolitik der Parteien vorstellen. Zu Wort sollen die Parteivorsitzenden, die kulturpolitischen Sprecher im Deutschen Bundestag, Vorsitzende von Parteigremien und andere kommen.
Der Anfang in dieser Reihe wird mit der ältesten deutschen Partei der SPD gemacht. Auskunft geben der Vorsitzende **Kurt Beck**, der Vorsitzende des Kulturforums der Sozialdemokratie **Wolfgang Thierse**, die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion **Monika Griefahn**, der für die auswärtige Kulturpolitik verantwortliche Bundesaußenminister **Frank-Walter Steinmeier** (siehe Leitartikel), der Regierende Bürgermeister von Berlin **Klaus Wowereit**, der den Leitantrag zur Kulturpolitik für den SPD-Bundesparteitag in diesem Jahr mit vorbereitet und **Uwe-Karsten Heye** als Chefredakteur des Vorwärts, der eine stärkere kulturpolitische Ausrichtung anstrebt. Der Herausgeber von *politik und kultur* **Olaf Zimmermann** hinterfragt die Kulturpolitik der SPD. Im nächsten Heft steht die FDP im Mittelpunkt, danach folgen die CDU, Bündnis 90/Die Grünen und zum Schluss Die Linke.

Die Redaktion ■

Inhaltsverzeichnis

EDITORIAL

Aufgeräumt
Von Olaf Zimmermann 1

KULTUR-MENSCH
Hermann Parzinger 1

LEITARTIKEL

Plattform für viele Partner schaffen
Von Frank-Walter Steinmeier 1

KULTURPOLITIK DER SPD

Aus dem kritischen Dialog mit Künstlern lernen
Von Kurt Beck 3

Keine Partei hat die Kultur gepachtet
Von Wolfgang Thierse 4

Kulturpolitik in der SPD-Bundestagsfraktion
Von Monika Griefahn 5

Kultur als besonderer Ort der Freiheit
Von Klaus Wowereit 6

Auszug aus dem Entwurf des neuen Parteiprogramms der SPD 6

Auszug aus dem Berliner Programm der SPD 7

Der neue „vorwärts“
Von Uwe-Karsten Heye 7

SPD – der Abbruch des kulturpolitischen Aufbruchs
Von Olaf Zimmermann 8

STREITFALL COMPUTERSPIELE

Ein Killerspiel macht noch keinen Mörder
Von Fritz Rudolf Körper 9

Kunstfreiheit für Gewalt?
Von Christian Höppner 10

Nur noch virtuelle Welten?
Von Sabine Feierabend und Thomas Rathgeb 10

Alterseinstufung von Computerspielen durch die USK in der Kritik
Von Theresia Höynck, Thomas Mössle, Matthias Kleimann, Christian Pfeiffer und Florian Rehbein 11

Spielen? Aber sicher!
Von Michael Schnell 12

Interactive Story Telling
Von Michael Bhatty 13

20 Stunden mit einer digitalen Ikone
Von Stefanie Ernst 14

JEDEM KIND EIN INSTRUMENT

Gemeinschaftsinitiative für kulturelle Bildung
Von Klaus Hebborn 15

Ein Impuls nicht nur für das Ruhrgebiet
Von Claus Hamacher 15

Kinder spielen im Ruhrgebiet die erste Geige
Von Kurt Eichler 16

Wer will euch all’ das lehren?
Von Robert von Zahn 17

Sachverstand aus den Fachverbänden der kulturellen Bildung bei „Jedem Kind ein Instrument“ einbeziehen
Erklärung des Vorstands des Deutschen Kulturrates 18

JAHR DER GEISTESWISSENSCHAFT

Orchideenfach aus dem Norden
Von Ulrich Brömmling 19

ERINNERUNGSKULTUR

Die Aktualität des Vergangenen
Von Thomas Sternberg 20

KULTURELLE VIELFALT

Ein Aktionsplan für kulturelle Vielfalt
Von Max Fuchs 21

KULTUR UND RELIGION

Man kann Muslimen nicht verweigern, sich Gebetshäuser zu bauen
Sven Crefeld interviewt Paul Böhm 22

Du sollst dir kein Bildnis noch irgendein Gleichnis machen
Von Jörg Schmidt 28

INTERNATIONALE KULTURPOLITIK

Kulturelle Vielfalt – Europas Reichtum
Von Max Fuchs 23

EUROPA

Kultur als Mehrwert für die Siebenundzwanzig
Von Christoph Waitz 24

Kultur- und Kreativwirtschaft in Europa
Von Bernd Fesel 25

Europa und die Kultur
Von Barbara Gessler 25

REGIONALE KULTURPOLITIK

Das sächsische Kulturraummodell
Von Wolfgang Kalus 26

Forschungsstätte, Wissensspeicher und Publikumsmagnet
Von Monika Kania-Schütz 27

KULTURELLE BILDUNG

Das Rad neu erfinden
Von Dieter Kramer 28

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zur Akkreditierung von Fortbildungsveranstaltungen 29

PORTRAIT

Naturwissenschaften und Kultur gehören zusammen
Von Andreas Kolb 30

BUCHVORSTELLUNGEN

Eine deutsche Biografie: Herbert M. Grundmann
Von Wilhelm Neufeldt 8

Macht Mozart schlau?
Von Kristin Bäßler 30

Klingende Zahlen – Physik für die Sinne
Von Hildegard Bockhorst 31

KURZ-SCHLUSS

Embedded – Besseres Auskommen jetzt auch für Kultur-Journalisten
Von Theo Geißler 32

BEILAGE KULTUR · KOMPETENZ · BILDUNG

Theater heute und die Interkulturalität
Von Klaus Hoffmann 1

Einwanderungsgesellschaft
Von Dieter Kramer 2

Heimat zwischen den Kulturen
Von Kristin Bäßler 3

ConBrio *Zeitschriften*

nmz neue musikzeitung

JAZZ ZEITUNG

politik und kultur
ZEITUNG DES DEUTSCHEN KULTURRATES

KULTURAUSTAUSCH

Oper & Tanz
Zeitschrift der VdO für Opernchor und Bühnentanz

ConBrio Verlagsgesellschaft,
Brunnstr. 23, 93053 Regensburg,
Tel. 0941/945 93-0, Fax 0941/945 93-50,
E-Mail: info@conbrio.de, www.conbrio.de

Aus dem kritischen Dialog mit Künstlern lernen

Kulturpolitik und Sozialdemokratie • Von Kurt Beck

Die SPD hat sich in ihrer fast 150-jährigen Geschichte immer als Partei der Kultur verstanden. Wie man weiß, entstand sie nicht zuletzt aus Arbeiterbildungsvereinen und entwickelte eine recht langlebige eigene Arbeiterkultur. Ironischerweise wurde dies durch die gesellschaftliche Ausgrenzung der Arbeiterbewegung gefördert. Vielen sind die einzigartigen Beziehungen von Willy Brandt zu den wichtigsten Schriftstellern und anderen Künstlern noch in guter Erinnerung. Unter Gerhard Schröder schließlich kam es zum Neuaufbau einer erfolgreichen Bundeskulturpolitik – als wichtiger Ergänzung zur föderalen Kulturpolitik der Länder.

Diese sozialdemokratische Tradition bleibt lebendig. Für die SPD sind kulturelle Fragen, sind Bildungs- und Medienpolitik zentrale Politikfelder, die über die Art des Zusammenlebens mit entscheiden. Kunst und Kultur sind für uns Menschen so wichtig wie die Luft zum Atmen. Es geht um nichts Geringeres als um unsere individuelle wie kollektive Selbstverständigung. Natürlich entscheiden letztlich Politik und Wirtschaft über Wohlstand, Zusammenhalt und Gerechtigkeit – doch geht nichts ohne den Humus kreativer Gedanken, ohne Kritik und Denkanstöße, ohne den Umgang mit Emotionen, ohne die Freiräume kultureller Reflexion. Eine Reduzierung der Menschen auf ihre ökonomischen Funktionen wäre andernfalls die Folge. Eine solche Gesellschaft kann sich niemand wünschen. Deshalb ist sozialdemokratische Kulturpolitik zuvorderst Förderung der Künste und beschäftigt sich mit der sozialen Absicherung freier künstlerischer Existenz.

Kultur ist die Bindekraft von Gesellschaft, zivilisatorische Basis und Grundlage für die Verständigung. Kultur dient der Zugehörigkeit und Beheimatung, ist die Summe unserer Normen und Werte. Diese Pflege des kulturellen Erbes ist für uns mit Toleranz und Anerkennung des Anderen verbunden. Gleichzeitig fordert unser Humanismus, die Stimme dort zu erheben, wo Menschenrechte verletzt werden und wo Demokratie bekämpft wird. Kultur ist Vielfalt, eben die Weinkönigin an der Mosel genauso wie der Hip-Hop in Kreuzberg. Unsere kulturellen Identitäten haben immer mehrere Seiten, dies gilt nicht nur für Migrantinnen und Migranten – auch man selbst ist ja nicht nur Deutscher, man hat vor allem regionale Wurzeln, man will ja auch Europäer sein, man ist, wenn über den Klimawandel oder die Not in Afrika geredet wird, doch auch Weltbürger. Den Begriff Leitkultur würde ich deshalb, und weil er völlig falsche Assoziationen weckt, tunlichst meiden.

Kultur und kulturelle Bildung, die Beherrschung der eigenen Sprache, fördern die Stärkung des Individuums. Eine wertefundierte, eine gebildete und entwickelte Persönlichkeit ist nicht nur das beste Mittel gegen Ausgrenzung und Parallelgesellschaft, sondern ist auch die Fähigkeit des Einzelnen, in den immer rasanteren Veränderungen von Arbeits- und Lebenswelten seinen eigenen Weg zu finden.

Vier kulturpolitische Grundsätze, die sich auch im Entwurf für unser neues Grundsatzprogramm finden, sind uns Sozialdemokraten besonders wichtig:

Erstens bekennen wir uns zur öffentlichen Verantwortung für Kunst und Kultur. Kulturelle Grundversorgung, Pflichtaufgabe Kultur, Kulturstaat, europäische Kulturnation – diese Begriffe weisen darauf hin, dass Kulturpolitik nicht bloßer Luxus sein darf, für Zeiten, in denen zufällig etwas Geld übrig ist. Vor allem die Länder sind dafür verantwortlich, dass die zur Pflege der kulturellen Güter nötigen Spielräume für Initiativen und Ideen – mit Unterstützung der Bürgergesellschaft – entstehen und bestehen. Das bezieht sich auf Traditionen und Überkommenes, wie auf Neues und Sperriges jenseits des Mainstreams und des Massengeschmacks. Um das zu dokumentieren, würden wir gerne die Kultur als Staatszielbestimmung ins Grundgesetz aufnehmen, wo es anders als in den meisten Länderverfassungen, noch fehlt.

Willi Brandt bei der Bundestagswahl 1969 in Hamburg. Quelle: AdsD in der FES

Zweitens geht es Sozialdemokraten von Anbeginn an um kulturelle Teilhabe. Die „Kultur muss unter die Leute“ hatte Johannes Rau einmal gesagt. „Kultur für alle“ war die Formel der siebziger Jahre, sie ist aktueller denn je. Trotz der enormen Ausdehnung kultureller Angebote und von Besucher- und Nutzerrekorden wird ein großer Teil der Menschen nicht mehr erreicht. Mangelnde Bildung und Kulturferne verfestigen soziale Spaltungen. Wir haben in unserem Programmentwurf den Begriff des vorsorgenden Sozialstaats eingeführt. Dazu gehört nicht zuletzt, durch bessere kulturelle Bildung Integration und Lebenschancen zu verbessern.

Weiter auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Aus dem kritischen Dialog lernen

Drittens kümmert sich die SPD besonders um die für die meisten freischaffenden Künstler schwierige und risikoreiche soziale Situation. Wie etwa durch die Sicherung und Stärkung der europaweit vorbildhaften, einst von uns Sozialdemokraten durchgesetzten Künstlersozialkasse. Die Gesetzesnovelle des Ministeriums für Arbeit und Soziales, die gemeinsam mit den Betroffenen und besonders durch das Engagement des Deutschen Kulturrates zustande kam, ist ein positives Beispiel für die Kooperation von sozialdemokratischer Politik und Kultur, das bei anderen kulturpolitischen Themen fortgesetzt werden soll.

Viertens ist auf die neuen Verbindungen zwischen Kultur, kreativen Potentialen und der Kulturwirtschaft zu verweisen. Die Erkenntnis setzt sich immer mehr durch, dass das kulturelle Leben, also Bildung, Forschung und Kultur, unsere zentralen Zukunftsressourcen sind. Es geht jetzt darum, den so genannten kreativen Sektor – vom Internet-„Content“ bis zur Popmusik-Szene – als Standortfaktor und Wachstumsbranche mit neuen Arbeitsplätzen zu begreifen und zu unterstützen. Wir wissen allerdings: die öffentlich ermöglichten Freiräume für intellektuelles und künstlerisches Schaffen ebenso wie die gewachsenen Kulturinstitutionen von den geistes- und kulturwissenschaftlichen Fachbereichen bis zu den Bibliotheken bleiben Voraussetzungen für die Kreativwirtschaft. Und die soziale Absicherung jenseits des „Normalarbeitsverhältnisses“ in den kleinen Unternehmen oder als neue Selbstständige bleibt selbstverständlich sozialdemokratisches Thema.

In diesem Sinne ist für die SPD Kunst und Kultur Investition und nicht Subvention. Schön, wenn das mittlerweile auch von anderen Parteien formuliert wird – kommunale kulturpolitische Erfahrung hat dabei sicher geholfen. Dennoch gibt es Merkmale sozialdemokratischer Kulturpolitik wie beispielsweise unsere eindeutige Aussage, dass Kultur und Medien keine Wirtschaftsgüter im herkömmlichen Sinne, sondern mehr als bloße Ware sind. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass sie niemals als Dienstleistungen im Sinne des Übereinkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) im Rahmen der Welthandelsorganisation betrachtet werden dürfen. Es bleibt für die SPD elementar wichtig, ihre gewachsene Nähe zu Künstlerinnen und Künstlern, zu Denkern und Kreativen weiter zu pflegen. Auch unter jüngeren Künstlern schwindet die Bereitschaft zum parteipolitischen Engagement und zur entsprechend langfristigen Richtungsentscheidung. Langfristiges Vertrauen ist mir wichtiger als Wahlkampfunterstützung, für die ich aber auch in Zukunft sehr dankbar wäre. Zuhören und gemeinsam um Antworten ringen, das ist nicht nur eine Aufgabe des Parteivorsitzenden oder des Kulturforums, sondern das geht die gesamte Partei an. Da sprechen wir nicht nur über Kulturpolitik, obwohl zurzeit angesichts der elektronischen Medien dringend ein neues Urheberrecht die Rolle der kreativen Urheber stärken muss und wir der auswärtigen Kulturpolitik wieder den hohen Stellenwert einräumen, der ihr zweifellos gebührt. Kulturschaffende und Kulturvermittler sind für uns weit über die Kulturpolitik hinaus – gewissermaßen als Seismographen für neue Entwicklungen und als Ideengeber – unverzichtbar. Die Attraktivität der SPD erweist sich hoffentlich auch darin, dass sie sich der Kritik stellt und bereit ist, aus dem kritischen Dialog mit den Künstlerinnen und Künstlern zu lernen, Vorstellungen über die Zukunft der Gesellschaft, der Demokratie und gutes, menschenwürdiges Leben zu entwickeln.

Der Verfasser ist Vorsitzender der SPD ■

Keine Partei hat die Kultur gepachtet

Das kulturpolitische Profil der SPD • Von Wolfgang Thierse

Eine historische Bemerkung vorweg: Es ist noch gar nicht so lange her, dass wir in Deutschland und Europa die ideologische Vereinnahmung von Kunst und Kultur hinter uns gelassen haben. Welche keineswegs selbstverständliche – denken wir an Nazi-Barbarei und SED-Diktatur – Errungenschaft, dass alle demokratischen Parteien das grundgesetzlich garantierte Recht der Freiheit von Gedanken und Meinungsäußerung sowie die Freiheit der Künste anerkennen! Auch der Grundsatz der besonderen staatlichen Verantwortung für Kunst und Kultur scheint Konsens. Kulturelle Anliegen werden durchaus oft parteiübergreifend vertreten und geraten auch innerparteilich in Konflikt mit anderen, etwa ökonomischen, finanzhaushalterischen oder sozialstaatlichen, Interessen. Nicht *eine* Partei hat die Kultur gepachtet. Wohl aber besitzen die demokratischen Parteien unterschiedliche – wertefundierte und historisch gewachsene – kulturpolitische Profile.

Die Sozialdemokratie pflegt seit Anfang der 1960er Jahre enge Verbindungen zu denjenigen Künstlern, Intellektuellen und Schriftstellern, die gesellschaftskritisch Positionen beziehen und sich in einer besonderen Verantwortung sehen. Die SPD versteht sich als deren natürlicher Ansprechpartner und Verbündeter:

- als Partei der Freiheit des Geistes, die die Unterdrückung im wilhelminischen Obrigkeitsstaat, im Nationalsozialismus und Kommunismus gleichermaßen bekämpfte;
- als Partei, die aus der Emanzipationsbewegung der Arbeiter, die auch Bildungs- und Kulturbewegung war, entstanden ist;
- als Partei, die sich nicht mit der höchst unvollkommenen und zutiefst gefährdeten Welt abfindet, bei der eine Spannung zu den Grundwerten, zu weit reichenden Zielen und Visionen spürbar bleibt;
- als Partei, die „sympathisch ist, weil sie weniger autoritär als andere Parteien ist, weil in der SPD *selbst* alle gesellschaftlichen Konflikte angelegt sind“ – so drückte es jüngst die Autorin Eva Menasse bei einem Schriftstellertreffen mit Kurt Beck aus. Auch eine wunderbare Begründung.

Die Bundeskulturpolitik wird von der Großen Koalition gemeinsam verantwortet. Unterschiedliche Akzentsetzungen bleiben. Am Rande der Union gibt es auch Positionen, über die wir heftig streiten.

Beispielsweise stehen wir für eine Erinnerungskultur, die den Stellenwert des Holocaust niemals relativieren wird, und die sich auf das widersprüchliche Ganze deutscher und europäischer Geschichte beziehen muss. Die Deutschen dürfen nicht wie in den 1950er Jahren – auch da wo zu Recht an Flucht und Vertreibung erinnert wird – wieder zu den einzigen und hauptsächlichen Opfern gemacht werden.

Beispielsweise brauchen wir für das Einwanderungsland Deutschland eine Kultur der Anerkennung und des Respekts über kulturelle Unterschiede hinweg, die Differenzen der Lebensform, der Wertungen, Religionen und Weltanschauungen als Bereicherung aufnimmt und nicht durch Assimilation von oben unterdrückt. Statt am missverständlichen Begriff der Leitkultur festzuhalten, der immer auch ein Dominanzverhältnis assoziiert, geht es um die Aufgabe, in der modernen humanen Gesellschaft Gemeinsamkeiten zu stärken, die über die Anerkennung der Verfassung und des Rechts hinausgehen. Was die alltäglichen Umgangsformen, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Trennung von Staat und Religion, den Respekt vor dem Individuum und seiner Autonomie einschließt!

Das spezifisch Sozialdemokratische unserer Kulturpolitik will ich in zwei Punkte fassen:

Zum Ersten ist dies, was kaum überraschen dürfte, die Bedeutung der *sozialen Gerechtigkeit*. Wir fühlen uns in besonderer Weise der Mehrheit der Künstlerinnen und Künstler verpflichtet, die in unsicheren Verhältnissen leben. Deshalb haben wir zur Stärkung der europaweit einzigartigen Künstlersozialkasse das Künstlersozialversicherungsgesetz reformiert. Deshalb reformieren wir das Urheberrecht, das angesichts neuer Entwicklungen von Internet und elektronischer Vernetzung so angelegt sein muss, dass die Urheber mit ihren kreativen Leistungen nicht unter die Räder kommen. Bei aller Euphorie über neue Arbeitsplätze und die Leistung der Kreativwirtschaft werden wir Lebensverhältnisse der „digitalen Boheme“, die eher prekär sind und mit der „Generation Praktikum“ zu tun haben, nicht aus den Augen verlieren. In heutiger Terminologie kann man mit *kultureller Teilhabegerechtigkeit* übersetzen, was als „Bürgerrecht Kultur“ eine alte sozialdemokratische Forderung ist. Diese gilt unverändert, denn die anhand sozialer Kriterien bestimmbaren Spaltungen der Gesellschaft haben zunehmend eine zutiefst kulturelle Dimension – und auch umgekehrt verfestigt sich kulturelle Exklusion zu sozialer Exklusion. Die Rede von der Wissens-, Bildungs- und Kulturgesellschaft ist nicht falsch, sie trifft aber eben höchstens eine Hälfte der Bevölkerung. Der Gegenbegriff der Teilhabe verweist darauf, dass Sozialtransfers alleine die Situation nicht verbessern würden, es vielmehr auf Fragen von Bildung und Kultur ankommt. Kulturelle Bildung und musische Erziehung werden somit zu zentralen Aufgaben von Gerechtigkeitspolitik heute.

Nach einer Veranstaltung des Kulturforums der Sozialdemokratie: Jürgen Flimm, Wolfgang Thierse, Günter Grass.
Foto: Marco Urban / © Kulturforum der Sozialdemokratie

Zum Zweiten ist es sozialdemokratisches Leitbild, dass Kultur ein *öffentliches Gut* bleibt. Sicher ist die Förderung von Kulturwirtschaft sinnvoll, doch dürfen wir die öffentliche Verantwortung für Kunst und Kultur nicht aufgeben, diese nicht als bloße kommerzielle Dienstleistung organisieren. Eine humane Gesellschaft ist nur möglich, wenn öffentliche Güter ausreichend und in großer Vielfalt bereitgestellt werden. Nur dann wird die Kultur – und darin insbesondere die Künste – auch in Zukunft Erfahrungsräume menschenverträglicher Ungleichzeitigkeit schaffen, in denen die Menschen jenseits ihrer Markt-Rollen als Produzenten und Konsumenten agieren und sich wahrnehmen können. Sicher ist die Alternative nicht Privatisierung oder Verstaatlichung, es geht vielmehr um die Neujustierung des Verhältnisses zwischen staatlicher beziehungsweise kommunaler Politik, zivilgesellschaftlicher Selbstverantwortung und marktwirtschaftlichen Mechanismen. Doch bleibt die Abwehr allseitiger Privatisierung, Kommerzialisierung, der Dominanz betriebswirtschaftlich-kulturfernen Denkens politische Aufgabe: Erinnert sei an Angriffe auf die Buchpreisbindung, den reduzierten Mehrwertsteuersatz oder den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Kommerzielle Partialinteressen bedrohen unser gutes System der Kulturförderung und die kulturelle Vielfalt. In der EU-Dienstleistungsrichtlinie wie in der UNESCO-Konvention zum Schutze der kulturellen Vielfalt gelang es den besonderen Doppelcharakter von Kultur festzuschreiben, denn „kulturelle Aktivitäten, Güter und Dienstleistungen (haben) sowohl eine wirtschaftliche als auch eine kulturelle Natur (…), da sie Träger von Identitäten, Werten und Sinn sind, und daher nicht so behandelt werden dürfen, als hätten sie nur einen kommerziellen Wert“. Bei den GATS-Verhandlungen, die darauf abzielen, den weltweiten Dienstleistungsverkehr zu liberalisieren, stehen besonders Sozialdemokraten dafür ein, die Kultur von diesen Liberalisierungsverhandlungen auszunehmen.

Damit sind wir auch bei einem Beispiel dafür angelangt, was das Kulturforum der Sozialdemokratie „so macht“. Um den Charakter der Kultur als öffentlichem Gut und als Pflichtaufgabe zu stärken, sammelten wir im letzten Jahr über 1000 Unterschriften von zum Teil prominenten Kulturschaffenden, die unseren Aufruf für eine Aufnahme des Staatziels Kultur ins Grundgesetz unterstützen. Nicht zuletzt hierdurch gewann die Debatte an Fahrt, blockiert derzeit wohl nur noch von den Unions-Ministerpräsidenten.

In solchem Sinn versteht sich das Kulturforum innerparteilich wie gesellschaftlich als eine Art Lobby für Kunst und Kultur. Aber auch als ein Seismograph für neue kulturelle und kulturpolitisch relevante Entwicklungen. Erinnert sei an unsere frühe Auseinandersetzung mit kreativem Sektor und „creative industries“, die ja jetzt in aller Munde sind. Ein Netzwerk von 35 unabhängigen Regionalen Kulturforen pflegt vor Ort oder auf Landesebene regelmäßig den Austausch zwischen Kunst, Intellektuellen, kulturnahen Milieus und Politik. Dort werden im losen Umfeld der SPD kulturpolitische und auch grundsätzliche kulturelle Themen behandelt, dort werden Kulturveranstaltungen im engeren Sinne, wie Filmvorführungen oder Atelierbesuche, angeboten. Es wird programmatisch gearbeitet, manchmal „nur“ ein Kulturfest organisiert. Vielleicht kann man heute sagen, die Kulturforen reparieren vor Ort die oft fragil gewordenen Brücken zwischen Mitgliederpartei, Kulturszenen und kritischem Bürgertum. Der Ursprungsimpuls des Kulturforums 1983 von Willy Brandt, Peter Glotz und Linda Reisch bleibt aktuell: „Das Kulturforum hat […] zum Ziel, den besonderen Sachverstand der SPD in kulturpolitischen Fragen zu erweitern, der Partei die notwendigen Informationen für zukunftsgestaltende Entscheidungen zu verschaffen und sie damit zu einem respektierten Partner der Gruppen aus allen Bereichen des Kulturlebens zu machen. Zugleich soll das Eigenleben der Partei wieder enger in Kontakt zu modernen Entwicklungen gebracht werden“.

An dieser Aufgabe lassen wir uns weiterhin messen. Im Bremer Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms der SPD ist Kultur zu einer bedeutenden Querschnittsaufgabe geworden. Gerade bereiten wir einen Leitantrag Kultur für den Bundesparteitag der SPD vor. Auch dies zeigt, wie sehr in den letzten Jahren in der SPD kulturelle Gesichtspunkte und Kulturthemen ins Zentrum aufgerückt sind. Unser Kulturforum der Sozialdemokratie war hieran nicht ganz unschuldig.

Der Verfasser ist Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie ■

Kulturpolitik in der SPD-Bundestagsfraktion

Stellenwert und Vernetzung mit anderen Politikfeldern • Von Monika Griefahn

Der Stellenwert der Kulturpolitik innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion hat sich zu meiner Freude und natürlich auch der meiner Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss für Kultur und Medien kontinuierlich verbessert. Im Jahr 1998 hat Gerhard Schröder das Amt eines Staatsministers für Kultur und Medien (BKM) geschaffen. Neben der Etablierung eines eigenständigen parlamentarischen Ausschusses für Kultur und Medien war dies das sichtbarste Zeichen einer Kulturpolitik, mit der die Kultur seit 1998 aus ihrer bundespolitischen Anonymität befreit wurde. Damit haben Kunst und Kultur, Künstlerinnen und Künstler durch Michael Naumann, Julian Nida-Rümelin und Christina Weiss auch auf Bundesebene Stimme und Gesicht bekommen und sind nun am Kabinettstisch vertreten. Die Bedeutung dieses Amtes für die Kultur als Teil der Gesellschaftspolitik auf Bundesebene ist seitdem mehr als deutlich geworden. Bei der Bildung der Großen Koalition wurde die Bedeutung des BKM auch durch die CDU nicht mehr in Frage gestellt, so dass das Amt nun durch einen profilierten Kultur- und Medienpolitiker der Union, durch Bernd Neumann, fortgesetzt wird.

SPD-Parteitag in München: Vorsitzender des kulturpolitischen Ausschusses beim SPD-Parteivorstand Willi Eichler mit dem Vorstandsmitglied der Praja Socialist Party of India Asoka Metha 1969. Quelle: AdsD in der FES

Seit der Schaffung des Kulturstaatsministeramtes steht Kultur nun innerhalb des Deutschen Bundestages und innerhalb der Fraktionen formal auf einer Stufe mit anderen Politikfeldern. Die Bedeutung der Kultur für unsere Gesellschaft rechtfertigt diese Bedeutung schon längst. Darüber hinaus gibt es in dieser Legislaturperiode wieder einen Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP), der vom Auswärtigen und vom Kultur und Medien Ausschuss gemeinsam beschickt wird. Dadurch wird der großen Bedeutung der AKBP zusätzlich Rechnung getragen.

Stellenwert der Kulturpolitik innerhalb der Fraktion

Kulturpolitik hat innerhalb der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag einen hohen Stellenwert. Das wird besonders dadurch befördert, dass der Fraktionsvorsitzende Peter Struck Kulturpolitik als sehr bedeutsam ansieht. Zahlreiche Gesprächsrunden mit ihm zu kulturrelevanten Fragen beweisen das. Und auch er selbst besitzt eine Affinität zu Kunst und Kultur und unterstützt Künstlerinnen und Künstler – ein Engagement, das nicht zu unterschätzen ist. So war es ihm beispielsweise ein großes persönliches Anliegen. eine Ausstellung des Malers Markus Tollmann im Goethe-Institut in Berlin zu eröffnen.

In jedem Politikbereich bedarf es engagierter und durchsetzungsstarker Vertreter, um die Interessen und Belange in den verschiedenen Gremien einer Fraktion zur Geltung zu verhelfen. Der für den Bereich Kultur und Medien zuständige Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Fritz Rudolf Körper ist ein wichtiger Streiter für die Kulturpolitik unter anderem im Geschäftsführenden Fraktionsvorstand. Insbesondere in der Diskussion um die Einfügung eines Staatsziels Kultur im Grundgesetz unterstützt er ebenso wie der Fraktionsvorsitzende Peter Struck und der Parteivorsitzende und Ministerpräsident Kurt Beck das Anliegen der Kulturpolitiker innerhalb der Fraktion.

Immer wieder stehen auch die SPD-Ministerinnen und -Minister für die Kultur ein. Neben Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, der gerade Änderungsvorschläge für das Gemeinnützigkeitsrecht vorgelegt hat, die der ehrenamtlichen, oft kulturell sehr wichtigen Arbeit zugute kommen, liegt auch dem Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier die Kultur sehr am Herzen. Er hat die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik wieder ganz oben auf die Agenda gesetzt und mit wichtigen Finanzmitteln eine Trendwende erreicht. Mit dieser Hilfe ist es uns gelungen, eine Stärkung des Goethe-Instituts und anderer Mittlerorganisationen, die sich international engagieren, zu erreichen. So bekommt die Kultur nicht nur am Kabinettstisch eine stärkere Stimme, sondern spielt auch innerhalb der Fraktion wiederum eine bedeutendere Rolle.

Neben der strukturellen Vertretung für den Bereich der Kulturpolitik in den einzelnen Fraktionsgremien, ist auch die personelle Besetzung in den Gremien des Deutschen Bundestages ein wichtiger Gradmesser dafür, wie viel Bedeutung eine Fraktion einem Politikbereich zumisst. Für die SPD-Fraktion entspricht die personelle Besetzung im Ausschuss für Kultur und Medien und in der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ dem hohen Ansehen der Kulturpolitik innerhalb der Fraktion. Beiden Gremien des Deutschen Bundestages gehören exponierte Politiker an wie zum Beispiel der Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse, der auch das Kulturforum der SPD leitet.

Hier zeigt sich, dass Kultur für die SPD-Fraktion kein exotisches Politikfeld am Rande ist. Stattdessen wird sie als wesentlicher Bereich erfolgreicher Gesellschaftspolitik neben der Sozial- und Arbeitsmarkt-, der Rechts-, der Bildungs- und Forschungs-, der Innen- oder auch der Wirtschaftspolitik wahrgenommen. Aus diesem Grund sind dem Ausschuss für Kultur und Medien und der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ auch personell und finanziell entsprechend ausgestattete Arbeitsgruppen in der SPD-Bundestagsfraktion zugeordnet, die innerhalb der Fraktion die Vernetzung mit anderen Politikbereichen und der Bundesregierung sicherstellen.

Dabei war es die SPD-Bundestagsfraktion, die sich zunächst gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dafür eingesetzt hat, die Enquete-Kommission in der 15. Wahlperiode und später auch in der 16. Wahlperiode einzuberufen. Dieses Engagement und die ebenso die tragende Arbeit der hierfür benannten Experten unterstreicht den hohen Stellenwert, den Kulturpolitik innerhalb unserer Fraktion innehat. Kultur- und Medienpolitik findet darüber hinaus auch stets Berücksichtigung in Bilanz- und sonstigen Broschüren und Drucksachen der SPD-Bundestagsfraktion. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Themenabende der gesamten Fraktion oder auch einzelner politischer Strömungen innerhalb der Fraktion zum Themenbereich Kultur unterstreichen die Wahrnehmung der Kulturpolitik als wichtiges Politikfeld innerhalb der Fraktion. Beispiele sind hier Veranstaltungen zur Filmförderung, zur Kultur im Grundsatzprogramm der SPD oder zur Förderung von Gedenkstätten durch den Bund.

Verzahnung mit anderen Politikfeldern

Die Kulturpolitik ist eng mit anderen Politikfeldern verzahnt. Unter Gerhard Schröder wurde eine Kulturverträglichkeitsprüfung eingeführt. In ähnlicher Form findet diese zwingende Berücksichtigung kulturrelevanter Belange auch innerhalb der Fraktion statt. Beispielsweise bei den aktuellen Beratungen zum Urheberrecht, bei der Reform des Gemeinnützigkeitsrechts oder beim Künstlersozialrecht gibt es gemeinschaftliche Berichterstatterrunden der federführenden Arbeitsgruppen mit den Kulturpolitikern unserer Fraktion. Es ist klar, dass bei Gesetzesinitiativen, die für die Kultur deutliche Auswirkungen haben, die kulturspezifischen Positionen immer zu berücksichtigen sind.

Letztlich bedarf es auch hier engagierter Personen, die diese Positionen einbringen und vertreten. Für die SPD-Fraktion gilt, der Bereich Kultur und Medien ist in allen relevanten Querschnittsarbeitsgruppen und -kreisen durch einen oder auch mehrere Berichterstatter vertreten. Dazu gehören beispielsweise die fraktionsinterne Koordinierungsrunde zur Integration oder die Querschnittsarbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement. Werden aktuelle politische Themen und Fragestellungen innerhalb der Fraktion auf die Tagesordnung gesetzt, wie beispielsweise bei der Diskussion der Föderalismusreform, ist der Bereich Kultur und Medien stets durch Berichterstatter vertreten. Auf diese Weise vernetzen und verzahnen wir uns mit anderen Politikbereichen und stellen gleichzeitig sicher, dass kultur- und medienspezifische Positionen in den Diskussions- und Entscheidungsprozess eingebracht werden. Im Falle der Beratungen zur EU-Dienstleistungsrichtlinie ist es in beispielhafter Weise gelungen, die einzelnen Politikfelder und eben auch die Kulturpolitik einzubinden und eine fraktionsinternen Begleitung der Verhandlungen auf europäischer Ebene sicherzustellen. Außerdem konnten wir sie mit anderen Bereichen wie zum Beispiel den GATS-Verhandlungen koppeln, was ebenso bei der Diskussion um die UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt der Fall war. Der dabei organisierte Diskussionsprozess wird für weitere, in Zukunft zu erwartende und vergleichbar komplexe Beratungsverfahren als Modell genutzt werden können.

Veränderungen

In der Besetzung von kulturpolitisch wichtigen Ämtern haben sich Veränderungen ergeben. Während früher die Leitung des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) und der Vorsitz des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages der SPD oblag, wird nun das BKM durch Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) und der Ausschussvorsitz durch Hans-Joachim Otto (FDP) geführt. Mit beiden Kollegen bestand auch vor dem Regierungswechsel in kultur- und medienpolitischen Fragen eine enge und zumeist sehr einvernehmliche Zusammenarbeit. Diese wird nun insbesondere im parlamentarischen Raum unter anderen Vorzeichen fortgeführt.

Mit dem BKM arbeiten wir auch innerhalb der Großen Koalition weiterhin besonders eng zusammen und stimmen uns ab. Dazu gibt es nicht nur formalisierte Gesprächsrunden, sondern ebenso enge Kontakte zwischen den Berichterstattern beider Fraktionen. Gerade auch dem Kulturstaatsminister Bernd Neumann ist ein intensiver Informationsaustausch wichtig, eine Arbeitsweise, die er sicherlich durch eigene Erfahrungen als Parlamentarier zu schätzen gelernt hat. Diese offene Informationspolitik vertritt er nicht nur gegenüber den Koalitionsfraktionen, sondern auch gegenüber dem gesamten Ausschuss für Kultur und Medien, was ich sehr begrüße.

Vieles von dem, was unter der rot-grünen Bundesregierung auf den Weg gebracht wurde, wird nun in gemeinsamer Regierungsverantwortung von CDU/CSU und SPD fortgeführt. Nicht nur die von Gerhard Schröder eingeführte Struktur wurde beibehalten, auch viele Initiativen und Projekte bauen insbesondere auf der Vorarbeit der vormaligen Kulturstaatsminister und Kulturstaatsministerin Michael Naumann, Julian Nida-Rümelin und Christina Weiss auf.

Die veränderte Situation der Zuständigkeiten ist eine Tatsache. Innerhalb der Koalition werden Entscheidungen stets nur gemeinsam getroffen oder eben auch nicht. Zahlreiche Themen werden insbesondere auf Drängen und Wunsch der SPD-Bundestagsfraktion in den gemeinsamen Beratungen angesprochen und auf die Agenda des Kulturstaatsministers oder die Tagesordnung des Ausschusses gesetzt. Unstrittig ist, dass die Bedeutung der kultur- und medienpolitischen Arbeit und Wahrnehmung der Partei als Ganzes in der beschriebenen Konstellation eher zunimmt. Davon betroffen sind gleichermaßen andere Politikfelder. Kurt Beck als Parteivorsitzender hat diese besondere Verantwortung der Partei für die Kultur sehr wohl erkannt und nimmt diese Rolle mit großem Engagement wahr. Kultur genießt innerhalb seiner Arbeit als Parteivorsitzender eine hohe Aufmerksamkeit. Zudem beteiligt sich die SPD-Bundestagsfraktion an den Beratungen zum neuen Grundsatzprogramm der SPD und der Formulierung eines Leitantrages zum Thema Kultur für den Bundesparteitag in Hamburg im Oktober 2007. Ein wichtiger Baustein in dem großen Gesamtgebilde, das den hohen Stellenwert von Kunst und Kultur, von Künstlerinnen und Künstler für die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag deutlich macht.

Die Verfasserin ist kulturpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion ■

Kultur als besonderer Ort der Freiheit

Vernetzung und öffentliche Verantwortung als Kennzeichen sozialdemokratischer Kulturpolitik • Von Klaus Wowereit

Kultur ist ein Ort der Freiheit in der Gesellschaft. Kultur hat Mehrwert, weil hier Kreativität, Innovation und Selbstbestimmung eine Symbiose eingehen. Kultur denkt vor und bereitet nach. Sie zeigt auf was ist, weckt Visionen und Hoffnungen. Kultur ist sozialer Fortschritt. Immer schon war Kultur aber auch ein ökonomisches Feld. Kultur ist Unterhaltung und Wirtschaftsfaktor.

Gute Kulturpolitik stellt den Rahmen für Kulturausdrücke vielfältiger Art und fördert die kulturelle Vielfalt. Kultur war in der Geschichte SPD auch immer ein Feld der freien Ertüchtigung und Entfaltung des Einzelnen. Daher ist der Kern sozialdemokratischer Kulturpolitik neben der Sicherstellung eines vielfältigen Angebots die Forderung nach dem hürdenfreien Zugang zu Kultur und Kulturveranstaltungen. „Kultur für alle“ hieß das mal. Es geht um Kultur als Teilhabe, was beides einschließt: das Angebot und die Fähigkeit es nutzen zu können. Dafür spielt kulturelle Bildung eine entscheidende Rolle.

Vielfältiges Angebot

Um ein vielfältiges Angebot zu sichern, wird auch weiterhin die öffentliche Förderung von Institutionen ein wichtiger Teil von Kulturpolitik sein. Gerechtfertig ist dies nicht nur durch die Funktion von Kultur, sondern auch durch den sozialdemokratischen Anspruch allen Menschen die Möglichkeit zur Teilhabe an Kultur zu eröffnen. Das unterscheidet uns von den Konservativen deren Kulturverständnis stets von Distinktion geprägt ist. Weil wir aber eine vielfältige Kultur für alle wollen, wollen wir Kultur nicht als Abgrenzung verstanden wissen, sondern als Auftrag Kreativität und Vielfalt miteinander zu vereinen.

Kultur muss, um Wirkung entfalten zu können, sichtbar sein. Deshalb ist uns die Verankerung vor Ort wichtig, um eine lebendige Kultur erfahrbar zu machen. Gerade Metropolen, mit ihrem herausragenden Kulturangebot sind hier entscheidend. In den Metropolen werden kulturelle Entwicklungen sichtbar, hier entstehen über Kulturinstitutionen fruchtbare Dialoge und wirkt die Kommunikation darüber wie ein Sprachrohr in andere Regionen sowie über die nationalen Grenzen hinweg. Große Städte sind es auch, die mit ihrem Kulturangebot für die Fläche eine wichtige Leuchtturmfunktion ausüben. Sie haben Stahlkraft weit über ihre Bürgerinnen und Bürger hinaus. Metropolen sind im originärsten Sinne „Kult“, hier vereinen sich Kreativität, Originalität und kulturelle Freiräume.

Vielfältige Verantwortung

Sozialdemokraten bekennen sich zu der öffentlichen Verantwortung für die Kultur und deren Förderung. Kulturförderung ist kein Projekt für Wenige, sondern muss umfassend verstanden werden. Deshalb setzen wir in Berlin auf kulturelle Bildung, und wollen in diesem Bereich Patenschaften von Kulturinstitutionen und Schulen in der ganzen Stadt fördern. Das Beispiel des Tanzprojekts von Sir Simon Rattle „Rythm is it“ zeigt wunderbar, wie durch Verknüpfung unterschiedlicher Ebenen (hier von Hochkultur, kultureller Bildung und Jugendarbeit) enormes für die gesellschaftliche Integration erreicht werden kann. Der Verknüpfung von Kultur und Bildung kommt dabei eine große Bedeutung zu. Gerade benachteiligten jungen Menschen können durch kulturelle Ausdrucksformen neue Sichtweisen aufgezeigt und Mut gemacht werden. Kulturelle Bildung stärkt ihre Selbstbestimmung, ihre gesellschaftliche Verantwortung und gibt sprichwörtlich dem Leben einen neuen „Sinn“. Somit kann kulturelle Bildung einen wichtigen Beitrag zur sozialen Integration leisten.

Ein Beispiel für gesellschaftliche Integration durch Kultur sind die Projekte der Berliner Philharmoniker, z.B. „Meet the Orchestra“, das Kinder an klassische Musik heranführt. Foto: Peter Adamik/Berliner Philharmoniker

Neben der Bereitschaft Kultur öffentlich zu organisieren, ist es Kennzeichen sozialdemokratischer Kulturpolitik vernetzt zu denken und Kultur als Querschnittsprojekt anzulegen. Diesen Schritt wollen wir, nicht nur auf dem Gebiet der kulturellen Bildung, weitergehen, sondern zu einem Ansatz unserer Politik machen. Anhand zweier Felder können wir dies deutlich machen:

Kreativwirtschaft

Im Wechselspiel von Kultur und Ökonomie ist gerade in Berlin ein wachsender Bereich der Kreativwirtschaft entstanden. Insbesondere Musik, Werbewirtschaft und Medien aber auch Unterhaltungskunst und bildende Kunst sind hier produktiv und kreativ tätig. Die Kreativwirtschaft hatte schon 2002 einen Umsatzanteil von 11% am Bruttoinlandsprodukt, 8% der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten arbeiten in diesem Bereich. In Berlin sind heute schon knapp zehn Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in insgesamt gut 25.000 Unternehmen beschäftigt. Sie tragen einen bedeutenden Teil zur Wirtschaftskraft der Stadt bei und machen sie gleichzeitig durch ihre kreativen Impulse lebenswerter.

Moderne Kulturpolitik muss daher Freiräume schaffen, in denen sich Kreatives entwickeln kann. In Berlin beispielsweise verbinden wir den großen Leerstand auch öffentlicher Gebäude mit dem Angebot für Designer oder Künstler, hier ihre Ateliers anzusiedeln. Dadurch sind in vielen – auch sozial benachteiligten Quartieren – schon viele eindrucksvolle kleine Kulturcluster entstanden.

Die Kreativwirtschaft stellt neue Anforderungen an die Kulturwirtschaftspolitik. Sie muss sicherstellen, dass die oben angesprochenen räumlichen Verflechtungen sich so weiterentwickeln, dass sie auch zur finanziellen Absicherung von Projekten beitragen. Denn es ist klar: Den Bereich der Kreativwirtschaft können wir nicht mit den Kriterien bisheriger Förderpolitik angehen. Denn wie soll beispielsweise eine junge Filmemacherin einen tragfähigen Businessplan über zwei Jahre vorlegen, wenn sie nicht wissen kann, welchen Erfolg ihr Film haben wird? Es ist doch auch so, dass ein Nischenfilm, der nicht die großen Kinosäle füllt, eine wichtige kulturelle Funktion erfüllen kann! Deshalb plädiere ich nachdrücklich dafür, dass wir im Bereich der Darlehensförderung für die Kreativwirtschaft uns eher an den Kriterien des Wagniskapitals orientieren, anstatt uns nur von wasserdichten Erfolgsaussichten leiten zulassen. In Berlin prüfen wir zusammen mit der Investitionsbank Berlin einen solchen Weg.

Interkultureller Dialog

Kulturelle Vielfalt zeichnet sich immer mehr durch den Blick über den eigenen Tellerrand hinaus aus. Die positive Gestaltung der Globalisierung ist eine kulturpolitische Aufgabe. Unser Anspruch ist der der kulturellen Vielfalt und des interkulturellen Dialogs.

Interkulturalität ist der Anspruch, unterschiedliche Kulturtraditionen nicht einfach neben einander stehen zu lassen, sondern in einem dynamischen Prozess Neues zu entwickeln. Dies wird den kulturellen Anforderungen einer globalisierten Welt gerecht und entfaltet Integrationskraft nach innen.

Wirklich globale Metropolen wirken durch die in ihnen stattfindende weithin sichtbare Kultur an einem interkulturellen Dialog mit. Sie sind Orte an denen der interkulturelle Dialog direkt stattfindet, sowohl auf hohem kulturellen Niveau in den großen Institutionen als auch in den Stadtteilen oder Kiezen.

Kulturelle Vielfalt als Maßstab

Die Beispiele zeigen, sozialdemokratische Kulturpolitik wirkt als Querschnitt in vielfältigen Bereichen. Ich plädiere daher nachdrücklich für verlässliche Strukturen, kreative Lösungen und die politische Unterstützung von kulturellen Netzwerken. Sozialdemokratische Politik definiert Kultur als besonderen Ort der Freiheit in der Gesellschaft. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, gilt es, ein vielfältiges Angebot zu sichern und den Zugang für alle zu ermöglichen.

Der Verfasser ist Regierender Bürgermeister von Berlin und arbeitet am Leitantrag für Kulturpolitik für den SPD-Bundesparteitag im Oktober 2007 mit ■

Auszug aus dem Entwurf des neuen Parteiprogramms der SPD

Im Januar 2007 legte der SPD-Parteivorstand den Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm vor. Es ist das erste Grundsatzprogramm der SPD nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Es wird im Jahr 2007 in verschiedenen Gremien, bei Tagungen und Kongressen diskutiert. Dieser Dialog soll über die Partei hinausgehen und richten sich an alle Bürgerinnen und Bürger. Vom 26. bis 28. Oktober dieses Jahres findet der Bundesparteitag der SPD im Hamburg statt. Hier soll das neue „Hamburger Programm“ der SPD abschließend beraten und verabschiedet werden.

4.3 Solidarische Bürgergesellschaft und demokratischer Staat

Öffentlichkeit und Medien

Das Prinzip der Öffentlichkeit gehört zum Wesen der Demokratie. Die Meinungs- und Informationsfreiheit erfüllt sie mit Leben. Freie Medien ermöglichen Aufklärung, Meinungsbildung, politische Beteiligung und Machtkontrolle.

Die Medien erleben eine rasante technische Entwicklung. Neben Zeitung, Buch, Fernsehen und Rundfunk spielen Computer, Internet und Mobilfunk eine immer größere Rolle. Die Mediensparten wachsen zusammen und prägen immer stärker sämtliche Bereiche unseres Alltags. Der Umgang damit muss gelernt sein. Wir wollen Medienkompetenz zum Bildungsschwerpunkt machen. Wir wollen die Chance nutzen, durch neue Medien die freiheitliche politische Teilhabe und den Zugang zum Wissen zu erweitern.

Wir stärken die Qualität, die Transparenz und die Vielfalt der Medien. Manipulation, politische Einseitigkeit und Jugendgefährdung bekämpfen wir. Unsere Medienpolitik schützt auf nationaler, europäischer und globaler Ebene die Freiheit der Meinung und der Information. Wir verteidigen die politische Unabhängigkeit der Medien vom Staat und von mächtigen wirtschaftlichen Interessen. Für uns sind die duale Rundfunkordnung und der öffentlich-rechtliche Rundfunk unersetzliche Elemente einer demokratischen Öffentlichkeit. Zugleich verlangen wir eine effektive Selbstkontrolle der Medien und die Einhaltung journalistisch-ethischer Standards.

Die Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger über die eigenen Daten ist ein Grundrecht. Der Fortschritt der Informationstechnik durchlöchert dieses Recht zusehends. Bessere Medienkompetenz trägt dazu bei, die freiwillige Preisgabe persönlicher Daten in ihrer Tragweite einzuschätzen. In vielen Bereichen des Lebens bleibt der Schutz von personenbezogenen Daten unverzichtbar.

Die Kultur der demokratischen Gesellschaft

Die Sozialdemokratie war von Anfang an auch eine Kulturbewegung. Wir stehen in der Tradition eines weiten Kulturbegriffs. Er reicht über die Künste hinaus und bezieht auch kulturelle Bildung, geschichtliches Erbe und die Formen unseres Zusammenlebens ein. Wir brauchen eine politische Kultur, die unsere Demokratie stützt.

Kultur ist in besonderer Weise der Raum, in dem sich die Gesellschaft ihrer Werte- und Zielvorstellungen vergewissert. Sie stärkt die Menschen, schafft Zugehörigkeit, das Bewusstsein von Verwurzelung und trägt damit zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

In den innergesellschaftlichen wie bei den weltpolitischen Auseinandersetzungen und Gefährdungen spielen Fragen der Kultur eine wichtige Rolle. Um des inneren und äußeren Friedens willen befürworten wir deshalb den Dialog zwischen den Kulturen als ein wichtiges Moment sozialer Integration von Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft, religiöser Überzeugung und kultureller Prägung. Kulturelle Verständigung ist eine wichtige Aufgabe friedlicher Globalisierung. Es geht um eine Kultur der Anerkennung, die der Entwicklung von Parallelgesellschaften ebenso entgegenwirkt wie der Ausgrenzung gesellschaftlicher Minderheiten. Wir wollen kulturelle Vielfalt statt fundamentalistischer Verengungen und Politisierungen von religiösen und kulturellen Unterschieden.

Friedliche Vielfalt wird nur möglich sein, wenn wir uns unserer geistigen Wurzeln aus christlich-jüdischer Tradition, Humanismus und Aufklärung versichern. Nur eine sowohl wertefundierte wie tolerante Kultur kann sich gegen den Versuch behaupten, Kultur und Religion zur Begründung von Ausgrenzung zu missbrauchen.

Kultur ist ein öffentliches Gut. Sie zu fördern, ist Aufgabe der Bürgergesellschaft und des Staates. Privates, bürgerschaftliches Engagement ist nötig. Wir begrüßen und fördern es. Doch der Staat hat eine nicht delegierbare Verantwortung. Wir bekennen uns zu Deutschland als einem Kulturstaat. Er sichert die Vielfalt der Kulturlandschaft, die kulturelle Bildung, die Pflege unseres Erbes und unserer Erinnerungskultur. Er fördert die Künste und übernimmt Verantwortung für die soziale Absicherung freier künstlerischer Existenzen. Er wirbt für unsere Kultur im Ausland. Kreative Potenziale – von künstlerischen Freiräumen bis zur wachsenden Kulturwirtschaft – werden in den kommenden Jahrzehnten, in denen Innovationen über die Zukunft entscheiden, immer wichtiger. Die Zukunft unserer Wissensgesellschaft ist auch eine kulturelle Aufgabe.

Der neue „vorwärts“

Das Blatt für die linke Mitte • Von Uwe-Karsten Heye

Die Aufforderung, einen Beitrag für *„politik und kultur“* über den neuen „vorwärts“ zu schreiben, hat mich gefreut. Ist das doch ein Beleg dafür, dass wahrgenommen wird, wofür wir uns anstrengen: Der „vorwärts“ macht sich auf, neue Leser zu gewinnen. Für ein parteiliches Blatt, das zehnmal im Jahr erscheint, ist das keine leichte Aufgabe. Ich habe mich entschieden, die Chefredaktion für den „vorwärts“ zu übernehmen, weil die Parteiführung der SPD sich für einen neuen Weg entschieden hat: Das Blatt soll sich zu einer Plattform für die linke Mitte unserer Gesellschaft entwickeln. Dieses Konzept schien mir eine Antwort zu sein auf den Prozess der schrumpfendem Mitgliedschaft und zunehmenden Alterung in der deutschen Sozialdemokratie. Natürlich muss Rücksicht genommen werden auf die Mitglieder der Partei; sie allein bescheren dem Blatt eine Auflage von mehr als einer halben Million. Aber ebenso klar war, dass der „vorwärts“ nur dann eine Chance hat, von einem breiteren Publikum wahrgenommen zu werden, wenn die Redaktion weit weg von schulterklopfender Betulichkeit und kritiklosem Parteigehorsam arbeiten kann.

Diese Gratwanderung ist es, die zugleich neugierig zu machen scheint. Denn seit wir mit neuem Layout und einem offenen redaktionellem Konzept auf dem Markt sind, ist die Zahl unserer Leser erheblich gestiegen. Als wir im Frühjahr 2006 loslegten, wurde jede Einzelausgabe noch von durchschnittlich 0,9 Lesern durchgeblättert, heute wird das Blatt weitergegeben, und wir haben mittlerweile eine Reichweite von 1,25 Lesern pro Ausgabe. Also doch schon eine Erfolgsgeschichte. Dabei bin ich sehr sicher, dass die Leserinnen und Leser es honorieren, wenn wir den Horizont des Blattes weiten und uns um einen Kulturteil bemühen, der mittlerweile seine Qualität über die Autoren gewinnt. Die Edelfedern der Nation zeigen kaum noch Berührungsängste, auch im „vorwärts“ zu veröffentlichen. Das gilt auch für den weiteren Kreis der journalistischen freien Mitarbeiter, die merken, dass sie für den „vorwärts“ schreiben können, ohne zwingend Mitglied der SPD sein zu müssen. Meinungsvielfalt scheint also in beide Richtungen aufzugehen.

Wer den „vorwärts“ jetzt in die Hand nimmt, wird bemerken, dass immer mehr junge wie ältere Autoren im Blatt veröffentlichen, die sich einen Namen im deutschen Literaturbetrieb gemacht haben. Als der „vorwärts“ – zunächst als Tageszeitung, später wöchentlich erscheinend – eine reine Verkaufszeitung war, war zugleich die Distanz der kulturellen und intellektuellen Kaste zur SPD geringer. In dieser Hinsicht ging es der SPD besser als den konservativen Parteien. Manche Nähe hatte ausschließlich mit der Person Willy Brandt zu tun, der ein selbstverständliches und jederzeit unverkrampftes Verhältnis zu Autoren und Intellektuellen hatte. Viel später war es Gerhard Schröder, der das Kanzleramt in Berlin zu einem Forum für Kulturdebatten und zu einer Galerie für Wechselausstellungen der zeitgenössischen Malerei machte, und ich bin sicher, dass es dem derzeitigen Vorsitzenden Kurt Beck ganz ernst damit ist, alles zu tun, um diese Haltung weiter zu tragen. Sie ist ja zugleich Ausdruck für die Neugier auf künstlerische Kommentare; der SPD kann es nur gut tun, auch die kulturelle Wirklichkeit in das eigene Denken einzubeziehen.

Willi Eichler, verantwortlich in den 60er Jahren im SPD-Parteivorstand für Kulturpolitik und Programmatik. Quelle: AdsD in der FES

Auf dem diesjährigen Parteitag der SPD, der die breite Programmdebatte abschließen soll, wird der Parteivorstand Leitanträge vorlegen, die den Kernbestand sozialdemokratischer Politik umfassen, die immer auch um Arbeit und Gerechtigkeit, also den sozialen Frieden, wie um den äußeren Frieden und damit um Europa kreisen. Dazu kommt auf Anregung von Kurt Beck ein Leitantrag zur Kultur, deren freiheitlicher Bestand und deren Vielfalt zum Fundament sozialdemokratischer Geschichte und Überzeugung gehören. In dieser Tradition lebt auch der „vorwärts“, der seit 130 Jahren deutsche Geschichte begleitet. Daher findet der Leser im Blatt neuerdings auch ein schmales Magazin, die „Zeitblende“, das den Kulturteil auf den Innenseiten ergänzt und in dem auch Beispiele zu sehen sind, die den „vorwärts“ durch die Zeiten als einen Vorkämpfer für die Freiheit von Kunst und Kultur zeigen. Wer in den alten Folianten mit archivierten „vorwärts“-Jahrgängen und in neueren Ausgaben blättert, den weht die Geschichte der Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis heute an. Dabei wird deutlich, dass die Sozialdemokratie ihre großen Tage und ihre größte Ausstrahlung immer dann hatte, wenn sich die Allianz mit den Intellektuellen und den Kulturschaffenden als stabil erwies. Daher knüpft auch der neue „vorwärts“ in seiner undoktrinären und offenen Form an die Zeit an, in der Kurt Tucholsky und Erich Kästner wie viele andere als Autoren für den „vorwärts“ schrieben. Sie sahen in Leitartikeln und Glossen voraus, wohin die Reise gehen würde. Das blutige 20. Jahrhundert hat mit dem „vorwärts“ einen Zeitzeugen, der davon berichtet, wie das kulturelle Deutschland durch die letzten 130 Jahre, auch durch den großartigen Beitrag der deutschen Juden, trotz aller Rückschläge immer wieder zu neuer Blüte fand.

Dieses Fundament ist für die heutige Redaktion Grundlage ihrer Arbeit. Der „vorwärts“ lebte zu jeder Zeit auch damit, von der jeweiligen Parteiführung kritisch bis ungnädig beäugt zu werden. Je größer der Anteil derer, die als freie und keinem Parteibeschluss verpflichtete Intellektuelle Beiträge und Kommentare für den „vorwärts“ schrieben (und das bis heute zumeist für sehr kleine Honorare, denn finanziell klamm zu sein, gehört auch zur Tradition), umso öfter kam es zum Disput. Das ist Geschichte, und die kann durchaus aktuell werden, wenn das Blatt seine Brückenfunktion in die Kulturlandschaft Deutschlands weiter ausbaut. Und genau das brauchen wir heute, diese stabile Brücke, die keine Einbahnstraße sein kann. Die deutschen Sozialdemokraten brauchen den Dialog. Als linke Volkspartei – und das zieht sich auch durch den aktuellen Programmentwurf – ist sie es, die den Vortrieb zu leisten hat, damit Bildung und Ausbildung, damit wirkliche Chancengleichheit das Fundament einer freiheitlichen Gesellschaft wird. Nur so wird das Fundament einer Kulturgesellschaft gegossen. Dazu kann der „vorwärts“ einen Beitrag leisten. Ebenso kann er verhindern helfen, dass Politik und Kultur erneut zu einem Gegensatzpaar werden. Wann immer das ausgeprägt der Fall war, ist es zum Nachteil für das Land und seine Menschen ausgegangen.

Der Verfasser ist Chefredakteur des „vorwärts“ ■

Auszug aus dem Berliner Programm der SPD

Das Grundsatzprogramm der SPD „Berliner Programm“ wurde vom Parteitag am 20.12.1989 in Berlin beschlossen und auf dem Parteitag in Leipzig am 17.04.1998 geändert.

2. Die Zukunft der Arbeit und der freien Zeit

Kulturarbeit in der Demokratie

Die Arbeiterbewegung hat sich von Anfang an auch als Kulturbewegung verstanden. In der Tradition des europäischen Humanismus und der Aufklärung trat sie für die Freiheit des künstlerischen Ausdrucks ein und wollte allen die Teilhabe am Reichtum der Kultur ermöglichen. Diesen Zielen bleiben wir verpflichtet.

Unser Begriff von Kultur umfaßt mehr als Literatur, Musik, Kunst und Wissenschaft. Gerade in einer umfassenden Kultur des Zusammenlebens rücken diese Bereiche vom Rand der Gesellschaft in ihr Zentrum.

Wachsende Freizeit vermehrt die Möglichkeiten zu eigener kultureller Tätigkeit. In ihr entfalten sich geistige und emotionale Fähigkeiten, Phantasie und Kreativität, in ihr bilden sich Werte, Bilder und Denkmuster heraus, die auch die Zukunft unserer Demokratie bestimmen. Mit menschenverachtenden, zum Beispiel neonazistischen und faschistischen Strömungen und Gruppierungen werden wir uns mit aller Kraft auseinandersetzen.

Wir orientieren uns in Kulturpolitik und Kulturarbeit an unseren Grundwerten und unseren Tradition. Wir wollen kritisches Bewußtsein fördern, zu aktiver und solidarischer Lebensgestaltung anregen, persönliche und gesellschaftliche Emanzipation voranbringen.

Wir wissen, daß wir das kulturelle Leben der Gesellschaft nur dann prägen können, wenn sozialdemokratische Kulturarbeit bei der eigenen Partei beginnt, bei ihren Umgangsformen, ihrer Arbeitsweise, ihrer Fähigkeit, kulturelle Impulse aufzunehmen und zu verarbeiten.

Wir fördern eine Vielzahl kultureller Ausdrucksformen in Gruppen und Projekten, in Stadtteilen und Wohngebieten. Kunst muß Sache möglichst vieler Menschen werden. Hindernisse beim Zugang zu Kunst und Bildung wollen wir abbauen, soweit sie nicht in den Kulturerzeugnissen selbst liegen.

Ein buntes und vielseitiges Kulturleben, das sich dem industriell normierten Freizeitverbrauch widersetzt, ist für uns allerdings mehr als die Summe unverbundener Aktivitäten. Wir wollen, daß sich unterschiedliche Milieus und Teilkulturen einander aussetzen. Widerspruch und Provokation sind Ausdruck kultureller Vitalität.

Kunst und Kultur brauchen Orte, an denen sie sich öffentlich darstellen können. Die Voraussetzung dafür zu schaffen und Künstlerinnen und Künstler zu fördern, ist Sache der Politik. Kulturpolitik ist eine Pflichtaufgabe der öffentlichen Hände. Der Staat darf nicht Vormund der Kultur, er soll Garant kultureller Vielfalt sein.

Medien in der Verantwortung

Unsere Kulturen, unser gesellschaftliches und politisches Leben werden zunehmend von Medien, vor allem von den elektronischen Medien, bestimmt. Einer neuen Medienindustrie, beherrscht durch nationale und internationale Konzerne, ist damit beträchtliche Macht auch über das kulturelle Leben und über das Fühlen und Denken der Menschen zugewachsen.

Wir Sozialdemokraten stehen für kulturelle und publizistische Vielfalt. Wir wollen die Unabhängigkeit der Medien vom Staat, aber auch von mächtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gruppen sichern und ausbauen. Wir wollen die Mitbestimmung aller, die in den Medien tätig sind, vor allem derer, die an Programm und redaktioneller Arbeit mitwirken. Zeitung, Zeitschrift und Buch behalten als gründlich und umfassend informierende Angebote auch im Zeitalter der elektronischen Medien ihre besondere Bedeutung. Unsere Kultur ist auf das Lesen angewiesen. Wir werden es fördern.

Dem öffentlich-rechtlichen Hörfunk und Fernsehen obliegt die unerläßliche Grundversogung. Sie besteht in einem umfassenden Angebot an Information, politischer Meinungsbildung, Unterhaltung, Bildung, Beratung und kulturellen Beiträgen. Bestand und Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks müssen daher gewährleistet bleiben. Er muß vor allem gegen parteipolitische Einflußnahme gesichert und wirtschaftlich unabhängig sein. Wir erwarten vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine Programmkultur, für die nicht allein die Einschaltquote Maßstab ist und in der kritische und provokative Beiträge nicht einer bequemen Ausgewogenheit geopfert werden. In Journalismus und Unterhaltung stützen wir alle, die die Wirklichkeit kritisch durchleuchten wollen und neue Ideen haben.

Der deutsche und der europäische Film sind zu fördern. Sie können dabei helfen, die kulturelle Identität Europas, seiner Länder und Regionen zu erhalten.

Geschichte der SPD

1848 Bildung erster Arbeitervereine und von Gewerkschaften

1863 Gründung des „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ in Leipzig durch Ferdinand Lassale

1869 Gründung der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ in Eisenach durch August Bebel und Wilhelm Liebknecht

1875 Vereinigung des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ und der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“

1878 Verabschiedung der Sozialistengesetze im Reichstag, sozialistische und freigewerkschaftliche Aktivitäten werden verboten, Sozialdemokraten gelten als „vaterlandslose Gesellen“

1890 Beendigung der Sozialistengesetze, die SPD – der Name gilt fortan – findet großen Zuspruch und ist bis 1912 stärkste Fraktion im Reichstag

1891 Verabschiedung des Erfurter Programms, theoretische Orientierung an den Schriften von Marx und Engels, im Umfeld der SPD entstehen Arbeiterbildungs- und -kulturvereine

1919 Abspaltung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

1919 Friedrich Ebert, SPD, wird Reichspräsident

1933 SPD stimmt unter der Führung von Otto Wels im Reichstag gegen das Ermächtigungsgesetz

1933 bis 1945
Emigration und Widerstand

1945 Formierung der SPD in Westdeutschland unter dem Vorsitzenden Kurt Schumacher als Volkspartei

1946 Zwangsvereinigung der SPD und KPD in Ostdeutschland zur SED

1959 Verabschiedung des „Godesberger Programms“ und damit Öffnung zur Mittelschicht

1966–1969
Große Koalition im Deutschen Bundestag unter der Führung der CDU, Bundeskanzler Georg Kiesinger

1969 Gustav Heinemann wird als erster Sozialdemokrat Bundespräsident

1969 bis 1982
Sozialliberale Koalition unter der Führung der SPD, in dieser Zeit „neue Ostpolitik“ u.a. Abschluss des Grundlagenvertrags mit der DDR, Beschluss Künstlersozialversicherung aufzubauen, Reform der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, 1969 bis 1974 Bundeskanzler Willy Brandt, 1974 bis 1982 Bundeskanzler Helmut Schmidt

1971 Bundeskanzler Willy Brandt erhält den Friedensnobelpreis

1989 Gründung der SDP in der DDR

1989 Verabschiedung des „Berliner Programms“ mit dem Ziel der sozialen und ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaft

1990 noch vor der deutsch-deutschen Vereinigung Verschmelzung der SDP und der SPD

1998 bis 2005
Rot-grüne Koalition unter der Führung der SPD, Bundeskanzler Gerhard Schröder, Einrichtung des Amtes des Kulturstaatsministers, Errichtung der Bundeskulturstiftung, Reform des Stiftungs- und des Stiftungssteuerrechts, Reform des Urheberrechts, Reform des Künstlersozialversicherungsgesetzes

seit 2005
Große Koalition unter der Führung der CDU/CSU, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

SPD – der Abbruch des kulturpolitischen Aufbruchs

Ein Kommentar • Von Olaf Zimmermann

Willy Brandt und Gerhard Schröder, so unterschiedlich diese beiden Politiker in ihrer Amtszeit auch waren, beide haben in ihrer Zeit der Kulturpolitik der SPD Schwung gegeben. Brandt zog in den sechziger und siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts Künstler – und nicht nur sie – magisch an. Einige der damaligen „Jünger“ missionieren, wie Günter Grass und Klaus Staeck, heute noch so für die SPD, als hätte sich die SPD und die Gesellschaft um sie herum nicht grundlegend gewandelt. Richtige Schröder-Jünger unter den Künstlern dagegen gibt es nicht wirklich. Der Politikstil von Schröder war, wie das Denken der meisten jungen Künstler heute auch, viel zu pragmatisch, um übergroße Gefühle und eine jahrlange Bindung an die Sozialdemokratie entstehen zu lassen. Gleichwohl war gerade die Ära Schröder kulturpolitisch nachhaltig erfolgreich, da sie überfällige Strukturänderungen in der Kulturpolitik auf der Bundesebene durchsetzte.

In der letzten Legislaturperiode unter Helmut Kohl (1994–1998) wurde das letzte Pflänzchen parlamentarischer Beschäftigung mit Kulturpolitik auf der Bundesebene, der Unterausschuss Kultur des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, ersatzlos gestrichen. Die sichtbare Kulturpolitik unter Helmut Kohl erschöpfte sich in der Endphase seiner Regierungszeit in einer eher privaten Beschäftigung des Bundeskanzlers mit kulturellen Fragen, dem Aufbau der Bundeskunsthalle und dem Haus der Geschichte in Bonn (siehe hierzu auch das Editorial Seite 1 in dieser Ausgabe von *politik und kultur*).

Unter Bundeskanzler Schröder änderte sich ab 1998 der Politikstil in der Kulturpolitik grundlegend. Bundeskulturpolitik wurde, trotz der „Kulturhoheit“ der Länder, deutlich sichtbar. Schröder berief nicht nur den ersten Kulturstaatsminister im Range eines Staatssekretärs ins Bundeskanzleramt, sondern beförderte auch die Einrichtung eines vollwertigen Bundestagsausschuss für Kultur und Medien maßgeblich mit. Mit der Berufung des charismatischen Michael Naumann in das Amt als Kulturstaatsministers begann in der Bundesrepublik ein neues kulturpolitisches Zeitalter. Doch Michael Naumann konnte, wie auch seine Nachfolger Julian Nida-Rümelin und die parteilose Christina Weiss, nie wirklich Fuß in der SPD-Bundestagsfraktion fassen. Zu verschieden waren die Welten der traditionellen SPD und der kulturpolitischen „Schöngeister“.

Michael Naumann gab dem neuen Amt Statur und ein intellektuelles Profil. Er gab überraschend nach zwei Jahren auf und wechselte als Herausgeber zur „Zeit“. Julian Nida-Rümelin wurde von Kanzler Schröder manchmal nur mangelhaft unterstützt und trat nach zwei Jahren in der zweiten rot-grünen Legislaturperiode nicht mehr an und Christina Weiss fand in den drei Jahren ihrer Amtszeit bis zur vorgezogenen Bundestagswahl im Herbst 2005 in der SPD-Bundestagsfraktion als Parteilose praktisch keinen Zugang.

Julian Nida-Rümelin, der Philosophieprofessor, ist und war der SPD von den drei Kulturstaatsministern eindeutig am nächsten und vielleicht auch deshalb politisch nachhaltig am erfolgreichsten. Er hat die Kulturstiftung des Bundes ebenso auf den Weg bebracht, wie bedeutende Reformen im Stiftungsrecht und im Künstlersteuerrecht angeschoben.

Nach der vorgezogenen Bundestagswahl und dem knappen Verlust der Mehrheit im Herbst 2005 verzichtete die SPD in den Koalitionsverhandlungen mit der Union darauf, das Amt des Kulturstaatsministers weiterhin, z.B. außerhalb des jetzt von Angela Merkel geführten Kanzleramtes oder als eigenständiges Ministerium, zu besetzen. Auch der wichtige Vorsitz des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags, in der Regierungszeit von Schröder erst von der Sozialdemokratin Elke Leonhard, später von der Sozialdemokratin Monika Griefhan geführt, fiel ohne hörbaren Widerstand aus der SPD-Bundestagsfraktion an die FDP. Die in der letzten rot-grünen Legislaturperiode im Deutschen Bundestag maßgeblich von der SPD initiierte Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ wurde von Anfang an bis heute von der Union geführt.

Dass die Sozialdemokratie den kulturpolitischen Aufbruch unter Gerhard Schröder in der Großen Koalition nicht weitergeführt hat, ist vielleicht das deutlichste Zeichen dafür, dass er in der Partei und der Fraktion letztlich nie wirklich angekommen ist. Alle wichtigen Positionen für Kulturpolitik auf der Bundesebene wurden in der laufenden Legislaturperiode dem Koalitionspartner (Kulturstaatsminister, Vorsitz Enquetekommission) oder der Opposition (Vorsitz Kulturausschuss) überlassen.

Aber auch die „Deutungshoheit“ über kulturpolitische Grundsatzfragen wurde in dieser Legislaturperiode nicht maßgeblich von der SPD ausgefüllt. So ist zum Beispiel die Debatte um die sogenannte Leitkultur hauptsächlich mit dem Namen des Unionspolitiker und Bundestagspräsidenten Nobert Lammert verbunden. Auf dem 58. ordentlichen FDP-Bundesparteitag in Stuttgart Mitte Juni beschäftigte sich die Liberalen mit einem umfangreichen Leitantrag zur Kulturpolitik „Kultur braucht Freiheit“. Die FDP beschloss auf diesem Parteitag, als erste Partei in Deutschland, Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankern zu wollen. Der kulturpolitische Think-tank der SPD, das Kulturforum der Sozialdemokratie, hatte diesen kulturpolitischen Aufbrüchen der CDU und der FDP bislang nichts ernsthaftes entgegenzusetzen.

In dieser Legislaturperiode hat bisher der Arbeitsminister Franz Müntefering am erfolgreichsten sozialdemokratische Kulturpolitik mit seiner gelungenen Reform der Künstlersozialversicherung gemacht. Doch die Gemengelage in der großen Koalition lässt offensichtlich nicht zu, diesen Erfolg auch als sozialdemokratischen Erfolg feiern zu dürfen.

Doch jetzt will die SPD durchstarten. Für den Parteitag im Herbst in Hamburg ist ein Leitantrag geplant, der sich mit der Stellung der Kultur in Deutschland befassen soll. Der SPD-Parteivorsitzende Kurz Beck unterstrich Ende Mai, dass die Sozialdemokratie es nicht zulassen werde, die Diskussion auf einen „eingrenzenden Kulturbegriff“ zu reduzieren, wie er etwa von der Union angestrebt wird.

Damit dies nicht nur ein Strohfeuer wird, muss die Sozialdemokratie ihren eigenen kulturpolitischen Aufbruch unter dem Kanzler Gerhard Schröder endlich anfangen als Erfolg wahrzunehmen und mit Schwung weiterzuführen.

Der Verfasser ist Herausgeber von politik und kultur und Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates ■

Eine deutsche Biografie: Herbert M. Gutmann

Vivian J. Rheinheimers Publikation öffnet ein weites Feld • Von Wilhelm Neufeldt

Der Titel des im März erschienenen Buches über den Sohn des Gründers der Dresdner Bank, „Herbert M. Gutmann, Bankier in Berlin. Bauherr in Potsdam. Kunstsammler“ ist prosaisch und verrät nicht sehr viel über den Inhalt der sehr ästhetisch aufgemachten Publikation. Aber das Photo auf dem Umschlag macht neugierig, und derjenige, der das Buch aufblättert, entdeckt eine reichhaltige Stoffsammlung über das Leben des jüdischen Bankiers und Gründers der „Deutschen Orientbank“. Die Biographie über einen der ersten „internationalen Netzwerker“ gibt Aufschluss über seinen Aufstieg und Fall, der natürlich mit den Zeitläuften zusammenhing, und darüber hinaus versammelt der Band reichhaltiges Material über die legendäre Villa des Bankiers, die er im Jahr 1916 in Potsdam am Jungfernsee erwarb. Legendär wurde sie einerseits durch das illustre und weltläufige gesellschaftliche Leben, das das Ehepaar Gutmann dort führte, andererseits durch die ständig vorgenommenen An- und Umbauten, die der Kunstsammler für seine Schätze, die aus ganz Europa und dem Orient stammten, vornehmen ließ. Dass das fortan als „Gutmann-Villa“ in Potsdam bekannte Anwesen im Dritten Reich als Waisenhaus und während der DDR als Altenheim diente, ist ebenso zu erfahren, wie sein Schicksal nach der Wende.

So ist die Publikation in mehrfacher Hinsicht interessant: Sie zeigt ein bisher weitgehend unbekanntes, außergewöhnliches deutsch-jüdisches Leben in der Weimarer Zeit und den Jahren bis zum zweiten Weltkrieg. Darüber hinaus erhält man Einblick in eine von starkem Individualismus geprägte Kunstsammler sowie dessen Bau-, und Gartenbautätigkeit. Das Foto auf dem Umschlag des im Koehler & Amelang erschienen Buches zeigt einen lächelnden Mann mit buschigen Augenbrauen in den besten Jahren und in feinem Tweed, er schaut mit freundlichen Augen seinen Gesprächspartner an. Der Tisch ist reich gedeckt und lässt erahnen, dass es hier an nichts mangelt. Lange Zeit fehlte es auch an nichts im Hause Gutmann, denn Herbert M. Gutmann war wohlhabend und erfolgreich. Doch ab 1931 verlässt ihn das Glück, als jüdischer Deutscher hat er in Berlin und Potsdam nicht mehr viel zu lachen. Im Jahr 1936 emigrieren er und seine Frau nach London, wo er in für ihn bescheidenen Verhältnissen lebt und 1942 an den Folgen eines Krebsleidens stirbt.

Das legendäre Anwesen in Potsdam am Jungfernsee, vom Hausherrn liebevoll „Herbertshof“ genannt, wurde im Laufe der Jahre durch An- und Umbauten zu einer „Wunderkammer“ umgestaltet, in der das schillernde Gesellschaftsleben des Ehepaares und die Interessen des Kunstsammlers und Sportlers ihren architektonischen Ausdruck fanden. Auch heute noch steht die „Gutmann-Villa“, wie man sie in Potsdam jetzt nennt, als quasi magisches Geschichtskonglomerat am Ufer des Jungfernsees, und nur der Kauf durch die Schauspielerin Nadja Uhl und einiger ihrer Freunde, die die Villa wieder zu altem Glanz aufpäppeln wollen, verschonte sie vorerst vor dem drohenden Untergang. So ist die vorliegende Publikation auch ein Buch über das Schicksal eines Anwesens, in dem sich die wechselvolle Geschichte Deutschlands spiegelt. Und das Werk ist nicht der Endpunkt, sondern eigentlich der Beginn einer Reihe von interessanten Fragestellungen, denen nachzugehen weiterhin lohnen würde.

Beschrieben wird zunächst das Leben Gutmanns: Als Sohn des Gründers der Dresdner Bank, Eugen Gutmann, wird Herbert M. Gutmann 1879 in Dresden geboren, die Familie zieht 1884 nach Berlin, er macht eine Banklehre, geht 24jährig nach London, um dort die Zweigstelle der Dresdner Bank zu leiten, studiert nach seiner Rückkehr nach Berlin Nationalökonomie und gründet 1906 die Deutsche Orient-Bank. Er reist viel, in die Türkei, nach Ägypten und Persien und auch in die USA. Für die damalige Zeit ist er außergewöhnlich polyglott und dem Fremden aufgeschlossen. 1913 heiratet er Daisy von Frankenberg und Ludwigsdorf. Die Gäste des Hauses sind illuster, darunter Kronprinz Wilhelm, König Fuad von Ägypten sowie König Faisal vom Irak. Jeden Freitag findet ein Empfang statt. Auch als Bauherr lässt Herbert M. Gutmann seine Internationalität spielen: Insbesondere das „Arabicum“, in dem er seiner Liebe zum Orient einen sinnfälligen Ausdruck gibt und auch die im Art-Déco-Stil errichtete Turnhalle machen das Anwesen zu etwas ganz Besonderem. Aber auch der Sport spielte eine große Rolle im Leben der Familie – Herbert M. Gutmann hatte in seiner Londoner Zeit seine Vorliebe für den Golf entdeckt und frönte dem damals aufkommenden Ideal der Fitness. Er war der Gründer des Land- und Golfclubs Berlin-Wannsee. In den zwanziger Jahren war Gutmann auf dem Gipfel seines internationalen Erfolges angelangt, 1931 saß er in 51 Aufsichtsräten, darunter in fünfzehn ausländischen. Doch mit dem Zenit dieses Jahres sollte auch sein Abstieg beginnen, der ganz wesentlich mit der Tatsache zusammenhing, dass er aus einer jüdischen Familie stammte. Im Jahr 1931 leitete die so genannte „Bankenkrise“ den Niedergang ein, der Wahlsieg der NSDAP und die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler im Januar 1933 forcierten sein Schicksal. Im Zuge des „Röhm-Putsches“ 1934 nahmen SS-Männer Gutmann und seine anwesenden Gäste, zu denen auch Konrad Adenauer gehörte, in eine so genannte „Ehrenhaft“.

Großformatig ist der Band aufgemacht und mit vielen bisher unbekannten Fotos versehen. Das Buch gliedert sich in zehn Kapitel, die von namhaften und fachlich versierten Autoren verfasst wurden. Die Überschriften sind, außer „Ein unheilvoller Tag“ (Kapitel 2,), recht neutral gehalten: „Globetrotter der deutschen Hochfinanz“ heißt eines, „Immer guter Laune“ ein anderes, „Erlaubt war, was gefiel“ das Kapitel, das die Umbauten an der Villa beschreibt. Darüber hinaus werden der Gutmannschen Kunstsammlung, der Gartenanlage des Herbertshofes und der Modernisierung des deutschen Golfsports, für die Herbert M. Gutmann viel getan hat, je ein Kapitel gewidmet. Sachkundig, präzise und manchmal sogar lapidar werden die brisanten historischen Themen dargeboten – und manchmal sogar ein wenig versteckt. Hinterfragt wird die Rolle Gutmanns bei der Bankenkrise 1931; eine mögliche Mitschuld wird zwar nahe gelegt, aber letztlich nicht bestätigt. Man kann in dem Kapitel „Gutmann als Direktor der Dresdner Bank“ einiges über das Funktionieren einer stabilen Währung und ihrer Empfindlichkeit lernen, vor allem, dass eine einzige, eventuell unbedachte Äußerung große Wirkung zeitigen kann. Allerdings wird vor allem in diesem Kapitel, und das ist vielleicht die einzige Schwäche dieser Publikation, nicht gerade überzeugend die Verantwortung der Dresdner Bank für den Niedergang ihres ehemaligen Direktors, der mit seinem Vater zusammen rund 60 Jahre im Vorstand des Bankenkonzerns

Weiter auf Seite 9

Ein Killerspiel macht noch keinen Mörder

Simulierte Gewalt – reale Folgen • Von Fritz Rudolf Körper

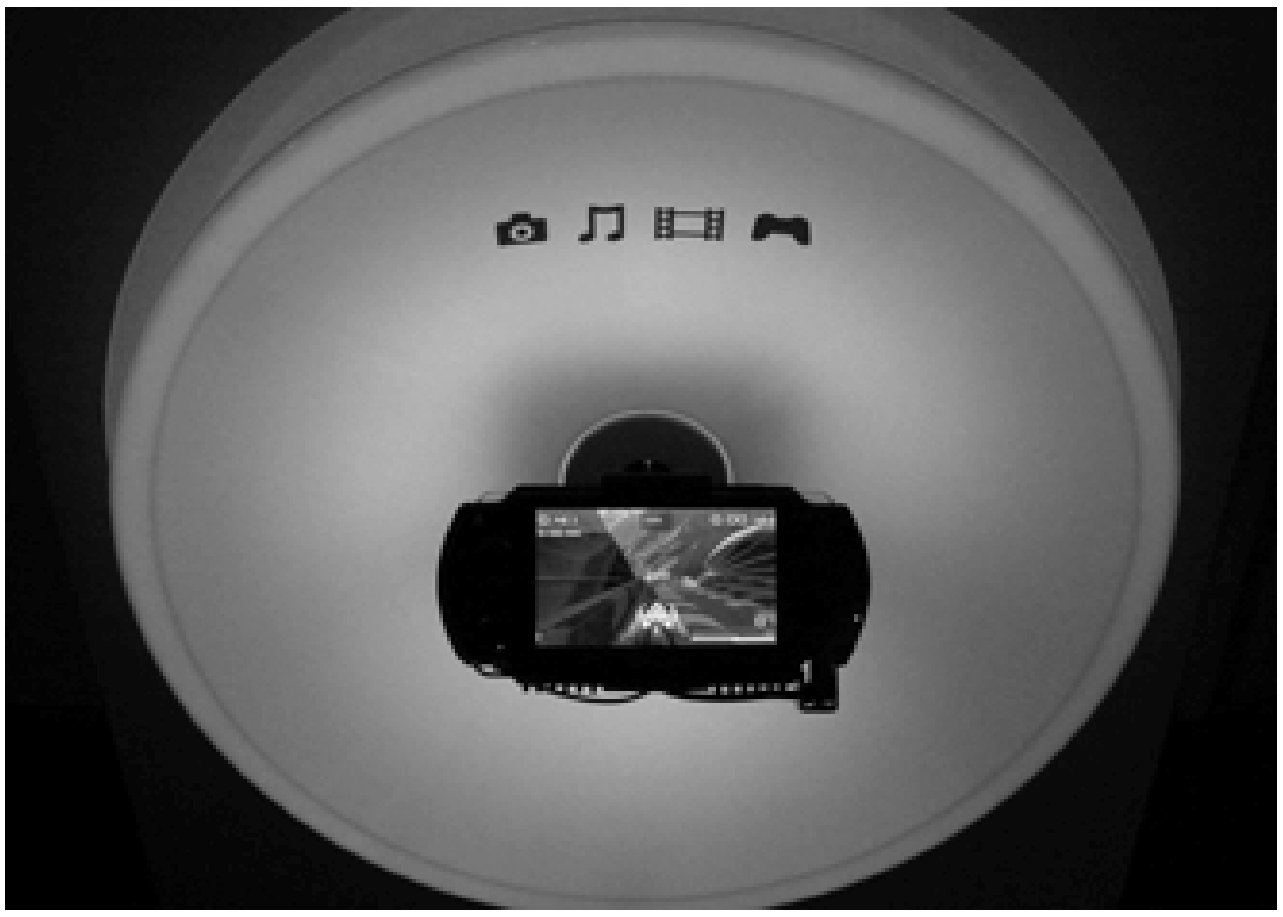
Der Amoklauf an einer deutschen Schule in Emsdetten 2002 durch einen jugendlichen Täter hat erneut eine Verbotsdiskussion im Hinblick auf sogenannte Killerspiele entfacht. Verbote sind Maßnahmen, deren Attraktivität darauf beruht, dass sie schnell und sichtbar eine Grenze setzen und damit zur Beruhigung beitragen. Ausgeblendet wird damit, dass die tieferen und gesellschaftlich verbreiteten Ursachen derartiger Gewaltexzesse bestehen bleiben, dass also ein Verbot allenfalls die Spitze eines Eisberges mehr oder weniger erfolgreich abschleifen kann, während die eigentlichen Probleme fortbestehen.

Computerspiele schaffen virtuelle Scheinwelten. Der Hinweis darauf, dass auch intensiv spielende Jugendliche entgegen manchen Behauptungen sehr wohl zwischen Realität und ihrer Simulation unterscheiden, mag zutreffen. Dennoch sind die Killerspiele ein Problem, das nicht im Hinblick auf ihren virtuellen Charakter verharmlost werden sollte. Spiele prägen die Phantasie und über die Phantasie die realen Reaktions- und Verhaltensmuster, in welcher Abschwächung auch immer. Phantasie geht bekanntlich der Handlung voraus. Killerspiele sind nichts anderes als eine Software, deren immer perfektere Bild- und Tonwelten das Phantasie-Schema variieren, wonach der Spieler der Größte ist, risikolose Gewalt Spaß macht und die Schreie der Opfer den Spaß lediglich erhöhen.

Der Deutsche Bundestag hat bereits nach dem Amoklauf in einer Erfurter Schule 2002 durch eine Verschärfung des Strafrechts reagiert: die Verbreitung eines Computerspiels, das „grausame oder sonst unmenschliche Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder menschenähnliche Wesen in einer Art schildert, die eine Verherrlichung oder Verharmlosung solcher Gewalttätigkeiten ausdrückt oder die das Grausame oder Unmenschliche des Vorgangs in einer die Menschenwürde verletzenden Weise darstellt“ wurde verboten, desgleichen die Herstellung, Bewerbung oder Verbreitung, die Abgabe an Jugendliche unter 18 Jahren und anderes mehr. Über weitere Präzisierungen dieses bereits jetzt sehr variantenreich und entsprechend verschlungen formulierten Verbots kann man nachdenken, die in diesen Spielen zum Ausdruck kommenden gesellschaftspsychologischen Probleme werden durch weitere Verbote jedoch mit Sicherheit nicht gelöst.

Gewalt ist das Thema der ältesten Sagen, Gewalt ist die Schlüsselszene fast jeden Krimis, der drohende Einbruch der Gewalt schafft die Spannung in unendlich vielen Filmen und Romanen, Gewalt ist auch das Thema in den Dramen unserer Hochkultur. Gewalt ist nicht nur ein Teil der menschlichen Realität, ihre mehr oder weniger künstlerische Darstellung gehört zum Kernbereich unserer Kultur. Die Rezeption dieser Darstellungen dient sowohl der Unterhaltung wie auch der Einsicht in die fatalen Ursachen und Folgen von Gewaltausübung. Die kulturelle Verarbeitung realer Gewalt dient damit auch der Reflexion über bessere Wege der Konfliktlösung. Gewalthaltige Computerspiele bedeuten in dieser Hinsicht jedoch einen kulturellen Bruch. Dieser Bruch betrifft weniger den Spielinhalt als das Rezeptionsverhalten. Durch die aktive Beteiligung des Spielers tritt an die Stelle möglicher Reflexion die unter virtuellem Handlungsdruck und damit unter realem Zeitdruck stehende Identifikation mit der Gewaltausübung.

Kein Killerspiel transformiert einen psychisch gesunden Menschen in einen realen Mörder oder Gewalttäter. Wer tatsächlich Gewalttaten ausübt, mag sich zwar in derartigen Spielen den letzten Kick holen oder sich aus ihrem Zeichenarsenal bedienen, um seinen Verbrechen ein vermeintlich heroisches Dekor zu geben, ursächlich im eigentlichen Sinne sind diese Spiele nicht. Und dennoch findet im Spieler eine Transformation statt. Diese Transformation basiert auf der aktiven Identifikation mit dem „Held“ des Spiels, die weit über das bisher übliche passive Miterleben hinausgeht. Manche Spiele sind so ausgelegt, dass die Identifikationsfigur lediglich in Teilen (Arme mit Waffen) in das Bild hineinragt, so dass der Spieler die Figur imaginativ durch seinen eigenen Körper vervollständigt. Der Ablauf des virtuellen Geschehens zwingt den Spieler zur schnellen Aktion. Bei Killerspielen bedeutet dies in aller Regel, dass der Spieler sich über die Schmerzens- und Entsetzensschreie der Opfer hinwegsetzt, auch den Versuch der Kontaktaufnahme („Bitte nicht!“) ignoriert und die Opfer möglichst umstandslos „platt macht“. Auffällig ist der weitgehende Verzicht auf das konventionelle Racheschema, welches den dargestellten Gewaltakten den Charakter der „gerechten Sache“ zumindest dem Anschein nach verleihen könnte. Die virtuellen Opfer werden zum Teil wahllos beispielsweise aus Straßenpassanten herausgegriffen. Der Gewaltakt wird so zu einem Selbstzweck, der keiner Rechtfertigung bedarf und seine Erfüllung in sich selbst findet. Dies begründet seinen Kultcharakter. Distanzierung von der Gewalt ist innerhalb des Spiels nicht möglich. So wären Antikriegsspiele unter der Bedingung aktiver Identifikation nicht einmal denkbar, da diese Identifikation notwendig Lustgewinn voraussetzt.



Jederzeit einsatzbereit: Tragbare Spielekonsolen (Sony PSP) für unterwegs **Foto: www.pixelio.de**

Es liegt auf der Hand, dass der ausgiebige „Genuss“ derartiger virtueller Erfahrungen die Phantasie der Menschen und damit diese selbst verändert. Nicht nur das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen verweist auf Befunde der empirischen Forschung über Desensibilisierungsprozesse und die Reduktion der Empathiefähigkeit. Ende letzten Jahres haben Potsdamer Psychologinnen in einer umfassenden Feldstudie festgestellt, dass Nutzer von Gewaltspielen sich in realen Situationen aggressiver verhalten als die Vergleichsgruppe. Nutzer gewalthaltiger Spiele unterstellen nach dieser Studie anderen Menschen vorschnell feindliche Absichten und handeln vorsorglich schon einmal selbst feindselig. Nicht nur die Amokläufe sollten uns beunruhigen, gleichermaßen beunruhigend ist die tägliche Bearbeitung der Psyche von Millionen junger Menschen in der gerade beschriebenen Form.

Was tun? Vor Schnellschüssen verschiedenster Art sollten wir das Ergebnis der von der Bundesregierung initiierten Evaluation der Wirkungen des Jugendschutzgesetzes abwarten. Die Evaluation wird insbesondere das geltende System der Alterskennzeichnung und der Indizierung betreffen. Die Einstufungspraxis der Unterhaltungssoftware-Selbstkontrolle (USK) ist nicht unumstritten. Voraussichtlich werden wir die Gestaltung eines transparenteren und effizienteren Verfahrens in Aussicht nehmen. Wir werden auch darüber entscheiden, ob das geltende Jugendschutzgesetz, soweit es die Indizierung eines Titels durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften nach einer Altersklassifizierung durch die USK ausschließt, geändert werden muss. Die Indizierung ist eine Maßnahme unterhalb eines Verbots, welche im Hinblick auf die mit ihr verbundenen Werbeverbote und Verkaufseinschränkungen sich als überaus effektiv erwiesen hat. Die geltende Einschränkung dieser Option bedarf der Überprüfung. Schließlich werden wir über die Bedingungen des Verkaufs altersklassifizierter Spiele nachdenken, um die faktische Durchsetzung der Altersklassifizierung zu gewährleisten.

Über der berechtigten Empörung über gewalthaltige Schundangebote sollten wir nicht vergessen, dass die weitaus überwiegende Anzahl der Computerspiele das Ergebnis technologischer und mitunter auch künstlerischer Erfindungskraft sind. Sie ermöglichen „spielend“ den Erwerb einer Medienkompetenz, die zur Bewältigung des modernen Alltags- und Berufslebens zunehmend notwendig ist. Die Attraktivität der Spiele für Jugendliche ist enorm. Mit Verboten und Grenzsetzungen alleine werden wir schädliche Formen der Nutzungen nicht verhindern. Die Anregung von Gabriele Schulz und Olaf Zimmermann in dieser Zeitung, durch Preise und Auszeichnungen das gerade für die Eltern unübersichtliche Angebot positiv zu strukturieren, halte ich daher für sehr hilfreich.

Die eigentliche Frage, die mit den negativen Wirkungen exzessiv gewalthaltiger Computerspiele verbunden ist, betrifft weniger die Spiele als ihre Nutzer: wie ist es möglich, dass junge Menschen in (virtuellen) Akten purer Gewalt ein Identifikationsmuster finden können statt einfach nur abgestoßen zu sein? Gewalt jenseits aller praktischen Ziele ist ein Akt der Erzwingung von Anerkennung. Offenbar ist es genau diese, die den jungen Menschen aus welchen Gründen auch immer fehlt. Die gezielte Integration einer Kultur der Anerkennung in unser Erziehungssystem könnte nicht nur in diesem Zusammenhang mehr leisten als weitere Verbote.

Der Verfasser ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag ■

Fortsetzung von Seite 8

erfolgreich wirkte, dargestellt Nach allem, was man inzwischen weiß, ist anzunehmen, dass einzelne einflussreiche „arische“ Kollegen sich nicht scheuten, das langjährige, verdienstvolle Vorstandsmitglied Gutmann fallen zu lassen und ihr offenbar schlechtes Gewissen mit peinlichen Kondolenzschreiben zu mildern versuchten (Seite 55). Die Nürnberger Gesetze taten das Ihre dazu, dass Gutmann weitgehend mittellos ins Exil musste. So lange Gutmann durch seine Auslandskontakte noch von Nutzen war, wurde er – auf schlechterem Niveau, aber dennoch – behalten, und danach eiskalt abserviert. Eindrucksvoll die Grafik auf Seite 45, die an der Zahl der Aufsichtratsmandate Gutmanns Aufstieg und Fall sinnfällig illustriert. Der über lange Strecken sehr vorsichtige und distanziert wirkende Ton der Schilderungen von Gutmanns Absturz ist irritierend.

In dem Kapitel „Immer gute Laune“ wird auch auf das düstere Kapitel des Genozids der Türken an den Armeniern eingegangen. Von den rund anderthalb Millionen Armeniern, die den Tod fanden, waren nicht wenige Kunden der Deutschen Orientbank gewesen. Wie die Deutsche Orientbank zu einem der Hauptakteure dieser Tragödie, zum Diplomaten Baron Max von Oppenheim stand, ist bis heute ungeklärt. Gleiches gilt für die Frage, welche Gewinne die Bank durch verbliebene Guthaben und Wertpapiere ermordeter Armenier gemacht hat. Die Frage der Verstrickung des deutschen Reiches in diesen Genozid wird allzu selten erörtert, und so erhält man hier Einblick in einen sehr unbekannten, aber nicht uninteressanten Randaspekt deutscher Bankengeschichte. Eine 2006 eingereichte Sammelklage amerikanischer Armenier gegen die Deutsche und Dresdner Bank (Seite 70) wird vielleicht zur Erhellung dieses düsteren Kapitels beitragen.

Abschließend: Die Lektüre des von Vivian J. Rheinheimer herausgegebenen Buches ist ungemein spannend und lesenswert; und auch die Kunst- und Architekturliebhaber kommen durch die sorgfältige Edierung und Bebilderung der Geschichte des „Herbertshofes“ sowie der Kunstsammlungen Gutmanns voll auf ihre Kosten.

Vivian J. Rheinheimer, Herbert M. Gutmann, Koehler&Amelang, 39 Euro

Der Verfasser war Abteilungsleiter im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg ■

Streitfall Computerspiele III

Ein Schwerpunktthema in den letzten beiden Ausgaben von *politik und kultur* waren Computerspiele. Angefangen hat die Debatte mit der Beilage Kultur Kompetenz Bildung in der Ausgabe 2/2007 von *politik und kultur*. Zu Wort kamen u.a. Klaus Spieler, Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle, Birgit Wolf, Landesvereinigung Kuturelle Jugendbildung, Josef Rahmen, Messe Leipzig, Ruth Lemmen, Bundesverband Interaktive Unterhaktungssoftware, Malte Behrmann, GAMES, Jörg Müller-Lietzkow, Universität Leipzig, Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz, Deutscher Kulturrat. Diese Beilage rief ein sehr großes Echo hervor. Dabei überwogen die positiven Stimmen. Es gab aber auch kritische. Es wurde davor gewarnt, Computerspiele als Kunst zu bezeichnen. Es wurde angemahnt, dass gerade kulturelle Bildung dazu dienen solle, Kinder und Jugendliche zu bewegen, keine Computer- oder Videospiele zu spielen.

In der Ausgabe 3/2007 wurde, ausgelöst durch diese Debatte, sich mit der Frage Spielebranche als Teil der Kulturwirtschaft auseinandergesetzt, auf die Rezeption von Computerspielen durch Kinder und Jugendliche eingegangen und die Frage nach dem Verbot oder der Förderung von qualitativ hochwertigen Computerspielen erörtert. Autoren waren: Günter Beckstein, Armin Laschet, Peter Michael Ehrle, Wilfried Kaminski, Lothar Mikos, Hartmut Warkus, Olaf Zimmermann, Gabriele Schulz, Christoph Pries, Kristin Bäßler, Dorothee Bär, Jörg Tauss, Hans-Joachim Otto, Lothar Bisky und Grietje Bettin.

Im Mittelpunkt dieser Ausgabe steht zum einen die Wirkungsforschung mit einem Beitrag aus dem **Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest** sowie einem Beitrag aus dem **Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen**. **Fritz Rudolf Körper** und **Christian Höppner** positionieren sich zum Verbot von Computer- und Videospielen. **Michael Schnell** stellt das Projekt „Internet-ABC“ vor. **Michael Bhatty** setzt sich mit dem Erzählen von Geschichten in Computerspielen, Filmen und Büchern auseinander. Und **Stefanie Ernst** berichtet von der neuesten Version des Spiels „Tomb Raider“.

Die Redaktion ■

Kunstfreiheit für Gewalt?

Computerspiele als zu förderndes Kulturgut? Von Christian Höppner

Rickeracke! Rickeracke!
Geht die Mühle mit Geknacke.
Hier kann man sie noch erblicken
Fein geschroten und in Stücken.
Doch sogleich verzehret sie
Meister Müllers Federvieh.
(aus Wilhelm Busch: Max und Moritz)

Wer kennt es nicht – das Ende von Max und Moritz. Gewalt pur und dennoch Literatur. Beispiele in der Darstellung und Auseinandersetzung mit Gewalt finden sich in der ganzen Kulturgeschichte des Menschen. Aggression und ihre Beherrschung sind ein konstitutiver Bestandteil menschlicher Existenz und damit auch immer wieder Teil künstlerischer Auseinandersetzung.

Die Lust zur Verkleidung – auf Zeit eine andere Identität anzunehmen, ist ebenfalls seit eh und je ein wichtiger Bestandteil insbesondere in der Kinder- und Jugendphase. Die Theaterbühne ist dabei heute weitgehend vom Spielplatz, Wald oder Dachboden zu einem Computerplatz mutiert. Immer mehr Kinder und Jugendliche verbringen einen nicht unerheblichen Teil ihrer Lebenszeit nahezu bewegungslos vor dem „Schirm“, der sie nicht beschirmt oder abschirmt, sondern in immer wieder neue virtuelle Welten entführt. Ob Fernsehen, Internet oder DVD; die optische und technische Qualität der Angebote steigert sich fast linear zur Angebotsvielfalt. Bei den Computerspielen gibt es eine Reihe von höchst aufwendig und phantasievoll produzierten Computerspielen, die etwa 94% des Marktes ausmachen. Deshalb ist die Gleichung Computerspiel gleich Killerspiele falsch. Im Gegenteil bedeutet dieser Markt eine Chance, Kinder und Jugendliche in einer ihnen vertrauten Medienwelt zu erreichen, wenn es denn genügend Fachkompetenz in den kulturvermittelnden Berufen gäbe, um in diesem sich rasant wandelnden Medienbereich täglich auf dem Stand der Dinge zu sein. So weit – so natürlich.

Sechs Pozent Computerspiele mit gewaltverherrlichenden Inhalten, sind sechs Prozent zu viel Computerspiele am Markt. Dass der – oft massenhafte – Konsum dieser so genannten Killerspiele eine Wirkung auf den Menschen hat, kann sich jeder durch Nachdenken, die Beobachtung unserer Gesellschaftsentwicklung und einige Praxistests selber erschließen. Die Manie, dass nicht sein kann, was nicht zu 100% wissenschaftlich bewiesen ist, hat schon in vielen Fällen dazu beigetragen, dass Gesellschaften zu spät auf Entwicklungen reagiert haben – der Klimawandel lässt grüßen. So wichtig die verstärkte Forschung auf diesem Gebiet ist, so wichtig ist es, jetzt die Weichen für einen Ausweg aus der Gewaltsackgasse zu finden – denn Gewalt gebiert Gewalt.

Die Gesellschaft kann die täglich erfahrbaren vielfältigen Formen menschlicher Aggression nicht wegschließen oder gar verbieten – sie kann sie nur versuchen in Bahnen zu lenken, die das Zusammenleben in einer Gesellschaft ermöglichen. Genau diese Lenkungsmechanismen versagen mehr und mehr dort, wo sie gravierende Folgen für unsere Gesellschaft haben – bei unseren Kindern und Jugendlichen.

Wir berauben uns zunehmend der Chance, die entscheidenden Jahre der Prägung im Sinne eines humanen Gesellschaftsbildes zu nutzen. Stattdessen werden immer mehr Kinder der „Erziehung“ durch Andere und damit auch durch die Medien überantwortet. Der erste Ort der Erziehung ist zu oft schon nicht mehr die Familie, sondern ein Patchwork aus vielerlei Beziehungslinien mit einer erdrückenden Dominanz der Medien. Internet, Fernsehen und Computerspiele belegen einen großen Teil jugendlicher Erlebniswelt. Die Auswirkungen multimedialer Reizüberflutung auf die Wahrnehmungsfähigkeit von Jugendlichen sind vielfältig beschrieben.

Das Gegensteuern auf dem Computerspielemarkt muss da ansetzen, wo die im Grundgesetz verankerte Menschenwürde berührt wird. Dazu gehört auch ein Verbot gewaltverherrlichender Spiele – nicht nur für Kinder, sondern auch für Erwachsene. In der heutigen Situation sich auflösender familiärer Strukturen sind zu oft solche Killerspiele auch für Kinder und Jugendliche zugänglich. Zugegebenermaßen ist die Maßnahme nur ein stumpfes Schwert, aber in der aktuellen Situation mindestens ein Zeichen.

Wesentlich entscheidender jedoch ist die Stärkung des Individuums durch Zuwendung und eine ganzheitliche Bildung. Die Neugier und Offenheit jedes neugeborenen Kindes sind Chance und Verantwortung zugleich, ein Selbstbewusstsein im Sinne einer breit angelegten und qualifizierten kulturellen Bildung anzulegen. Die Fähigkeit wahrzunehmen, die Fähigkeit sich mitzuteilen, die Fähigkeit zum Dialog und die Fähigkeit zu einem verantwortungsbewussten Handeln haben ihre Wurzeln in der Prägungsphase von Kindern, die im Wesentlichen mit etwa dem 13. Lebensjahr abgeschlossen ist. Was hier an Kompetenzen in der Persönlichkeitsbildung und den Umgang mit den Alltagswelten angelegt ist, kann am besten für die Herausforderungen des Lebens vorbereiten. Kulturelle Bildung ist vor allem ein Menschenrecht und eine der entscheidenden Voraussetzungen differenzierter Selbstäußerung und damit auch Teil einer Schutzimpfung für die Untiefen des Lebens – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Medienkompetenz als Teilmenge kultureller Bildung definiert sich in diesem Zusammenhang als ein umfassendes Netzwerk für die eigene Orientierung und Bewertung.

Diese Erkenntnis ist nicht nur seit Jahrzehnten Bestandteil in Sonntagsreden, sondern seit kurzem erfreulicherweise auch Bestandteil von Montagshandeln. Die „Initiative Musik“ oder die NRW-Initiative „Jedem Kind ein Instrument“ können dann ihre Wirkung entfalten, wenn sie sich nicht als Pflaster auf der eitrigen Wunde einer verfehlten Bildungspolitik instrumentalisieren lassen, sondern sich in Ergänzung und Stärkung der immer noch vorhandenen Strukturen wie Schule, Musik- und Kunstschule verstehen. Kulturelle Bildung ist ein lebensbegleitender Prozess, der insbesondere in den jungen Jahren der Qualität und Kontinuität bedarf. Dabei kann die wachsende Eventkultur im Bildungsbereich eine impulsgebende Begleitung sein, keinesfalls aber Ersatz.

Die aktuelle Diskussion um das Thema Killerspiele schwankt zwischen Dämonisierung (aus Unkenntnis?) und Kulturkampf. Beides hilft in der Perspektive, die kulturellen Kompetenzen Heranwachsender zu stärken nicht weiter. Es ist abstrus, Computerspiele als schützenswertes Kulturgut zu reklamieren und in diesem Zusammenhang deren staatliche (finanzielle) Unterstützung zu fordern. Diese Forderungen gehen an der zentralen Fragestellung der Zielsetzung einer humanen Gesellschaft und dem Weg dorthin vollkommen vorbei. Die geforderte Kunstfreiheit ist nun beileibe in vielen Bereichen in unserer Gesellschaft gefährdet – alleine dadurch, dass kulturelle Teilhabe zu oft vorenthalten wird – aber nicht bei den Computerspielen. Sicherlich gibt es in diesem großen Bereich medialer Vermittlung Produkte, die als Kunst bezeichnet werden können bzw. von kommenden Generationen so eingestuft werden. Die ewige Frage, was Kunst eigentlich ist, hilft hier nicht weiter.

Die menschenverachtenden Bilder und präzisen Anleitungen, welche Tastenkombination zu bedienen sei, um das Töten möglichst schmerzhaft und lange hinauszuziehen erzeugen im interaktiven Dialog zwischen dem analogen Menschen und der digitalen Welt jene Scheinwirklichkeit, die das Leben in der analogen Welt immer schwieriger werden lässt. Mir graut vor den Entscheidergenerationen von morgen und übermorgen, die ihre Sozialisation weitgehend im „Second Life“ genossen haben.

Der Deutsche Kulturrat muss im Umgang mit diesem Thema eine besondere Sensibilität walten lassen, denn seine Stimme hat mittlerweile inhaltliches und moralisches Gewicht in der öffentlichen Diskussion.

Der Verfasser ist Stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Kulturrates ■

Nur noch virtuelle Welten?

Fakten zur Nutzung von Computerspielen • Von Sabine Feierabend und Thomas Rathgeb

Beim Umgang von Kindern und Jugendlichen mit Computer und Internet nehmen Spiele einen hohen Stellenwert ein, erfolgt doch die erste Heranführung an diese Medien meist über diese Form der Zuwendung. Mit zunehmendem Alter der Kinder und Jugendlichen geht die Faszination der Spiele zwar deutlich zurück, aber auch für Jugendlichen stellen digitale Spiele eine bedeutende Freizeitbeschäftigung dar. Welchen Stellenwert Computerspiele in der (Medien-)Welt von Jugendlichen einnehmen, zeigt die JIM-Studie des Medienpädagogische Forschungsverbundes Südwest (mpfs), die seit 1998 Entwicklungen und Perspektiven im Medienumgang junger Menschen in Deutschland in Form einer repräsentativen Studie untersucht.

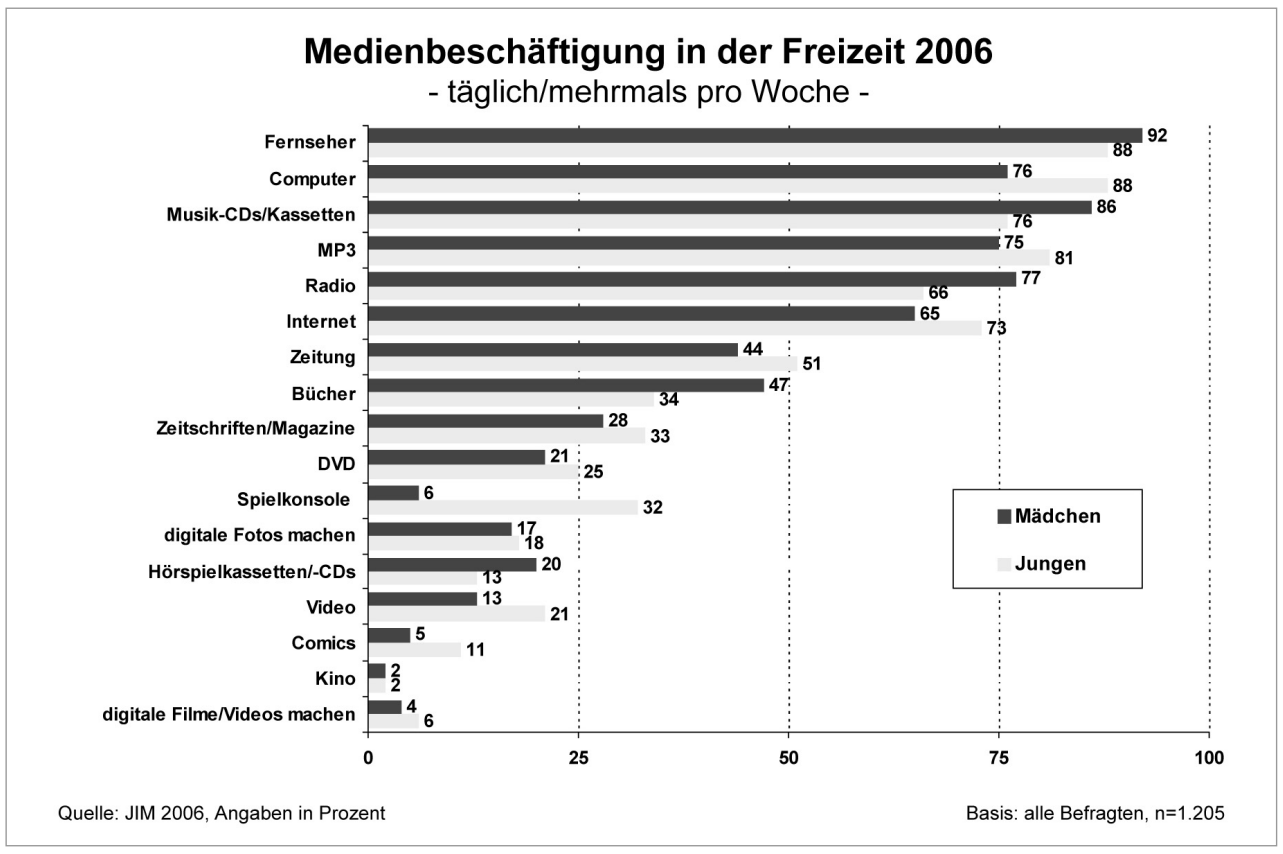


Abb. 1

Generell steht Jugendlichen ein beachtliches Medienrepertoire zur Verfügung: Neben Fernseher und Handy findet sich in fast allen Haushalten, in denen Jugendliche heute aufwachsen, mindestens ein Computer, 92 Prozent der Haushalte haben einen Internetzugang. In mehr als der Hälfte der Haushalte ist eine Videospielkonsole vorhanden, eine tragbare Spielkonsole haben 42 Prozent der Haushalte. Auch der persönliche Besitz der Jugendlichen ist breit gefächert: 92 Prozent haben ein Handy, 64 Prozent einen Fernseher, 60 Prozent einen eigenen Computer bzw. Laptop, 38 Prozent verfügen über eigenen Internetzugang. Weit verbreitet sind unterschiedliche Spielkonsolen: Hier wird zwischen Spielkonsolen für den Fernseher oder den PC-Bildschirm (42 %) und tragbaren Spielkonsolen (30 %) unterschieden. Eine Play Station Portable (PSP), eine tragbare Konsole, die erst seit 2005 auf dem Markt ist, besitzen 12 Prozent der Jugendlichen.

Jungen sind bei Computer, Internetzugang und Spielkonsolen deutlich besser ausgestattet als Mädchen: Über die Hälfte der Jungen hat eine stationäre Spielkonsole für Computer oder Fernsehgerät, ein Drittel besitzt eine tragbare Spielkonsole. Der Bildungsgrad der Jugendlichen spielt hinsichtlich des persönlichen Medienbesitz an verschiedenen Stellen eine Rolle: Über Computer und Internet verfügen deutlich mehr Gymnasiasten als Hauptschüler, Fernsehgeräte und Spielkonsolen hingegen sind bei Jugendlichen mit geringerem Bildungsniveau häufiger im eigenen Zimmer zu finden.

Das Freizeitverhalten von Jugendlichen ist sehr differenziert. Betrachtet man die Medientätigkeiten, so steht das Fernsehen an erster Stelle, das 90 Prozent mehrmals die Woche nutzen, ebenso regelmäßig sitzen 83 Prozent vor dem Computer. Etwa ein Fünftel nutzt mit dieser Häufigkeit die Spielkonsole an Fernseher oder Computer – bei den Jungen liegt der Anteil etwa fünfmal höher als bei Mädchen. Diese widmen sich häufiger als Jungen den „klassischen“ auditiven Medien (Tonträger, Radio) und Büchern.

Nahezu alle Jugendlichen haben heutzutage Computererfahrung und zählen zum Kreis der Computernutzer. Die häufigste Offline-Tätigkeit – die Online-Nutzung einmal nicht berücksichtigt – ist hierbei das Abspielen von Musik, erst an zweiter Stelle folgt die Nutzung von Computerspielen. Jungen wenden sich fast allen Anwendungsmöglichkeiten intensiver zu als weibliche Computernutzer, am deutlichsten wird dies bei Computerspielen. Mädchen hingegen nutzen Computer regelmäßiger als Jungen für das Schreiben von Texten, für schulische Belange oder für Lernprogramme. Während andere Tätigkeiten am Computer im Vergleich zum Vorjahr deutlich häufiger ausgeführt wurden ist das Spielen von Computerspielen auf Vorjahresniveau geblieben.

Insgesamt lassen sich die Tätigkeiten am Computer grob in drei Bereiche einteilen: Als Online-Tätigkeit die Nutzung des Internet bzw. von Online-Diensten, als Offline-Tätigkeiten Spiele sowie der Bereich Lernen/Arbeiten. Weist man die Selbstauskünfte über die jeweilige zeitliche Zuwendung der Jugendlichen entsprechend zu, so entfällt bei den Computernutzern mehr als die Hälfte der Nutzungszeit auf die Onlinenutzung, jeweils ein Fünftel der Zeit wird mit Spielen bzw. Arbeiten/Lernen verbracht. Auch hier wird die Präferenz der Jungen für Computerspiele deutlich – nach eigenen Angaben verbringen Jungen und junge Männer 28 Prozent ihrer Zeit am Computer mit Spielen, bei den Mädchen sind es gerade neun Prozent. Mädchen verwenden einen größeren Teil ihrer Computerzeit auf schulische Belange und die Online-Nutzung. Betrachtet man die Altersgruppen, so bleibt der Anteil für das Internet vergleichsweise stabil, mit zunehmendem Alter geht die Nutzung von Spielen zu Gunsten von Lernen/Arbeiten zurück (siehe Abb.1).

Wirft man einen Blick auf den aktuell intensiv diskutierten Bereich der Computerspiele, stellt man über-

Weiter auf Seite 11

Fortsetzung von Seite 10

rascht fest, dass ein großer Teil der 12- bis 19-Jährigen hier wenig oder gar kein Interesse zeigt. Nimmt man alle Jugendlichen als Grundlage – unabhängig davon, ob sie Computernutzer sind (das sind 97 %) oder nicht – so zählen 37 Prozent zu den intensiven Spielern (täglich/mehrmals pro Woche), weitere 15 Prozent spielen einmal pro Woche bzw. einmal in 14 Tagen. Ein Fünftel kann als eher sporadische Spieler beschrieben werden (einmal im Monat oder seltener) und immerhin 28 Prozent spielen überhaupt nicht.

Die Differenzierung nach Geschlecht und Alter zeigt die bekannten Muster, mehr als die Hälfte der Jungen weisen eine starke Nutzung auf. Drängt sich in den aktuellen öffentlichen Debatten um die Folgen und Wirkungen von Computerspielen („dick“, „dumm“, „gewaltbereit“) oft der Eindruck auf, Jugendliche würden durch die Bank weg einen Großteil ihrer Freizeit mit Spielen verbringen, so überrascht es dann doch, dass selbst bei den Jungen 13 Prozent überhaupt nicht spielen und weitere 15 Prozent nur sporadisch. Zwei Fünftel der Mädchen sind Nicht-Spieler, für sie stellen Computerspiele keine adäquate Form der Freizeitgestaltung dar. Auf der anderen Seite wird aber auch deutlich, dass sich regelmäßiges Computerspielen nicht auf eine kleine Gruppe beschränkt, immerhin kann man mehr als die Hälfte der Jungen zu den regelmäßigen Spielern zählen. Es zeigt sich, dass „die Jugend“ eben sehr heterogen ist und es stets einer differenzierten Betrachtung bedarf. Die Nutzung von Computerspielen geht mit zunehmendem Alter der Jugendlichen zurück – nur etwas mehr als ein Viertel der volljährigen Jugendlichen geht dieser Form der Freizeitbeschäftigung noch regelmäßig nach.

Betrachtet man nur die Spieler, so zeigt sich, dass insgesamt bei der Hälfte dieser Jugendlichen eine starke Einbettung in den Alltag stattfindet, gespielt wird nahezu jeden Tag. Bei den Jungen ist diese Gruppe mehr als doppelt so groß wie bei den Mädchen. Auch zählen deutlich mehr Spieler mit Hauptschulhintergrund zu den intensiven Nutzern als Gymnasiasten. Der Anteil derjenigen, die nur einmal im Monat oder seltener spielen, liegt je nach Altersgruppe oder Bildungsgrad zwischen 20 und 34 Prozent.

Computerspiele werden auch online genutzt, derzeit jedoch fast nur von Jungen. Etwa ein Viertel von ihnen spielt regelmäßig online, bei den Mädchen sind es nur vier Prozent. Wie intensiv das Spielen die Online-Nutzung insgesamt bestimmt, zeigt sich vor dem Hintergrund der von den Jugendlichen selbst eingeschätzten Zeitbudgets für die Bereiche Kommunikation (E-Mail, Instant Messaging, Chat), Information (Lernen und Arbeit) und Spiele. Demnach wenden die Jugendlichen 60 Prozent ihrer Online-Nutzungszeit für Kommunikation auf (Mädchen: 69%, Jungen: 55%), 23 Prozent entfallen auf die Suche nach Information und 17 Prozent auf Spielen. Es überrascht wenig, dass auch hier die Jungen beim Spielen eine weit intensivere Nutzung zeigen als Mädchen – männliche Internutzer verbringen ein Viertel ihrer Zeit im Internet mit Online-Spielen – viermal mehr als die Mädchen (6%). Siehe dazu Abb. 2 In der JIM-Studie 2005 lag ein Schwerpunkt im Bereich Computerspiele und Jugendschutz. Da bekannt ist, dass Spiele, die eigentlich für Jugendliche nicht freigegeben (oder gar indiziert) sind, unter den Jugendlichen dennoch bekannt sind und auch gespielt werden (JIM-Studie 2004; Kapitel 8.3), wurde dieses Thema in der JIM-Studie 2005 etwas näher beleuchten. Demnach wissen 97 Prozent der PC-Spieler, dass es bei Computerspielen Mindestaltersbegrenzungen gibt. Von diesen geben 61 Prozent an, schon einmal Spiele gespielt zu haben, für die sie eigentlich zu jung sind, bei den Jungen sind es sogar über drei Viertel (Mädchen: 31%). Nun sollten Jugendliche eigentlich keinen Zugang zu Spielen haben, die von der USK (Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle) für deren jeweilige Alterstufe nicht freigegeben sind. Drei Viertel der Befragten schätzen aber die Möglichkeit, sich solche Spiele zu beschaffen, als sehr einfach oder einfach ein.

Als potentielle Bezugsquelle für solche Spiele geben hier 57 Prozent ihre Freunde an, allerdings spielen Ladengeschäfte (45%) genauso wie das Internet (45%) ebenfalls eine große Rolle. Überraschenderweise tragen auch die Eltern (18%) dazu bei, dass Jugendliche an Computerspiele kommen, die nicht für sie geeignet sind und gesetzlichen Restriktionen unterliegen, dies gilt für 12- bis 13-Jährige (19%) ebenso wie für 16- bis 17-Jährige (18%). Somit wird deutlich, dass die aktuelle Debatte über eine restriktivere Regulierung von Spielen sich stärker um eine Einhaltung der bereits bestehenden Regelungen drehen sollte (siehe Abb. 3).

Insgesamt wird deutlich, dass Computerspiele derzeit vor allem ein Thema bei Jungen und jungen Männern sind. Trotz eines enormen Spieleangebots und immer weiterer ausdifferenzierter Spielgeräte mit Kommunikationsmöglichkeiten spricht diese Freizeitaktivität Mädchen und junge Frauen derzeit noch weniger an. Inwieweit Marketingkampagnen mit speziell auf Mädchen zugeschnittenen Angeboten einen Nutzungsänderung bewirken, wird die nächste Studie zeigen. Bei den Jungen haben Computerspiele unbestritten eine sehr große Bedeutung. Was die Häufigkeit und die Intensität betrifft, nehmen virtuelle Spiele für einen Großteil der Jungen viel Raum ein. Wenn diese Spiele mit zunehmendem Alter zwar an Bedeutung verlieren, so sind sie doch ein wichtiges Element der Jugendkultur, das einer ernsthaften und differenzierten gesellschaftlichen Debatte bedarf und wert ist.

Sabine Feierabend ist Mitarbeiterin der SWR Medienforschung. Thomas Rathgeb ist Leiter der Geschäftsstelle des Medienpädagogischen Forschungsverbunds Südwest. ■

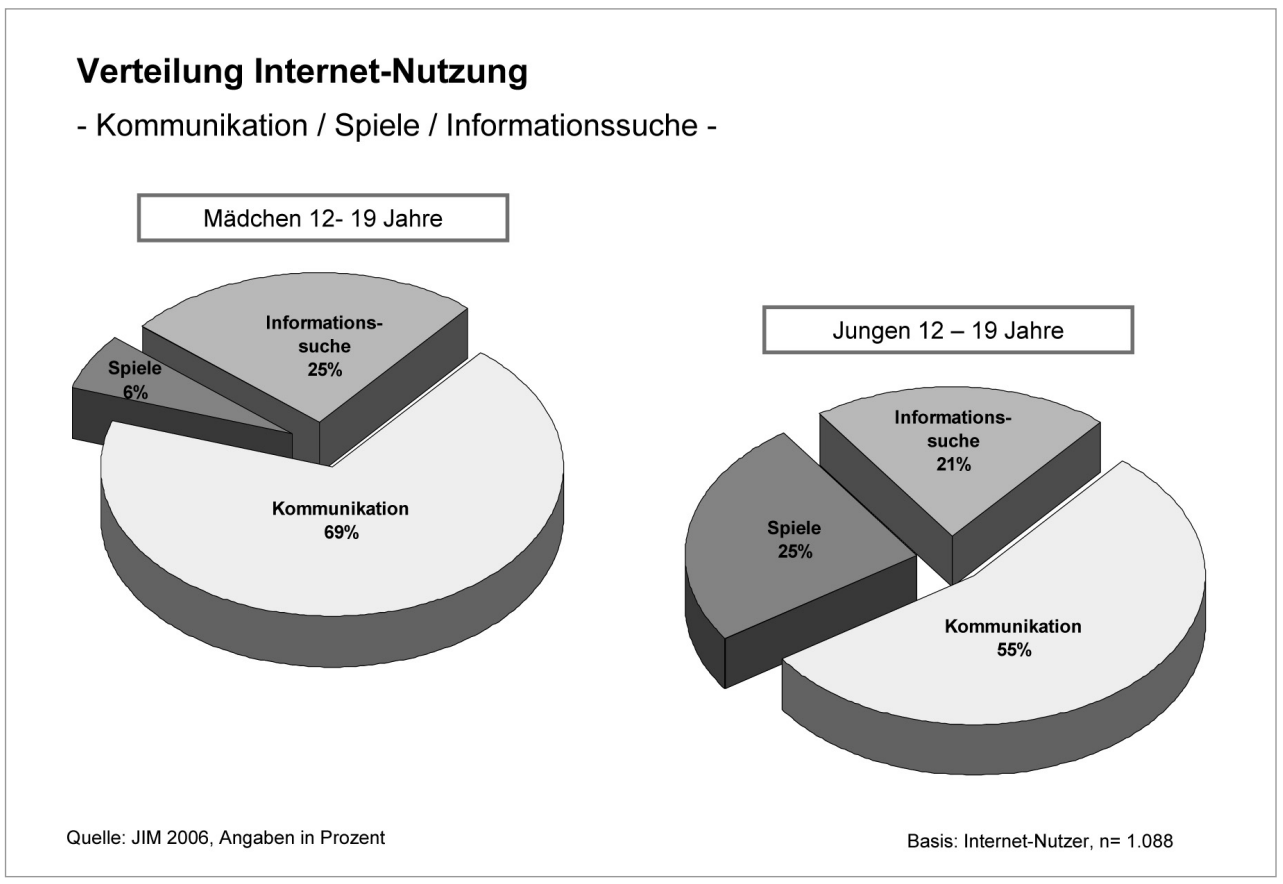


Abb. 2

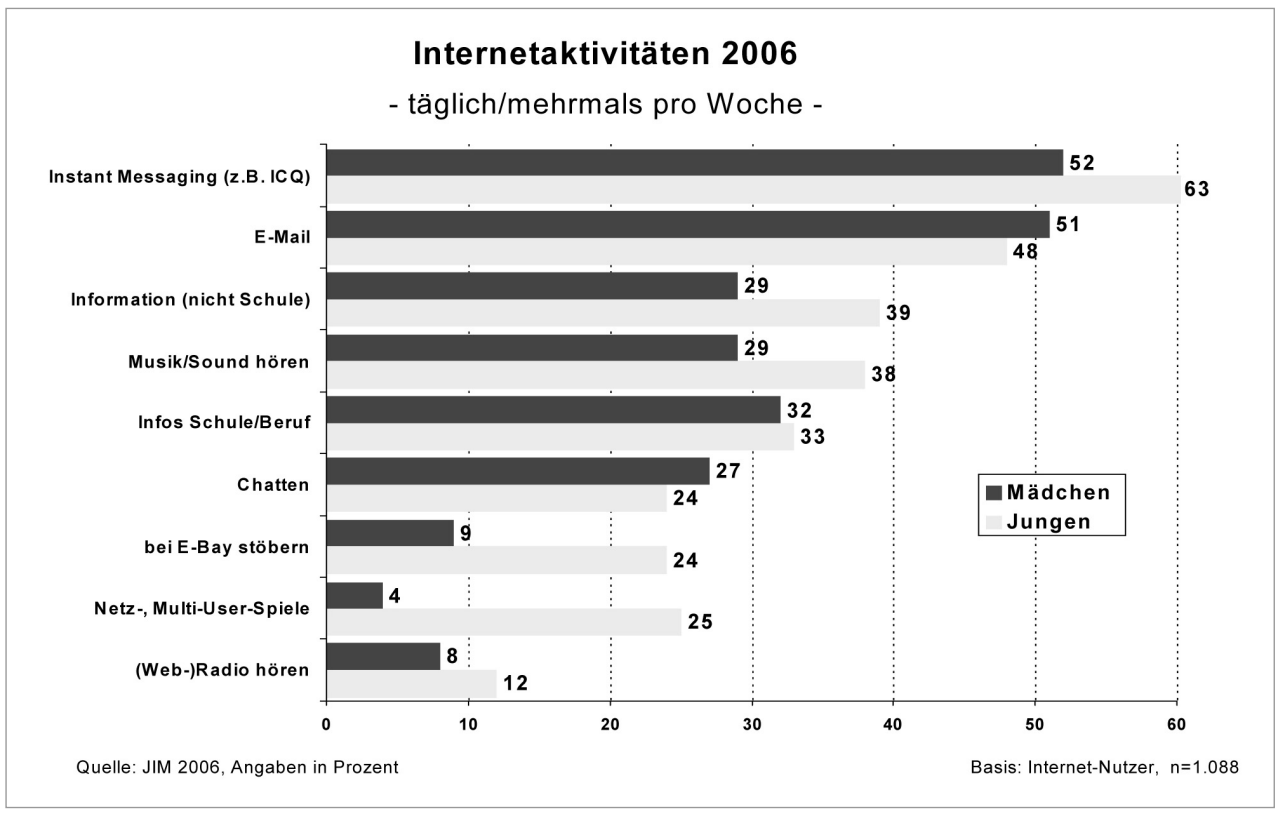


Abb. 3

Alterseinstufung von Computerspielen durch die USK in der Kritik

Von Theresia Höynck, Thomas Mössle, Matthias Kleimann, Christian Pfeiffer und Florian Rehbein

Das Konzept des Jugendmedienschutzes bei Computerspielen beruht seit der 2003 erfolgten Novellierung des Jugendschutzgesetzes auf verbindlichen Alterseinstufungen. Diese entfalten allerdings nicht die erhoffte Wirkung.

Die KFN-Schülerbefragung (Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen) des Jahres 2005 mit 6.000 Viertklässlern und 17.000 Neuntklässlern hat erbracht, dass jeder zweite 10-jährige Junge über Erfahrungen mit Spielen verfügte, die ab 16 oder ab 18 eingestuft sind und dass jeder Fünfte solche Spiele aktuell nutzte; von 14-/15-jährigen Jungen hatten 82 Prozent Erfahrungen mit Spielen, die keine Jugendfreigabe erhalten haben, ein Drittel spielte sie regelmäßig. Die Indizierung von Spielen durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) – Werbeverbot, kein öffentlicher Verkauf – erweist sich dagegen als sehr effektiv. Nur 0,1 Prozent der befragten 10-Jährigen und 2,5 Prozent der 14-/15-Jährigen nutzten derartige Spiele.

Zur Wirkung gewalthaltiger Spiele ist eines zu beachten: an der Spielkonsole wird persönliches Engagement gefordert, wenn man aktiv in die Rolle desjenigen einsteigt, der andere tötet oder foltert. Dies erklärt, warum die intensive Nutzung solcher Spiele nach Erkenntnissen amerikanischer und deutscher Wissenschaftler Desensibilisierungsprozesse auslöst und die Empathiefähigkeit weit stärker reduziert als das passive Betrachten eines entsprechend brutalen Films. In Verbindung mit anderen Gefährdungsmerkmalen erhöhen derartige Spiele damit das Risiko, dass die Nutzer Gewalttaten verüben. Hinweisen möchten wir ferner auf einen Aspekt, der für die aktuelle Leistungskrise der Jungen bedeutsam ist. Je mehr Zeit Kinder und Jugendliche in das Computerspielen investieren und je brutaler die Inhalte sind, umso schlechter fallen die Schulnoten aus.

Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen hat angesichts dieser alarmierenden Befunde Anfang dieses Jahres eine von der Fritz Thyssen Stiftung geförderte Untersuchung zur Alterseinstufung von Computerspielen durch die USK (Unterhaltungssoftware-Selbstkontrolle) durchgeführt. Gegenstand der Analyse waren 62 gewalthaltige Computerspiele mit den Alterseinstufungen „ab 12“, „ab 16“, und „Keine Jugendfreigabe“ sowie 10 weitere, inzwischen von der BPjM indizierte Spiele, die von der USK entweder keine Kennzeichnung erhalten hatten oder der USK nicht vorgelegt worden waren. Alle Spiele wurden von speziell geschulten Testern des KFN vollständig gespielt und auf der Grundlage eines neu entwickelten, standardisierten Testberichtschemas detailliert beschrieben und bewertet. Unabhängig davon wurden die 72 Gutachten der USK einer gründlichen Analyse unterzogen und unter Berücksichtigung der KFN-Testberichte bewertet.

Im Ergebnis sind von den 62 mit USK-Alterskennzeichen versehenen Spielen nach unserer Einschätzung nur 22 (35,5%) angemessen eingestuft worden, bei 17 (27,4%) haben wir Zweifel an der Alterseinstufung, bei 23 (37,1%) halten wir sie für nicht angemessen. Mindestens sechs Spiele hätten aus unserer Sicht keine Kennzeichnung erhalten dürfen, mit der Folge, dass sie dann vermutlich indiziert worden wären; sechs weitere, die bisher ab 16 eingestuft wurden, bewerten wir als Grenzfälle zur Indizierung.

An den USK-Gutachten sind uns eine Reihe von häufig wiederkehrenden Mängeln aufgefallen:

- In einer Reihe von Gutachten werden falsche oder verharmlosende Feststellungen zu jugendschutzrelevanten Punkten getroffen, während wichtige Punkte oft fehlen; die Frage liegt nahe, ob sie den Gutachtern überhaupt bekannt geworden sind.
- Unter Jugendschutzerwägungen zu kritisierende Handlungsmöglichkeiten (z.B. Tötung eines unbeteiligten Passanten) werden dann nicht für problematisch gehalten, wenn sie nicht spielnotwendig sind oder es wird davon ausgegangen, dass gewaltfreie Spielelemente wie etwa Rätsel dominierende Gewaltinhalte neutralisieren können.
- Die Gutachten enthalten zu indizierten Vorgängerversionen der zu prüfenden Spiele keine Auseinandersetzung mit den jeweiligen Indizierungsentscheidungen; entgegen der gesetzlichen Vorgabe findet eine formelle Einbeziehung der Bundesprüfstelle für jugendgefähr-

Weiter auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

Alterseinstufung von Computerspielen

dende Medien bei Grenzfällen zur Indizierung offenbar fast nie statt.

- Die USK-Gutachten vermitteln häufig den Eindruck, dass die Prüfer spielerfahrene, medienkompetente Kinder und Jugendliche vor Augen haben und nicht solche, die aufgrund ihres Alters und ihrer geringen Medienerfahrung besonders schutzbedürftig erscheinen.
- Häufig werden Bedenken in Bezug auf die Intensität der Gewalt mit eher formelhaften Begründungen verneint (z.B. die Gewalt gehe nicht über das Genretypische hinaus); die wünschenswerte Auseinandersetzung mit den Besonderheiten des Spiels und seinen möglichen jugendbeeinträchtigenden Wirkungen findet dann nicht statt.
- Bei allen untersuchten, so genannten Kriegsshootern drängt sich zumindest eine Prüfung des Indzierungsmerkmals der Kriegsverherrlichung auf. Typischerweise werden sie allerdings von der USK unter Verweis auf eher „unblutige“ Verletzungsanzeigen und nur „genretypische“ Gewalt in einem historischen Szenario ab 16 oder 18 frei gegeben.
- Werbetrailer für Spiele werden niedriger eingestuft als das eigentliche Spiel; man nimmt damit in Kauf, dass Kinder und Jugendliche dadurch verführt werden, sich solche Spiele illegal zu kaufen.

Für die festgestellten Mängel sehen wir vielfältige Ursachen. So sind die das Handeln der USK steuernden gesetzlichen Normen und die sie ergänzende Prüfordnung sehr allgemein gehalten; es wird wenig Orientierungshilfe geboten. Für die Zweifelsfälle, ob eine Jugendgefährdung vorliegt, fehlt eine Regelung, wonach die USK dann durchweg die BPjM einzuschalten hat. Im Hinblick auf die Tester, die die Gutachter über den Inhalt der Spiele informieren, haben sich auf der Grundlage von Berechnungen zur Spieldauer erhebliche Zweifel daran ergeben, ob die Tester die gewalthaltigen Spiele tatsächlich vollständig durchgespielt haben oder sich bei ihren Berichten teilweise auf Inhaltsangaben der Hersteller stützen. Sehr problematisch erscheint zudem, dass sie nach eigenen Angaben teilweise für die Herstellerfirmen als Produktionsberater dabei behilflich sind, die Spiele so zu gestalten, dass diese die vom Hersteller angestrebte USK-Alterseinstufung erreichen können. Ferner gibt es möglicherweise nach jahrelanger Mitwirkung an Prüfungstätigkeiten Abstumpfungsgefahren, die die Akteure der Alterseinstufung unsensibel für das werden lassen, was die Spiele an Gewaltexzessen beinhalten. Und schließlich kritisieren wir eine zu geringe Distanz der USK zur Computerspielindustrie und ihren Interessen und belegen dies anhand von Beispielen.

Aus dieser Kritik haben wir eine Reihe von Folgerungen für die zukünftige Gestaltung des Jugendmedienschutzes abgeleitet. Dazu einige Vorschläge:

- Eine grundlegende Reform der USK und ihrer Zusammenarbeit mit der BPjM, die insbesondere erwarten lässt, dass in Zweifelsfällen im Interesse des Jugendmedienschutzes Indizierungen häufiger ausgesprochen werden.
- Eine stärkere Einflussnahme durch den Ständigen Vertreter der Obersten Landesjugendbehörden; zu prüfen wäre hier, ob die Einbindung von jeweils drei Bundesländern besser absichern kann, dass die Belange des Jugendmedienschutzes angemessen vertreten werden.
- Strategien zur Verhinderung von Abstumpfungsprozessen (Fortbildung, Rotation, zeitliche Obergrenze für die Mitwirkung als Ständige Vertreter, Tester, Gutachter usw.)
- Eine Präzisierung der gesetzlichen Normen und weiteren Regelungen, die für die Alterseinstufung von Computerspielen maßgeblich sind, z.B. eines standardisierten Kriterienkataloges.
- Wer Gefahren schafft, sollte auch zur Deckung der zu ihrer Beherrschung erforderlichen Kosten herangezogen werden. Wir schlagen deshalb vor, die Herstellerfirmen zur Zahlung einer Abgabe pro verkauftes Spiel zu verpflichten. Bei nur 50 Cent pro Spiel wären dies bereits pro Jahr ca. 20 Millionen Euro, die man für die Entwicklung von tauglichen Therapien gegen Computerspielsucht, für Medienwirkungsforschung, für eine bundesweite Aufklärungskampagne zum Jugendmedienschutz sowie für den Aufbau einer starken, von der Industrie unabhängigen USK einsetzen könnte.
- Im Hinblick auf das strafrechtliche Verbot so genannter Killerspiele gibt es im Team der Autoren des Forschungsberichtes zwei unterschiedliche Positionen. Angesichts der wissenschaftlichen Befunde, wonach von der aktiven Nutzung sehr gewalthaltiger Spiele im Vergleich zum passiven Betrachten entsprechender Filme eine deutlich stärkere Belastung ausgeht, hält Christian Pfeiffer es für richtig, hier eine gesonderte strafrechtliche Verbotsnorm ins Auge zu fassen. Die anderen Autoren meinen dagegen, dass diesem Gesichtspunkt auch im Rahmen einer Strafverfolgung nach dem geltenden §131 StGB ausreichend Rechnung getragen werden kann.
- Einig sind wir uns darin, dass es nicht ausreicht, gesetzliche Reformen zum Jugendmedienschutz durchzuführen. Mindestens ebenso wichtig erscheint es, die Eltern dabei zu unterstützen, dass sie ihre Kinder vor einem exzessiven gewaltorientierten Medienkonsum bewahren können und dass wir insbesondere über (Ganztags-)schulen und Vereine ein Programm umsetzen, dass nach dem Motto „Lust auf Leben wecken“ Kindern und Jugendlichen attraktive Freizeitangebote für Sport, Musik und gesellschaftliche Handlungsfelder eröffnet.

Christian Pfeiffer ist Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V.; Theresia Höynck, Thomas Mößle, Matthias Kleimann, und Florian Rehbein arbeiten als Wissenschaftler am Institut. ■

Spielen? Aber sicher!

Die Spieletipps des Internet-ABC • Von Michael Schnell

Kinder spielen für ihr Leben gern, Spielen ist cool und Spielen macht Spaß! Und auch Eltern haben ihre Freude daran, wenn sie feststellen, dass ihre Kinder so richtig in einem Spiel aufgehen – zumindest wenn dieses Spiel draußen, an der frischen Luft, und mit Freunden stattfindet oder wenn eine, in den Augen der Eltern hohe kreative Leistung abgerufen wird (zum Beispiel beim Basteln).

Anders sieht es meist aus, wenn ein Bildschirm hinzukommt: Spielen am PC, an einer großen oder kleinen Konsole erscheint vielen Eltern weniger förderlich für das Kind und ist mit einer Reihe von Ängsten verbunden. Macht das Spielen vor dem Bildschirm nervös? Macht es dick und faul? Was passiert mit meinem Kind, wenn es ein gewalttätiges Spiel „zockt“? Kann mein Kind spielsüchtig werden?

Richtig ist sicherlich: Bewegung ist wichtig, ebenso wie das gemeinsame Erleben des Spielens mit Freunden. Genauso richtig ist aber auch: Für die meisten Kinder gehört der Computer bereits zum Alltag. Immerhin 81 Prozent der Kinder zwischen sechs und 13 Jahren besitzen bereits Computererfahrung, ein Großteil nutzt den PC mindestens ein- oder mehrmals in der Woche. Ihre Lieblingsbeschäftigung am Computer ist – richtig – das Spielen (KIM-Studie 2006). Hinzu kommen die oben genannten Konsolen.

Kinder strikt von jeglichen Bildschirmen und Tastaturen fernzuhalten, ist eine mögliche, aber sicherlich wenig realitätsnahe Lösung. Wie in fast allen Lebenslagen geht es auch beim Computerspielen um das „richtige“ Maß und die „richtige“ Begleitung der Nutzung durch Eltern und Erzieher. Das Spielen am Bildschirm soll kein Fußballspiel und kein Basteln ersetzen, sondern kann den Spielalltag der Kinder ergänzen. Und das durchaus sinnvoll! Woher weiß ich jedoch als Erwachsener, welches Spiel für mein Kind geeignet ist?

Über 530 Spieletipps

Hier hat das Internet-ABC (www.internet-abc.de) eine ganz besondere Hilfestellung zu bieten. Das Internet-ABC ist ein spielerisches und sicheres Onlineangebot für den Einstieg ins Internet, ein Ratgeber für die ersten Gehversuche im World Wide Web. Die werbefreie Plattform ist zweigeteilt: Es gibt einen Bereich für Eltern und Pädagogen und einen Bereich für Kinder, der derzeit komplett überarbeitet wird und sich künftig an Sieben- bis Zwölfjährige wendet. Das Projekt, das unter der Schirmherrschaft der Deutschen UNESCO-Kommission steht, wird initiiert von dem gemeinnützigen Verein Internet-ABC, dem 12 Landesmedienanstalten angehören.

Die Rubrik „Rund um's Netz“ des Eltern- und Pädagogenbereichs bietet eine Reihe grundlegender Informationen zu den Themen Computer und Internet. Hier finden sich auch die „Spieletipps“, also Empfehlungen für Computer- und Konsolenspiele – vom PC über die Xbox, den Gamecube und Playstation bis hin zu Gameboy und DS. Derzeit befinden sich über 530 Empfehlungen in der Datenbank – und Monat für Monat kommen aktuelle hinzu.

Das Besondere daran: Es handelt sich bei den Spieletipps um eine Positivliste. Das heißt: Bewertet wird lediglich Software, die ein Kind unter Berücksichtigung des Alters bedenkenlos spielen kann und die zudem ein gehöriges Maß an Qualität in sich birgt! Darin besteht der Unterschied zu den zahllosen Rezensionen in Computerspiel-Zeitschriften. So genannte „Killerspiele“ oder Spiele mit moralisch bedenklichem Hintergrund sind hier ebenso wenig vertreten wie Spiele, die kaum Spielspaß aufkommen lassen und technisch mangelhaft sind. Zudem werden lediglich solche Spiele geprüft, die dem Zielpublikum des Internet-ABC entsprechen: Kinder bis 12 Jahre und die Eltern bzw. die Betreuer/Pädagogen dieser Kinder, so dass zwar Spiele ab 12 gelegentlich mit aufgenommen werden, Games mit der USK-Einstufung „ab 16“ hingegen nicht mehr.

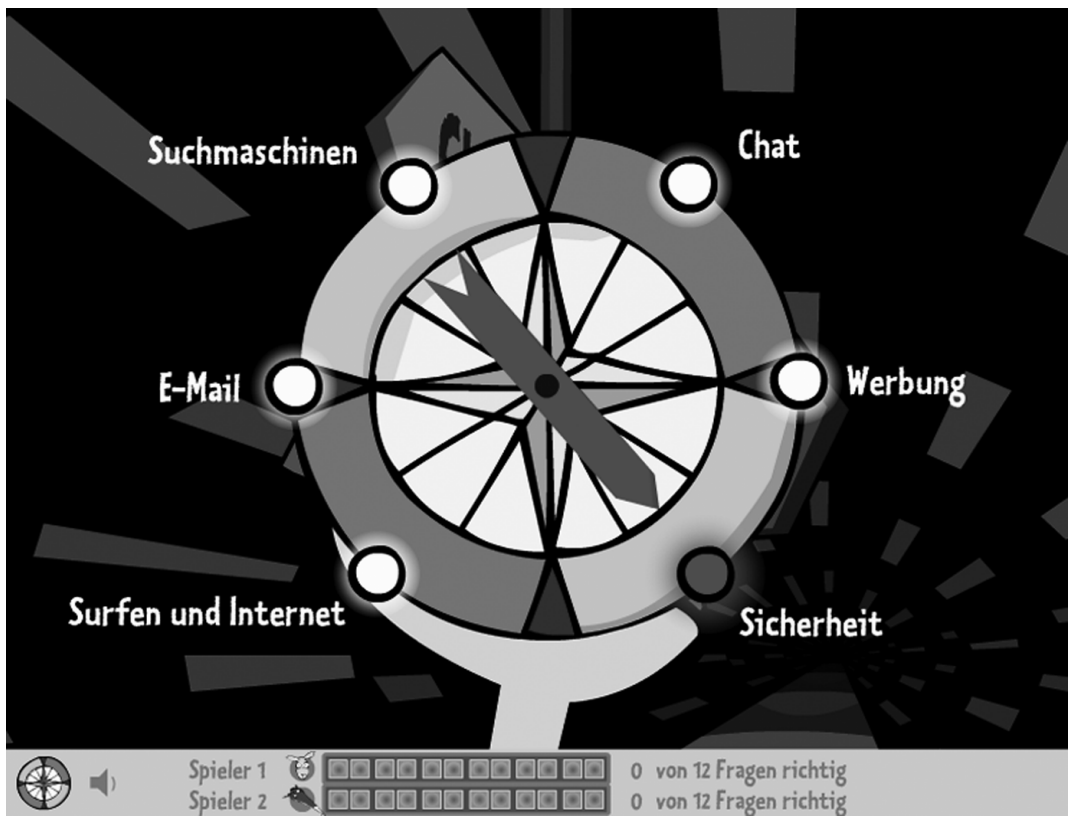
Die innerhalb dieses „positiven“ Bereichs selbstverständlich vorhandenen qualitativen Unterschiede dieser Spiele werden an den Kategorien Spielspaß, Bedienung und Technik festgemacht: Ist das Spiel liebe- und phantasievoll, witzig und außergewöhnlich gestaltet? Wie lange bleibt der Spielspaß erhalten? Ist die Steuerung durch Tastatur, Maus, Pad oder Stift problemlos möglich? Hat das Spiel technische Fehler, so genannte Bugs, die den Spielfluss hemmen oder gar stoppen?

Jedes einzelne Spiel wird ausführlich von bekannten Spezialisten geprüft. Dazu gehören im Einzelnen: die Journalistin Ute Diehl von „bildungsklick.de“, die mit ihrem Redaktionsbüro Diehl jährlich den Software-Preis Giga-Maus organisiert; Jürgen Hilse, ständiger Vertreter der Obersten Landesjugendbehörden (OLJB) bei der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK), Berlin; der Journalist Thomas Feibel, der zusammen mit einer Zeitschrift für Eltern und Kinder den deutschen Kinder-Software-Preis TOMMI verleiht.

Nach dem inhaltlichen und technischen Test werden die Spiele einem oder mehreren Genre(s) zugeordnet: Action und Adventure, Detektivspiele, Jump'n'Run, Lernspiele, Quiz und Denkspiele, Rollenspiele, Simulation/Sport und Simulation/Strategie.

Eine praktische Hilfe für alle Eltern und Pädagogen stellt auch die Empfehlung dar, ab welchem Alter

Weiter auf Seite 13



Copyright: Internet-ABC e.V.

Fortsetzung von Seite 12

das Spiel geeignet ist. Neben der „offiziellen“ Altersangabe, der Einstufung durch die Unterhaltungssoftware-Selbstkontrolle (USK), liefert das Internet-ABC noch eine eigene Einschätzung – einerseits weil die die Spanne zwischen 6- und 12-Jährigen zu groß ist; andererseits fließen hier nicht nur jugendschutzrelevante Aspekte ein. Vielmehr berücksichtigt die Altersempfehlung des Internet-ABC auch den inhaltlichen und technischen Anspruch eines Spiels.

Eine praktische Suchmaschine hilft, Spiele gesondert nach Genre, Systemanforderung (PC, Konsole etc.), nach dem Erscheinungsjahr, dem Alter des Kindes und dem Preis zu finden.

Im Übrigen bietet das Internet-ABC eine ähnliche Auswahl für den Bereich Lern-Software an. Von Lernprogrammen bis zu digitalen Lexika kann hier alles recherchiert werden, was direkt auf Bildung abzielt.

Regeln vereinbaren und mitspielen!

Die „Spieletipps“ des Internet-ABC alleine garantieren natürlich noch keine sorgenfreie Bildschirm-Freizeit der Kinder. Faszinierender ist für sie manchmal durchaus das Verbotene. Der große Bruder des besten Freundes gibt schon mal leichtfertiger ein Spiel aus der Hand, das für die Jüngeren alles andere als geeignet erscheint. Wichtig für Eltern und Pädagogen ist es daher, nicht nur zu verbieten und passende Spiele herbeizuschaffen, sondern sich auch mit den Kindern intensiv über das Zocken am Bildschirm auszutauschen.

Copyright: Internet-ABC e.V.

Probespielen lohnt sich – finden Sie heraus, welche Computerspiele Ihre Kinder gern spielen. Wer selbst die Maus in die Hand nimmt, wird besser nachvollziehen können, was Kinder an Computer- oder Konsolenspielen fasziniert. Es ist zu empfehlen, dass Eltern und Erzieher sich mit jüngeren Kindern gemeinsam vor den Bildschirm setzen. So können sie Fragen beantworten und die Spiele erklären – oder sich erklären lassen.

Trotz aller Gespräche wird es immer wieder vonnöten sein, klare Regeln zu vereinbaren. Kinder sollten wissen, dass sie am Computer nicht alles spielen oder gar zeitlich unbegrenzt vor dem Bildschirm sitzen dürfen. Gemeinsam mit ihnen sollte geklärt werden, wie Regeln aussehen könnten. Hierbei ist es hilfreich, die Gründe für gewisse Einschränkungen und Reglementierungen zu erläutern, und gleichzeitig Kontrolle und Freiheiten in ein richtiges, individuelles Verhältnis zu setzen.

Der Verfasser ist Projektleiter des Portals www.internet-abc.de und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Adolf-Grimme-Instituts, Marl. ■

Interactive Story Telling

Anforderungen an die narrative Konzeption und dramaturgische Mechanismen einer jungen Medienform • Von Michael Bhatty

Das Bild der Computerspiele in den Medien ist zu simpel und ebenso irreführend wie die Frage, ob Computerspiele ein Kulturgut sind: Computerspiele sind wie Film, Literatur, Theater, Hörspiel und auch Fernsehen eine eigenständige Medienform, mit der sich prinzipiell jeder Inhalt in jedem Format umsetzen lässt. „Neu“ ist das interaktive Element, welches hier für den Bereich der narrativen Computerspiele näher zu betrachten gilt.

Der Begriff des „Computerspiels“ lenkt den Blick zu sehr auf das „Spiel“ ab; betrachten wir den Begriff im Folgenden eher als Container für die eigenständige Medienform (denn wenn dies der Fall ist, dann könnte man damit auch die Leiden der Anne Frank interaktiv vermitteln – und eine interaktive Erfahrung des Holocaust hat wohl kaum etwas „Spielerisches“ an sich). Bei dieser Betrachtungsweise offenbart sich, die Interaktion mit einem vordefinierten, virtuellen Raum im Vordergrund steht, der durch strukturelle und narrative Mechanismen eingegrenzt wird. Diese Interaktionsmechanismen werden in narrativen Games verwendet, um Geschichten in interaktiver Form zu erzählen.

Wir Menschen erzählen seit Jahrtausenden Geschichten. Wir vermitteln mit jeder Geschichte ethische, ideologische, moralische, historische oder auch soziale Konzepte, wir vermitteln Werte, geben Wissen weiter und wir wollen auch unterhalten, um Körper und Geist zu regenerieren. Die Wahl der Erzählperspektive ist eine dramaturgische Notwendigkeit und liegt immer beim Erzähler oder hier beim Game Designer, dem Autor und Regisseur. Die Erzählperspektive entscheidet darüber, wie eine Geschichte vom Rezipienten wahrgenommen wird; und dies bedeutet auch, dass die Verantwortung für die inhaltlichen Aussagen der Medienprodukte sehr wohl bei den Entwicklern liegt.

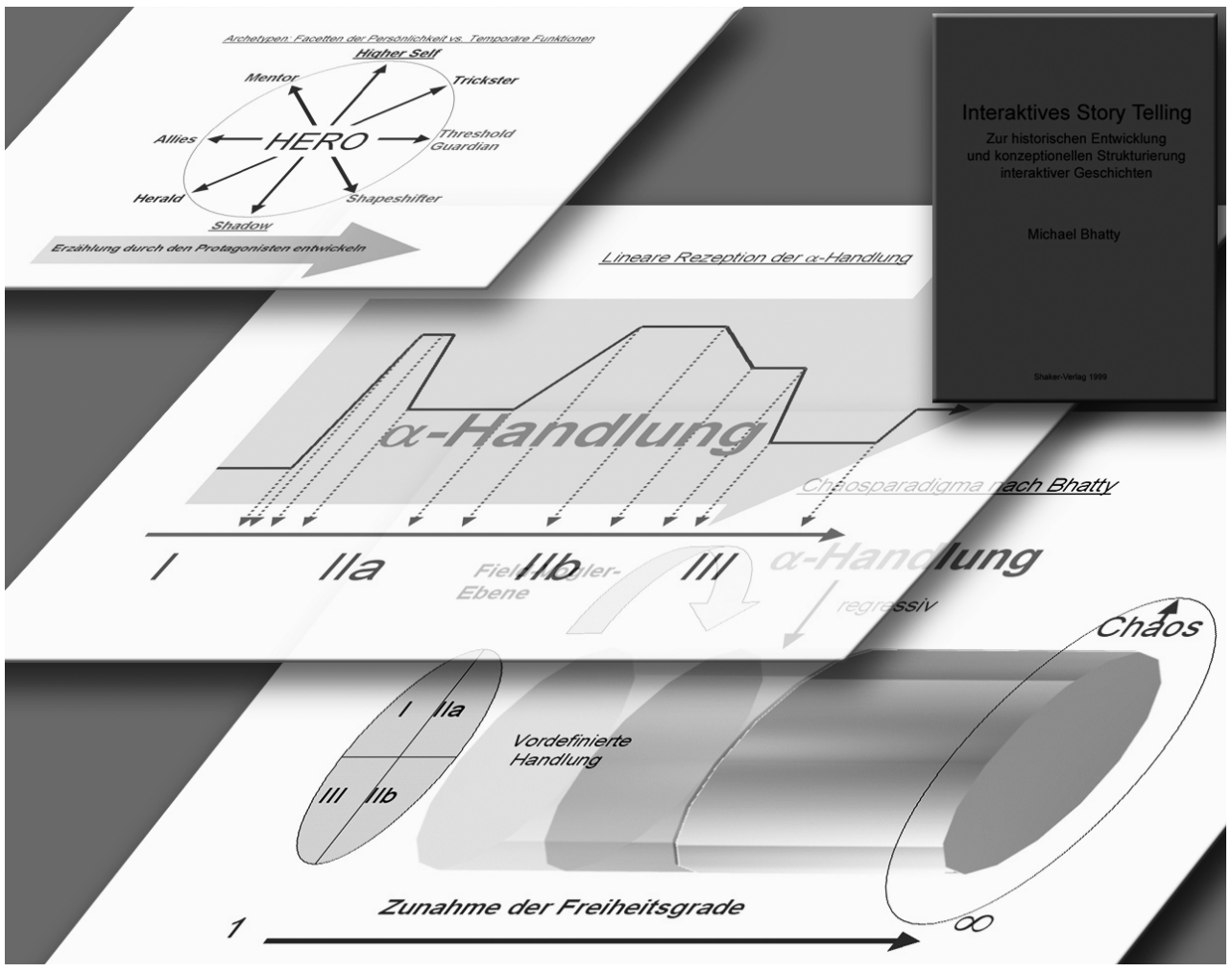
Der Kern einer jeder zu erzählenden, auch der interaktiven, Geschichte bildet immer der dramaturgisch auf die Spitze zu treibende Konflikt oder einfacher ausgedrückt: „Zwei Hunde, ein Knochen!“ Die Kräfte der Antagonisten müssen dabei gegenläufig ausgerichtet sein; „Junge liebt Mädchen“ ergibt eben keine Geschichte – „Junge liebt Mädchen, Mädchen liebt Junge nicht!“ dagegen schon.

Die klassische Struktur des Story Telling ist – entgegen zahlreicher Behauptungen aus der Games Branche – absolut unabhängig von der Medienform; Aristoteles, Field, Campbell und Vogler funktionieren, wenn das Element der Interaktion berücksichtigt wird.

Im Gegensatz zu Film und Literatur haben wir jedoch eine Unschärferelation zu Zeit, Raum und Reihenfolge. Wir wissen nicht, was der Spieler wann macht oder wo er sich zum Zeitpunkt X befinden wird. Wir wissen nur, dass er sich zurzeit T am Ort X befindet, wenn er eine Aktion ausführt. Ob er jedoch in einem Westernszenario in Panik mit vorgehaltener Waffe ein Lager nach einer zu findenden Schatzkarte absucht und dabei vor Schreck auf eine sich im Wind bewegende Holztür schießt oder völlig ruhig den Raum durchquert und das Objekt schnell findet, obliegt dem Interaktionsverhalten des Spielers: Wir stellen ihm „nur“ das Szenario und die Interaktionsmöglichkeiten zur Verfügung.

Damit sprechen wir auch nicht von der Haupthandlung, sondern von der vordefinierten Alphahandlung (Bhatty, 1999). Die Haupthandlung ist das, was jeder Spieler ganz individuell erlebt. Und die Rezeption dieser interaktiven Erfahrung ist ebenso linear wie im klassischen Story Telling.

In Entwicklerforen kursieren Mythen über die Player's Story und Designer's Story, die besagen, dass man „heute“ dem Spieler jegliche



Dramaturgische Charakterentwicklung und Rezeption der Alphahandlung werden als kreativ-chaotischer Prozess über das Chaosparadigma abgebildet. Quelle: Bhatty, Michael, Interaktives Story Telling, Aachen: Shaker 1999.

Kontrolle lässt. Dabei erhält der Spieler immer nur soweit Kontrolle, wie es durch den Rahmen der Spielmechaniken dramaturgisch sinnvoll ist. Die dramaturgische Manipulation durch den Erzähler ist eine Notwendigkeit, um eine emotionale Reaktion hervorzurufen. Der Game Designer fügt dabei die spezifischen Interaktionsmechanismen zu einer Komposition aus kombinierbaren Einzelelementen zusammen, um so die zu erzählende Geschichte entsprechend erfahrbar werden zu lassen.

Allerdings ist ein Fokussieren auf die „Spielmechaniken“ allein schädlich für die Art der zu erzählenden Geschichte, denn das Gameplay allein bildet nur einen strukturellen und motivierenden Rahmen, der der zu erzählenden Geschichte dient – nicht umgekehrt. Das Gameplay beschreibt also, was der Spieler wie machen kann. Bei einer Handels- und Aufbausimulation wird beispielsweise eine Ressource X in eine Siedlung eingeführt; je mehr Ressourcen in die Siedlung kommen, desto schneller wächst diese. Diese Form des Gameplays ist ein Standard und beim gegebenen Beispiel wertfrei.

Stellen wir uns jetzt aber vor, unsere Aufbausimulation spielt im 17. Jahrhundert in der Karibik und die Ressource X sind schwarze Sklaven, die während der Zeit des Dreieckshandels verschleppt wurden, dann haben wir ein narratives Konzept, das zugleich eine ideologische Aussage hat. Wenn wir keine ideologisch fragwürdigen Bilder aufbauen wollen, ist es somit erforderlich, dass diese einfache Mechanik inhaltlich erweitert wird. Verantwortungsvolle Designer

Weiter auf Seite 14

Fortsetzung von Seite 13

Interactive Story Telling

würden die Spielmechanik so anpassen, dass ethische und historische Aspekte berücksichtigt werden: Historisch ist beispielsweise belegt, dass ein Drittel der Sklaven entflohen ist und sich der Piraterie zugewandt hat. Jetzt kann man das spielmechanische System so erweitern, dass von der Ressource X ein Anteil Y flieht, zu Piraten wird und wiederum die Sklavenschiffe und Siedlungen überfällt. Gleichzeitig können die Schrecken der Zeit ebenso wie historische Fakten durch andere narrative Mechanismen wie Dialoge und zu erfüllende Aufgaben durch die Interaktion mit den verschiedensten Charakteren (NPC & Gegner), Gegenständen (Items und Levelelemente) und Szenarien (Spielwelt) dargestellt werden.

In diesem Balanceakt aus Spielmechanik und Story Telling gilt es nun Charaktere zu schaffen, die greifbar und nachvollziehbar sind – und gerade hier kranken Computerspiele in der Form des Geschichtenerzählens. Die Jungschen Archetypen bilden dabei die Grundlage, wobei der Games-Bereich sich mit der emotionalen Betroffenheit des Spielers schwer tut. Während Mentor und Shadow zwar bekannt sind, werden Herolde, Trickster und die verschiedenen Archetypen nur unzureichend eingesetzt. Die Charaktere sind oftmals oberflächlich, haben keine inneren Probleme und bilden durch zu dominante Spielmechaniken oftmals affirmative Aussagen, die leider zu oft mehr als fragwürdig sind. So tötet der Spieler in der Rolle der Lara Croft beispielsweise gemäß der Spielmechanik verschiedene Gegner; dass dies jedoch auch vom Aussterben bedrohte Gorillas, Wölfe oder Tiger sind, wird unter „es ist ja nur ein Spiel“ abgetan.

Dabei ist dramaturgische Gewalt eine Notwendigkeit im Erzählen von Geschichten. Ob der ewige Kampf zwischen Gut und Böse in Star Wars oder in Fluch der Karibik, bei Homer und Shakespeare, Hänsel und Gretel oder beim „Gefecht“ zweier Anwälte vor Gericht – Gewalt wird benutzt, um Geschichten zu erzählen. Nur ist bei Computerspielen diese Gewalt oft sinnfrei, weil die Entwickler die Mechanismen der dramaturgischen Manipulation nicht verstehen und nicht beherrschen. Und so muss der nächste von hundert Orks vom Spieler getötet werden, damit der getötete Gegner Items abwirft, die der Spieler aufsammeln und zur Verbesserung seiner Spielwerte verwenden kann. Dies mag ja spielerisch rund sein, aber der Ork selbst hat keine Bedeutung, keine Funktion. Dabei lassen sich diese dramaturgischen Funktionen über das narrative Element aufbauen, indem man Motivationen schafft, wie dass die Orks zuvor von den Menschen in unwirtliche Gebiete verdrängt wurden und nun ihre Raubzüge unternehmen, um zu überleben.

In diesem Rahmen kann dann beispielsweise der Spieler so manipuliert werden, dass er Betroffenheit erfährt, wenn er zum Beispiel im Zuge von zu erfüllenden Aufgaben in ein ihm bekanntes Dorf zurückkehrt und dort das sterbende Mädchen vorfindet, dass von den Gräueltaten der Orks berichten kann. Um wie viel mehr lässt sich dann ein Konflikt aufbauen, wenn der Spieler später einen Weggefährten trifft, der ihm die Blickweise der anderen Seite offenbart. Aber solche Geschichten erzählen (noch) die wenigsten Designer interaktiv...

Der Verfasser ist freier Autor, Designer und Produzent für Medienproduktionen und Dozent für Game Design
www.michael-bhatty.de ■

20 Stunden mit einer digitalen Ikone

Ein Erfahrungsbericht • Von Stefanie Ernst

Computerspiele haben in meiner Familie mittlerweile eine gewisse Tradition. Besonders die Konsolen lagen und liegen im Trend. In den 90er Jahren wurden bei uns – wie wahrscheinlich in vielen anderen Haushalten auch – gleich mehrere Spielkonsolen angeschafft und der ein oder andere Gameboy verschlissen.

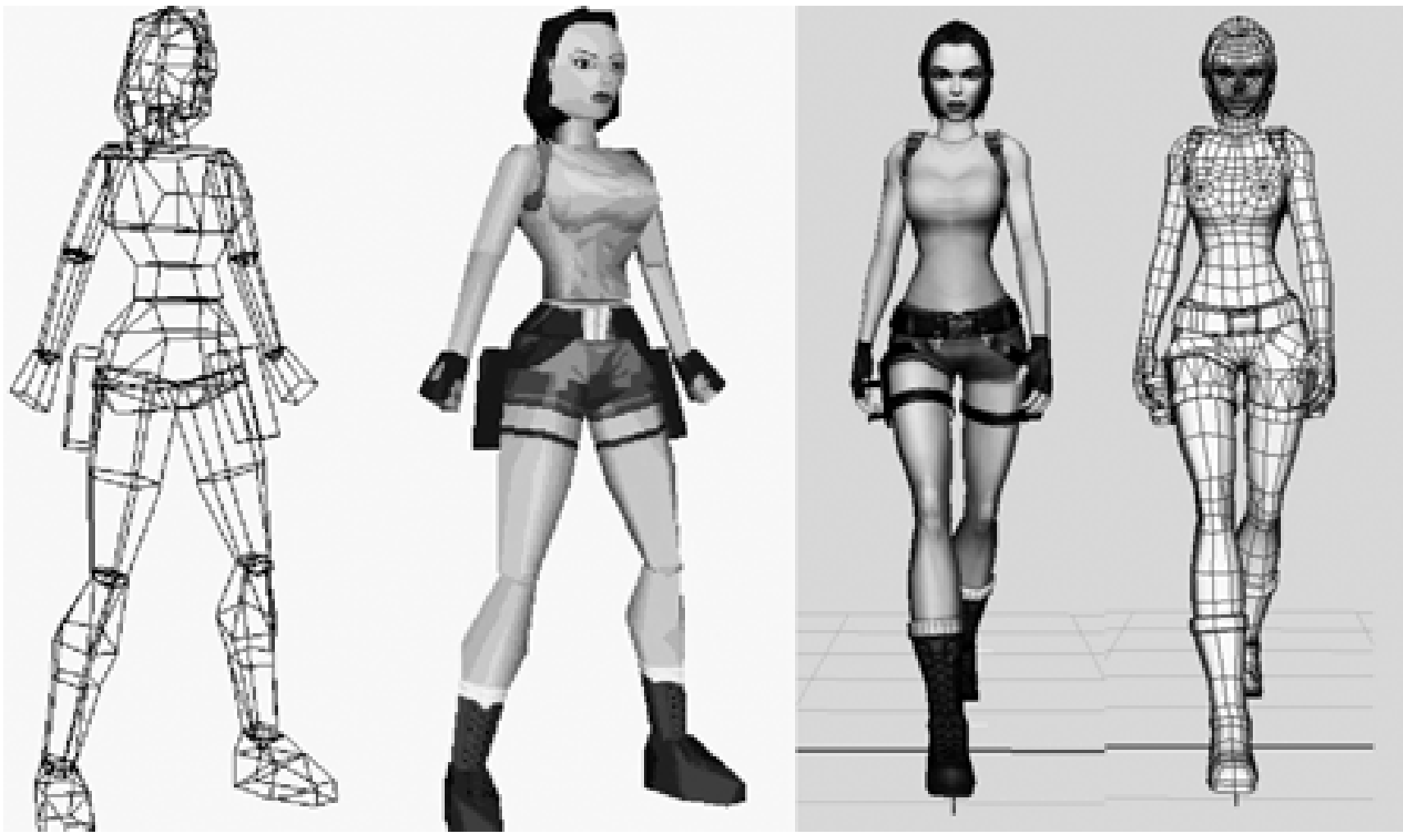
Im neuen Jahrtausend konkurrieren vor allem PlayStation, Xbox und GameCub um die Position als Markführer. Ich selbst entschied mich für die PS2, mittlerweile ein wenig „veraltet“ und im Begriff von dem Nachfolgemodell, der PS3, abgelöst zu werden. Von Zeit zu Zeit verschafft mir die PlayStation nette Momente oder besser: abgeschiedene Stunden absoluter Zerstreuung. Die Auswahl der von mir präferierten Spiele würde wahrscheinlich von einigen Jugendlichen lediglich mit einem müden Lächeln quittiert werden. Auch besorgte Eltern, Wissenschaftler und Politiker befassen sich augenscheinlich weitaus weniger mit den handelsüblichen Computer- und Konsolenspielen, sondern, zumindest macht es den Anschein, fast ausschließlich mit Ego-Shootern und anderen besonders gewaltverherrlichenden Spielen, die im öffentlichen Sprachgebrauch seit einiger Zeit mit dem doch recht plakativen Begriff „Killerspiele“ bezeichnet werden. „Doom“, „Half-Life“ und andere Games dieser Machart sind mir durchaus bekannt, selbst gespielt habe ich sie nie. Allein die Perspektivwahl mit der überdimensional erscheinenden Waffe und dem zugehörigen Fadenkreuz, wodurch der Spieler in nicht gerade anheimelnder Atmosphäre alles erfasst und zur Strecke bringt, was sich ihm entgegenstellt, finde ich persönlich geschmacklos, brutal und verängstigend. Jedoch, dies sei dazu gesagt, finde ich vergleichbar brutale Szenen in Kino- oder Fernsehfilmen ähnlich abstoßend. Einzig so genannte Action Adventures, wie „Beyond Good & Evil“, „Baldur´s Gate“ oder „Prince of Persia“, sind in meiner Spielekollektion bislang zu finden. Der dahinter stehende simple, vielleicht sogar banale und leider nicht 100% durchzuhaltende Grundsatz lautet: Keine „unschuldigen“ Menschen erschlagen oder gar metzeln, stattdessen Monster und Konsorten verprügeln. Ja, ich gebe zu, man kann mir hieraus einen Vorwurf machen. Auch Monster niederstrecken ist eine virtuelle Gewalttat – allerdings hilft mir diese von mir gewählte Einschränkung stets, zwischen Realität und Spiel zu unterscheiden. Monster auf dem Bildschirm und lebende Personen im meinem Umfeld haben zumeist nicht viel gemein. Meine eigene Selbstkontrolle, wenn Sie so wollen. Nun jedoch zum Spiel:

Um mich nicht dem Vorwurf auszusetzen, ein bereits veraltetes Spiel zu besprechen, verbrachte ich ein Wochenende zwecks Erfahrungsaufbaus mit einer recht adrett aussehenden Dame namens Lara Croft und ihrem brandneuen Abenteuer. Dabei, das sei an dieser Stelle bemerkt, handelte es sich um den ersten Kontakt mit dieser Figur der virtuellen Welt, deren Macher augenscheinlich sehr viel Wert auf die Zurschaustellung weiblicher Schlüsselreize gelegt haben. Nun schlüpfte ich ganze zehn Jahre, nachdem das erste Tomb Raider Spiel auf den Markt kam, in die Rolle der mittlerweile zur digitalen Ikone avancierten Lara Croft. Bei „Tomb Raider Anniversary“ handelt es sich um das Anfang Juni dieses Jahres erschienene Remake des allerersten Abenteuers der sportlichen Superheldin, das allerdings weit über eine bloße Neuauflage hinausgeht. Anhand der dem Spiel beiliegenden Bonus DVD kann die enorme gestalterische und technische Entwicklung, die Tomb Raider im vergangenen Jahrzehnt durchlaufen hat, sehr gut nachvollzogen werden.

Die zugrunde liegende Story ist relativ rasch erzählt: Die erwachsene Lara, mittlerweile auf mysteriöse Weise zur Vollwaisen geworden, hat von ihrem Vater, dem Earl of Abbingdon, nicht nur den Sinn für Abenteuer und die Liebe zur Archäologie geerbt, sondern auch dessen Adelstitel und seine sämtlichen Besitztümer vermacht bekommen. So residiert die Countess, sofern sie nicht gerade auf einer ihrer halsbrecherischen Exkursionen ist, auf Croft Manor, dem einstiegen Stammsitz der Familie. Das Abenteuer beginnt, als Lara von einem mächtigen Syndikat mit der Bergung eines ganz besonderen Artefaktes beauftragt wird: dem Scion. Ausgangspunkt ihrer Suche nach einem Teil dieses Gegenstandes ist Peru. Schon bald wird ersichtlich, dass die Beschaffung des wundersamen Objektes reinen Machtinteressen Einzelner untergeordnet ist. Ihr Abenteuer führt Lara, verfolgt von ihrem Widersacher Pierre du Pont, weiter in das antike Griechenland, nach Ägypten bis hin in das sagenumwobene Atlantis. Bewaffnet mit zwei silbern glänzenden Pistolen, die Lara mittels eines Waffenhalfters um die Hüften gegurtete trägt, stellt sie sich allen Gefahren, die auf sie lauern, mutig entgegen.

Anfangs wirkt diese karge Ausstattung des Kampfarsenals etwas befremdlich, warten die Charaktere anderer Spiele doch mit einer Vielzahl unterschiedlichster Waffen auf. Schnell zeigt sich jedoch, dass beide zeitgleich abzufeuernden Pistolen, die Lara in bester Hiphop-Videoclip-Manier leicht schräg hält, mit ein wenig Übung gute Dienste leisten und Fledermäuse, Wölfe, riesige Bären und sogar exorbitant große Dinosaurier zur Strecke bringen können. Vielmehr als ihre Waffen trägt Frau Croft übrigens auch nicht. Hotpants und das obligatorische Tank Top, einen kleinen Rucksack, in dem alles Nützliche oder Wertvolle, was auf dem Weg aufgesammelt werden kann, verstaut wird, robuste Stiefel und Lederhandschuhe, mehr braucht sie ganz offensichtlich nicht. Die Dame reist ohne großes Gepäck und klagt, trotz knappen Outfits weder über klirrende Kälte, sengende Hitze oder über triefende Nässe – zugezogen durch den waghalsigen Sprung in einen reißenden Fluss.

Getrieben von der Suche nach dem Artefakt und der damit in Verbindung stehenden erhofften Klärung des mysteriösen Todes ihrer Mutter erkundet Lara Croft uralte, verschollene Welten, die seit Jahrtausenden vor ihr niemand mehr betreten hat. Sie hangelt sich an endlos hohen Außenmauern antiker Bauten entlang, springt über Hindernisse und klettert, was das Zeug hält. In Schwindel erregenden Höhen balanciert Lara auf Holzpflöcken, schwingt sich mittels Kletterstangen und Wurfhaken von Felsvorsprung zu Felsvorsprung, durchtaucht unterirdische, nicht enden wollende Wasserbassins und gelangt so ihrem Ziel Schritt für Schritt näher. Diese zum Teil kniffligen Bewegungsabläufe und die zu lösenden Aufgaben sind es, die den tatsächlich großen Spielspaß ausmachen und dem Spieler ein gehöriges Maß an Konzentration abverlangen. Nicht selten irrt man ein wenig in düsteren Korridoren umher und grübelt über die zu vollziehende Aktion, durch die das Spiel fortgesetzt werden kann. Ohne Umgebungskarte, aber auch ohne die tatsächliche Gefahr sich zu verlaufen, durchquert man faszinierend ausgestaltete und für ein Spiel sehr realistisch und detailgenau anmutende Landschaften. Die ausgeführten Bewegungen lassen sich fließend steuern und sehen überdies sehr harmonisch aus.



Die optische Wandlung der Superheldin: Lara Croft in „Tomb Raider“ aus dem Jahr 1997 und in der Neuauflage von 2007 „Tomb Raider Anniversary“.
Copyrighht: Eidos GmbH

Die Geräusche, die die Handlungen unterstreichen, und die klanglichen Bestandteile der Umwelt tragen dazu bei, dass der Spieler nach kurzer Zeit im Spielgeschehen regelrecht zu versinken beginnt. Gegner zum Beispiel kündigen sich zum Teil akustisch an. So kann man davon ausgehen, dass es klug ist, die Waffen zu zücken, wenn aus der Ferne Wolfsgeheul ertönt. Der Spielspaß lässt generell nichts zu wünschen übrig. Statt gehäufter Kampfszenen, wie sie zum Teil in den weit aus brutaleren Vorgängern der Lara Croft Reihe zu sehen waren, setzen die Entwickler von „Tomb Raider Anniversary“ auf die Lust am Lösen kniffliger Rätsel und auf den Spaß an der Ausführung akrobatischer Höchstleistungen. Sollte von Zeit zu Zeit doch mal ein Angreifer erscheinen, so kann Ms. Croft, einer Leistungsturnerin gleich, den Angriffen gekonnt ausweichen.

Verwirrend ist mitunter die Kameraführung. Während mit dem linken Analogstick die Figur bewegt wird, steuert man mit dem Rechten die Kamera. Dadurch kann Lara nach oben, unten, links und rechts sehen und auf diese Weise Widersacher auskundschaften oder nach dem einzuschlagenden Weg Ausschau halten. Leider ist dem Spieler bei besonders kniffligen Kletterpar-

Weiter auf Seite 15

Fortsetzung von Seite 14

tien manchmal der Blick versperrt und die Kamera reagiert nicht wunschgemäß, was zur Folge hat, dass Passagen das ein oder andere Mal unnötig wiederholt werden müssen.

„Tomb Raider Anniversary“ gehört zu den Spielen, die den Verstand fordern und zum Denken anregen. Bloße Fingerfertigkeit führt hier nicht zum Ziel. Hat man sich erst einmal mit dem Charakter und seinen Eigenschaften vertraut gemacht, so steht einem gelungenen Spielabend nichts mehr entgegen. Nicht sinnloses Kämpfen steht in diesem Teil der Croft-Saga im Vordergrund, sondern die Geschicklichkeit, mit der sich der Spieler vor oftmals atemberaubenden Hintergründen seinem Ziel nähert. Die Figur der Lara Croft ist stets Garant für einen unglaublichen kommerziellen Erfolg, womit auch bei dieser Episode zu rechnen ist. Interessanter Weise geht es in dem neuesten Werk nicht darum, einen Gegner auf bestialische Weise auszuschalten, sondern um das Erreichen des Ziels nach einem langen Prozess des Rätselns, des Suchens, des Beharrens und des Übens in Geschicklichkeit. Ganz entgegen der Meldungen in der Presse, in denen sich Eltern, Lehrer und Politiker besorgt über die Zunahme bestimmter Machwerke der Spielindustrie äußern, haben die Macher des Spiels die Gewaltszenen nicht verschärft. Im Gegenteil: Während ältere Tomb Raider Spiele, wie II oder Legend (beide USK 16), sehr viel brutalere Spielverläufe aufweisen, kommt die neueste Ausführung eher sacht daher. Dieses Spiel markiert nun zwar gerade nicht einen neuen Trend hin zu gewaltfreieren Games. Die Tatsache aber, dass die zehn Jahre zurückliegende ursprüngliche Story größtenteils beibehalten wurde, weist darauf hin, dass durchaus eine Nachfrage nach Spielen besteht, die eben nicht ausnahmslos gewaltverherrlichend sind. Den Konsumenten ist das klar. Den Debattierenden auch?

Lara Croft Tomb Raider: Anniversary © 2007 Eidos Interactive Limited (USK 12).

Die Verfasserin ist Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates ■

Gemeinschaftsinitiative für kulturelle Bildung

Das Projekt „Jedem Kind ein Instrument!“ aus Sicht der Städte • Von Klaus Hebborn

Bildung ist – ebenso wie der Mensch selbst – nicht teilbar, etwa in allgemeine und kulturelle Bildung. Bildungsprozesse umfassen neben der kognitiven immer auch die soziale und emotionale Dimension. Die im Zusammenhang mit Zukunftsszenarien in der Bildung häufig verwendeten Begrifflichkeiten wie „Wissensgesellschaft“ oder „Informationsgesellschaft“ greifen in diesem Sinne zu kurz und reduzieren Bildung auf einen (kognitiven) Teilaspekt.

Die kulturelle Bildung ist seit jeher integraler Bestandteil einer auf die Gesamtpersönlichkeit ausgerichteten Bildung. Auf Ausführungen zu ihrer grundlegenden Bedeutung für die Persönlichkeitsentwicklung, für Lernprozesse sowie für die Vermittlung so genannter Schlüsselqualifikationen kann an dieser Stelle verzichtet werden. Die positiven Wirkungen kultureller Bildung sind durch vielfältige Studien (z. B. Bastian-Studie) und Forschungen hinreichend belegt und bekannt. Bildungstheoretisch ist somit alles klar, Praxis und Lebenswirklichkeit sehen bekanntlich anders aus: An den Schulen werden die musisch-künstlerischen Fächer häufig nicht durchgängig während der gesamten Schullaufbahn unterrichtet. Auch die Ausfallquoten des Musik- und Kunstunterrichtes sind in der Regel überdurchschnittlich hoch. Dies liegt nicht nur im unzweifelhaft bestehenden Fachlehrermangel, sondern vielfach auch in einer nicht hinreichenden Wertschätzung dieser Fächer begründet.

Ein anderer Befund kommt hinzu: Ebenso wie für die Bildung insgesamt gilt auch für die kulturelle Bildung, dass Zugang und Teilhabe vielfach von der Herkunft bzw. dem sozialem Status abhängig sind. Alle Maßnahmen zu inhaltlichen Reformen in der Bildung müssen daher auch den Partizipationsaspekt berücksichtigen und aufgreifen.

Einschätzung des Projektes

Das Projekt „Jedem Kind ein Instrument!“ verfolgt mit seinem Anspruch, alle Grundschulkinder des Ruhrgebietes einzubeziehen, einen partizipatorischen Ansatz. Es ist nicht nur deshalb, sonder auch auf Grund seiner inhaltlich und systematischen Ausgestaltung aus kommunaler Sicht nachdrücklich zu begrüßen. Die Städte sehen in dem Förderprogramm, dass auf eine kommunale Initiative in der Stadt Bochum zurückgeht, ein wichtiges Element, Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Sie sind deshalb bereit, das Projekt nach Kräften auch finanziell zu unterstützen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Sicherstellung der Teilnahmemöglichkeit für alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen und ökonomischen Situation.

Die Rahmenbedingungen für die Durchführung des Projektes sind angesichts der nahezu flächendeckenden Umgestaltung der Grundschulen zu offenen Ganztagsschulen durchaus günstig. Durch den Ganztagsbetrieb steht mehr Zeit auch für musisch-kulturelle Bildung an den Schulen zur Verfügung. Zudem öffnen sich die Schulen zunehmend in ihr Umfeld, beziehen es ein und kooperieren mit außerschulischen Partnern. Für das Projekt kommen in erster Linie die kommunalen Musikschulen, bei Bedarf aber auch private Musikschulen bzw. freiberufliche Musikerzieher, als Kooperationspartner in Frage. Diese müssen sich aber an den Standards und der fachlichen Qualität der kommunalen Musikschulen orientieren. Das Projekt bietet zum einen die Möglichkeit zur Weiterentwicklung der Schulen als Zentren für Bildung, kulturelle Begegnung und Austausch sowie bürgerschaftliches Engagement im Stadtteil bzw. Wohnquartier; zum anderen kann es positive Auswirkungen auf das Schulleben und das Bildungsangebot insgesamt entfalten.

Neben der Aufgabe, eine Teilhabe aller Kinder an dem Projekt zu ermöglichen, könnte die Rolle der Städte vor allem darin bestehen, das Projekt inhaltlich und organisatorisch zu unterstützen. Kommunale Handlungsmöglichkeiten in diesem Sinne könnten die Initiierung von gemeinsamer Fortbildung der Lehrer und Musikschulpädagogen, die Vermittlung von Kooperationspartnern und Sponsoren bzw. der gewünschten Patenschaften oder die Vermittlung von Auftrittsmöglichkeiten sein.

Gelingensbedingungen

Bei aller positiven Einschätzung des konzeptionellen Ansatzes müssen aus kommunaler Sicht eine Reihe von Bedingungen erfüllt werden, um das Projekt erfolgreich durchzuführen. Erstens muss der Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe auch für die beteiligten Städte gelten. Konkret geht es darum, die Möglichkeit zum Engagement und zur finanziellen Unterstützung für alle Städte, also auch für diejenigen in der Haushaltssicherung bzw. mit nicht genehmigtem Haushalt, zu eröffnen. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen bzw. die Kommunalaufsicht ist aufgefordert, dies durch eine entsprechende Regelung sicherzustellen.

Zweitens muss darauf geachtet werden, dass das Projekt kein Ersatz für den defizitären Musikunterricht an den Schulen wird. Wenngleich eine pädagogisch-inhaltliche Verknüpfung des Projektes mit dem schulischen Bildungsangebot sinnvoll erscheint, besteht gerade darin die Gefahr, dass das Projekt bei defizitärem Musikunterricht in eine Ersatzfunktion hineingerät. Grundsätzlich kann das Projekt nur eine sinnvolle Ergänzung des Musikunterrichtes sein. Es ist und bleibt eine Landesaufgabe, den lehrplanmäßigen Musikunterricht an den Schulen zu gewährleisten und die hierfür nötigen personellen Ressourcen sicherzustellen. Hierzu gehört auch eine systematische Fortbildung der Lehrkräfte.

Die Sicherung der Nachhaltigkeit ist schließlich drittens einer der wichtigsten Aspekte für die langfristige Wirksamkeit des Projektes. So sinnvoll es ist, das Projekt als musikpädagogisches Angebot für das Ruhrgebiet im Rahmen der Kulturhauptstadt 2010 auf den Weg zu bringen, so muss ebenso klar sein, dass es eine Fortsetzung und schrittweise Ausweitung auf alle Schulen nach 2010 geben sollte. Dies bezieht sich zum einen auf die Weiterentwicklung der inhaltlichen Konzeption. Zum anderen sind in den nächsten Jahren insbesondere Finanzierungsmodelle für den Erwerb der notwendigen Instrumente und den Unterricht zu entwickeln, die jedem Kind die Teilnahme an dem Angebot ermöglicht.

Insgesamt ist das Projekt „Jedem Kind ein Instrument!“ ein viel versprechender Ansatz. Es vernetzt in sinnvoller Weise schulische und außerschulische kulturelle Bildung und schafft eine Verantwortungspartnerschaft zwischen Bund, Land und Kommunen unter Beteiligung privater Partner. Die Städte sind bereit, in dieser Partnerschaft ihren Beitrag zur kulturellen Sozialisation von Kindern und Jugendlichen zu leisten.

Der Verfasser ist Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport beim Deutschen Städtetag ■

Jedem Kind ein Instrument

Von 2007 bis 2010 soll jedes Grundschulkind im Ruhrgebiet ein Instrument erhalten. Es wird damit ein bereits in Bochum erfolgreiches Vorhaben auf eine Region ausgedehnt. Finanziert wird das groß angelegte Vorhaben von der Kulturstiftung des Bundes, dem Land Nordrhein-Westfalen, der GLS Treuhandstiftung Zukunft Bildung sowie den Beiträgen der Eltern. Die Förderung dieses Projektes ist ein Beitrag der Kulturstiftung des Bundes zum Kulturhauptstadtjahr 2010 im Ruhrgebiet.
politik und kultur fragte nach der Nachhaltigkeit des Vorhabens, nach der Fortführung des Projektes über das Jahr 2010 hinaus und danach, warum das Erlernen eines Instruments in den Fokus genommen wird. Zu Wort kommen der Beigeordnete für Kultur des Deutschen Städtetag **Klaus Hebborn**, der Beigeordnete für Kultur des Deutschen Städte- und Gemeindebundes **Claus Hamacher**, der Generalsekretär des Landesmusikrates NRW **Robert von Zahn** und der Vorsitzende der Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung NRW **Kurt Eichler**.

Die Redaktion ■

Ein Impuls nicht nur für das Ruhrgebiet

Das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ • Von Claus Hamacher

Im Jahr 2010 werden Essen und das Ruhrgebiet zusammen mit der ungarischen Bischofsstadt Pécs und der türkischen Metropole Istanbul Kulturhauptstadt Europas sein. Unter der thematischen Überschrift „Förderung der kulturellen Bildung“ wird sich die Kulturstiftung des Bundes mit einem großangelegten Projekt am Programm der deutschen Kulturhauptstadt Europas beteiligen. Alle Grundschulkinder im Ruhrgebiet – insgesamt rund 212.000 Schülerinnen und Schüler – sollen die Möglichkeit bekommen, über einen Zeittraum von vier Jahren (2007 bis 2010) ein bis zwei Mal wöchentlich qualifizierten Instrumentalunterricht mit einem Instrument ihrer Wahl zu erhalten.

Foto: Dirk Vogel

Mitinitiatoren sind das Land Nordrhein-Westfalen und die in Bochum ansässige Zukunftsstiftung Bildung. Für dieses bislang größte Projekt zur kulturellen Bildung haben das Land Nordrhein-Westfalen und die Kulturstiftung des Bundes jeweils 10 Mio. Euro bereitgestellt, bei einem veranschlagten Gesamtvolumen von 50 Mio. Euro. Wesentlich unterstützt wird das Vorhaben durch das Engagement von Privatpersonen und Spenden der Wirtschaft. Der Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann, und der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Jürgen Rüttgers, gaben am 5. Februar 2007 den offiziellen Startschuss für das Großprojekt. Das Land Nordrhein-Westfalen ermöglicht mit der Zusage, dieses Programm auch über das Festjahr hinaus zu unterstützen, die längerfristige Planung für alle Beteiligten und schafft damit eine Voraussetzung für eine solide Etablierung dieses Programms.

Die inhaltliche Ausgestaltung des Modells entstand in Gesprächen mit Künstlern und Kulturpolitikern, Soziologen und Intendanten, Lehrern und Amtsleitern, Sozialarbeitern und Bürgermeistern im Ruhrgebiet. Damit wird eine in Bochum entstandene und dort in Kooperation mit der Musikschule umgesetzte Idee

Weiter auf Seite 16

Fortsetzung von Seite 15

Ein Impuls (nicht nur) für das Ruhrgebiet

weiterentwickelt und zu einem flächendeckenden Angebot an alle Grundschüler im Ruhrgebiet ausgebaut. Das Bochumer Projekt wurde mittlerweile mehrfach ausgezeichnet: im Jahr 2005 mit dem Inventio-Preis des Deutschen Musikrates und der Stiftung „100 Jahre Yamaha“, im Jahre 2006 beim Ideenwettbewerb der NRW-Bank, an dem sich fast 70 Kommunen mit über 100 Projekten beteiligt hatten sowie im November 2006 mit dem Jugendkulturpreis NRW. Ziel ist es, Kompetenzen der Musikschulen mit Ressourcen an Grundschulen zu verbinden, um der kulturellen Bildung einen nachhaltigen Anschub zu geben.

Das Konzept im Detail

Zur Umsetzung des Projekts richtet die Kulturstiftung des Bundes ein Projektbüro zur Koordination aller Beteiligten mit Sitz in Bochum ein. Dort können die Kommunen als Schulträger sowie die (öffentlichen oder privaten) Musikschulen gemeinsam einen Antrag auf Teilnahme stellen, der sich auf bestimmte Grundschulen beziehen muss.

Dabei gibt es sowohl hinsichtlich der Inhalte als auch im Hinblick auf die Organisation und Finanzierung weitgehende Vorgaben.

So darf die Musikschule bei den Teilnahmeentgelten für den Unterricht maximal 10 Euro im ersten, 20 Euro im zweiten sowie 35 Euro im dritten und vierten Grundschuljahr berechnen. Sozialhilfe- und ALGII-Empfänger zahlen keine Teilnahmegebühren. Die Musikschule verpflichtet sich, mit Unterstützung des Projektbüros Sponsorengelder für den Ankauf von Musikinstrumenten zu beschaffen.

Grundsätzlich dürfen nur examinierte Musikschullehrerinnen und Musikschullehrer eingesetzt werden, die angestellt sind und entsprechend dem TVÖD bezahlt werden. Wenn in Ausnahmefällen ersatzweise Honorarkräfte eingesetzt werden, sind diesen Honorare in Höhe der TVÖD/TVL-Arbeitgeberkosten, Gruppe 9 zu zahlen. Die Musikschulen verpflichten sich zudem im Sinne des Projektes zur permanenten Weiterbildung der Lehrkräfte.

In mehreren Regelungen wird eine besondere Ansprache und Förderung von bildungsfernen Familien angemahnt.

In inhaltlicher Hinsicht gilt Folgendes: die Schulen arbeiten mit den vor Ort bestehenden Musikschulen zusammen, um einen qualifizierten Instrumentalunterricht zu gewährleisten. Bereits bei der Einschulung ihrer Kinder werden die Eltern durch das Projektbüro über das Projekt informiert und erfahren, welche Instrumente den Kindern im Rahmen des Programms kostenlos zur Verfügung gestellt werden können. Die Schüler erhalten die Instrumente als Leihgabe und sollen sie zum Üben mit nach Hause nehmen können.

Für die Kinder der ersten Klasse steht die spielerische Heranführung an Rhythmus und Notation sowie das Kennenlernen verschiedener Instrumente im Mittelpunkt. Durch das gemeinsame Unterrichten von einem Tandem aus Grundschullehrern und Musikschullehrern soll eine intensive pädagogische Betreuung ermöglicht werden. Genauso wichtig ist aber die Gewährleistung einer professionellen Instrumentalausbildung.

Ab der zweiten Klasse startet der Instrumentalunterricht in Kleingruppen für 4 - 6 Kinder pro Lehrer. Jedes Kind darf sich sein Instrument aussuchen. Unangefochtenes Lieblingsinstrument dürfte die Gitarre sein, gefolgt von der Geige und der Querflöte. Daneben wird es aber auch exotischere Instrumente geben. Bereits bei der Antragstellung werden Kommunen und Musikschulen darauf hingewiesen, dass über das „klassische“ Angebot hinaus mindestens zwei Instrumente aus den Herkunftsländern der Migranten einzubeziehen sind (zum Beispiel: Baglama (Saz) – Türkei, Bousouki – Griechenland, Bajan – Osteuropa, Domra – Osteuropa, Balalaika – Russland).

Die Streicher werden in einer Gruppe gemeinsam unterrichtet, ebenso wie die Holzbläser und die Blechbläser. Die Kinder erleben so bereits in den Unterrichtsstunden den charakteristischen Ensembleklang und erlernen schon früh das gemeinsame Musizieren.

Ab der dritten Klasse kommt zum Instrumentalunterricht das Ensemblespiel im Orchester hinzu. Jahrgangsübergreifend üben die Kinder einmal wöchentlich das Zusammenspiel als Schulorchester. Dass es hierbei neben der musikalischen Erfahrung auch besonders um die sozialen Aspekte geht, ist offensichtlich. Dazu gehört auch der gemeinsame Auftritt als Orchester: Am Ende eines jeden Schuljahres steht das große Abschlusskonzert in der Philharmonie oder dem Konzerthaus. So lernen die Kinder nicht nur den backstage-Bereich der Konzerthäuser kennen, sondern erleben auch Lampenfieber, Scheinwerferlicht und Applaus.

Kultur- und bildungspolitische Bewertung

Die Frage nach der Sinnhaftigkeit und der Wünschbarkeit eines solchen Projekts ist leicht beantwortet. Musikalische Bildung ist – trotz (oder wegen?) erleichterten Musikkonsums in Zeiten von mp3 und Ipods – eine Mangelerscheinung. Dabei eröffnet die Beschäftigung mit Musik jungen Menschen für ihre Entwicklung auf körperlicher, geistiger, emotionaler und spiritueller Ebene mannigfaltige Möglichkeiten. Zudem ist wissenschaftlich erwiesen, dass eine Stimulanz der musikalischen Fähigkeiten auch die Lernfähigkeit in Bereichen fördert, die mit Musik unmittelbar keine Verbindung aufweisen. Während Letzteres vielleicht nicht im Mittelpunkt der Überlegungen bei der Einführung des Projekts gestanden haben mag, ist es aber in einem Bundesland, dessen Ergebnisse bei den PISA-Studien sich nicht eben berauschend darstellen, ein durchaus begrüßenswerter Transfereffekt. Auch die Stärkung der sozialen Kompetenz ist ein erwiesenes Nebenprodukt regelmäßigen Instrumental- und Ensembleunterrichts.

„Jedem Kind ein Instrument“ versteht sich ausdrücklich als Ergänzung zum regulären Musikunterricht und nicht etwa als dessen Ersatz. Diese Feststellung ist aus Sicht der Schüler, Eltern und auch der kommunalen Schulträger ausgesprochen wichtig, da es in den letzten Jahren viele – durchaus berechtigte – Klagen gerade der Eltern über nicht gegebenen oder ausgefallenen Musikunterricht gegeben hat.

Insofern ist der bildungspolitische Ansatz ohne Einschränkung zu unterstützen. Dies gilt auch für das Bemühen, besonders Kinder aus bildungsfernen Familien einzubeziehen. Ein Fragezeichen muss allerdings bei den vorhandenen Ressourcen gesetzt werden. Die Sorge einer potentiellen (Selbst-)Überforderung der Musikschulen ist nicht von der Hand zu weisen, auch wenn der Landesverband der Musikschulen das Projekt (naturgemäß) begrüßt. Immerhin stehen rund 1000 teilnahmefähigen Grundschulen nur 39 Musikschulen gegenüber, die auf der einen Seite ohnehin über die Einbindung in Angebote der offenen Ganztagsschule gefordert sind und die auf der anderen Seite jährlich um ihre finanzielle Ausstattung bangen müssen.

Ausblick

Nicht ohne ein gewisses Gefühl der Diskriminierung blicken NRW-Kommunen außerhalb des Ruhrgebiets auf das Projekt. Die derzeit am häufigsten gestellte Frage lautet deshalb auch, wann denn mit einer Ausweitung auf das gesamte Land zu rechnen sei. Eine solche Zielsetzung hat das Land – allerdings ohne feste zeitliche Vorgaben – im Grundsatz bejaht.

Ein kritischer Punkt für jedes derartige Konzept ist natürlich seine Finanzierung. Für den Zeitraum bis 2010 ist ein Gesamtetat von 50 Mio. Euro vorgesehen. Davon trägt das Land Nordrhein-Westfalen 10 Mio. Euro und die Kulturstiftung des Bundes ebenfalls 10 Mio. Euro. Weitere 10 Mio. Euro werden durch private Förderer unter der Federführung der Zukunftsstiftung Bildung erbracht. Ein Stipendienfonds leistet 2,5 Mio. Euro und der gleiche Betrag wird von den teilnehmenden Kommunen erbracht. Die restlichen 15 Mio. Euro speisen sich aus Teilnehmerbeiträgen. Es dürfte es wohl illusorisch sein anzunehmen, dass eine dauerhafte Ausweitung des Projekts auf ganz NRW unter finanziellen Rahmenbedingungen stattfinden könnte, die auch nur annähernd so attraktiv sind, wie sie sich in dem begrenzten Projektzeitraum bis 2010 für die Kommunen im Ruhrgebiet darstellen.

Weder ist mit einem weiteren und dauerhaften finanziellen Engagement der Bundeskulturstiftung zu rechnen, noch steht zu erwarten, dass es eine anhaltende, breite Unterstützung von Sponsoren geben wird, wenn das Projekt in den Alltag entlassen wird und nicht mehr mit dem Reiz des Neuen und dem zeitlich befristeten Glanz der Kulturhauptstadt Europas verknüpft ist. Insofern steht zu befürchten, dass „Jedem Kind sein Instrument“ das Schicksal vieler Projekte beschieden sein wird, die einen hohen Anspruch zunächst auf der Grundlage großzügiger Anschubfinanzierungen umsetzen. Letztlich wird die finanzielle Hauptlast bei den Kommunen landen, die in ihrer Doppelrolle als Schulträger und als Träger der Musikschulen gefordert sein werden. Spätestens dann aber folgt die ernüchternde Feststellung, dass die vielen Städte und Gemeinden in der Haushaltssicherung oder der vorläufigen Haushaltsführung nicht dieselben Angebote machen können wie finanziell besser gestellte Kommunen.

Der Verfasser ist Beigeordneter für Kultur beim Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen ■

Kinder spielen im Ruhrgebiet die erste Geige

Auf dem Weg zu einer Modellregion Kulturelle Bildung • Von Kurt Eichler

Nachdem der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers anlässlich der Entscheidung für das Ruhrgebiet als Kulturhauptstadt Europas 2010 im vergangenen Jahr die Grundsätze für eine Modellregion Kulturelle Bildung verkündet hatte, soll ein zentraler Baustein für die musikalische Breitenarbeit bereits zum Schuljahresbeginn 2007/08 an den Start gehen: Das Programm „Jedem Kind ein Instrument“ (JEKI).

© Presse- und Informationsamt der Stadt Bochum

Mit diesem Programm verfolgt das Land gemeinsam mit der Kulturstiftung des Bundes das ehrgeizige Ziel, von 2007 bis 2010 jedem Grundschulkind im Ruhrgebiet den Unterricht an einem Instrument und ein Instrument seiner Wahl als Leihgabe zur Verfügung zu stellen. Dieser Instrumentalunterricht soll zusätzlich zum schulischen Musikunterricht erfolgen; die Teilnahme ist freiwillig.

Die Eckdaten von JEKI, so die populäre Kurzformel des Programms, sind beeindruckend, selbst wenn man die Potenziale Nordrhein-Westfalens als größtem Bundesland in Rechnung stellt:

- 212.000 Grundschulkinder sollen über 4 Jahre am Instrumentalunterricht teilnehmen.
- In 1.000 Grundschulen soll darüber hinaus ein Kinderorchester entstehen.
- Träger sind die 39 Musikschulen der Region, die auch die Lehrkräfte stellen.
- Die Gesamtkosten des Projekts belaufen sich auf rund 50 Mio. Euro, die sich zusammensetzen aus
  - 32,5 Mio. Euro vom Land, der Kulturstiftung des Bundes sowie Sponsoren,
  - 15 Mio. Euro von den Eltern, wobei der Eigenanteil von 10-35 Euro variiert und bei sozialer Bedürftigkeit ganz entfällt,
  - 2,5 Mio. Euro von den Kommunen als Kostenübernahme für soziale Ermäßigungen.
- Die Anschaffung der benötigten Instrumente soll nach dem Prinzip der „matching funds“ erfolgen, wobei der Betrag, den private Förderer und Sponsoren aufbringen, in gleicher Höhe vom Land aufgestockt wird.

Im Sinne von Kontinuität und Nachhaltigkeit wurde bereits die Fortsetzung von JEKI auch nach dem Jahr 2010 in Aussicht gestellt. Darüber hinaus besteht die Absicht, das Projekt auf ganz Nordrhein-Westfalen auszuweiten, und nicht nur mit einem spektakulären, aber befristeten Beitrag zur Kulturhauptstadt Ruhr 2010 zu glänzen. Die dafür notwendigen Finanzierungskonzepte sind allerdings noch offen. Schon jetzt ist festzuhalten, dass das Interesse von Schulen und Eltern am JEKI-Programm hoch ist; viel mehr Grundschulen als im ersten Schuljahr möglich möchten sich beteiligen, wobei dieses Interesse durchaus nachzuvollziehen ist, denn

- der Musikunterricht in den Schulen wird vielfach von fachfremden Lehrkräften erteilt, die keine musikpädagogische Ausbildung haben;
- die meisten Grundschulen haben kein eigenes Orchester, oftmals nicht einmal einen Chor, so dass nach dem Wegfall der Schulbezirksgrenzen auch eine Stärkung des Renommees der beteiligten Schulen erwartet wird;
- 2/3 der gesamten Schulen in Nordrhein-Westfalen sind inzwischen Ganztagsschulen. Mit „Jedem Kind ein Instrument“ lässt sich die Qualität des Offenen Ganztags verbessern.

Erfreulich ist das starke Interesse der Eltern an JEKI, denn das Programm erfordert eine moderate Kostenbeteiligung, und auch der musikpädagogische Ansatz entspricht durchaus dem bisher vorhandenen Angebot der Musikschulen. Wem bislang die musikalische Bildung seines Kindes wichtig war oder besser noch, wessen Kind ein eigenes Interesse am Erlernen eines Instrumentes zeigte, der wird auch früher schon eigene Initiativen zur musikalischen Förderung ergriffen haben. Dem gegenüber kann JEKI eine be-

Weiter auf Seite 17

Fortsetzung von Seite 16

sondere Qualität entwickeln, indem es Kinder erreicht, deren Familien es sich nicht leisten können, ein Instrument anzuschaffen und den entsprechenden Unterricht zu finanzieren, oder die zu den sozial schwachen und bildungsfernen Schichten gehören. Hier bedarf es aber auch besonderer Initiativen und Ansprachen, um gerade diese Zielgruppen über einen gemeinsamen Kontext einzubinden, denn JEKI ist keine Pflichtveranstaltung, sondern ein offenes Angebot.

Der Abbau sozialer Disparitäten für die Entwicklung künstlerischer Selbständigkeit ist vielleicht die größte Herausforderung, aber auch Chance des Programms „Jedem Kind ein Instrument“. Der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Partizipation an kulturellen Angeboten ist evident und durch das Jugend-Kultur-Barometer des Zentrums für Kulturforschung valide belegt. Die aktive oder rezeptive Beschäftigung mit kulturellen Aktivitäten wird wesentlich bestimmt durch die soziale Herkunft. Gerade in diesem Kontext ist ein Erfolgskriterium die Orientierung der kulturellen Bildungsangebote an den Interessen der Adressaten, und da haben auch Grundschulkinder schon eigene Wünsche, Vorstellungen und Vorlieben entwickelt. Insofern werden Musikschulen auch ihren bisherigen Bildungskanon und ihre Unterrichtsschwerpunkte überprüfen müssen, was ja durchaus einen Innovationsschub auf breiter Basis befördern könnte.

Obgleich JEKI von der Breitenwirkung und vom Finanzvolumen her einen herausragenden Stellenwert einnimmt, so reiht es sich doch ein in eine umfassende Offensive zur kulturellen Bildung in Nordrhein-Westfalen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Rahmenvereinbarungen zur kulturellen Gestaltung der Offenen Ganztagsschule, die vom Schul- und Jugendministerium mit dem Verband der Musikschulen und der Landesvereinigung Kulturelle Jugendarbeit abgeschlossen wurden, in denen Bedingungen und Standards für die Integration kultureller Aktivitäten in den Offenen Ganztag formuliert werden. Seit dem vergangenen Jahr fördert das Land mit dem Programm Kultur und Schule innovative Projekte in allen Sparten, die von Künstlern während eines Schuljahres in den Grund-, Haupt- und Förderschulen durchgeführt werden. Im Jahr 2007 ist dieses Programm mit rund 3 Mio. Euro ausgestattet.

Das letztgenannte Landesprogramm wird aktuell vom Zentrum für Kulturforschung evaluiert; es wird erwartet, dass die Erkenntnisse auch in der weiteren Umsetzung des Programms „Jedem Kind ein Instrument“ berücksichtigt werden. Eine empirische Bestandsaufnahme von kulturellen Angeboten in der Offenen Ganztagsschule (vgl. Kulturelle Bildung in der Ganztagsschule, Hrsg. Zentrum für Kulturforschung, Bonn 2007) hat allerdings auch ergeben, dass bei den künstlerischen Angeboten schon heute Projekte der Sparte Musik den Spitzenplatz einnehmen, dicht gefolgt von der Bildenden und der Darstellenden Kunst. So konstatiert die Studie hinsichtlich der Vielfalt einen Mangel, der nur durch gezielte Förderungen auszugleichen wäre, etwa in den Bereichen Tanz, Literatur, kreatives Schreiben und den neuen medialen Kunstformen. Daher dürfen trotz der augenscheinlichen Dominanz von JEKI die Beiträge der anderen Kunstsparten für die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen nicht aus dem Auge geraten; die Musik ist nur ein Baustein in einem breiten Spektrum künstlerischer Ausdrucksformen, und kulturelles (Er)Leben braucht die Differenz. Auch in anderen Sparten gibt es qualifizierte künstlerische Bildungsangebote, die die Interessenlagen von Kindern und Jugendlichen widerspiegeln. Das belegen die Projekte des Programms Kultur und Schule ebenso wie Bewerbungen für den Jugendkulturpreis Nordrhein-Westfalen. So entfielen von den über 700 Förderanträgen im Rahmen von Kultur und Schule auf die Bildende Kunst 308, Theater 141, Musik 119, Tanz 79, Neue Medien/Film 39 und Literatur 21. Von den 268 Bewerbungen um den Jugendkulturpreis bezogen sich die meisten auf die Sparten Theater, bildnerisches Gestalten, Film/Video gefolgt von Musik, Literatur, Tanz sowie Fotografie/Radio.

© Presse- und Informationsamt der Stadt Bochum

Der Bedarf nach kultureller Eigenaktivität ist hoch, das zeigen auch die Ergebnisse im Rahmen des Wirksamkeitsdialoges, den die Landesvereinigung Kulturelle Jugendarbeit kontinuierlich durchführt. Bei den Befragungen von Kindern und Jugendlichen über einen Erhebungszeitraum von sechs Jahren bewerten Kinder und Jugendliche mit 88 % die Angebote in den verschiedenen kulturellen Sparten mit sehr gut oder gut. Eine solch hohe Akzeptanz ist eine grundlegende Voraussetzung für die Prozesse umfangreicher Bildungswirkungen, wie sie auch für das neue Landesprogramm angestrebt werden.

Diese positive Bilanz belegt, dass Angebote, Projekte und Veranstaltungen in allen künstlerischen Sparten ganz offensichtlich an den Interessen der Kinder und Jugendlichen anknüpfen und ihnen neue Erfahrungshorizonte bieten können, und sie unterstreicht auch, dass allen Künsten spezifische Qualitäten für kulturelle Bildungsprozesse innewohnen. Dabei können Partner der Schulen im Modellland Kulturelle Bildung neben den Musikschulen die Jugendkunstschulen, aber auch die Theater, Museen und Bibliotheken sein, für die eigene Konzepte, aber vergleichbar günstige Bedingungen zu schaffen sind, wie sie JEKI bietet. Auch diesbezüglich ist die Musik Vorbild und Maßstab.

„Jedem Kind ein Instrument“ ist ein Meilenstein auf dem Weg des Ruhrgebiets zu einer Modellregion Kulturelle Bildung. Das Programm wird die Grundschulen und die Musikschulen verändern, das Bewusstsein für die Notwendigkeit kultureller Bildung voranbringen, vielleicht einen kulturellen Wandel einleiten, aber auf jeden Fall die musikalische und darüber hinaus die kulturelle Kompetenz der Kinder und späteren Erwachsenen stärken.

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers selbst geht in seinen Vorstellungen zu einer Modellregion Kulturelle Bildung noch einen Schritt weiter. Bis zum Jahr 2010 soll im Ruhrgebiet „möglichst jeder Schüler und jede Schülerin im Laufe der Schulzeit die Chance erhalten, auf einem Instrument zu spielen oder in einer anderen Kunstsparte nicht nur konsumtiv, sondern auch aktiv tätig zu werden. Was kognitives Wissen nur schwer zu erreichen vermag, kann ästhetische Erziehung sehr viel besser und schneller erzielen: Die Überwindung kultureller Grenzen, ohne diese zu verwischen!“

Der Verfasser ist Geschäftsführer der Kulturbetriebe Dortmund und Vorsitzender der Landesvereinigung Kulturelle Jugendarbeit Nordrhein-Westfalen e. V. ■

Wer wird euch all’ das lehren?

Das Programm „Jedem Kind ein Instrument“ und seine Partner in der Umsetzung • Von Robert von Zahn

„Jedem Kind ein Instrument“ ist wohl das anspruchsvollste Programm der kulturellen Bildung, das Nordrhein-Westfalen bislang erlebt hat. Der finanzielle Einsatz von Land NRW, Bundeskulturstiftung, Kommunen und weiteren Stiftungen ist gewaltig, die Ziele sind weit gesteckt und die zu überwindenden Probleme scheinen derzeit eher zu wachsen als zu schmelzen, doch der zu erwartende Zuwachs an kultureller Bildung von Kindern und Jugendlichen ist den Einsatz alle Male wert. Angesichts der Tragweite des Programms fragt es sich, wer die Umsetzungspartner von Land und Bundeskulturstiftung sind. Wer sorgt dafür, dass zwischen Kindern und Musikinstrumenten ein Aneignungsprozess stattfindet, der nachhält und Auswirkungen auf die kulturelle Bildung insgesamt hat?

Schon im kommenden Schuljahr sind etwa 12% der Grundschulen im Ruhrgebiet einbezogen, etwa 7000 Kinder brauchen ab August zusätzliche musikalisch qualifizierte Lehrkräfte. Wo kommen diese her? Von kommunalen Musikschulen, von Verbänden, sind es freie Kräfte? Neben den kommunalen stehen auch private bzw. freie Musikschulen bereit, und seitens des Deutschen Tonkünstlerverbandes (DTKV) hat auch der NRW-Vorsitzende Peter Ziethen die Bereitschaft erklärt, dass viele seiner über 1.000 Musiklehrer am Programm mitwirken können. Die Umsetzungspartner vom Land NRW und der Bundeskulturstiftung sind die Kommunen. Diese können ihre kommunalen Musikschulen beauftragen, theoretisch auch die privaten, doch in der Regel werden es die eigenen Musikschulen sein, die wiederum private Schulen, freie Lehrkräfte und Dozenten aus dem Deutschen Tonkünstlerverband hinzuziehen. Die Kommunen könnten die Umsetzung auch ihren Kulturämtern mit dem Auftrag übergeben, die Zusammenarbeit der städtischen mit den freien Kräften zu koordinieren.

Freie Lehrkräfte müssen ins Spiel kommen, wenn es keine kommunale Musikschule gibt wie zum Beispiel in Castrop-Rauxel. Ansonsten sind kommunale und freie Kräfte aufeinander angewiesen, denn alleine kann keiner den gewaltigen Bedarf an qualifizierten Musiklehrern stillen. Das Land NRW und die Bundeskulturstiftung haben, so Kulturstaatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff im Kulturausschuss des Landtages, die Frage, wer das Programm umsetzt, nicht dekretiert. Doch definierten sie hohe Qualitätsstandards: Die Allianz von Grundschule und Musikschule muss den Kindern folgende Mindestauswahl an Musikinstrumenten anbieten: Geige, Bratsche, Violoncello, Kontrabass, Trompete, Posaune, Horn, Querflöte, Klarinette, Gitarre, Mandoline, Akkordeon, Blockflöte sowie mindestens zwei Instrumente aus Herkunftsländern der Migranten wie zum Beispiel Baglama und Bouzouki. Und sie muss auch das Singen in jeden Unterricht intensiv mit einbeziehen. Welche Musikschule könnte dies alles schon aus eigener Kraft leisten?

© Presse- und Informationsamt der Stadt Bochum

Die Musikschule berechnet dabei für den Unterricht maximale Monatsentgelte von 10 Euro im ersten, 20 Euro im zweiten und 35 Euro im dritten und vierten Grundschuljahr, sie verzichtet auf Entgelte von Sozialhilfeempfängern und denen von Arbeitslosengeld II. Für diese finanziellen Ausfälle tritt die Kommune ein (bei bis zu 12,5% der erwarteten Einnahmen der Musikschule, bei höheren Fehlbeträgen das Projektbüro aus Mitteln des Landes, der Kultur-

Weiter auf Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

Wer wird euch all' das lehren?

stiftung und von Sponsoren). Sind also die Einnahmen der Musikschule geregelt, so sind es auch die Personalausgaben durch eine Minimalgrenze: Die umsetzende Einrichtung muss grundsätzlich examinierte Musikschullehrerinnen und -lehrer einsetzen und dafür Gehälter und Honorare in Höhe der Arbeitgeberkosten von TVÖD 9 zahlen. Das ist nicht für jeden freien Anbieter selbstverständlich. Diese Regelung wurde, so Manfred Grunenberg, Leiter des Projektbüros von „Jedem Kind ein Instrument", nicht etwa ersonnen, um günstige freie Anbieter aus dem Programm herauszuhalten, sondern um die Professionalität der Berufsgruppe zu erhalten und die Einhaltung der Qualitätsstandards zu sichern. „Jedem Kind ein Instrument" ist also kein neues Sparkonzept für die Träger.

Kommunale und nicht-städtische Lehrkräfte müssen sich demzufolge zusammensetzen und über ihre Möglichkeiten reden. Die Menge an Grundschulen, an Kindern, an Unterricht, die derzeit angedacht ist, ist so groß, dass man niemanden, der qualifiziert arbeiten kann, ausschließen darf. Vielleicht ist es die Bandbreite des Instrumentariums, die freie Kräfte besonders ins Spiel bringen wird: Hortensia Völckers, Künstlerische Direktorin der Kulturstiftung des Bundes, mahnt energisch ein Angebot von Instrumenten an, das besonders für Schüler mit Migrationshintergrund interessant ist. Das kann auch andere Lehrer ins Spiel bringen.

Manfred Grunenberg sieht auch und gerade die im Deutschen Tonkünstlerverband organisierten Musiklehrer als wichtig für das Programm an. Sofern eine AME-Ausbildung gegeben ist, können diese schon im Ersten Grundschuljahr eingesetzt werden und helfen, die stetig wachsenden Schülerzahlen im Programm zu bewältigen. Nicht einzubinden sind die vielen freien Klavierlehrer, denn Klavier wird im Programm nicht angeboten. Viele Schüler werden aber ihre Instrumente nach den vier Jahren wechseln und dann wird das Klavier vermutlich Wunschinstrument Nr. 1 sein.

Das Programm startet stufenweise: Die Pionierstadt Bochum betreibt es schon seit zwei Jahren. In Dortmund beispielsweise könnte es nun theoretisch hundert Schulen erfassen, sechzig zeigten sich schon interessiert, doch nur 12 bis 15 werden im kommenden Schuljahr partizipieren. Die übrigen folgen mit ihren Ersten Schuljahren in den nächsten Jahren. „Es wird jede Schule mitmachen können," ist sich Volker Gerland, Leiter der Musikschule Dortmund und Vorsitzender des Landesverbandes der Musikschulen in NRW, sicher, „aber nicht sofort". Schon jetzt haben die Grundschulen, die das Programm bereits im nächsten Schuljahr anbieten können, einen Wettbewerbsvorteil, wie Nachfragen von Eltern zeigen, deren Kinder im Sommer eingeschult werden. Die Grundschulen werden aber auch darauf achten müssen, dass der reguläre fachliche Musikunterricht nicht noch weiter zurückgeht als ehedem schon, dass das Programm nicht unfreiwillig ein Substitut schafft.

Die Folgen für die Umsetzungspartner

Recht hohe Schülerzahlen kommen auf die Partner zu. Im Endausbau des Programms werden sich die Schülerzahlen der Musikschulen wahrscheinlich verdoppeln, schätzt Manfred Grunenberg. Allianzen zwischen Musikschulen und Grundschulen werden wachsen, die über bisher lockere Kooperationen weit hinausgehen, allein schon, weil im 1. Schuljahr die Lehrer der Schule und die der Musikschule gemeinsam agieren. Zu den Allianzen sollten eben jene Kooperationen zwischen den kommunalen Musikschulen und den freien Anbietern sowie den Lehrkräften des DTKV und anderer Verbände treten. Auch die Musikschulen, die am Programm nicht partizipieren, werden steigende Schülerzahlen erleben, denn viele Schüler werden eine Möglichkeit suchen, die begonnene Ausbildung nach der Grundschulzeit fortzusetzen oder aber ein anderes Instrument neu zu erlernen. Auch in den benachbarten Kultursparten, so in Tanz, Theater und Bildender Kunst, werden Wachstumseffekte erwartet.

Die Musikschullandschaft wird sich verändern. In Dortmund beispielsweise arbeitet die Musikschule bislang an etwa 90 Standorten, in den letzten Jahren mit leicht rückläufiger Tendenz, weil sich eine nicht immer zu lösende Rivalität mit den Nachmittagsangeboten der Offenen Ganztagsschule ergab. Volker Gerland ist sich sicher: In Zukunft wird die Zahl dieser Standorte wieder zunehmen, die Allianzen werden fester werden. Nach den vier Jahren werden viele der Kinder Instrumentalunterricht bei den Musikschulen nehmen, und sie werden ihn dort erwarten, wo sie ihn auch bis dahin erfahren haben, in ihren Stadtvierteln, nicht in der Hauptstelle der Musikschule. Künftig werden die dezentralen Angebote von Gruppen- und Ensembleunterricht auf Grund der größeren Schülerzahlen kosteneffizienter werden. Und die vielen Kooperationen, die die Musikschulen mit den privaten Instituten und mit den Lehrkräften der Verbände schließen werden, sollten zu einem bleibenden Netzwerk neuer Qualität führen.

Musiklehrer werden in Bezug auf Gruppenunterricht dazulernen. Dieser wird sich didaktisch verlagern: weg von der bislang typischen hochgradigen Auswahl von Schülern hin zu großen Gruppen gemischter Qualität. Klassenverbände stellen andere Anforderungen. Bei den Musikschullehrern entsteht – ganz gleich ob sie von einer Musikschule oder vom Deutschen Tonkünstlerverband oder aus dem freien Unterrichten kommen – ein großer Fortbildungsbedarf, für den das Projektbüro und der Landesverband der Musikschulen in NRW derzeit Angebote ausarbeiten.

Das Programm fördert nicht nur den Musikinstrumentalunterricht. Es bietet einen wichtigen Schritt in Hinsicht einer Chancengleichheit in der kulturellen Bildung. So wie die Stufen des Projekts angelegt sind – im 1. Jahr der Elementarunterricht ohne Instrument, im 2. die Begegnung mit dem Instrument und erst im 3. und 4. Jahr der Unterricht am Instrument –, führt es zwangsläufig zu einem Anstieg der Kulturfähigkeit der Schüler insgesamt, in dem Mitnahmeeffekte für die benachbarten Sparten von Tanz, Theater und Kunst mitgedacht sind. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu beachten, dass man als Erfolgskriterium des Programms nicht etwa den Anteil der Schüler setzen darf, die nach den vier Jahren den Instrumentalunterricht fortsetzen. Vielmehr muss das Programm gerade auf den Zuwachs an kultureller Bildung hin bewertet werden, der allerdings nicht leicht abzufragen ist. Auch diese Ausrichtung ist eine Herausforderung für alle Musiklehrer des Ruhrgebiets, deren Vertreter jetzt koordiniert handeln müssen.

Der Verfasser ist Generalsekretär des Landesmusikrates NRW ■

© Presse- und Informationsamt der Stadt Bochum

Abonnieren oder empfehlen Sie puk und Sie erhalten ein ganz besonderes Dankeschön!

25 JAHRE DEUTSCHER KULTURRAT

Die Jubiläums-DVD

25 Jahre Deutscher Kulturrat spiegeln auch 25 Jahre Kulturpolitik in Deutschland wider. Persönlichkeiten aus dem kulturellen Leben blicken nach vorne und zurück.

Mit über 95 Minuten Interviews, Diskussionen, Vorträgen, Kommentaren und Musik.

Ich möchte politik und kultur (puk) abonnieren (€ 18,00/6 Ausgaben im Jahr, inkl. Porto) und erhalte als Geschenk die DVD:

25 Jahre Deutscher Kulturrat – Die Jubiläums-DVD

Meine Adresse (=Rechnungsanschrift)

Ich abonniere puk

Name

Straße

PLZ **Ort**

Unterschrift/Datum

Coupon einsenden/faxen an: ConBrio Verlagsgesellschaft mbH, Brunnstraße 23, 93053 Regensburg, Fax: 0941/945 93 50

Sachverstand aus den Fachverbänden der kulturellen Bildung bei „Jedem Kind ein Instrument" einbeziehen

Erklärung des Vorstandes des Deutschen Kulturrates

Berlin, den 14.05.2007. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, begrüßt die Initiative „**Jedem Kind ein Instrument**" der **Kulturstiftung des Bundes** und des **Landes Nordrhein-Westfalen**. Das Projekt kann einen nachhaltigen Beitrag zur Verbreiterung und Vertiefung der kulturellen Bildung – speziell im Bereich der Musik – leisten. Sowohl hinsichtlich des Finanzvolumens als auch mit Blick auf die Größe der Zielgruppe geht das Vorhaben über bisherige Modellprojekte im Bereich der kulturellen Bildung hinaus.

Der Vorstand des Deutschen Kulturrates stellt jedoch mit Bedauern fest, dass die Fachverbände der kulturellen Bildung bei der Organisation und inhaltlichen Konkretisierung des Vorhabens unzureichend einbezogen werden. Das Gelingen dieses Projektes hängt aber maßgeblich von der frühzeitigen konzeptionellen und pädagogischen Beteiligung der vor Ort ansässigen Einrichtungen der kulturellen Bildung und der Fachverbände der kulturellen Bildung ab, denn nur durch ihre Kompetenzen und Erfahrungen, kann ein so groß angelegtes Vorhaben auch tatsächlich seine Wirkung erzielen und damit bundesweit als Vorzeigemodell fungieren.

Die Fachverbände der kulturellen Bildung verfügen über ein erhebliches Know-how und viele Erfahrungen in der Praxis der kulturellen Bildung sowie in der Umsetzung von Modellvorhaben und in der Fortbildung. Dieses Know-how sollte genutzt werden.

Der Deutsche Kulturrat fordert daher das Land Nordrhein-Westfalen und die Kulturstiftung des Bundes als Projektträger auf, ein Beratungsgremium einzuberufen, in dem neben den Projektträgern die Kommunen und die Fachverbände der kulturellen Bildung vertreten sind. Ziel muss es sein, durch eine gemeinsame Strategie und eine transparente Kommunikation zwischen den einzelnen Akteuren zum Gelingen von „Jedem Kind ein Instrument" beizutragen und damit ein Vorzeigemodell zu schaffen, das für die künftig vorgesehene landesweite Umsetzung wie für weitere Projekte, auch in anderen künstlerischen Sparten, zukunftsweisend sein kann. ■

Orchideenfach aus dem Norden

Die Skandinavistik hat sich als kleines, sehr vielseitiges Fach entwickelt • Von Ulrich Brömmling

Im Netz steht sie noch: die Information der Universität Hamburg zum Fach Skandinavistik – mit Angaben zu Schwerpunkten und Berufsmöglichkeiten. Die Abwicklung des Skandinavistik-Studiums in der Freien und Hansestadt, früher einmal das „Tor zum Norden“, war der vorläufig letzte traurige Höhepunkt in einer Reihe von Irritationen, die die deutschsprachige Skandinavistik in den letzten 15 Jahren bewegten: Zum Sommersemester 2012 wird der Studiengang eingestellt. Als Teilersatz ist seit Wintersemester 2006/2007 ein Masterstudiengang „Nordeuropastudien“ gedacht. Die Uni Bochum stellte den Lehrbetrieb der Sektion Skandinavistik zum Wintersemester 2005/2006 ein, in Münster ist das Studium nur noch im Rahmen eines zwei-Fach-Bachelors möglich. Andere Krisen trafen Greifswald, Berlin und Frankfurt. Die Zeit der Nordischen Studien schien vorbei, und es war unklar, wie sich das kleine Fach in der Hochschullandschaft würde behaupten können. Nachdem sich der Sturm gelegt hat, lässt sich konstatieren, dass – vielleicht bis auf den Hamburger Kahlschlag – die Ereignisse dem Orchideenfach keineswegs geschadet haben.

Die Entscheidungen, die in Greifswald gefallen sind, halte ich für falsch“. Klar negativ bewertete Bernd Henningsen, damals noch Professor für Skandinavistik an der Freien Universität Berlin, in einem Interview mit der Zeitschrift „norrøna“ im Juli 1993 die Entscheidung der traditionsreichen Universität in Vorpommern, das dortige Nordeuropa-Institut mit regionalwissenschaftlicher Ausrichtung abzubauen und zu einem kleinen philologischen Fach für Nordische Studien zu verkleinern. Henningsen sah damit das Innovative und Reizvolle, für das Greifswald stand, verschwinden. Dabei dürfte die Veränderung auch wendebedingte personelle Gründe gehabt haben. Wenig später wurde das Fach Skandinavistik der FU mit der Nordistik der Humboldt-Universität zu einem neuen Nordeuropa-Institut vereinigt. So entstand in Berlin neu, was Greifswald verloren ging. Berlin bietet nun einen regional- und kulturwissenschaftlichen Schwerpunkt.

Berlin nimmt nicht nur eine besondere Stellung unter den Instituten der Skandinavistik ein. Auch in anderen geisteswissenschaftlichen Fächern finden sich kaum vergleichbare Konstruktionen. Kulturwissenschaft steht hier neben Literaturwissenschaft und Sprachwissenschaft mindestens gleichberechtigt in der Lehr- und Forschungsagenda. Baltic Studies bilden einen Schwerpunkt der Forschungsreihen, die anderen Länder der Ostseeregion rücken wie selbstverständlich in den Fokus vergleichender politik-, kultur- und sozialwissenschaftlicher sowie historischer Forschung. Die sich auf Norwegen, Dänemark, Schweden, die Färöer und Island beschränkende Forschung hat damit eine signifikante Bedeutungserweiterung erfahren.

Denn Skandinavien umfasst nur die fünf genannten Länder, Sprachen und Literaturen – wenn man die finnlandschwedischen Werke der schwedischen Literatur zurechnen mag. Finnland ist jedenfalls bis heute kein skandinavisches Land, weshalb zum Beispiel die Botschaften Finnlands, Norwegens, Dänemarks, Islands und Schwedens in Berlin nicht „Skandinavische“, sondern „Nordische Botschaften“ heißen. Gleichwohl gibt es an einigen Instituten die Möglichkeit, Finnisch zu lernen. In Wien, Greifswald, Göttingen, München und Köln wird die Studienrichtung Fennistik bzw. Fennougristik als Fach angeboten.

Einzelne nordische Studien finden sich bereits im 18. Jahrhundert in Deutschland. Wissenschaftsgeschichtlich ist die deutsche Nordistik jedoch ein Kind der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Hier waren es vor allem die altisländischen Texte, die Sagas, die Heimskringla, die in die deutsche Sprache übersetzt wurden. Friedrich David Gräter (1768-1830) aus Schwäbisch Hall und Gottlieb Mohnike (1781-1841) aus Grimmen können heute als Väter der deutschen Skandinavistik bezeichnet werden. Während sich Mohnike auch mit zeitgenössischer Literatur befasste, konzentrierte sich Gräter auf die Edda-Texte. Andere Wissenschaftler übernahmen das Interesse an altnordischen Texten, wie sich etwa an der Lehrveranstaltung von Hermann Pauls mit der „Erklärung ausgewählter Lieder aus der älteren Edda“ im Wintersemester 1885/86 an der Universität Freiburg zeigte.

Gewitterstimmung über Arendal. Foto: Ulrich Brömmling

Einen bitteren Rückschlag erfuhr das Fach durch die Nationalsozialisten. Als „vom Nationalsozialismus vielfältig missbraucht“ bezeichnete der Göttinger Skandinavist Fritz Paul die Nordistik in einem Text aus dem Jahr 1985. Altnordische Dichtung stand im Mittelpunkt der Forschung zwischen 1933 und 1945. Nordistik, „Rassenkunde“, Antisemitismus, Germanentum wurden im Schmelztiegel der Nazi-Ideologie zu Partnern. Standardwerke wie Andreas Heuslers „Altgermanische Dichtung“ wurden für nationalsozialistisches Gedankengut vereinnahmt. Zwar setzte ein Teil der Professoren nach 1945 die Lehrtätigkeit fort; der Ruf der nordischen Philologie blieb über Jahrzehnte angeschlagen. Davon ist heute nichts mehr zu spüren.

An rund 20 deutschsprachigen Universitäten kann man heute Nordistik oder Skandinavistik studieren, in Basel und Zürich, in Wien sowie in Berlin, München, Kiel, Münster, Bonn, Köln, Tübingen, Freiburg, Greifswald, Göttingen, Frankfurt, Erlangen (und eingeschränkt in Hamburg) angeboten. An der Universität Flensburg kann man Dänisch studieren. Frankfurt am Main und Mainz (Sprachen Nordeuropas und des Baltikums) arbeiten inzwischen zusammen.

Gesammelte Zahlen über die Studierenden gibt es nicht. Die Institute sind klein, so dass das Fach nirgendwo in seiner ganzen Breite angeboten werden kann. Die Institute wählen meist zwischen Altnordistik, neuskandinavischer Literaturwissenschaft, Linguistik und Kulturwissenschaft einen Schwerpunkt. Das ist durchaus ein Vorteil für die Studierenden – wenn sie früh ihren Schwerpunkt kennen. Soll er etwa auf der Altnordistik liegen, geht man oft nach Kiel oder Frankfurt. Das Studium selbst, Jahrzehnte lang als Magisterstudiengang organisiert, wird nun auch – den Bologna-Vorgaben folgend – mit den Abschlüssen Bachelor und Master angeboten.

Für ein kleines Fach hat die deutschsprachige Skandinavistik eine vielschichtige Entwicklung durchgemacht und Einfluss auf andere Fächer genommen. Ein Gutachten der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen vom Oktober 2004 attestiert dem Fach Impulse für andere Fächer vor allem zu rezeptionsgeschichtlichen und übersetzungswissenschaftlichen Fragen. Dabei geht der literaturwissenschaftliche Forschungszweig der Skandinavistik über die Ansätze in den jeweiligen Mutterländern hinaus: In den deutschsprachigen Instituten ist der vergleichende Ansatz stärker ausgeprägt. Das Besondere des Faches liegt in seiner interdisziplinären Ausrichtung. Charakteristisch ist die Verbindung des Alten mit dem Neuen. Kaum ein anderes Fach umfasst eine so breite zeitliche und inhaltliche Spanne wie die Skandinavistik. Kirchengeschichte kann auf einen ähnlichen Forschungszeitraum blicken, Religionswissenschaft und Geschichte auf einen noch längeren – aber die Forschung im Fach Skandinavistik geht auf aktuelle politische Entwicklungen ebenso ein wie auf linguistische und sozial- und kulturwissenschaftliche. So werden Skandinavisten neben Experten in ihrem Spezialgebiet zu Universalisten.

Die wenigsten Skandinavisten gehen heute hauptberuflich – nicht anders als viele Geisteswissenschaftler – einer Tätigkeit im unmittelbaren thematischen Umfeld ihres Studiums nach. Sie nutzen weniger die konkreten Inhalte als die erworbenen Fähigkeiten. Das geistes- und kulturwissenschaftliche Denken bringt sie in Arbeit – als Freiberufler, Berater und Journalisten, Seminarleiter und Publizisten oder in Festanstellung in Organisationsabteilungen, in der Öffentlichkeitsarbeit, in Filmgeschäft, Verlagen und Wissenschaft.

Bernd Henningsen, heute Direktor des Nordeuropa-Instituts, warnt davor, sich angesichts der Attraktivität des Faches zurückzulehnen. Im Gespräch mit Inken Dose gibt er in der Zeitung „Der Nordschleswiger“ zu bedenken: „Das Fach muss sich angesichts der Ökonomisierung und ‚Effektivisierung’ des Hochschulwesens behaupten – kleine Fächer werden gerne übersehen und sind besonders dem Schließungsdrang von Gremien und Leitungen ausgesetzt.“ Dass die Skandinavistik als Orchideenfach heute dennoch verhältnismäßig gut dasteht, ist neben der Vielschichtigkeit der Studieninhalte einer engagierten Gruppe von Professoren und sehr erfindungsreichen Mitarbeitern und Studierenden zu verdanken. In Frankfurt ist es vermutlich vor allem das Verdienst der Professorin Julia Zernack, dass die Skandinavistik dort nicht geschlossen wurde. Die überregionale studentische Zeitschrift „norrøna” besteht seit 1984. Insgesamt kommen acht Zeitschriften und 25 Buchreihen aus den deutschsprachigen Instituten. Und man ist gut vernetzt: Im September findet die 18. Arbeitstagung der deutschsprachigen Skandinavistik in Berlin statt. Die Stimmung scheint gut, die Forschungsinhalte nach der Öffnung der EU nach Osten noch mannigfaltiger. Nur die Abwicklung der Skandinavistik in Hamburg bleibt ein tiefer schmerzvoller Stachel im Fleisch der Geschichte des Faches.

Der Skandinavist und Journalist Ulrich Brömmling arbeitet als Stiftungs- und Kommunikationsberater in Berlin ■

Drei mächtige Schwerter erinnern heute am Hafrsfjord nahe Stavanger an die blutigste Seeschlacht der alten norwegischen Geschichte. Foto: Ulrich Brömmling

Jahr der Geisteswissenschaft

Das Jahr 2007 ist das Jahr der Geisteswissenschaften. Nachdem in den Vorjahren die Naturwissenschaften besonders im Blick waren – Jahr der Physik 2000, Jahr der Lebenswissenschaften 2001, Jahr der Geowissenschaften 2002, Jahr der Chemie 2003, Jahr der Technik 2004, Einsteinjahr 2005, Jahr der Informatik 2006 – stehen nun die Geisteswissenschaften im Mittelpunkt des Interesses. Dabei handelt es sich um ein breites Spektrum an Disziplinen von der Anglistik bis hin zur Zentralafrikanischen Philologie So genannte große Fächer wie Germanistik oder Geschichte zählen dazu aber auch Spezialdisziplinen wie die Byzantistik. Gemeinsam ist diesen Disziplinen, dass sie die kulturelle Grundlagen der Menschheit reflektieren.

politik und kultur hat in der Ausgabe 2/2007 den Eröffnungsvortrag von Wolf Lepenies zum Jahr der Geisteswissenschaften publiziert, in dem er eindrucksvoll die Faszination der Geisteswissenschaften dargelegt hat. Stephan Schaede hat in der letzten Ausgabe von *politik und kultur* aufgezeigt, dass die Theologie gleich in zweifacher Hinsicht dem Geist verpflichtet ist. In dieser Ausgabe stellt **Ulrich Brömmling** das Fach Skandinavistik vor.

Die Redaktion ■

Die Aktualität des Vergangenen

Ansätze einer Erinnerungspolitik • Von Thomas Sternberg

Die Landtagsfraktion der CDU in Nordrhein-Westfalen lud Ende April nach Münster ein, um gemeinsam mit Experten die politische Bedeutung einer angemessenen Erinnerungskultur und die Rolle der historischen Wissenschaften zu beleuchten.

Podium: v.li. Manfred Kuhmichel, Prof. Dr. Hubert Wolf, Prof. Dr. Dr. h.c. Hermann Lübbe, Prof. Dr. Thomas Sternberg, Prof. Dr. Peter Funke **Foto: Volker Zierhut**

Wir leben in einer Zeit schneller und einschneidender gesellschaftlicher Veränderungen. Unser Handeln hat durch die Komplexität der Verhältnisse häufig Auswirkungen, die nicht vorhersehbar sind. Insofern sind wir zwar zum einen Akteure dieses rasanten Wandels, zum anderen aber auch Betroffene einer Veränderungswelle globalen Ausmaßes.

Der Blick auf die größeren Zusammenhänge wird immer schwieriger. Es scheint vor allem punktuelle Events zu geben. Historische Kontinuitäten und Ereignisse, auch wenn sie noch so sehr durch die Politik beschworen werden, geraten aus dem Blick. Wohin geht die Reise? In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Wie kann die Welt der Zukunft gestaltet werden?

Und vor allem: Was sind die Maßstäbe, mit denen wir der Lage sind, solche Fragen zu beantworten? Inwieweit hilft das kulturelle Gedächtnis bei der Entwicklung von Perspektiven? Können die historischen Wissenschaften Herkunft aufweisen, die Gegenwart verstehen helfen und Orientierung für Zukunftsentscheidungen bieten?

Im Jahr der Geisteswissenschaften will die CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen ihr Augenmerk auf die Bedeutung der Erinnerungskultur für das politische Handeln richten. Kulturelles Gedächtnis ist kein nebensächliches Politikfeld. Ohne reflektierte Vergangenheit kann Zukunft nicht gestaltet werden. Wir in Deutschland wissen das besonders. Eine Veranstaltung in Münster unter der Moderation des kulturpolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion, Thomas Sternberg reflektierte die genannten Fragen auf der Grenze zwischen Wissenschafts- und Kulturpolitik.

Hermann Lübbe, emeritierter Professor für Philosophie und politische Theorie der Universität Zürich, wies in seinem einleitenden Vortrag auf das außerordentliche Interesse an Geschichte auf allen gesellschaftlichen Ebenen hin. Jeder Verein, jede Einrichtung, jede Gruppierung gehe an die Aufarbeitung der jeweiligen Tradition. Die Rezeption alter Kunst, die Erhaltung historischer Substanz habe höchste Priorität; Geschichte sei keine brotlose Kunst. Die Vergegenwärtigung der Vergangenheit sei angesichts rasanter Veränderungsprozesse in der Moderne von besonders hoher Bedeutung. Der Umgang mit Geschichte habe erhebliche politische Bedeutung, weil die Identität des Einzelnen wie der Gesellschaft von den Geschichten ihrer Herkunft und deren Interpretation abhänge.

Ein kollektives Gedächtnis ist mithin identitätsstiftend. Dabei spielt nicht ausschließlich das nationale und regional orientierte Gedächtnis eine entscheidende Rolle. Erinnerung besitzt auch für Europa und die Europäische Union eine zentrale Bedeutung. Europäischer Zusammenhalt kann durch eine aktive Erinnerungskultur mit gestaltet werden. Sie sollte daher mehr in den Fokus des politischen Handelns im Zusammenhang Europas rücken.

Um allerdings fruchtbar mit der Vergangenheit umgehen zu können, bedarf es notwendiger Voraussetzungen für ein gesellschaftliches Gedächtnis. Vom „Vetorecht der Quellen“ sprach der Präsident des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen Prof. Dr. Wilfried Reininghaus. Dabei steht zunächst die Sammlung von historisch relevanten Informationen im Vordergrund. Die verantwortliche Aufgabe besteht in der Auswahl des Relevanten aus der überbordenden Masse dessen was aufgehoben werden könnte. Dokumente, die das kulturelle, politische und ökonomische Leben unserer Gesellschaft dokumentieren und bezeugen, müssen gesammelt und bewahrt werden, seien sie schriftlicher, bildlicher, auditiver, digitaler, analoger oder multimedialer Art. Aber auch Zeugnisse in dinglicher Gestalt, wie z. B. die Objekte in Museen oder auch Baudenkmäler bis hin zu ganzen Stadtbildern gilt es zu schützen und ihre Sammlung und Bewahrung zu ermöglichen. Gedenkstätten haben hier ebenso eine besondere Funktion.

Der Umgang mit Erinnerung und dem kollektiven Gedächtnis ist kein nebensächliches Politikfeld. Diese Querschnittsaufgabe gilt es in öffentlichem Diskurs politisch verantwortet wahrzunehmen. Im Organ der Schweizer Archive wurde 2006 hierfür der Begriff der „Memopolitik“ gebraucht. Gedächtnis- oder Memopolitik sorgt für die Zugänglichkeit gesicherter Quellen und Informationen, schafft Potentiale der Erforschung und Bildung, legt Sammlungskriterien fest und definiert die Verantwortung für das langfristige Bewahren der Informationen. Sie entwickelt ein einheitliche Konzept für eine Erinnerungskultur, die sich nicht nur in den Sammlungsorten, wie Archiven, Museen, Bibliotheken, niederschlägt, sondern auch im Geschichtsunterricht an den Schulen, in der Erwachsenenbildung und den Historischen Wissenschaften zum Tragen kommt.

Memopolitik muss im Zusammenhang der Bewahrung und Erhaltung der historisch relevanten Zeugnisse folgende Fragen beantworten:

- Welche Zeugnisse, seien es Dokumente, Objekte oder auch Baudenkmäler, sollen zukünftig in welcher Verantwortung bewahrt, gepflegt und gesichert werden?
- Welche Zeugnisse müssen öffentlich zugänglich sein?
- Welcher Infrastruktur bedarf es zur Sammlung, Interpretation und Vermittlung der historisch relevanten gesellschaftlichen Informationen?
- Welche rechtlichen Voraussetzungen müssen für eine gesellschaftliche Erinnerungskultur durch die Politik geschaffen werden?
- Bedarf es in diesem Zusammenhang neuer Strukturen und Zuständigkeiten?

Die gesellschaftlich wichtigen Informationen müssen aber nicht nur gesammelt werden, sie bedürfen einer wissenschaftlichen Aufarbeitung und Bewertung.

Dies leisten die historischen Wissenschaften an unseren Hochschulen. Ihre Stellung an den Universitä-

Weiter auf Seite 21

Erinnerungskultur

In den letzten beiden Ausgaben von *politik und kultur* war ein Schwerpunkt die Erinnerungskultur. In der Ausgabe 2/2007 ging es um die Erinnerung an die Vertreibung von Deutschen nach dem 2. Weltkrieg und hier speziell um das geplante sichtbare Zeichen der Erinnerung. In der letzten Ausgabe setzten sich Aleida Assmann und Insa Eschebach mit Wechsel von Erinnern und Vergessen, mit der Reflexion des Erinnerns und mit Erinnerungskulten auseinander. Klaus von Beyme zeigte am Beispiel der documenta 11 auf, wie Erinnerung in der Kunst stattfinden kann.

In dieser Ausgabe rezensiert **Wilhelm Neufeldt** eine Publikation über den ehemaligen Direktor der Dresdner Bank Herbert Gutmann und **Thomas Sternberg** berichtet von einer Tagung der CDU-Landtagsfraktion aus NRW zur Erinnerungspolitik.

Die Redaktion ■

v.li. Dr. Michael Brinkmeier MdL (medienpol. Sprecher), NRW-Kulturstaatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff, Prof. Dr. Wilfried Reininghaus (Präsident Landesarchiv NRW), Manfred Kuhmichel MdL (stv. CDU-Fraktionsvors.), Prof. Dr. Dr. h.c. Hermann Lübbe (Prof.em.f.Philosophie und pol. Theorie Uni Zürich), Prof. Dr. Thomas Sternberg MdL (kulturpol. Sprecher), Prof. Dr. Hubert Wolf (Sem.f. Mittlere und Neuere Kirchengeschichte Uni Münster), Prof. Dr. Peter Funke (Sem.f.Alte Geschichte, Inst. f. Epigraphik Uni Münster). **Foto: Volker Zierhut**

Fortsetzung von Seite 20

ten gilt es zu sichern und zu fördern. Prof. Dr. Peter Funke, Senator der DFG und Präsident des Historikerverbands, forderte strukturelle Rahmenbedingungen, die eine Sicherung der Ernte hervorragender Forschungsansätze und -projekte sichere. Die permanente Absenkung des Geschichtsunterrichts in den achtziger und neunziger Jahre gefährde die Geschichtswissenschaften ebenso wie die gestiegenen Anforderungen im Prüfungsbereich durch die BA/MA-Studiengänge.

Hubert Wolf, Kirchenhistoriker in Münster und Träger des Leibniz- wie des Communicator-Preises der DFG, sprach vom Recht der Öffentlichkeit auf historische Forschung. Er fragte, warum eigentlich nach dem „Jahr der Lebenswissenschaften“ nun eine Fülle von Fächern in dem „Jahr der Geisteswissenschaften“ zusammengefasst wurden, wo doch die letzteren die eigentlichen „Lebenswissenschaften“ seien.

Es ist die Aufgabe aller Geisteswissenschaften, die Voraussetzungen und Angebote zur Orientierung zwischen Vergangenheit und Zukunft zu schaffen und zu bieten. Nur aufgrund eines reflektierten eigenen Standpunkts kann es gelingen, auch innovative Konzepte für die Zukunft zu entwickeln. Insofern ist gerade auch politisches Handeln auf kreatives Denken angewiesen, das sich seiner historischen Stellung gewiss ist, aber aufgrund dieser gesicherten Überzeugung auch andere Wege riskieren kann.

Innovatives Denken entsteht nur in einer Atmosphäre, in der „riskantes Denken“ möglich ist. Geisteswissenschaften können eine solche Atmosphäre schaffen. Gerade jetzt in Nordrhein-Westfalen mit seinem neuen Hochschulfreiheitsgesetz haben die Geisteswissenschaften eine einmalige Chance, ihre Potentiale voll auszuschöpfen und zur Geltung zu bringen. Dr. Michael Brinkmeier, wissenschaftspolitischer Sprecher der Fraktion, machte dies deutlich.

Kultur-Staatssekretär Hans-Heinrich Große-Brockhoff zeigte in seinem Statement, wie sehr die Fragen nach Erinnerung und Geschichte in vielerlei Kompetenzen innerhalb der traditionellen Ministerien aufgefächert ist. Für Baukultur und Denkmalpflege, für Wissenschaften und Lehrerausbildung, für Geschichtsunterricht, für Gedenkstätten, Archive, Museen – bis zu sechs Ministerien und parlamentarische Arbeitskreise sind für das Querschnittsthema zuständig. Die Fraktion wird eine übergreifende Meinungsbildung betreiben. Die Kulturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen wird neben dem Schwerpunkt Bildung an schulischen und außerschulischen Lernorten Maßnahmen fördern, um den Substanzverfall vor allem bei Papier und Filmen in Archiven und Museen stoppen.

In einer durch die Natur- und Technikwissenschaften geprägten Gesellschaft steigt das Bedürfnis der Menschen, zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen Stimmen zu hören, die nicht nur das Berechenbare und Messbare betonen, sondern die sich mit Sinn und Orientierung befassen. Dieses Bemühen ist die ureigenste Aufgabe der Geisteswissenschaften und einer umfassenden Erinnerungskultur. Denn „Ich bin meine Vergangenheit“ – dieser Satz Sartres gilt für Individuen und Gesellschaften gleichermaßen.

Der Verfasser ist Direktor des Franz Hitze Hauses, Katholisch-Soziale Akademie in Münster, Kulturpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen und Mitglied der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ ■

Ein Aktionsplan für kulturelle Vielfalt

Die Zivilgesellschaft in der Verantwortung • Von Max Fuchs

Totgesagte leben länger. Diese Alltagsweisheit gilt auch für den National-Staat: Seit Jahren von prominenten Theoretikern angesichts der Globalisierung und neuen global players für irrelevant erklärt, erfreut er sich nach wie vor bester Gesundheit. Allerdings ist das Verständnis von Staatlichkeit im Wandel (siehe APUZ 20/2007: Neue Muster von Staatlichkeit): Der Staat braucht selbst dort Hilfe, wo er noch Herr im eigenen Hause ist. Am konsequentesten bringt dies das neue UNESCO-Übereinkommen über Schutz und Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen in seinem Artikel 11 zum Ausdruck: „Die Vertragsparteien (also die Staaten; M.F.) erkennen die grundlegende Rolle der Zivilgesellschaft beim Schutz und bei der Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen an. Die Vertragsparteien ermutigen die Zivilgesellschaft zur aktiven Beteiligung an ihren Bemühungen, das Ziel dieses Übereinkommens zu erreichen.“

Panelrunde des Forum 4: Staat bekommt Gesellschaft © Deutsche UNESCO-Kommission e.V.

Abgesehen von der Tatsache, dass mit dieser Formulierung die Genese der Konvention in vielen Ländern geradezu auf den Kopf gestellt wird – denn es war oft genug die Zivilgesellschaft, die die Regierungen „ermutigte“ –, hat die Zivilgesellschaft hiermit eine hohe Anerkennung, aber auch eine Menge Verantwortung für die Umsetzung der Konvention bekommen. Dies war auch Tenor der großen Essener Konferenz der Deutschen UNESCO-Kommission (vgl. den Tagungsbericht in dieser Ausgabe). Man war sich einig, dass die aktive Rolle der Zivilgesellschaft nicht nur darin zum Ausdruck kommen muss, dass sie ihre kritisch-konstruktive Beobachterfunktion gegenüber den Aktivitäten des Staates und der Wirtschaft erfüllen muss, sondern dass sie sich darüber hinaus auch selbst einen Aktionsplan für die Umsetzung der Konvention geben sollte. Was könnte in einem solchen Aktionsplan – zumindest für die im Deutschen Kulturrat organisierte Zivilgesellschaft – stehen?

Eine erste und entscheidende Aufgabe besteht in der Information über die Ziele und Inhalte der Konvention, in der Suche nach Bündnispartnern und nach guten Argumenten. Hierbei geht es um die Analyse von Widerständen und der Identifikation von Akteuren, die Widerstand leisten, einschließlich der Analyse der jeweiligen Interessenslage. Kommunikation, Information, Aufklärung, Bewusstseinsbildung und aktive Bildungsarbeit werden in Artikel 10 der Konvention gefordert. Dies ist eine genuine Aufgabe der Zivilgesellschaft, da eine wichtige Funktion – neben der Bündelung von Interessen und der Beteiligung an der politischen Mitgestaltung – die Herstellung einer kritischen Öffentlichkeit ist. Kritik heißt hierbei gerade nicht, „den Staat“ als Gegner zu sehen, aber es heißt, Beobachtungsinstanz für staatliches Handeln zu sein.

Dies führt über zu Artikel 9, der Informationsaustausch und Transparenz fordert. Insbesondere müssen die Staaten alle vier Jahre einen Bericht über die nationale Umsetzung der Konvention vorlegen. Ähnlich wie bei der UN-Kinderrechtskonvention muss dieser Bericht öffentlich diskutiert werden. Denkbar ist es auch, einen eigenen Bericht der Zivilgesellschaft vorzulegen.

Die offizielle Rolle, die die Zivilgesellschaft – national, aber auch international – hat, müsste auch dazu führen, dass sie in den entsprechenden Gremien, die nunmehr national und international eingerichtet werden, formell eingebunden wird. Das bedeutet etwa auf internationaler Ebene, dass die entsprechenden Netzwerke – hier vor allem das INCD (International Network for Cultural Diversity) und der Zusammenschluss der Nationalen Koalitionen für kulturelle Vielfalt – formell bei der UNESCO akkreditiert und an den entstehenden Organen beteiligt werden. Auf nationaler Ebenen gilt dies analog.

Dabei geht es nicht nur darum, vorgelegte Berichte auf Richtigkeit zu überprüfen: Es geht vielmehr um die Bewertung der getroffenen Maßnahmen. Hierzu ist es sicherlich nötig, dass sich die Zivilgesellschaft mit eigenem wissenschaftlichem Sachverstand versieht. Eine Forderung der Essener Tagung bestand daher darin, schon vorhandene Forschungsressourcen zu unterstützen und zu nutzen und neue Forschungen anzuregen. Und Forschungsfragen gibt es eine Menge: Zu erwähnen ist nur, dass die hochabstrakten Begriffe der Konvention bis hin zur empirischen Anwendbarkeit operationalisiert werden müssen. Kulturstatistik ist also gefragt (siehe meinen Artikel zur kulturellen Vielfalt in *puk* 2/07).

Doch vor jeder Empirie steht die Grundfrage: Was soll überhaupt „kulturelle Vielfalt“ bedeuten? Bislang leidet gerade der deutsche Diskurs daran, dass der Begriff eher auf einer geisteswissenschaftlichen Ebene – d.h.: ohne Berücksichtigung der Motivation, die zu seiner Auswahl in der Konvention geführt hat, ohne Berücksichtigung seiner juristischen und praktischen Relevanz – angesiedelt ist. Es muss daher national und international geklärt werden: Ist Vielfalt mehr als die Berücksichtung von ethnischen Teilkulturen, spielt die Vielfalt der Generationen, der Geschlechter, der Orte und Traditionen, der Produzenten, des Vertriebs, der Nutzer, der Kunstsparten eine Rolle und was heißt dies gerade für die öffentliche (direkte und indirekte) Förderung? Wann kann man von einem Verstoß gegen das Vielfaltsgebot sprechen? Wie und wo muss Vielfalt sichtbar werden: Im Programm von Kultureinrichtungen, in der Zusammensetzung des Publikums, bei den Künstlern, bei der Belegschaft, in der politischen Vertretung? Und all dies ist zudem in Hinblick auf den internationalen Kulturaustausch – vor allem in Nord-Süd-Richtung – zu klären. Ist dies vielleicht noch einfach bei den traditionellen Künsten, so wird das Ganze ein wenig komplizierter bei den Werten, Identitäten und Lebensweisen, die der weite Kulturbegriff der UNESCO ebenfalls erfasst.

Dabei geht es nicht nur um Kultur, es geht auch um Bildung, also etwa die schulische und außerschulische Bildung. Mehr noch: Die Konvention ist auch insofern von allgemeiner Gültigkeit, als alle Politikfelder – durchaus im Sinne einer Kulturverträglichkeitsklausel – berührt sind.

Neben dem zunächst angesprochenen Bereich der Information und Kommunikation und neben dem oben angesprochenen Problem der Begriffsklärung gibt es als Drittes das Feld praktischer Maßnahmen, die auch die Zivilgesellschaft ergreifen muss. Denn das Prinzip Vielfalt gilt auch für die eigenen Kulturangebote etwa des Dritten Sektors als Teil der Zivilgesellschaft, es gilt etwa für die personelle Zusammensetzung in den Leitungsstrukturen der Institutionen und Organisationen. Erheblicher Entwicklungsbedarf besteht also auch in den eigenen Reihen.

Eine Hilfe zur Systematisierung dieser möglichen Fragen gibt die Konvention selbst: Denn Artikel 4.1 beschreibt vier Etappen eines „Lebenswegs“ einer kulturellen Ausdrucksform: Herstellung, Verbreitung, Vertrieb, Genuss. In jeder dieser Etappen kann präzise nach Vielfalt, ihrer Herstellung und Sicherung gefragt werden – und dies für jeden Typ einer kulturellen Ausdrucksform (etwa für jede Kunstsparte). Ist etwa bei der Etappe „Herstellung“ sichergestellt, dass genügend künstlerische Profis aus der Vielfalt der Kulturen ausgebildet werden? Grenzen die Vertriebswege von Kunst – etwa der Kunsthandel – Vielfalt ein? Kommt die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit in den Genuss vielfältigster Kulturformen (hier ist das Menschenrecht auf allgemeine kulturelle Teilhabe angesprochen)?

Für viele dieser Probleme gibt es bereits gute Vorarbeiten. So gibt es in verschiedenen Ländern ausgefeilte Kategorien und Strategien der Kulturstatistik. Es gibt qualifizierte Debatten über kulturelle Vielfalt im Sinne der Konvention. Es gibt – gerade im Kontext des Europa-Rates – eine mehrjährige Forschung zur kulturellen Vielfalt und zur Evaluation der Kulturpolitik. Kein Grund also, angesichts der Fülle anstehender Aufgaben zu verzweifeln. Die Zeit ist allerdings gekommen, in der Konvention mehr zu sehen als einen schönen Text über angenehme Dinge des Lebens. Der Deutsche Kulturrat hat eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich auf einen längeren Arbeitszeitraum eingestellt hat.

Der Verfasser ist Vorsitzender des Deutschen Kulturrates ■

Vorankündigung

Kultur als Arbeitsfeld und Arbeitsmarkt für Geisteswissenschaftler

Kongress des Deutschen Kulturrates
Mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sowie der Gerda Henkel Stiftung
26.9. bis 27.9.2007 in Berlin

Der Kulturbereich ist traditionell ein wichtiger Arbeitsmarkt für Geisteswissenschaftler. Geisteswissenschaftler arbeiten in Museen, Bibliotheken, Theatern usw. Sie erschließen und vermitteln Kunst und Kultur. In der Tagung soll ausgelotet werden, wie sich dieser Arbeitsmarkt verändert. Welche Qualifikationen von Geisteswissenschaftlern erwartet werden, welche Beschäftigungsmöglichkeiten für Geisteswissenschaftler im Kulturbereich es gibt und welchen Stellenwert selbstständige Tätigkeit hat.

Nähere Informationen unter: www.kulturrat.de oder post@kulturrat.de

Man kann Muslimen nicht verweigern, sich Gebetshäuser zu bauen

Integration setzt Gleichberechtigung voraus: Der Architekt Paul Böhm über den Streit um die geplante Zentralmoschee in Köln

In Köln soll bis 2010 eine moderne Zentralmoschee mit Kuppel und zwei schlanken Minaretten entstehen. Bauherr ist die „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion“ (Ditib). Den Wettbewerb gewann das Kölner Architektenbüro Paul und Gottfried Böhm. Bisher gibt es in der Domstadt, wo 120.000 Muslime leben, keine repräsentative Moschee, sondern nur Gebetsräume in umgebauten Wohn- und Geschäftsgebäuden oder in einer Fabrikhalle. Die Ditib ist im Besitz eines Grundstücks im Stadtteil Ehrenfeld und will dort ab 2008 die Moschee bauen. Dagegen kämpfen Anwohner, die Verkehrschaos und eine Abwertung des Stadtteils prophezeien sowie islamfeindliche Eiferer, denen das Projekt ein Dorn im Auge ist.

politik & kultur: Kürzlich gab es eine öffentliche Anhörung, bei der deutlich wurde, wie gespalten die Kölner Bürger über den Bau der Zentralmoschee sind. Man konnte aber auch lesen, es sei eine mustergültig demokratische Diskussion gewesen. Wie haben Sie die Debatte erlebt?

Paul Böhm: Es war überwältigend für mich, dass überhaupt so ein großes Interesse an dem Thema herrscht. Außerdem war ich nicht gewohnt, eine derart heftige Diskussion anzutreffen. Nachdem das Polemisieren aufgehört hatte, kamen ganz sachliche Ängste und Bedenken zur Sprache. Zum Beispiel das Verkehrsproblem, die Parkplatzsituation. Genau dafür war ja diese Bürgeranhörung auch gemacht.

puk: Die radikalsten Gegner der Moschee argumentieren aber nicht sachbezogen, sondern prinzipiell. Sie fürchten den angeblichen Vormarsch des Islam. Stehen Sie als Architekt über solchen politischen Erwägungen oder wollen Sie, im Gegenteil, diesem Feindbild etwas entgegensetzen?

Böhm: Natürlich treffe ich als Architekt auch eine politische Aussage – mit allem, was ich tue. Ob ich ein Einfamilienhaus baue oder jetzt eine Moschee. In der Art, wie ich es tue und dass ich es überhaupt tue, stelle ich mich auch hinter das Projekt.

puk: Ist es ein Unterschied für Sie, eine Kirche oder eine Moschee zu bauen?

Böhm: Ja, in gewisser weise schon. Politisch habe ich eine größere Notwendigkeit gesehen, eine Moschee zu bauen. Aus meinem Wohnumfeld kenne ich diese typischen Hinterhof-Moscheen. Ich fand diese Situation immer unhaltbar und für unsere Demokratie ungut. Insofern war es für mich tatsächlich ein Bedürfnis, dass solch eine repräsentative Moschee in Köln entsteht.

puk: Das heißt, Sie wollen die Muslime aus den Gebetsräumen in den Hinterhöfen herausholen?

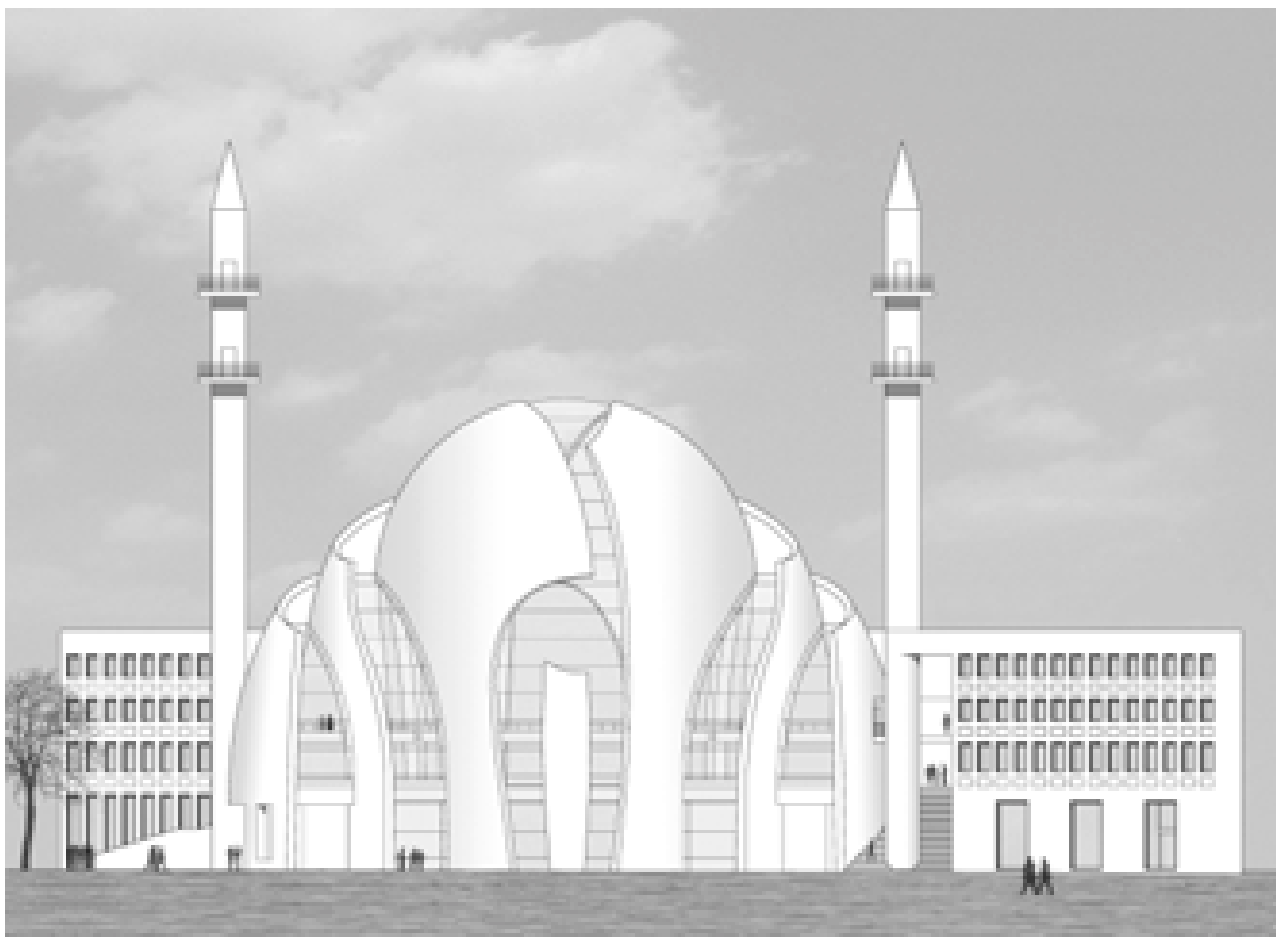
Böhm: Ja, und sie in unsere Gesellschaft integrieren. Das ist schon ein wichtiges Anliegen. Diese Leute sollen erhobenen Hauptes in ihre Gebetsräume gehen können und nicht sich in irgendwelche Winkel und Gassen drücken müssen. Wenn eine Normalität dort hineinkommt, dann verliert das Thema für die Nicht-Muslime dieses Unheimliche und Unbekannte. So stelle ich mir das vor!

puk: Als sich Ihr Büro am Wettbewerb beteiligte, haben Sie da geahnt, dass der Bau der Moschee solche Wellen schlagen würde? Köln hält sich doch gern zugute, weltoffen und multikulturell zu sein.

Böhm: Ich habe damit gerechnet, dass es spannende Diskussionen geben würde. Die gibt es ja auch derzeit in anderen Städten wie Berlin oder München. Aber dass die Kölner Moschee jetzt bundesweit Aufsehen erregt, damit habe ich nicht gerechnet. Das rührt wohl auch daher, dass sich einige Prominente eingemischt haben. Das ist ja auch in Ordnung. Ich halte die Diskussion nicht für falsch oder schädlich. Im Gegenteil, eigentlich sehe ich sie als Teilerfolg unserer Arbeit.

puk: Wie sehr hat Sie getroffen, dass Ralph Giordano einen Baustopp für die Zentralmoschee forderte, da diese eine gelungene Integration der Muslime nur „vortäuschen“ würde?

Böhm: Ich verstehe seine Argumentation nicht. Ich meine, genau durch diese Moschee findet Integration statt. Nicht dadurch, dass man die Muslime in ihre Hinterhöfe sperrt.



Ansicht des aktuellen Planungsstands der DiTiB Zentralmoschee in Köln **Foto: Architekturbüro Paul Böhm**

puk: In Köln steht der bekannteste deutsche Kirchenbau. Haben Sie als Planer den Dom im Blick gehabt und an ihm Maß genommen? Ihnen wird ja vorgeworfen, die Moschee sei zu groß geraten.

Böhm: Da gibt es keinen Zusammenhang. Das urbane Umfeld um dieses Grundstück ist ganz anders. Da sind viele Hochhäuser in der Nähe, direkt daneben steht der Fernsehturm Colonius mit einer Höhe von 260 Meter. Ich glaube, dass unser Entwurf versucht, sehr fein mit dem unmittelbaren Umfeld umzugehen. Zum Beispiel mit den vier- bis fünfgeschossigen Wohnbauten dieses Quartiers aus der Jahrhundertwende. Es gibt auf der Inneren Kanalstraße Häuser, die sogar bis zu 70 Meter hoch sind. Da sind die geplanten Minarette in Höhe von 55 Metern nur angemessen. Wir wollen die Höhen der einzelnen Gebäude der Moschee staffeln und damit die heterogene städtebauliche Situation zusammenführen.

puk: Sie weichen also nicht vor der Kritik zurück und machen keinesfalls alles eine Nummer kleiner?

Böhm: Wir können nicht einfach die Minarette um drei Meter absägen. Ich bin nicht bereit, diesen Entwurf zu verstümmeln. Wenn man Veränderungen will, muss man das Konzept insgesamt bearbeiten.

puk: Die Islamwissenschaftlerin Annemarie Schimmel schreibt, ein Minarett sei „eine Art Siegesturm, das sichtbare Zeichen der Gegenwart des Islam in einem neu eroberten Gebiet.“ Dieses Zitat wird gern von Leuten gebracht, die sich vor „Überfremdung“ fürchten. Was denken Sie darüber?

Böhm: Ich bin kein Islamwissenschaftler. Ich bin ein Christ aus Köln. Hier ist nun eine andere Glaubensrichtung, von der ich denke, dass sie eine im Grunde friedliebende und den Menschen ehrende Religion ist. Die Kölner Muslime wollen sich ein Gebetshaus bauen. Und wir als Architekten wollen, dass man sieht, was in der Moschee stattfindet. Man soll erkennen, dass dieses Gebäude ein Gebetsraum ist und keine Mehrzweckhalle, wo auch Basketball gespielt werden kann. Um das klar zu machen, kann man gewisse Elemente heranziehen. Eins dieser Elemente sind Minarette.

puk: Wie viele Personen wird der geplante Gebetsraum aufnehmen?

Böhm: Knapp 2000. Aber beim Freitagsgebet in Köln kommen derzeit meist 400 bis 500 Muslime. Das heißt, es wird zu normalen Anlässen gar nicht so voll sein. Außerdem soll eine große Bibliothek in der Moschee eingerichtet werden, dazu Schulungsräume und Büroräume für die Ditib, deren Zentrale in Köln ist. Dann werden wir einige Ladenlokale einrichten, so dass wir eine Situation wie in einem Basar schaffen können. Schließlich ist noch ein Veranstaltungssaal geplant.

puk: Ist es für Sie eine Ehre, als Katholik mit dem Bau eines muslimischen Gotteshauses beauftragt zu werden? Umgekehrt wäre das doch wohl undenkbar.

Böhm: Bei der katholischen Kirche ist es tatsächlich schwierig, einen Bauauftrag zu bekommen, wenn man nicht katholisch ist. Da wird es schon für Evangelen schwierig. Die Ditib hingegen hatte einen konfessionsoffenen Wettbewerb ausgeschrieben. Unser Büro haben sie sogar zur Teilnahme eingeladen. Sicher deshalb, weil wir eine Kirchenbauertradition haben, schon über meinen Vater und Großvater. Aber auch, weil ich eine Kirche in Köln gebaut hatte, die manchen der Beteiligten sehr gut gefiel.

puk: Wie ist der weitere Zeitplan?

Böhm: Jetzt gehen die Einwände der Bürger in die Gremien. Nach der Sommerpause gibt es weitere Gelegenheit zu Anregungen und Kritik. Wenn das abgearbeitet ist, können wir eine Baugenehmigung bekommen. Ich hoffe, das wird Ende 2007 sein. Dann können wir bauen. Aber der bürokratische Ablauf ist sehr unwägsam. Unsere Hoffnung ist, dass wir Anfang 2008 anfangen können. Zwei Jahre werden wir schon brauchen, also wären wir Ende 2009, Anfang 2010 fertig. Eigentlich versuchen wir, zum Ramadanfest 2009 die Moschee nutzubar zu haben.

puk: Was wird die Moschee kosten?

Böhm: Etwa 20 Millionen Euro werden es schon sein.

puk: Sie zweifeln nicht daran, dass es dieses Gotteshaus geben wird?

Böhm: Momentan wird das Projekt von allen Fraktionen im Kölner Stadtrat unterstützt. Aber 2009 ist Kommunalwahl, das ist auch ein Grund, warum wir schnell machen wollen. Vielleicht wird der eine oder andere Politiker die Moschee zum Wahlkampfthema machen. Das wollen wir natürlich vermeiden.

puk: Glauben Sie, dass in zehn Jahren in allen deutschen Großstädten solche großen Moscheen stehen werden?

Böhm: Das hängt von der Bevölkerungsstruktur ab. Es gibt ja schon sehr große Moscheen, zum Beispiel in Mannheim. Es entsteht gerade in Duisburg eine große Moschee, auch in Berlin gibt es natürlich einige. Wo viele Muslime leben, werden sie sich überall eines Tages fragen, warum sie kein vernünftiges Gebetshaus haben. Zu Recht! Man kann ihnen nicht verweigern, sich diese Häuser zu bauen. Auch im eigenen Interesse, wenn man Integration und ein friedliches Nebeneinander will. Das finde ich auch einen christlichen Grundwert. Mein Verständnis von Christentum ist Friedfertigkeit und Gleichberechtigung.

Interview: Sven Crefeld ■

Gottfried Böhm, geboren 1920 in Offenbach, wurde als bisher einziger deutscher Architekt mit dem renommierten amerikanischen Pritzker-Prize ausgezeichnet. Er studierte Architektur und Bildhauerei in München zwischen 1942 und 1947. Im selben Jahr trat er in das Architekturbüro seines Vaters Dominikus Böhm ein. Seit dessen Tod im Jahr 1955 führt Gottfried Böhm das Büro weiter, inzwischen mit Unterstützung seiner Söhne Stefan, Peter und Paul. Gottfried Böhm baute wie sein Vater zahlreiche Kirchen, vor allem im Rheinland. Doch auch viele wichtige Profanbauten hat er konzipiert, zuletzt etwa das Hans-Otto-Theater in Potsdam. Sein Sohn Paul Böhm wurde 1959 in Köln geboren und studierte Architektur in Berlin und Wien. Nach längeren beruflichen Stationen in München und New York trat er 1997 als Partner in das Büro Böhm ein. Seit 2001 leitet er das Architekturbüro Paul Böhm in Köln. Im selben Jahr vollendete er die Pfarrkirche St. Theodor in Köln-Vingst, seinen bisher einzigen Sakralbau. Neben der umstrittenen Zentralmoschee in Köln beschäftigen Paul Böhm derzeit u.a. zwei geplante Kaufhäuser der Firma „P&C“ in Berlin und Wuppertal. Foto: Klaus Küpper

Kulturelle Vielfalt – Europas Reichtum

Fachkonferenz im Rahmen der Deutschen EU-Präsidentschaft 2007 vom 26.4. bis 28.4.2007 in Essen • Von Max Fuchs

Bereits die zahlenmäßigen Angaben sind eindrucksvoll: Über 500 Experten aus über 50 Ländern aus fünf Kontinenten, Vertretern der Regierungen, Parlamente und Zivilgesellschaften, vier Plenumsdiskussionen, acht gut und prominent besetzte Foren. Das Themenspektrum entsprach in seiner Breite dieser Struktur: die Globalisierung und ihre Folgen für Kultur und Medien, die Situation der Menschenrechte und natürlich die Vielfalt, je konkretisiert für einzelne Sparten wie Film, Musik und Medien.

Es ging um Städte und Kommunalpolitik, und Nord-Süd-Handel, um die Rolle des Staates und der Zivilgesellschaft. „Kulturelle Vielfalt“ wurde systematisch durchdekliniert: Als theoretisches Konzept, dessen Eingliederung in das ohnehin schon anspruchsvolle Begriffsgerüst der UNESCO ein wenig komplizierter ist, als eine kultureuphorische Rhetorik vermuten lässt. Denn es geht nunmehr nicht mehr darum, die eigene Phantasie über gut klingende Begriffe wie „Vielfalt“ spielen zu lassen: Es geht vielmehr um ein neues völkerrechtliches Instrument, das nach seiner Ratifizierung durch fast 60 Staaten vom UNESCO-Generalsekretär im März diesen Jahres in Kraft gesetzt wurde. „Kulturelle Vielfalt“ hat zudem eine juristische Dimension. Denn mit dieser „Magna-Charta“ hat man ein neues völkerrechtliches Terrain beschritten. „Kulturelle Vielfalt“ ist zudem ein politisches Konzept. Gerade aus Ländern mit einer problematischen Menschenrechtssituation wurde immer wieder auf das Spannungsverhältnis hingewiesen, das zwischen dem Schutz lokaler Kulturen und dem Universalismus der Menschenrechte gesehen werden kann. Und schließlich wird „Vielfalt“ als pädagogisches Konzept dafür sorgen, dass die Lehrpläne in den Schulen nicht so bleiben können, wie sie sind.

Somit wäre man bei den Ergebnissen dieser Konferenz. Vermutlich ist ein erster großer Erfolg die Tatsche, dass deutlich geworden ist, dass die neue UNESCO-Konvention noch einiges an Energie fordern wird. Denn so völlig klar ist noch nicht, was mit „Vielfalt“ überhaupt gemeint ist. Konzentriert man sich zu sehr auf die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung, dann besteht die Gefahr der (eindimensionalen) Kulturalisierung der ethnischen Dimension und ordnet die betreffenden Menschen in ihrer Identität ausschließlich einer scheinbar feststehenden „Kultur“ zu. Dann wird aus der Umsetzung der Konvention lediglich eine schlechte Integrationspolitik. Was also meint „Vielfalt“: Schutz der kleinen Kulturwirtschaft gegen große Global Players, die Errichtung von kulturellen Artenschutzgebieten oder der gleichberechtigte Anspruch aller Sparten und kultureller Ausdrucksformen auf Anerkennung und Förderung? Wie viel Sprengstoff hinter der Klärung dieser Frage steckt, erkennt man leicht, wenn man sich die Aufteilung der öffentlichen Förderung in Deutschland auf die einzelnen Kunstsparten und Kultureinrichtungen betrachtet. Von Gleichwertigkeit der Künste wird hierbei keiner ernsthaft sprechen wollen. Und wie setzt man „Vielfalt“ um? In den öffentlich-rechtlichen Medien ist man hierbei sicherlich am weitesten. Hier sieht man zum einen die berechtigten Erwartungen an das Programm, aber auch an die Mitarbeiterstruktur in den Funkhäusern. Offensiv formuliert man Selbstverpflichtungen, sicherlich auch, um die gesetzliche Vorgabe einer Quotenregelung zu verhindern.

„Auf den Punkt gebracht – Ergebnispräsentation aus den acht Konferenzforen“ © Deutsche UNESCO-Kommission e.V.

Die Konferenz hat das Verdienst, in jedem der angesprochenen Bereiche qualifizierte Fragen aufgelistet zu haben. Es wurde zugleich deutlich, dass die Konvention für die unterschiedlichen Akteure eine Herausforderung ist: Für den Staat ohnehin, denn er ist offizielle Vertragspartei. Aber neben dem Staat war immer wieder von der Zivilgesellschaft die Rede, zum Teil als kritischer Gegenpart zum Staat, etwa als Teil eines Monitoringsystems, aber auch als Produzent kultureller Ausdrucksformen und daher unmittelbar als Adressat der Konvention. Gerade in Deutschland wird sehr viel im Kulturbereich, zwar mit öffentlicher Förderung, aber in Eigenverantwortung unabhängiger Einrichtungen („Dritter Sektor“), erstellt. Die Zivilgesellschaft ist daher aufgefordert, in den eigenen Reihen für die Umsetzung der Konvention zu sorgen.

Große Erwartungen richteten sich – gerade in europäischer Perspektive – auf die Europäische Union. Eine erste Mitteilung zur Kulturpolitik ist inzwischen erschienen. Man konnte den Eindruck gewinnen, dass die europäische Kulturpolitikforschung sich noch stark am Europa-Rat und weniger an der EU orientiert. Doch

Weiter auf Seite 24

Kultur als Mehrwert für die Siebenundzwanzig

Plädoyer für eine europäische Kulturstiftung • Von Christoph Waitz

In diesem Jahr feiern wir den fünfzigsten Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge. Vor 50 Jahren ging es zunächst um die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums unter Abbau von Zöllen und anderen Handelsbeschränkungen. Heute haben wir große Teile der Vision Schumans, Monets und Adenauers von einem wirtschaftlich und politisch geeinten Europa verwirklicht. Die Europäische Union (EU) hat sich jedoch über eine reine Wirtschaftsgemeinschaft hinaus entwickelt. Ihr heutiges Motto „In Vielfalt geeint“ steht insbesondere für die unterschiedlichen Kulturen Europas und ihr friedliches Miteinander. Doch welche Rolle hat die Kultur in und für Europa? Welche Rolle kommt der Kultur im europäischen Integrationsprozess zu? Welche Rolle kann und soll die EU zur Förderung der Kultur in Europa wahrnehmen?

Fotos: Europäisches Parlament

In einer wirtschaftlich harmonisierten Gemeinschaft, in der Waren und Dienstleistungen Ländergrenzen diskriminierungsfrei überschreiten, müssen auch die Menschen zusammenfinden und ein europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl entwickeln können. Die Kultur kann und muss den Prozess des Zusammenfindens unterstützen. Eine europäische Kulturpolitik darf jedoch nicht bedeuten, dass die einzelnen Mitgliedsstaaten ihre eigene kulturelle Identität zugunsten einer einheitlichen „EU-Kultur“ aufgeben müssen. Die Stärke Europas liegt in der Vielfalt der verschiedenen Kulturen in den Mitgliedsstaaten. Wer diese Vielfalt schützen und fördern will, muss in das Miteinander und den Dialog der Kulturen in Europa investieren. Im Ergebnis ist Europa nur stark, wenn sich die Kulturen Europas mit Toleranz, Kreativität und Neugier begegnen. Durch gegenseitiges Verständnis, der Kenntnis und dem Schätzen der anderen EU-Kulturen fühlen sich die Bürger der EU über den freien Waren- und Dienstleistungsaustausch hinaus zusammengehörig.

Aus diesem Grund hat die Europäische Union die Kultur mit dem Vertrag von Maastricht zum rechtlich verankerten Handlungsfeld der EU erhoben. Dass dieser Schritt richtig war, bestätigen jüngste Umfragen unter EU-Bürgern, die belegen, dass EU-Bürger die EU auch als eine kulturelle Wertegemeinschaft auf der Basis eines gemeinsamen Wertekanons empfinden.

Artikel 151 des EG-Vertrages trägt der Rolle der EU als Förderer der Kultur in ihren Mitgliedsstaaten Rechnung. Hierin heißt es: *„Die Gemeinschaft leistet einen Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedsstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes. Die Gemeinschaft fördert durch ihre Tätigkeit die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten und unterstützt und ergänzt erforderlichenfalls deren Tätigkeit…“*

Die EU verpflichtet sich, der Kultur als Schlüssel zur Vollendung des europäischen Einigungsprozesses Rechnung zu tragen. Artikel 151 EG-Vertrag ist das Bekenntnis der EU, die Rahmenbedingungen für Kultur in Europa weiter zu verbessern und den Dialog und den Austausch zwischen den europäischen Völkern weit stärker zu fördern, als man dies bislang getan hatte.

Zur Stärkung der Kultur in Europa haben die EU und ihr Kulturkommissar Jan Figel das neue „Kultur 2007 Programm“ für den Zeitraum von 2007 bis 2013 beschlossen. Ziel des Kultur 2007 Programms ist es, die kulturelle Kooperation und den kulturellen Austausch zu fördern. Kreative aus dem Kulturbereich sollen in ihrer täglichen Arbeit unterstützt und bestärkt werden, neue Wege der Zusammenarbeit zu beschreiten, grenzüberschreitend künstlerisch aktiv zu werden und Möglichkeiten für innovative Veranstaltungen zu erkunden.

„Kultur 2007“ ist ein wichtiger Baustein der Kulturförderung in Europa. Dennoch ist dieser Baustein nicht ausreichend, um der Rolle der Kultur als konstitutives Element der EU gerecht zu werden. Allein die finanzielle Ausstattung lässt erahnen, welche begrenzte Wirksamkeit das Programm zwangsläufig mit sich bringen muss. Nur 57 Millionen Euro stehen für die europäische Kulturförderung pro Jahr zur Verfügung. Allein die drei Berliner Opernhäuser benötigen pro Jahr mehr Finanzmittel, als die EU für die Kulturförderung aller 27 Mitgliedsstaaten vorsieht. Diese Mittel reichen nicht aus, um der Bedeutung der Kultur und den Aufgaben der europäischen Kulturförderung gerecht zu werden.

Neben der besseren finanziellen Ausstattung braucht die EU auch neue Werkzeuge der Kulturförderung. Dem erfolgreichen Programm der Kulturhauptstadt Europas, einem Leuchtturm europäischer Kulturförderung, müssen wir eine Institution zur Seite stellen, die über die regional beschränkte Kulturförderung hinaus Ansprechpartner, Organisator und Impulsgeber für Kulturschaffende in Europa sein kann, eigene Akzente der Kulturförderung im gesamteuropäischen Kontext setzt und die Kreativen Europas zu einem fruchtbaren Austausch von Ideen und Anschauungen zusammenbringt.

Eine Kulturstiftung der Europäischen Union in Anlehnung an die Kulturstiftung des Bundes oder aber auch eine Kulturstiftung der „Mitgliedsstaaten“ analog der Kulturstiftung der Länder kann dieses neue Werkzeug sein. Verschiedene Ebenen der Aktivität sind denkbar. Zum einen würde mit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit auf Schwerpunkte der Kulturarbeit in Europa hingewiesen werden können, einzelne Projekte würden eine höhere Wahrnehmung erzielen und eine Vernetzung von Kulturprojekten auf europäischer Ebene würde unterstützt werden. Zum anderen würden gezielt eingesetzte Projektmittel den innereuropäischen Dialog durch Austausch von Kultur- und Bildungsangeboten weiter fördern und die Zusammenarbeit der nationalen Kultureinrichtungen stärken. Landesgrenzenübergreifende Schulprojekte mit künstlerischem Bezug, Pädagogenaustausch auf schulischer Ebene aber auch im Bereich der frühkindlichen Bildung sowie europaweite konzertierte Aktionen zur Stärkung der kulturellen Bildung unserer Kinder und Jugendlichen könnten von dieser Kulturstiftung als Trägerorganisation initiiert und begleitet werden.

Wenn wir über europäische Kulturförderung sprechen, ist es wichtig, nicht den Eindruck zu erwecken, den einzelnen Mitgliedsstaaten Kompetenzen in Sachen Kulturpolitik zu nehmen. Vielmehr muss das Subsidiaritätsprinzip gewahrt bleiben. Kultur eignet sich selbstverständlich nicht zur „klassischen Harmonisierung“, so wie wir sie aus der Wirtschaftspolitik kennen. Es muss jedem einzelnen Mitgliedsstaat der EU die Möglichkeit erhalten bleiben, eine eigenständige und unabhängige Kulturpolitik zu betreiben. Die „Kulturstiftung der Europäischen Union“ könnte **das** zusätzliche Werkzeug mit einer klar definierten Aufgabenstellung sein; nämlich der Kulturförderung über die Grenzen der Mitgliedsstaaten hinweg, als Grundstein für einen nachhaltigen europäischen Integrationsprozess. Alle Länder – und hier meine ich auch die deutschen Bundesländer – können und sollten sich in eine europäische Kulturstiftung einbringen und dort mit anderen Ländern und Regionen zusammenarbeiten. Hier liegt eine große Chance, der Kultur in Europa eine lautere Stimme zu verleihen und die Vernetzung der Kulturschaffenden und der Kulturpolitik weiter voranzutreiben. Sie könnte die Plattform für einen länderübergreifenden Dialog werden und Defizite der europäischen Integration aufdecken, sowie Beiträge zu möglichen Lösungen liefern. Ich werde mich für die Schaffung einer Kulturstiftung der Europäischen Union einsetzen weil ich glaube, dass der kulturelle Mehrwert, den wir durch eine solche Stiftung erreichen, den finanziellen Bedarf einer solchen Stiftung bei weitem aufwiegt. Die Förderung der europäischen Kulturpolitik muss uns jedenfalls mehr als aktuell 57 Millionen Euro pro Jahr wert sein.

Wenn wir den Erfolg der Europäischen Union wollen, dann müssen wir jetzt handeln. Eine aktive und wirksame europäische Kulturpolitik kann einen wichtigen Beitrag zum Erreichen dieses Zieles leisten.

Der Verfasser ist kultur- und medienpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag ■

Fortsetzung von Seite 23

Kulturelle Vielfalt

hat die EU und hier v.a. die Kommission mit ihrer neuen Rolle, die sie bei der Beratung der Konvention übernommen hat, geradezu einen Paradigmenwechsel eingeleitet.

Die oberste Kulturpolitikerin der UNESCO, Françoise Rivière, sagte es am Ende der Veranstaltung: Mit diesem Kongress hat sich die Deutsche UNESCO-Kommission in die Annalen der Geschichte der Weltkulturpolitik eingeschrieben. Diskussionsverläufe und Ergebnisse dieser Konferenz werden eine wichtige Rolle spielen, wenn es um die Umsetzung geht. So werden sich auf der Ebene der UNESCO die unterschiedlichen Organe konstituieren, die wiederum die Aufgabe haben, die vorgesehenen Instrumente – etwa den Förderfond – zu etablieren. Man wird auf je nationaler Ebene konkretisieren müssen, welche Rechtsverpflichtungen man mit der Ratifizierung der Konvention übernommen hat. Dass dies nicht leicht ist, kann man an der unseligen Dresdener Debatte über die Relevanz einer anderen UNESCO-Konvention erkennen. Ein Vorschlag, der alle Akteure betrifft, besteht in der Formulierung von Aktionsplänen. Dabei sollte es sich auch die Zivilgesellschaft mit ihrer hervorgehobenen und anerkannten Rolle (Art. 11) nicht nehmen lassen, sich selbst in die Pflicht zu nehmen. Es scheint so, dass nunmehr die Debatte beginnen kann und muss.

Der Verfasser ist Vorsitzender des Deutschen Kulturrates ■

Kultur- und Kreativwirtschaft in Europa

Die Entstehung einer Europäischen Politik! • Von Bernd Fesel

Rund 400 Teilnehmer aus 27 EU-Mitgliedstaaten haben in Berlin am 3. und 4. Mai 2007 über die Kultur- und Kreativwirtschaft in Europa (EU) beraten. Auf dieser 4. Jahrestagung Kulturwirtschaft, die von der Friedrich-Naumann-Stiftung und dem Büro für Kulturpolitik und Kulturwirtschaft veranstaltet wurde, waren die kreativen Akteure stärker als sonst vertreten, wie Eröffnungsredner Joachim Geppert, MKW Wirtschaftsforschung, Saarbrücken, bemerkte. Von den 60 Rednern auf der zweitägigen Konferenz waren 30 aus den Berufen der Kreativwirtschaft selbst, die Weiteren aus Politik, Stiftung und Forschung. Aus dem branchenspezifischen Fachwissen der Akteure wurden Vorschläge für eine kohärente Politik erarbeitet, in der sich – so der eigene Wunsch des EU-Ministerrates aus 2006 – die Fördermaßnahmen für Kreativwirtschaft effizienter als bisher verzahnen sollten. Die Motivation der Europäische Union ist dabei so simpel wie stark: Da Kreativwirtschaft eine starke Wirtschaftskraft ist, soll sie einen möglichst großen Beitrag zu mehr Wachstum und Arbeitsplätzen leisten. Kreativwirtschaft steht auf Grund ihrer Wirtschaftskraft auf der Lissabon Agenda, nicht wegen ihrer kulturellen Leistungen.

Magie der Großen Zahlen

Die Konferenz startete mit einer Bestandsaufnahme der Europäischen Politik zur Kreativwirtschaft. Joachim Geppert, Co-Autor der im Herbst 2006 erschienen und von der EU Kommission in Auftrag gegebenen Studie „The Economy of Culture in Europe", vermittelte dabei einerseits die Magie der großen Zahlen, die die politische Aufmerksamkeit der letzten Monate für die Kreativwirtschaft angefacht hat: Der Kreativsektor der EU30, d.h. Kreativwirtschaft zuzüglich öffentlicher Kulturinvestitionen in dreißig EU-Staaten, wies im Jahr 2003 654 Mrd. Euro Jahresumsatz aus. Zum Vergleich: In der EU15 lag die Automobilbranche bei 271 Mrd. Euro (2001) und die Herstellung von IKT Produkten bei 541 Mrd. Euro.

Andererseits kam Geppert zu dem Schluss, dass Kultur als Bestandteil der EU-Wirtschaft weder von der Politik noch von der Wirtschaft oder der Bevölkerung ausreichend wahrgenommen wird. Auch Andy Pratt, London, bescheinigt der Politik nicht genüg über Kreativwirtschaft zu wissen. Und in der Studie „The Economy of Culture in Europe" wird eingangs festgehalten, dass statistische Instrumente zur Erfassung der Kreativwirtschaft weitgehend fehlen. Kreativwirtschaft führt bislang „ein Schattendasein", doch ändert sich dies jetzt?

Eine Politische Aufgabe

Kreativwirtschaft braucht eine effizientere Unterstützung der Politik, darin waren sich alle einig! Doch wie, wenn die Stärke der Kulturwirtschaft, ihre Vielfalt, zugleich die Schwäche der Kulturwirtschaftspolitik ist? So formulierte Rolf Berndt, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Friedrich Naumann Stiftung, gleich in seiner Begrüßung das Dilemma der Kulturwirtschaft. Kulturwirtschaft ist trotz ihrer Gesamtgröße und Erfolge für Politik und Verwaltung aufgrund kleinteiliger Firmenstrukturen und der Fragmentierung des Marktes schwer erfassbar. Ferner bezeichnete die EU Studie die sprachliche bedingte nationale Marktzersplitterung als ein Haupthindernis für das weitere Wachstum des Kreativsektors.

Wilfried Grolig, Leiter der Kultur- und Bildungsabteilung des Auswärtigen Amtes, sieht die Messbarkeit des wirtschaftlichen Wertes kultureller Leistungen als eine prinzipielle, nicht nur statistisch-endliche Problemstellung, wie sein Zitat von Albert Einstein andeutet. „Nicht alles was gezählt werden kann, zählt; nicht alles was zählt, kann gezählt werden." Wenn Grolig gleichzeitig fordert, dass in der Debatte um Kreativwirtschaft auch der interkulturelle Dialog eine Rolle spielen müsse, klingt durch, dass die Kreativwirtschaft nicht nur wirtschafts-, sondern auch international kulturpolitisch zu betrachten sei.

Offensichtlich ist, dass die Kohärenz einer Politik für Kreativwirtschaft keinen mono-logischen, sondern einen mehrdimensionalen Ansatz verschiedenster Regierungsressorts impliziert. Doch dies bedeutet zurzeit noch im Regierungssystem jedes Mitgliedstaates in der Regel eine schwache politische Stellung: Das Gegenteil einer effizienten Unterstützung durch Politik! Dieses Dilemma muss die Politik lösen.

Eine Kulturelle Aufgabe

Doch welche Politiken zur Kreativwirtschaft in der Europäischen Union sind schon vorhanden? Und was lässt sich daraus für eine kohärente Politik lernen? Die Vorstellung verschiedener Politiken aus Ungarn und Großbritannien, aus den Nordischen Staaten und Polen bis hin zur jüngsten Strategie des Landes Nordrhein-Westfalen zur Kreativen Ökonomie offenbarte mehr als die übliche Politikvielfalt in Europa. In den osteuropäischen Staaten sind die öffentlichen Investitionen in Kultur und Kulturwirtschaft wesentlich ausgeprägter als heute in Westeuropa. Man war unwillkürlich versucht, Vergleiche zu den 70er Jahren in Deutschland zu ziehen, in denen der Staat noch selbstverständlich als Garant für kulturelle Vielfalt und das gute Leben stand („Good Life", Andy Pratt, London School of Economics). Pratt stellte die These auf, dass „früher" kultureller Elitismus mit der definitorischen Abschottung von (Hoch-)Kultur als anti-kommerziell einherging. Heute ist durch die Vielfalt der Kulturentwicklung selbst eine neue Kulturwelt von öffentlichen und kulturwirtschaftlichen Akteuren eingetreten – die auch mit der Entmachtung des Nationalstaates sowie der gesellschaftlichen Öffnung durch den inter-kulturellen, globalen Dialog zusammenhängen.

Diese Neue Kulturwelt ist bei den Kulturakteuren selbst alles andere als akzeptiert – es entstehen nicht nur neue Kulturmärkte, sondern alte werden auch zerstört (siehe z.B. Musik/mp3; Architektur). Man ist noch nicht richtig vertraut mit den neuen Realitäten. Dies drückt sich nicht zuletzt im Ringen um die Begrifflichkeiten „Kultur" und „Kreativ" aus. Dr. Bernecker, Generalsekretär der Deutschen UNESCO Kommission e.V., rückte am Ende des ersten Tag konsequent diese Begriffsgenese von Kultur zu Kreativität in den Focus.

Die Kultur-/Kreativwelt muss sich diesem Dilemma auch selbst stellen: Kulturelle Ziele durch Marktmechanismen zu erreichen, klingt in den Ohren vieler Kulturakteure wie ein Paradox. Und Wirtschaftsziele wie Umsatzsteigerungen interessieren sogar die Kreativwirtschaft bisher weniger, denn: Kultur- und Kreativschaffende fokussieren auf Kreativität und künstlerische Qualität, erst danach auf Umsatz- oder Gewinnsteigerung. Politik und Kreativwirtschaft scheinen sich mit grundverschiedenen Erwartungen und Zielfunktionen gegenüber zu stehen.

Auch die 4. Jahrestagung Kulturwirtschaft war ein voller Erfolg, wovon u.a. die guten Besucherzahlen zeugen.
Foto: Bernd Fesel

Eine gemeinsame Aufgabe

Wie kann Politik vor diesem Horizont eine lokale Vielfalt der Kulturakteure verbinden mit europaweiten und damit anscheinend vereinheitlichend wirkenden Förderstrategien in einem so stark fragmentierten wie bis dato nicht ausreichend erforschtem Markt? Nach der 4. Jahrestagung Kulturwirtschaft hat sich am 10. Mai die EU-Kommission positioniert: Sie schlägt erstmals eine Europäische Kulturstrategie vor und will damit Kultur „inmitten verschiedener Politiken" festigen. Dies schließt auch die Kreativwirtschaft ein. Am 24. Mai beschlossen dann die EU-Kulturminster in Brüssel erstmals politische Weichen für Kultur- und Kreativwirtschaft: Unter anderem fordern sie eine verstärkt betriebswirtschaftliche Ausrichtung von Aus- und Fortbildungen von Kulturschaffenden. Zudem sollen europäische Strukturfonds effizienter zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im Kultur- und Kreativbereich eingesetzt werden.

Doch in der Kreativwirtschaft sind nach Schätzung mehr als 95% Ein-Personen-Unternehmen bzw. Micro-Unternehmen. Nach Schätzung von Michael Söndermann, Köln, sind nur 1,5% der Akteure in der Kreativwirtschaft KMUs. Verfehlen die Förderansätze der Europäischen Union also den Großteil der Kreativwirtschaft?

Weiter auf Seite 26

Europa und die Kultur

EU-Kommission legt Mitteilung zur Kulturpolitik vor • Von Barbara Gessler

Nach dem erfolgreich gefundenen Kompromiss um die Richtlinie für audiovisuelle Dienste hat Deutschland ganz im Sinne des auf mehrjährige Verpflichtung und Beschäftigung angelegten Arbeitsplans auch den nachfolgenden Präsidentschaften Portugals im zweiten Halbjahr 2007 und Slowenien im ersten Halbjahr 2008 einige wichtige Dossiers gelassen.

Wenn dieser Artikel erscheint, werden sich die wichtigen Player nicht nur der deutschen Kulturpolitik der am 10. Mai von der Europäischen Kommission vorgelegten Mitteilung bereits mehr oder weniger intensiv gewidmet haben. Eine erste öffentliche Diskussion hat insbesondere während des Kongresses „kultur.macht.europa", aber auch auf anderen Foren stattgefunden. Nicht nur die Portugiesen werden sich eingehend mit der Mitteilung zu beschäftigen haben mit dem kommissionsseitig erklärten Ziel, beim Ministerrat im November schon entscheidende Schlussfolgerungen zu verabschieden. Der besondere Schwerpunkt der Mitteilung auf die Kooperation mit Afrika über den AKP-Fonds ist dabei für diese folgende Präsidentschaft von grossem Interesse, da das Land auch geographisch einen deutlich südlicheren Fokus legen möchte. Gleichzeitig ist auch für die Partner die binnendeutsche Diskussion darüber, wie man institutionell mit der Mitteilung, konkret also mit der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) und der nötigen Rücksicht auf die föderale Kompetenzverteilung, umgehen wird, interessant. Dabei ist es wichtig, gewisse Aspekte dieses vorgeschlagenen Verfahrens intensiver zu beleuchten. Die OMK bildet einen nicht-bindenden, intergouvernementalen Rahmen für Politikaustausch und konzertierte Aktion. Sie existiert bereits in einigen anderen Politikbereichen wie der Bildung, dem Sozialschutz und der Jugendpolitik und hat dort nach Auffassung der Kommission zu handfesten Ergebnissen geführt. In einem dynamischen Prozess von regelmässigen Berichten können Erfolge und Erfahrungen aller Ebenen eingebracht werden. Alle zwei Jahre prüfen Kommission und jeder Mitgliedstaat gemeinsam die Fortschritte.

Sicher wird es für alle Beteiligten eine gewisse Herausforderung sein, diesen vielfach nicht nur während der Konsultationen ausgedrückten Wunsch nach mehr Bedeutung der Kultur in der europäischen Politik mit der deutschen innerstaatlichen Situation in produktiven Einklang zu bringen.

Andere Dossiers werden derzeit zur Vorlage noch in diesem Jahr vorbereitet, im audiovisuellen Bereich geht es hier etwa um die Contentindustrie, die über den vom MEDIA-Programm umfassten Sektor hinausgeht. Andererseits sollen bald die Ergebnisse der umfassenden Konsultation zum Thema Medienkompetenz in einen konkreten Vorschlag gepackt werden.

Auch im Europäischen Parlament sind relevante Dossiers erarbeitet worden. So wurde etwa zur sichtbaren Unterstützung des europäischen Films einen eigenen Filmpreis mit dem Namen Lux ins Leben gerufen. Besonders konkret für das Leben und Schaffen von Kreativen in Europa soll sich jedoch der Bericht von Claire Gibault über den sozialen Status der Künstler auswirken. Dieser Bericht aus eigener Initiative möchte den anderen Institutionen einen Impuls dahingehend verleihen, als sie gemeinsam daraufhin arbeiten mögen, die Arbeits- und Mobilitätsbedingungen zu verbessern. Dabei wird der Akzent auf die Bedeutung einer Garantie der sozialen Rechte für Künstler gelegt, indem zum Beispiel ein Leitfaden und eine europäische Sozialversicherungskarte für sie erarbeitet wird. Der Bericht schlägt außerdem vor, eine Datenbank in der Art des „Europass" zu erstellen, die die Anerkennung von Abschlüssen in der ganzen Europäischen Union erleichtert. Ebenso fordert die Berichterstatterin Verbesserungen in der Visa-Politik für Künstler aus Drittstaaten und greift den Ruf der European Cultural Foundation nach einem Mobilitätsfonds für Künstler auf. Ganz eindeutig schlägt dieser Text also schon Maßnahmen vor, die über reine Kulturpolitik hinausgehen und tief in einige Kompetenzbereiche hineinragen, die im wesentlichen noch in der nationalen Hand liegen. Die Kommission wird gebeten, in vielen dieser Bereiche Studien zu erstellen oder Pilotprojekte zu ermöglichen.

Wenn der nötige Wille da ist, kann es also in den kommenden Monaten in vielerlei Hinsicht konkret werden für die Kultur in Europa. Nicht zuletzt wird das auch mit den Ergebnissen der Verhandlungen um den Grundlagen-Vertrag abhängen und wieviel von dessen ursprünglichem Inhalt noch gerettet werden konnte.

Die Verfasserin ist Leiterin der Vertretung der EU-Kommission in Bonn ■

Fortsetzung von Seite 25

Kultur- und Kreativwirtschaft in Europa

Wenn Politik strategisch auf die Entwicklung der Kreativwirtschaft einwirken will, ist es aufgrund der Fragmentierung des Marktes zwingend, dass auch die Akteure selbst die Ziele der Politik transportieren und umsetzen. Dies kann nicht auf dem Erlass- und Verordnungswege geschehen. Eine solche akteursgetragene Politik käme einer Innovation, vielleicht auch einer Reform im Politikapparat gleich. Doch diesen Weg scheint die EU Kommission vorzuschlagen, wenn sie in ihrer Mitteilung formuliert, den Kultursektor – von einzelnen Künstlern und Darstellern bis hin zu den kreativen und kulturellen Industrien – enger in die europäische Politik einbeziehen zu wollen. Dies soll mit Hilfe besserer Strukturen für den Dialog und die Partnerschaft mit diesen Stakeholdern in Form eines neuen „Kulturforums“ erreicht werden.

In diesem Sinne wurde schon 2006 ein Praxisforum Kulturwirtschaft auf der 3. Jahrestagung geschaffen.

Im Jahr 2007 war nun der zweite Tag mit sieben Workshops ganz der Praxis der Kreativen gewidmet – mit folgenden Themen: Architektur, Modeindustrie, Musikfestivals, Europäische Kulturhauptstädte, transnationale Kooperation von Städten (Interreg, gefördert vom Gründerzentrum Kulturwirtschaft Aachen), Qualifizierung (gefördert durch das Land Rheinland-Pfalz und Vertikult) und Finanzierung (gefördert vom Berliner Senat für Wirtschaft, Technologie und Frauen, dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Projekt Zukunft).

Die Tagung wurde insgesamt ermöglicht und gefördert vom Auswärtigen Amt, der Europäischen Union, der Dresdner Bank, der Allianz Kulturstiftung, der Stadt Aachen und der Stadt Mannheim.

Die vielfältigen Politikvorschläge wurden protokolliert und können unter http://www.european-creative-industries.eu ab Juli 2007 abgerufen werden.

Der Verfasser ist Inhaber des Büros für Kulturpolitik und Kulturwirtschaft ■

Das sächsische Kulturraummodell

Förderung, Finanzierung und Strukturierung von Kunst und Kultur. Das Beispiel Kulturraum Mittelsachsen • Von Wolfgang Kalus

Kulturförderung Quo Vadis? – dieser Frage stellen sich in Zeiten knapper Kassen immer öfter die Verantwortlichen und schaffenden Kulturakteure in diesem Lande. Die Krise der öffentlichen Haushalte zwingt einfach nach Veränderungen in der Förderpolitik und natürlich auch in den Kulturinstitutionen. Seit Jahren weisen die Einrichtungen Theater, Museen, Bibliotheken, freie Gruppen und andere mehr auf den geringen Anteil der Kulturausgaben in den kommunalen Haushalten insgesamt hin und verweisen auf ihre eingefrorenen Etats. Dringender denn je sind jetzt die Fragen zu beantworten, wie der Bestand der kulturellen Vielfalt dauerhaft gesichert und wie die öffentliche Kulturfinanzierung aufrecht erhalten werden kann und das nicht nur in den großen urbanen Zentren, sondern natürlich auch im ländlichen Raum.

Auf welchem Wege eine Finanzierung, Förderung und vor allem Strukturierung von Kunst und Kultur auch in Zeiten knapper Kassen denkbar und möglich ist, soll anhand des Sächsischen Kulturraummodells und seiner konkreten Umsetzung im Mittelsächsischen Kulturraum analysiert werden.

Nach der politischen Wende in der DDR und dem Wegbrechen der staatlichen Kulturstrukturen und Förderebenen war der Fortbestand einer Vielzahl kultureller Einrichtungen und Maßnahmen im Osten gefährdet. Durch Aufnahme des Artikels 35 in den Einigungsvertrag wurde klar festgeschrieben, dass die kulturelle Substanz im so genannten Beitrittsgebiet keinen Schaden erleiden dürfte. Bis 1993 flossen beachtliche 3,3 Milliarden DM Bundesmittel zugunsten der Ostkultur. Nach Auslaufen dieser Programme stand auch der Freistaat Sachsen 1994 vor der Frage – wie weiter mit der Förderung von Kunst und Kultur. Anknüpfend an die Traditionen des Freistaates als Kulturland legt die Sächsische Verfassung vom 27.05.1992 in Art. 1 Satz 2 fest, dass Sachsen ein der Kultur verpflichtender sozialer Rechtsstaat ist.

Folgerichtig bekennt sich der Freistaat Sachsen dazu, dass kulturelle und künstlerische Schaffen zu fördern (Artikel 11 Sächsische Verfassung). Der Sächsische Landtag hat mit der Schaffung des Gesetzes über die Kulturräume in Sachsen (Sächs KRG vom 20.01.1994) einen wesentlichen Beitrag zur Erfüllung des in Artikel 1 Satz 2 und Artikel 11 der Sächsischen Verfassung formulierten Staatszieles geleistet. Durch die Einrichtung der Kulturräume wurde diese Verpflichtung konkretisiert.

Das bundesweit einmalige Modell hat zum Ziel, die im besonderen Maße geprägte Kulturlandschaft Sachsens über eine Verbundfinanzierung durch Kommunen und Freistaat zu sichern und zukunftsweisende finanzierbare Organisations- und Leistungsstrukturen für kulturelle Einrichtungen und Maßnahmen zu schaffen (Präambel zum Sächs KRG).

Das Sächsische Kulturraumgesetz definiert bundesweit einmalig die Kulturpflege als Pflichtaufgabe der Gemeinden und Landkreise (§ 2 Abs. 1 SächsKRG) und führt den regionalisierten Kulturlastenausgleich als Prinzip der Förderung der kulturellen Infrastruktur ein. Mit diesem Gesetz entstanden also zum 01.08.1994 die acht ländlichen und drei urbanen Kulturräume Sachsens. Aus den Landkreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida konstituierte sich der Kulturraum Mittelsachsen als eine bis dahin nie da gewesene regionale Ebene zur Förderung und Strukturierung von Kunst und Kultur in einem ländlich geprägten Raum. Rund 352.600 Menschen leben in dieser Kulturregion und werden mit den vielfältigsten kulturellen Angeboten versorgt.

So wie in der Studie „Kultur und Wirtschaft im ländlichen Raum. Das Beispiel Mittelsachsen“ festgestellt, ist der Kulturraum eine administrativ geschaffenen Einheit zur Finanzierung von Kunst und Kultur nach dem „Solidarprinzip“. Ausschlaggebendes Kriterium war die Theater- und Orchesterstruktur, ursprünglich sollte auch nur ein Theater- und Orchestergesetz entstehen, was jedoch die kommunalen Spitzenverbände, die landesweiten Arbeitsgemeinschaften und Kulturverbände, der Kulturrat und die Kulturstiftung sowie die Kulturakteure vor Ort verhinderten: Es entstand, dies war sehr wichtig, das heutige spartenübergreifende Kulturraumgesetz.

Für die Konstituierung des Kulturraumzweckverbandes Mittelsachsen waren die Grenzen der Landkreise, jedoch nicht die von historisch bzw. kulturell und wirtschaftlich gewachsenen Räumen ausschlaggebend. Es gab demzufolge keine gewachsene mittelsächsische Identität.

Plakat der Ausstellung „Stadt Land Fluss“ des Kulturraums Mittelsachsen

Auf die Stabilität des Kulturzweckverbandes wirkte sich dies jedoch nicht negativ aus. In der Arbeit vor allem der Facharbeitsgruppen, im Kulturbeirat und im Kulturkonvent ermöglichte dies eine hohe Komplexität und Meinungsvielfalt. Die Erarbeitung tragfähiger Konsenslösungen gestaltete sich oft zu einem langwierigen Diskussionsprozess. Die Chance, die sich aus der Konstruktion des Kulturraumes ergibt besteht jedoch darin, dass die Lösungen längerfristig und in großem Maßstab wirksam werden können, da die Mitglieder der einzelnen Gremien von vornherein mehr Vergleichsmöglichkeiten und mehr unterschiedliche Lösungsansätze für ihre Entscheidungsfindung zur Verfügung hatten, als dass in einem relativ homogenen Gebilde der Fall gewesen wäre.

Der Wille aller beteiligten Seiten vorausgesetzt lassen auch solche „künstlichen Gebilde“ als Gemeinschaft leben. Dies praktiziert der Kul-

Weiter auf Seite 27

politik und kultur

JOURNALISTENPREIS 2007

politik und kultur, die Zeitung des Deutschen Kulturrates schreibt den *„politik und kultur* Journalistenpreis 2007“ aus. Damit wird zum vierten Mal die **allgemeinverständliche Vermittlung kulturpolitischer Themen** in den Medien ausgezeichnet werden.

Der Preis wird an einzelne Journalisten oder Redaktionen vergeben. Es werden einzelne Beiträge oder auch Themenschwerpunkte ausgezeichnet. Eine Eigenbewerbung ist möglich. Alle Medien, d.h. sowohl Print- als auch Hörfunk-, Fernseh- und Internetbeiträge in deutscher Sprache sind zugelassen. Das Erscheinungsdatum bzw. der Sendetermin muss zwischen dem 01.11.2006 und dem 30.10.2007 liegen. Der undotierte Preis wird im Rahmen eines Konzertes von DeutschlandRadio Kultur Anfang 2008 in Berlin verliehen.

Printmedien: Zugelassen sind deutschsprachige Beiträge in Zeitungen und Zeitschriften sowie deutschsprachige Zeitschriften. Bitte stellen Sie uns eine kopierfähige Vorlage des Beitrags/der Beiträge in Zeitungen oder Zeitschriften zur Verfügung. Bitte stellen Sie uns bei ganzen Zeitschriften sieben Exemplare zur Verfügung.

Hörfunk: Zugelassen sind deutschsprachige Beiträge im Hörfunk. Bitte stellen Sie uns den Beitrag/die Beiträge auf CD in siebenfacher Ausfertigung zur Verfügung.

Fernsehen: Zugelassen sind deutschsprachige Beiträge im Fernsehen. Bitte stellen Sie uns den Beitrag/die Beiträge auf DVD in siebenfacher Ausfertigung zur Verfügung.

Internet: Zugelassen sind deutschsprachige einzelne Beiträge, die im Internet erschienen und dauerhaft abrufbar sind. Bitte stellen Sie uns einen Ausdruck sowie den zugehörigen Link zur Verfügung.

Der Jury des *politik und kultur* Journalistenpreises 2007 gehören an: **Gitta Connemann**, Vorsitzende der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“; **Ernst Elitz**, Intendant DeutschlandRadio; **Prof. Dr. Max Fuchs**, Vorsitzender des Deutschen Kulturrates; **Theo Geißler**, Herausgeber der neuen musikzeitung und von *politik und kultur*; **Prof. Dr. h.c. Klaus-Dieter Lehmann**, Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz; **Staatsminister a.D. Dr. h.c. Hans Zehetmair**; **Olaf Zimmermann**, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Herausgeber von *politik und kultur*.

Einsendeschluss: Vorschläge für den *politik und kultur* Journalistenpreis 2007 können bis zum **03.11.2007** gesendet werden an: *politik und kultur*, Deutscher Kulturrat, Chausseestraße 103, 10115 Berlin

Regionale Kulturpolitik – Kulturpolitik in den Regionen

Die kulturpolitischen Debatten konzentrieren sich oftmals auf die Kulturpolitik in den Metropolen. Die große Städte in Deutschland wetteifern darum, wer die meisten Besucher in den Museen hat, welches Theater an der Spitze liegt, welches Orchester einen besseren Klang hat. Kultur findet aber eben nicht nur in den Metropolen, sondern auch in den Regionen statt.

In den drei letzten Ausgaben von *politik und kultur* wurden daher bereits Beiträge in der Reihe „Regionale Kulturpolitik“ veröffentlicht. Den Anfang dieser Reihe machten in der Ausgabe 1/2007 Olaf Martin vom Landschaftsverband Südniedersachsen, der den Arbeitskreis der Kulturregionen vorstellt und Roswitha Arnold vom Landschaftsverband Rheinland, die über ein europäische Projekt zur Gartenkunst informiert. In der Ausgabe 2/2007 setzten sich Peter Fassl, Bezirk Schwaben, mit dem Begriff Region bzw. Kulturregion auseinander. Sabine von Bebenburg, KulturRegion Frankfurt RheinMain, stellte die Route der Industriekultur Rhein-Main vor. In Ausgabe 3/2007 berichtete Werner Kraus von der gesetzlichen Verankerung der Bayerischen Bezirke und ihrem Kulturförderauftrag. Karin Hanika und Wiebke Trunk stellten ein Fotografieprojekt der Kulturregion Stuttgart vor.

In dieser Ausgabe stellt **Wolfgang Kalus** das Sächsische Kulturraumgesetz am Beispiel des Kulturraum Mittelsachsen vor und **Monika Kania-Schütz** berichtet über das Freilichtmuseum Glenleiten.

Die Redaktion ■

Fortsetzung von Seite 26

turraum Mittelsachsen von Anfang an beispielgebend und er kann in diesem Jahr auf vierzehn Jahre erfolgreiche Kulturraumpolitik in einem ländlichen Raum zurückblicken.

Wie funktioniert nun dieses Modell in der Praxis

Die alleinige Entscheidung bei der Vergabe der Mittel obliegt dem Kulturkonvent auf Vorschlag der Fachsparten und des Kulturbeirates auf der Grundlage der Förderrichtlinie und der spartenspezifischen Förderschwerpunkte des Zweckverbandes. Der Kulturkonvent hat sich bisher immer an die Vorschläge und Empfehlungen der Fachsparten und des Kulturbeirates gehalten. Diese äußerst demokratische Form der Mitbestimmung und Mitgestaltung hat sich bis heute bewährt und ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Kulturförderung und Kulturstrukturierung in unserem ländlich geprägten Kulturraum. Über 80 Kulturakteure, Bürgerinnen und Bürger arbeiten aktiv in den Gremien Kulturbeirat und Sparten mit, sie werden von der Politik ernst genommen und bringen sich, wenn notwendig, mit ernsthaftem Nachdruck kulturpolitisch ein.

Seit Jahren verfügt der Kulturraumzweckverband über einen stabilen Etat. Dies ist für alle Kulturakteure kulturplanerisch enorm wichtig und hat zu stabilem und effizientem Handeln und Strukturen in den Einrichtungen und bei Projekten geführt. Neben den Mitgliedslandkreisen, die auch in Zeiten knapper Kassen ihre Kulturumlagen bisher ohne Abstriche in die Kulturraumkasse einzahlen, leistet auch das Land innerhalb des interregionalen Kulturlastenausgleiches seit Jahren einen konstanten verlässlichen Beitrag. Die Freistaatsmittel wurden im Kulturraumgesetz zahlenmäßig festgeschrieben, sie unterliegen somit keinen Kürzungen bzw. Haushaltssperren. Das zunächst auf zehn Jahre begrenzte Kulturraumgesetz wird der Sächsische Landtag noch in diesem Jahr bis 2011 verlängern. Der Kulturraum Mittelsachsen hat daran einen nicht unwesentlichen Anteil, seine positiven Erfahrungen bei der praktischen Umsetzung des Gesetzes konnte er bei Anhörungen, Konferenzen, Fachtagungen und in verschiedenen Studien einbringen.

Der Kulturraumzweckverband Mittelsachsen versteht sich jedoch nicht nur als Fördermittelgeber, sondern ist seit Jahren verstärkt Initiator kulturraumweiter Höhepunkte, wie der Verleihung des Mittelsächsischen Kulturpreises, der Mittelsächsischen Kinder- und Jugendtheatertage, der Mittelsächsischen Literatur- und Filmtage, der Mittelsächsischen Kunstausstellung und des Vernetzungsprojektes „Museen entdecken“. Entwickelt wurde im Kulturraum Mittelsachsen ebenfalls ein Kulturfestival, der Mittelsächsische Kultursommer, was mittlerweile zu den bedeutendsten und vielseitigsten Kulturfestivals im Osten zählt und jährlich zwischen 250 000 bis 300 000 Besucher begeistert. Die ehemaligen Stadttheater Döbeln und Freiberg schlossen sich zur mittelsächsischen Theater und Philharmonie gGmbH zusammen und bespielen nunmehr den gesamten Kulturraum. Die mittelsächsischen Kirchenmusiker und Künstler engagieren sich innerhalb landesweit beispielgebender Netzwerke. Im Jahr 1994 beschloss der Kulturraum seinen Kulturentwicklungsplan. Nicht eine Stadt oder ein Landkreis wurden entsprechend üblicher Mittel und Methoden der Kulturplanung erfasst, analysiert und dokumentiert. Eine ganze Region, die insgesamt drei Landkreise integriert und in der es eine Vielzahl von Einrichtungen und Projekten mit spezifischen Merkmalen des Kultur des ländlichen Raumes gibt, wurde vernetzt und strukturell entwickelt.

Die vom Kulturraum Mittelsachsen im Auftrag gegebene Studie „Kultur und Wirtschaft im ländlichen Raum. Das Beispiel Mittelsachsen.“ untersucht erstmals die Wechselwirkung von Kultur und Wirtschaft in einem ländlich geprägten Raum. Das beauftragte Forschungsvorhaben „Das sächsische Kulturraumgesetz-Eine Bilanz nach elf Jahren“ analysiert die Wirkung des Kulturraummodells sachsenweit. Beide Werke wurden im Universitätsverlag Leipzig verlegt und sind somit einer breiten Öffentlichkeit zugänglich. Alle diese Vorhaben konnten sich nur durch den gemeinsamen Solidarverbund Kulturraum Mittelsachsen entwickeln und finanzieren. Der Kulturraum Mittelsachsen hat sich somit als unverzichtbarer Bestandteil nicht nur bewährt, sondern er hat sich zu einer bürgernahen, effizienten und stabilen regionalen Ebene zur Förderung von Kunst und Kultur im ländlichen Raum entwickelt. Die Landräte des Kulturkonventes möchten diese feste Gemeinschaft nicht mehr missen und stehen auch in Zeiten knapper Kassen zu ihrem Kulturraumzweckverband. Auch die Kultur-Akteure vor Ort wissen, es gibt keine Alternative zu diesem Sächsischen Modell der Solidarfinanzierung von Kunst und Kultur. Letztendlich gehört zum „Erfolgskonzept“ des Sächsischen Kulturraumgesetzes, dass die Entscheidungen zur Kulturförderung und damit auch zur gewollten Kulturstrukturierung nicht in der Landeshauptstadt fallen, sondern in den betreffenden Kulturregionen selbst. Unter www.kulturraum-mittelsachsen.de finden Sie mehr.

Der Verfasser ist Kultursekretär des Kulturraumes Mittelsachsen ■

Forschungsstätte, Wissensspeicher und Publikumsmagnet

Das Freilichtmuseum Glentleiten des Bezirks Oberbayern • Von Monika Kania-Schütz

Das Freilichtmuseum Glentleiten ist das zentrale oberbayerische Freilichtmuseum. Es hat den Auftrag, die ländliche Bau-, Wohn- und Wirtschaftskultur Oberbayerns zu erforschen und darzustellen. Jedes der rund 60 translozierten, wieder errichteten originalen Gebäude ist ein unverwechselbares Unikat, das eine ganz bestimmte Facette des komplexen historischen Alltagslebens im ländlichen Oberbayern vergegenwärtigt. Auf dem ca. 35 ha großen Gelände findet sich ein breites thematisches Spektrum aufgefächert, das vom Wirtschaften auf der Alm über das ländliche Handwerk und Gewerbe bis zum Tourismus reicht, um nur einiges zu nennen. Zu den Gebäuden zählen große und kleine Bauernhäuser und -höfe genauso wie etwa ein Wohnhaus für Bergknappen oder ein von Städtern als Wochenendhaus genutztes ländliches Kleinstanwesen. Dazu kommen Mühlen, Sägen, Windräder, ein Kalkofen und weitere technische Anlagen. Neben der vorindustriellen Technik gilt die Aufmerksamkeit auch der Industrialisierung im ländlichen Raum.

Die 1982 vom ICOM (=International Council of Museums) verabschiedeten „Grundsätze über die Anlage und den Betrieb von Freilichtmuseen“ sehen das Spezifikum dieses Museumstyps in seiner Präsentationsform, die zum Ziel hat, die „örtlichen und funktionalen Beziehungen der Museumsobjekte zueinander und zu ihrem jeweiligen natürlichen und kulturellen Milieu“ sichtbar zu machen. Dies gilt für die „Anordnung von Gebäuden zueinander und zur natürlichen Umwelt ebenso wie für ihre innere Ausstattung mit Einrichtungsgegenständen, Arbeitsgeräten usw.“.

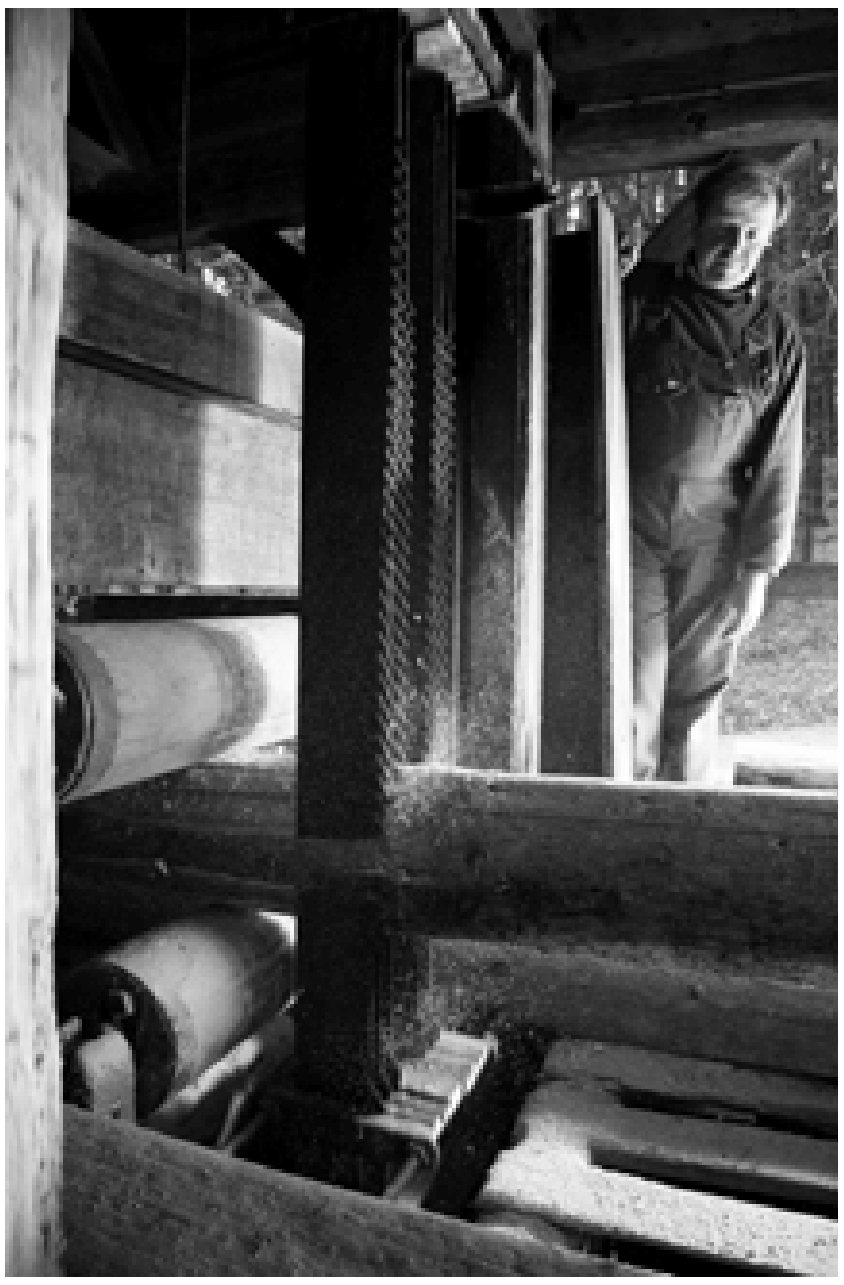
Nach diesen Grundsätzen arbeitet an der Glentleiten seit nunmehr 30 Jahren ein interdisziplinäres Team daran, das zentrale oberbayerische Freilichtmuseum aufzubauen. Nahezu abgeschlossen sind vor allem jene Bauabschnitte, die für das Alpenvorland südlich von München bis hin zum Berchtesgadener Land und dem Salzburger Flachgau sowie für das östliche und nordöstliche Oberbayern stehen. Abgeschlossen ist auch der Aufbau der Zweigstelle Amerang, in der eine vertiefende Darstellung der Region Ostoberbayern erfolgt. Hier befinden sich auf insgesamt 4 ha noch einmal 17 Gebäude. Die Zeitspanne, aus der die Originale stammen, reicht vom frühen 16. bis zum späten 20. Jahrhundert. Die Präsentation konzentriert sich zwar auf die Zeit ab dem 19. Jahrhundert, es gibt jedoch auch Gebäude, die einen Wohnzustand aus der Zeit um 1700 und um 1800 zeigen. Einbezogen in die ganzheitliche Präsentation der Exponate werden die unmittelbaren Hausumgebungen. Das beginnt bei Gärten und Äckern, berücksichtigt die so genannten Ruderalpflanzen, also charakteristischen Bewuchs, der sich im Umfeld menschlichen Wirtschaftens ansiedelt und reicht bis hin zur Streuobstwiese oder zur Weide. Für den Anbau regionaltypischer historischer Feldfrüchte gibt es eigene Lehrgärten und Äcker. Die übrigen Freiflächen des Museums werden so gepflegt, dass sie das Erscheinungsbild wiedergeben, wie es am Alpenrand vor der Technisierung der Landwirtschaft vorzufinden war. Und schließlich zählt auch die Pflege regionalspezifischer Tierrassen zum musealen Aufgabenkanon.

Dem einzigen für ganz Oberbayern zuständigen Freilichtmuseum ist im Laufe seiner mehr als 30-jährigen Geschichte die Funktion eines Landesmuseums zugewachsen, die es als eines der großen volkskundlichen und kulturgeschichtlichen Museen wahrnimmt. Das Freilichtmuseum Glentleiten hat nicht nur Bedeutung als Ort der Bewahrung regionalspezifischer materieller und geistiger Überlieferung, sondern auch als Forschungsstätte und Wissensspeicher. Für die Ausstattung der Häuser wurde eine volkskundliche Sammlung mobiler Kulturgüter aufgebaut, aus der das heute größte Sachgutarchiv zur Alltagsgeschichte im südbayerischen Raum erwachsen ist. Dazu kommt ein wissenschaftliches Spezialarchiv mit Text-, Bild- und Tonquellen. Verschiedene Dauerausstellungen finden sich in den Wirtschaftsteilen vor allem solcher Höfe, die in der Frühzeit des Museums ohne ausreichende Dokumentation übernommen wurden. Dazu laden wechselnde Sonderausstellungen an zentraler Stelle im Eingangsgebäude ein, sich intensiver mit ausgesuchten Themen zu beschäftigen. Aktuell ist dort auf zwei Ebenen mit insgesamt gut 500 m² eine Präsentation zur „Industrialisierung im ländlichen Oberbayern“ zu sehen, zu der auch eine Publikation erschienen ist.

Die Entstehung des Museums geht auf einen 1971 gefassten Bezirkstagsbeschluss zurück, der „ein zentrales Museum für Volkskultur“ realisiert sehen wollte, und zwar nach wissenschaftlichen, volkskundlichen Kriterien. Vom 20. September datiert der endgültige Gründungsbeschluss für das „Freilichtmuseum Glentleiten des Bezirks Oberbayern“. Mit dem Aufbau begann man 1973, 1976 wurde ein erster Abschnitt eröffnet. Im Jahr 1982 kam das Zweigmuseum Amerang dazu. Auf diese Weise hat der Bezirk Oberbayern als kommunaler Träger für eine solide Grundlage und Professionalisierung der Museumsarbeit gesorgt. Im Unterschied zu den früheren Gründungen vergleichbarer Museen in Süddeutschland, die ausnahmslos auf ehrenamtliches Engagement zurückgehen, trat in Oberbayern sofort der Bezirk als Träger eines zentralen Freilichtmuseums in die Verantwortung. Freilich erfreut sich auch dieses Museums der Unterstützung engagierter Freundeskreise. Allen Initiatoren ging es letztlich um das gemeinsame Anliegen, in einer Zeit rasanten Wandels im ländlichen Raum für den Erhalt baulicher Zeugnisse zu sorgen, die in ihrer bisherigen Form funktionslos geworden waren, deren Existenz und Bauweise aber als charakteristisch für die Region zu werten ist.

Mit der Gründung des Freilichtmuseums Glentleiten hat der Bezirk Oberbayern somit eine kulturpolitische Aufgabe ersten Ranges wahrgenommen, deren Bedeutung gar nicht hoch genug geschätzt werden kann. Es geht in dieser Einrichtung darum, heute und künftig lebenden Menschen nahe zu bringen, wie in Oberbayern einst gelebt und gewirtschaftet und welche Werte gepflegt wurden. Es geht um die Schilderung der sozialen Situation der Bevölkerung und um das Aufzeigen gesellschaftlicher Entwicklungen innerhalb bestimmter historischer Situationen. Es geht um die Darstellung der kulturellen Kompetenzen der Menschen, oft unter schwierigen Bedingungen entwickelt, es geht um die Bewahrung der reichen kulturellen Überlieferung. Somit kommt dem Freilichtmuseum identitätsstiftende Bedeutung und eine Funktion für die Konstituierung des kulturellen Gedächtnisses der Region zu.

Als Ort lebendiger Vermittlung will das Freilichtmuseum Glentleiten nicht nur den klassischen Kernaufgaben eines Museums nachkommen, sondern gezielt das Interesse unterschiedlicher Gruppen einer sich wandelnden Gesellschaft ansprechen. Es soll das Verständnis dafür geweckt werden, dass in den Lebensbedingungen und Gewohnheiten des früheren Oberbayern die Voraussetzung für die Gegenwart dieses Landes liegt. Dieses Angebot richtet sich gleichermaßen an die Menschen des Bezirks, der hier zur Darstellung gelangt, als auch an Besucher aus anderen Regionen und Bundesländern. Die jüngste Besucheranalyse zeigt, dass das Publikum zu etwa gleichen Teilen aus beiden Gruppen stammt, den Bewohnern des näheren Umfelds im südlichen Oberbayern mit einem Schwerpunkt im Großraum München einerseits und den Urlaubern andererseits. Vor allem Familien fühlen sich hier wohl, gibt es doch viel Platz, um ungehindert von Autos und sonstigen Beeinträchtigungen die Welt der Vergangenheit zu entdecken, einen Spielplatz mit eher ungewöhnlichen Geräten und nicht zuletzt auch gastronomische Angebote für jeden Geldbeutel. Ein umfangreiches museumspädagogisches Programm bietet sowohl Gruppen- als auch Individualbesuchern die Möglichkeit, sich mit speziellen Themen näher zu beschäftigen. Im Durchschnitt der letzten 10 Jahre zog das Museum jährlich ca. 150.000 Besucher an.



Das Wasser des Mühlkanals treibt unter anderem auch ein Sägewerk an, eine Gattersäge von 1896. Sie stammt aus Potzmühle in der Gemeide Pfaffing im Landkreis Rosenheim. Foto: Freilichtmuseum Glentleiten

Die Verfasserin ist Direktorin des Freilichtmuseums Glentleiten ■

Du sollst dir kein Bildnis noch irgendein Gleichnis machen

Die reformierten Protestanten und die Bilder der Macht • Von Jörg Schmidt

Die „reformierte“ Reformation, die im 16. Jahrhundert in der Schweiz ihren Anfang nahm, begann oft mit einer Art „Bildersturm“. So wurden 1523 in Zürich all die Statuen, die Heiligenfiguren und Bilder, die sich damals in großen Mengen in den Kirchen befanden, mehr oder weniger geordnet entfernt, manche allerdings auch zerschlagen oder verbrannt. Vergleichbares ereignete sich auch in anderen Regionen der Schweiz und in den Freien Reichsstädten Süddeutschlands. Und die Kirchbauten, die nach der Reformation in reformierten Gemeinden nicht nur der Schweiz entstanden, verzichten in der Regel ganz auf bildlichen Schmuck.

Als „Auswuchs der Reformation“ bezeichnen den damaligen „Bildersturm“ manche heute, als Taten religiöser Eiferer, durch die kostbare Kunstwerke der Nachwelt verloren gegangen sind. Und sicher ist das aus heutiger Sicht richtig: dass vieles zerstört wurde, was wir heute als bedeutendes Kulturgut bezeichnen würden. Die Reformierten von damals, könnten wir sie befragen und hätten wir ihnen erläutert, was wir unter „Kultur“ und „Kulturgut“ verstehen, würden vielleicht sogar zustimmen. In der Tat ging es um die Zerstörung von „Kultur“. Sie würden dann aber auch darauf hinweisen, welche „Kultur“ sie treffen wollten, was denn warum zerstört werden sollte mit den Bildern und Heiligenfiguren.

Wir bewundern – an einer Heiligenfigur etwa – vielleicht die Ästhetik. Oder wir erkennen aus ihrer Gestaltung etwas über die Verhältnisse der Zeit ihrer Entstehung. Die Menschen damals haben die mit der Figur verbundene Frömmigkeit *erlebt*. Sie haben die Folgen der in ihr repräsentierten Machtverhältnisse am eigenen Leibe *erlitten*. Denn in den Gottesdiensten waren sie angewiesen auf ein Verständnis der Bibel, wie es ihnen die Bilder vorgaben. Das war orientiert an einem die Macht der Kirche sanktionierenden Herrschergott. Und in den Bildern und Statuen waren zudem die reichen und mächtigen „Herren“ ihrer Zeit als deren Stifter ständig gegenwärtig, zum Teil auch in bildlicher Darstellung. Die Zerstörung einer Heiligenfigur hieß dann auch: Keine Frömmigkeit, die uns als unmündige Untertanen der Kirche und eines Herrschergottes festlegt. Keine Ausgestaltung der Kirchen, in deren Prunk sich mit den Stiftern die gesellschaftlichen Machtverhältnisse spiegeln und die zu Lasten der Armen geht. Der „Bildersturm“ damals galt damit sowohl der Festlegung Gottes als auch der Menschen in einem autokratischen Herrschaftssystem, galt der Manifestation der bestehenden Frömmigkeits- und Machtverhältnisse in Kirche und Gesellschaft.

Rückhalt fanden die Reformierten damals in der Bibel. In der biblischen Zählung der zehn Gebote heißt das zweite Gebote: „Du sollst dir kein Bildnis noch irgendein Gleichnis machen, weder von dem, was oben im Himmel, noch von dem, was unten auf Erden, noch von dem, was im Wasser unter der Erde ist: Bete sie nicht an und diene ihnen nicht! Denn ich, der Herr, bin ein eifernder Gott, der die Missetat der Väter heimsucht bis ins dritte und vierte Glied an den Kindern derer, die mich hassen, aber Barmherzigkeit erweist an vielen tausenden, die mich lieben und meine Gebote halten.“ (2. Mose 20, 4-6)

Eine „reformierte“ Theologie, die auf einer neuen Auslegung der Bibel gründete, fanden die Reformierten dann weniger bei Martin Luther als bei Theologen wie Ulrich Zwingli (1484-1531) und Johannes Calvin (1509-1564). Deren Auslegung des zweiten Gebots ging es im Wesentlichen um die Unverfügbarkeit Gottes. Sie sahen die Gefahr, dass die Bilder Gott gewissermaßen ersetzten. *„So nehmen aber die Bilder und sichtbaren Dinge bei uns mehr und mehr zu und werden größer und größer, bis dass man sie zuletzt für heilig hält und bei ihnen anhebt, das zu suchen, was man allein bei dem wahren Gott suchen soll.“* (Zwingli) Ihre Auslegung zielt, modern gesprochen, auf die Freiheit und Lebendigkeit Gottes und auf sein Verhalten zu den Menschen. Er soll nicht in einem Bilde festgelegt werden; es geht auch nicht darum, wie er „*ist*“.

Nun war und ist deutlich, dass eine Rede von Gott (und den Menschen!) ohne Bilder nicht auskommt, mindestens ohne Sprachbilder nicht. Dem zweiten Gebot geht es im Kern auch nicht um das Verbot jeglichen Bildes. Es zielt auf die Funktionalisierung von Bildern und deren Repräsentanz, wenn man so will: Macht, die ihnen dadurch zukommt. In diesem Zusammenhang war der Einspruch der Reformatoren der gegen die Festlegung auf *ein* Bild und ihre Funktionalisierung im Interesse der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Nur eine Vielzahl von Bildern, wie sie etwa als Sprachbilder in der Bibel vorliegen, vermag etwas zu spiegeln von dem, wie sich Gott den Menschen gegenüber *verhält*.

Diese „neue“ Auslegung des zweiten Gebotes hatte damit immer auch eine soziale Komponente. Es ging darum, dass das für die Ausgestaltung der Kirchen aufgewendete Vermögen, auch das der Stifter, besser für die Armen auszugeben sei. Auch das wird in den Äußerungen der Reformatoren deutlich heraus gestellt.

Dieses Verständnis des zweiten Gebotes war in der Folgezeit Gestaltungsprinzip reformierter Kirchen. Wo neue Kirchbauten entstanden, waren sie als Versammlungsraum für die Gemeinde konzipiert. Keine Bilder, in der Regel auch kein Kreuz, kein „Altar“ sind zu finden. Die Bankreihen bzw. die Bestuhlung sind oft auf die Kanzel und den Abendmahlstisch hin orientiert. Dort geschieht das Entscheidende, das Predigen des Wortes, die Feier der spirituellen Abendmahls-Gemeinschaft mit Christus. Bis heute sind Kirchen in reformierten Gemeinden durch dieses Raumkonzept deutlich von anderen zu unterscheiden.

Dieses Verständnis des zweiten Gebotes hat dann auch Rückwirkung auf die Bilder, die wir uns von Gott machen, etwa in der Festlegung als männlich oder weiblich. Angesichts seiner Ebenbilder in der versammelten Gemeinde ist Offenheit angesagt. Und es macht dann allemal Sinn, vorsichtiger davon zu reden, dass Gott wie ein Vater, wie eine Mutter oder auch wie eine Henne, wie ein König (alles biblische Bilder) *handelt,* ohne Aussagen über ihn in seinem *Sein* treffen zu wollen.

Und wie Gott nicht festgelegt werden kann in einem Bild, so können es auch seine Ebenbilder nicht. Die Auslegung des zweiten Gebotes zielt somit auch auf die Freiheit und Lebendigkeit der Menschen. Das haben die „Bilderstürmer“ mit ihrem Protest gegen die in den Bildern aufscheinenden und repräsentierten Machtverhältnisse deutlich gemacht. Die Erinnerung des zweiten Gebotes in dieser Perspektive stellt gewissermaßen die „Machtfrage“: wer in welchem Interesse das Bild oder die Bilder vom Menschen bestimmt. Denn nur auf den ersten Blick mag es scheinen, dass das multi-mediale Zeitalter die Pluralität der Menschen-Bilder garantiert. Ein näherer Blick bestätigt eher die Dominanz bestimmter Bilder, etwa das des modernen, flexiblen, jung-dynamischen und natürlich kauffähigen und -freudigen Menschen, den die Werbung uns nach wie vor vorspielt. Oder das bestimmter Männer- und Frauenrollen, die je nach gesellschaftlichen Anforderungen changieren. Oder das von „Gesundheit“, wie sie etwa in der Debatte um die Gentechnologie erkennbar wird. Die Erinnerung des zweiten Gebotes ist dann der Einspruch gegen multimediale Festlegung des Bildes des Menschen und damit des Menschen selbst. Wie erst die Pluralität der Bilder sinnvolle Aussagen über Gottes Handeln zulässt, so die Pluralität der Menschen-Bilder über den Menschen.

Der drastische Einspruch der „reformierten“ Reformatoren zielte auf eine bestimmte Kultur und hat sicher auch bedeutende Kulturgüter zerstört. Es war der Protest gegen eine Kultur der Unfreiheit – Gottes wie der Menschen. Diesen Protest zu erinnern und zu verlebendigen bleibt gegenwärtige Aufgabe, nicht nur der reformierten Christinnen und Christen.

Der Verfasser ist Generalsekretär des Reformierten Bundes in Deutschland ■

Besinnung auf das Wort. Auch das Raumkonzept der Französisch-Reformierten Kirche in Potsdam unterscheidet sich deutlich sichtbar von dem anderer Gotteshäuser. Foto: Stefanie Ernst

Das Rad neu erfinden

Kultursozialarbeit und Sozialkulturarbeit gestern und heute • Von Dieter Kramer

Seit einiger Zeit begeistert Sir Simon Rattle mit den Berliner migrantischen Jugendlichen in seinem Projekt „Rhythm is it“ der Berliner Philharmoniker die Kultur- und Sozialpolitiker und weckt den Wunsch nach ähnlichen Programmen. Bei der Documenta 11 (2002) hat Thomas Hirschhorn mit großer Resonanz in einem Kasseler Problemstadtteil mit Hilfe der lokalen Bevölkerung sein *Bataille-Monument* realisiert, eine Art temporäres soziokulturelles Zentrum. Von den Documenta-Besuchern wurde es begeistert als neue Verbindung von Kunst und Leben gefeiert, und bei der diesjährigen Documenta wird es vermutlich ähnliche Projekte geben.

Keiner hat 2002 daran erinnert, dass in der Gesamthochschule Kassel Ende der 70er Jahre mit Rolf Schwendter und anderen so intensiv wie sonst nirgends über Künstlersozialarbeit nicht nur diskutiert wurde, sondern auch Projekte der Zusammenarbeit zwischen Künstlern und Sozialarbeitern in Problemgebieten wie „Philippinenhof“ realisiert wurden. Aus der Perspektive dieser Vorgänger-Projekte wirkt Hirschhorns *Bataille-Monument* wie die Arbeit eines sozialpädagogisch dilettierenden Künstlers. Und keiner, weder Rattle noch Hirschhorn, machten sich ernsthaft Gedanken darüber, was auf das Strohfeuer der Projekte an nachhaltiger Arbeit folgen müsste.

Kreativität und sozialkulturelle Phantasie, geweckt durch gemeinsame Projekte von Kulturarbeitern und Bevölkerung, waren die Stichworte für die breite, viele vor allem jüngere Menschen einbeziehende soziokulturelle Bewegung der 1970er und frühen 1980er Jahre. Eine Menge von vielfach von der außerparlamentarischen politischen Linken (weniger von den Exponenten der *1968er* direkt) beeinflusster Aktivitäten entstand.

„Kultur selber machen“ („Kultur von allen“ statt/neben „Kultur für alle“) war ein Motto der breiten Bewegung, in deren Folge viele Projekte von soziokulturellen Zentren, Jugendzentren, kulturellen Bürgerinitiativen und dergleichen entstanden. Sie hat sie zur Entfaltung eines kulturellen Klimas beigetragen, von dem wichtige Anregungen für die kulturelle Demokratisierung ausgingen und in dem Kulturpolitik bewusst als Teil der Gesellschaftspolitik empfunden wurde – während heute damit zu Recht zu kommen ist muss, dass Gesellschaftspolitik auch die Kulturpolitik prägt. Immer ging es dabei auch um soziale Probleme und die Befähigung zur verantwortlichen Gestaltung des eigenen Lebens.

Ein wichtiger Aspekt war dabei – auch in den späteren Debatten über die Grenzen des Dokumentarismus und des Dilettantismus gegen Ende der 1980er Jahre – der Anspruch, auch die Formen der entwickelten ästhetischen Ausdrucksformen professioneller Kunst und des kulturellen Erbes einzubeziehen. Bei vielen der Beteiligten wurde dadurch die Sensibilität für die besonderen Leistungen der professionellen, ausgebildeten und spezialisierten Künste geweckt.

Mit „Zentren für kulturelle Aktivitäten“ nach englischem Vorbild, die flexibel, verschiedenste ästhetisch-kulturelle und soziale Aktivitäten verbindend, professionell betreut von Künstlern als „Freizeitbegleitern“, die Nutzer zu permanentem Lernen und „aktiver Teilnahme“ animierend, wurde seit 1970 experimentiert.

Horst Dietrich gründet 1971 in Hamburg in einem ehemaligen Fabrikgebäude – damit einen Trend kreierend, sicher nicht zufällig angesichts zunehmender „Fabrikbrachen“, aber eben am Anfang – eine „neuartige Kultureinrichtung“ mit Kneipenatmosphäre und einem Programm, in dem alles das einen Platz hatte, was sonst im Kulturleben nicht berücksichtigt wurde – sämtliche Kunstsparten und Kommunikationsformen unter einem Dach, Stadtteilarbeit und Projektarbeit eingeschlossen. 1977 abgebrannt (auch der ähnlichen Wuppertaler „Börse“ widerfuhr ein ähnliches Schicksal) und mit großer Solidarität wiederaufgebaut, von Kultursenator Dieter Biallas gefördert, war sie lange Zeit eine Art Leuchtturm in Hamburg-Ottensen. Auch die Kulturpolitische Gesellschaft wurde dort 1974 gegründet.

Wie die „Fabrik“ arbeiteten einige andere neuartige Zentren in Deutschland – auch die Mouson-Fabrik in Frankfurt am Main – unter ei-

Weiter auf Seite 29

„Die MOTTE“ – traditionsreiches Stadtteil- & Kulturzentrum in Hamburg Fotos: Ulrich Gerlach

Wandfassade der „MOTTE“ in Hamburg. Studenten der Fachhochschule für Angewandte Wissenschaften haben zusammen mit dem Künstler Sönke Nissen das Wandbild entwickelt und umgesetzt. Anlass war das 30-jährige Jubiläum.

Fortsetzung von Seite 28

ner festen, professionellen Leitung. Parallel dazu entstand eine noch größere Zahl von „selbstverwalteten“ Zentren. In Hamburg entstand aus der in Konkurrenz zur Fabrik 1976 das selbstverwaltete Zentrum „Motte“, getragen mit öffentlicher Unterstützung von einem „Verein für stadtteilbezogene Kultur- und Sozialarbeit“. Es war das erste unter später 25 Stadtteilkulturzentren in Hamburg. Soziokulturelle Zentren, selbstverwaltete Jugendzentren, Kultur-, Bildungs- und Veranstaltungshäuser entstanden überall, alle charakterisiert durch ein vielfältiges, mit Sozialarbeit verbundenes Aktivitätenspektrum. Viele von ihnen entstanden wie die Hamburger Fabrik in neuer Nutzung zugeführten alten Gewerbeeinrichtungen. „Kultur aktiv in alten Gebäuden“ war der bezeichnende Titel eines Buches und einer Ausstellung (Berlin (West): Elefanten Press 1979). Oft wurden sie gegen Widerstand erkämpft und ertrotzten ihre Finanzierung durch die Kommunen – freilich nur, weil es „Drehpunktpersonen“ (Rolf Schwendter), „Freaks in der Verwaltung“ gab, und Kulturpolitiker wie Hermann Glaser, die das Programm zu dem ihren gemacht hatten und z.B. im „Komm“ in Nürnberg ein Kommunikationszentrum mit Selbstverwaltung finanzierten.

Mit dieser Selbstverwaltung wurden wichtige Erfahrungen gemacht. Gewalt und Drogen waren für manche Einrichtungen, wie auch das Nürnberger „Komm“, eine ständige Bedrohung, der in guten Zeiten mit öffentlicher Hilfe erfolgreich begegnet werden konnte.

Es gehört zu den Paradoxien dieser „neuen Kulturpolitik“ dass ihre Aktivitäten „von unten“ nur dadurch leben konnten, dass sie „von oben“, von den Kommunen, zeitweise auch vom Staat, direkt oder indirekt finanziert wurden. Daran ist zu denken, wenn heute „Bürgergesellschaft“ oder „Zivilgesellschaft“ gepriesen werden: Sie sind nur soviel wert, wenn die öffentliche Hand – die Institutionen zur Organisation und Gestaltung des gemeinschaftlichen Lebens – als Katalysator auftritt, sie akzeptiert und fördert.

Hubert Kirchgäßner, in der Akademie Remscheid für musische Bildung und Medienerziehung einer der Protagonisten dieser Arbeit, zitiert den belgischen Erziehungsminister Jean Janne, der 1970 in Rotterdam beim ersten kulturpolitischen Symposium des Europarates „Demokratisierung der Kultur“ und „kulturelle Demokratie“ – gerichtet gegen die vom Zentrum ausgehende Kulturpolitik von André Malraux – unterschied und damit „zwischen einer Kulturpolitik, die versucht, die Menschen an die eine respektable und große Kultur heranzuführen (‚Demokratisierung’), und einer Politik, der die verschiedenen kulturellen Ausdrucksformen prinzipiell gleichwertig erscheinen, und die sie deshalb auch alle nebeneinander stehen lässt und respektiert (‚kulturelle Demokratie’). Sozial-kulturelle Animation steht grundsätzlich auf Seiten dieses zweiten, demokratischen Konzeptes. Sie sieht ihr Ziel darin, die Menschen an ihren Orten und in ihren Zusammenhängen zu ermutigen, sich über sich selbst und mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln authentisch auszudrücken.“

Das war zwei Jahre vor der immer wieder zitierten Konferenz von Arc et Senans, bei der solche Arbeit noch deutlicher in gesellschaftspolitische Zusammenhänge einbezogen wurde.

Es gab eine Menge von Erklärungen und Texten auf der Ebene des Europarates und der UNESCO. Aber erstaunlich ist, dass die meisten Akteure sich kaum darauf beriefen. Sie brauchten keine programmatischen Anregungen, ihre Projekte waren Selbstläufer. Die Bewegung war europäisch: Großbritannien war damals (wie heute mit Simon Rattle) impulsgebend, in Frankreich entstanden einflussreiche Beispiele, in Skandinavien gab es sie, und im deutschsprachigen Raum waren außerhalb Deutschlands die Züricher „Rote Fabrik“ und die „Arena“ in Wien wichtige Beispiele.

Grundlagen des Erfolgs dieser Einrichtungen und Prozesse waren eine breite (weitgehend außerparlamentarische, allenfalls auf lokaler Ebene mit Parteien verbundene) Bewegung, die Druck ausüben konnte, ferner unabhängige engagierte Künstler, die nicht durch Sponsoring und Mäzenatentum mit den Eliten von Wirtschaft und Politik verbunden waren, aber auch die aktivierbare Bereitschaft der kommunalen (und später auch Landes- und Bundes-)Politik, im Rahmen einer wohlfahrtsstaatlichen Kulturpolitik aktiv zu werden, verbunden mit einem gewisser sozialpolitischen „Leidensdruck“ – der freilich kaum größer war als heute. Heute gibt es immer noch zahlreiche Einrichtungen der Soziokultur, doch es fehlt an finanziellen Ressourcen. Aber wenn nach geeigneten Strategien für Integration, gegen soziale Desintegration, gegen das Abdriften von Jugendlichen in demokratiefeindliche Milieus gesucht wird, dann wird neu gedacht, was vor Jahrzehnten Praxis war, was damals aber kräftig vorangetrieben wurde durch eine kritisch-aufmüpfige außerparlamentarische Opposition und Bewegung. Daran zu erinnern ist lohnend.

Der Verfasser ist Kulturwissenschaftler und Mitglied der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages ■

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zur Akkreditierung von Fortbildungsveranstaltungen

Berlin, den 15.06.2007. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, sieht Anbieter von Lehrerfortbildungsveranstaltungen mit dem Problem konfrontiert, ihre Fortbildungsveranstaltungen länderübergreifend akkreditieren zu lassen und somit einem breiten überregionalen Interessentenkreis zugänglich zu machen.

Durch die sich stetig wandelnden gesellschaftlichen und kulturellen Veränderungen, müssen sich Lehrer und Erzieher immer häufiger mit neuen und komplexen Sachverhalten auseinandersetzen. Besonders der Vermittlung kultureller Bildung kommt eine entscheidende Rolle zu, denn sie gehört zum Kern des Bildungs- und Erziehungsauftrags in formeller, nichtformeller und informeller Bildung. Die Qualifizierung im Bereich der Fortbildung ist daher ein wichtiges Instrument zur Erlangung neuer fachspezifischer Kompetenzen. Durch die Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Entwicklungen, Ergebnissen pädagogischer empirischer Forschung und neuen theoretischen Konzeptionen, erhalten die Lehrkräfte neue Kenntnisse und Fertigkeiten. Darüber hinaus trägt die Fortbildung zur Weiterentwicklung des Schul- und Bildungswesens und damit der Verbesserung der Qualität der Bildung bei. Deswegen ist die Lehrerfortbildung auch integraler Bestandteil der Lehrerbildungsgesetze der Länder.

Anbieter von Lehrerfortbildungen

Die Anbieter von Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen sind staatliche und nicht staatliche Institutionen. Die staatliche Lehrerfortbildung gliedert sich auf Länderebene nach Reichweite und Trägerschaft in zentrale, regionale, lokale und schulinterne Lehrerfortbildung. Hinzu kommen Fortbildungsangebote einzelner Kommunen. Im Kulturbereich bieten Verbände wie Musik, - Kunst- oder Theaterverbände regional, überregional und bundesweit Veranstaltungen für Lehrer und Erzieher an, damit diese ihre künstlerischen Fähigkeiten erweitern und Kompetenzen zur Vermittlung kultureller Bildungsprozesse erlangen können. Hinzu kommen die bundesweit arbeitenden Fortbildungsakademien im Bereich kultureller Bildung. Die Fortbildungsangebote dieser Träger stellen eine wertvolle Ergänzung zur staatlichen Fortbildung dar und sichern so die Pluralität der Weiterbildungsangebote. Der Deutsche Kulturrat begrüßt daher die „Vierte Empfehlung der Kultusministerkonferenz zur Weiterbildung“, in der darauf verwiesen wird, dass die Grundvoraussetzungen für eine vielfältige Weiterbildungslandschaft „die Eigenständigkeit der Einrichtung, die Freiheit der Lehrplangestaltung, die selbständige Auswahl des Personals und die prinzipielle Offenheit des Zugangs“ sind.

Qualitätssicherung der Lehrerfortbildung

Um die Qualität der Lehrerfortbildung zu evaluieren und damit zu verbessern, setzen immer mehr Bundesländer ein so genanntes Akkreditierungsverfahren für Fortbildungsveranstaltungen voraus. Dadurch wird den Lehrern ein Überblick über den heterogenen Fortbildungsmarkt geliefert, werden Qualitäts- und Mindeststandards gesetzt und somit auch die Qualitätssicherung befördert. Die akkreditierten Veranstaltungen werden in einigen Bundesländern je nach Art und Dauer mit Leistungspunkten ausgezeichnet. Dies soll die Qualität erhöhen und die Einschätzung über das Fortbildungsangebot transparent machen.

Problemsituation

Nichtstaatliche Fortbildungsanbieter müssen sich und ihre Fortbildungsveranstaltung in jedem Bundesland akkreditieren lassen, um von den einzelnen Ländern als Fortbildungsveranstaltung anerkannt und in die Amtsblätter oder Weiterbildungsdatenbanken für Lehrer aufgenommen zu werden. Die Anerkennung eines Fortbildungsangebotes als Ergänzungs- oder Ersatzangebot der staatlichen Fortbildung erfolgt über ein Formblatt, das vom Fortbildungsträger vor Beginn der Fortbildungsveranstaltung bei den Landesinstituten für Lehrerfortbildung oder den zuständigen staatlichen Schulämtern zu beantragen ist. Anerkannt werden u.a. nur solche Fortbildungen, die erziehungswissenschaftliche, fachwissenschaftliche oder funktionsbezogene Qualifikationen vermitteln und die mit den Rechts- und Verwaltungsvorschriften der einzelnen Länder übereinstimmen. Ist die Fortbildung von einem Land anerkannt, muss der Anbieter nach der Veranstaltung den Teilnehmern eine Teilnahmebestätigung ausstellen sowie den zuständigen Behörden eine Liste der Teilnehmer zusenden. Um bundesweit die Zielgruppe der Lehrer zu erreichen, müssen die Institutionen in jedem einzelnen Bundesland die Bestätigung einholen, dass sie als Anbieter von Fortbildungsveranstaltungen anerkannt sind und darüber hinaus in manchen Bundesländern zudem jedes einzelne Angebot akkreditieren lassen. Das bedeutet besonders für kleinere Verbände einen großen bürokratischen Aufwand, denn die Akkreditierungen sind zum einen sehr zeitintensiv und zum anderen auf Bundesebene nicht vereinheitlicht. Dieser zeitliche Aufwand muss geleistet werden, ohne zu wissen, ob überhaupt interessierte Lehrer aus einem bestimmten Bundesland tatsächlich an der Fortbildung teilnehmen werden.

Forderung: Unbürokratische Zugangsmöglichkeiten

Der Deutsche Kulturrat fordert die Kultusministerkonferenz auf, für alle Bundesländer ein unbürokratisches und einfach zugängliches Akkreditierungsverfahren für alle Träger von Fortbildungsveranstaltungen bereit zu stellen, so dass die Anerkennung eines Fortbildungsanbieters flächendeckend im gesamten Bundesgebiet wirksam wird. Alternativ könnte über eine zentrale Akkreditierungsstelle auf Bundesebene nachgedacht werden. Das Ziel muss es sein, dass ein breites und flächendeckendes Angebot im Bereich der Lehrerfortbildung bereit gestellt wird. Das bedeutet auch, dass der Fortbildungsmarkt vermehrt für nichtstaatliche Anbieter geöffnet wird. Nur so kann ein vielfältiges Fortbildungsnetzwerk gewährleistet werden, das die neuen Anforderungen und Herausforderungen an die Lehrer fachlich und unterstützend begleitet. ■

Naturwissenschaften und Kultur gehören zusammen

Der Physiker, Astronom und Wissenschaftshistoriker Dieter B. Herrmann • Von Andreas Kolb

Am Anfang eines Wissenschaftlerlebens steht die Neugier. Dieter B. Herrmann, der am 3. Januar 1939 in Berlin Friedrichshain geborene Astronom, Physiker und Autor zahlreicher populärwissenschaftlicher Bücher der Himmelskunde, ist heute noch so neugierig wie damals als junger Mensch, als er mit 13 die ersten Vorträge in der Berliner Archenhold-Sternwarte besuchte.

Inzwischen war Herrmann 28 Jahre Chef dieses Instituts und des zugehörigen Zeiss-Großplanetariums in Berlin-Prenzlauer Berg. Seit 2004 ist er in den Ruhestand getreten, doch seine Neugier und sein Forscherdrang sind noch so lebendig wie in den 50er-Jahren.

Drei Felder bestimmen zur Zeit seine Aktivitäten: Forschungen in Australien zu den Anfängen der Astronomie der Aboriginals, zahlreiche Vortragsreisen und – als Kontrast zu diesem umtriebigen Reiseprogramm – seine Tätigkeit als Autor.

„Die Tatsache, dass die Welt nach der Wende offen ist, empfinde ich jeden Tag neu“, meint Herrmann im Gespräch und fasziniert den Interviewer sofort durch die Beschreibung seines einmaligen „Studienlabors“ Australien. „Die australische Kultur hat sich dort völlig isoliert entwickelt, wurde niemals durch kulturellen Transfer verfälscht. Nirgends besser als dort, kann man studieren wie Wissenschaft anfängt, und wo sie sich herauskristallisiert hat.“ Und er verweist auf die Homepage australischer Forscher, auf der ihre gemeinsamen Ergebnisse vorgestellt werden (www.atnf.csiro.au/research/AboriginalAstronomy/whatis.htm).

Die Faszination seines Vortrags kommt nicht von ungefähr. Gilt er doch als der Vermittlungsexperte im Bereich der Astronomie. Die Programme, die er als Direktor der Archenhold-Sternwarte und von 1987 an als Direktor des Großplanetariums konzipierte, setzen heute noch Maßstäbe.

„Wie kriege ich komplizierte Sachverhalte an das breite Publikum ran“, war die Frage, die Herrmann sich stellte, und die Antworten hatte er auch gleich parat: mit Hilfe von Kultur und Emotionen. Zum Auftakt holte er befreundete Schauspieler heran, die lasen griechische Sternsagen. „Für die DDR eine kleine Kulturtat, denn humanistische Bildung fehlte in den Schulen.“ Theaterleute führten Regie und sprachen Texte für diese Programme, Komponisten wie der Filmspezialist Bernd Wefelmeyer schrieben die Musiken. Wefelmeyers Orchestermusik fürs Programm „Das fantastische Weltall“ läuft heute noch. Herrmann erreichte mit seinen Veranstaltungen ein Millionenpublikum. Verstärkt wurde seine Popularität natürlich auch durch die populärwissenschaftliche Sendung AHA, die er seit deren Start im DDR Fernsehen im Jahr 1977 moderierte. Verständlicherweise waren häufig astronomische Themen in den insgesamt 150 Folgen der Sendung zu finden. 1988 begründete er die vierteljährlich ausgestrahlte Sendung „Astro-live“ aus dem Foyer des Großplanetariums. Von 1991 bis 1996 hatte Herrmann regelmäßig Wissenschaftssendungen im Hörfunk. Neben 150 wissenschaftlichen Veröffentlichungen runden etwa 2.000 populärwissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitungen und Zeitschriften das Bild eines leidenschaftlichen und erfolgreichen Wissenschaftsvermittlers ab.

Vermittlungskompetenz wie Herrmann sie besitzt, ist heute mehr denn je gefragt in Zeiten, in denen die Naturwissenschaften im allgemeinen gesellschaftlichen Umfeld keine große Präsenz zeigen. Herrmann will mit seinem Engagement den Naturwissenschaften wieder zu einer Schlüsselstellung im Bewusstsein der Gesellschaft verhelfen, allerdings im Schulterschluss mit der Kultur. „Naturwissenschaftliche und kulturelle Bildung gehören zusammen“, postuliert er ganz im Sinne von Alexander von Humboldt. Und: „Man muss in den Kindergärten bei der Neugier der kleinen Kinder ansetzen. Dort gilt es bereits, naturwissenschaftliches Interesse zu wecken, um dieses später in den Schulen zu vertiefen, und durch mehr Medienpräsenz zu Popularität zu verhelfen.“

Dass ihn die Leibniz-Sozietät 2005 zu ihrem Präsidenten wählte, ist nur die andere Seite der gleichen Medaille. Die Mischung aus Wissenschaft und Kunst für die sein Name steht, bestimmt auch dort sein Wirken maßgeblich.

Dass trotz großer Konkurrenz durch Neue Medien das Interesse an der Astronomie nicht zurückgegangen ist, ist mit ein Verdienst von Dieter B. Herrmann. „Allein fünf der großen Planetarien in Deutschland haben über 100.000 Besucher pro Jahr verzeichnet, alle deutschen Planetarien zusammen hatten 2006 über 1,5 Millionen Besucher“.

Natürlich haben die neuen Technologien längst Einzug gehalten im Planetarium von heute: In Hamburg etwa können die Besucher dreidimensionale Reisen ins Weltall unternehmen. „Moderne Technik ist Voraussetzung dafür,“ so der erfahrene Astronom, „dass das Interesse groß bleibt.“

Auch wenn der Physiker, Astronom und Wissenschaftshistoriker es liebt, auf den Spuren Galileis durch die Toskana zu wandern, den Sternenhimmel van Goghs in der Provence zu deuten, die Sternbilder der australischen Ureinwohner zu erforschen oder Reisen nach Indien, Ägypten und Mexiko zu unternehmen. Seine Heimat ist Treptow geblieben, nicht weit entfernt von „seiner“ Archenhold-Sternwarte. „Ich bin kein sentimentaler Heimatmensch, aber ich habe festgestellt, hierher will ich dann doch immer zurück.“

Keine Regel ohne Ausnahme: Eine Stadt hätte ihn und seine Forscherneugier in früheren Jahren in ernsthafte Versuchung geführt: New York. Doch heute sagt der Treptower ohne jede Reue: „Berlin ist eine tolle Stadt.“

Der Verfasser ist Mitglied der Redaktion von politik und kultur ■

Dieter B. Herrmann. **Foto: H.-F. Lachmann**

Macht Mozart schlau?

Der wissenschaftlichen Forschungsstand zur Frage “Macht Musik intelligent” • Von Kristin Bäßler

Bei uns in Deutschland ist die Idee, dass Musik intelligent macht, spätestens durch die 2000 erschienen Studie mit dem Titel „Zum Einfluss von erweiterter Musikerziehung auf die allgemeine und individuelle Entwicklung von Kindern“ von Hans Günther Bastian populär geworden. Im Zeitraum von sechs Jahren wurden 170 Berliner Schulkinder begleitet von denen 123 neben dem normalen Schulmusikunterricht zusätzlichen Musikunterricht erhalten haben. Mit Intelligenztests hat man die kognitiven Fähigkeiten (Alltagswissen, schulische Rechenfähigkeiten, Konzentrationsfähigkeiten, verbal-logisches Denken u.a.) der Kinder dann ausgewertet. Laut Bastian hatte die Studie u.a. Folgendes zu Tage gebracht: Verbesserung der sozialen Kompetenz, Steigerung der Lern- und Leistungsmotivation, einen bedeutsamen IQ-Zugewinn, Kompensation von Konzentrationsschwächen, eine Förderung musikalischer Leistung und Kreativität, eine Verbesserung der emotionalen Befindlichkeit, eine Reduzierung von Angsterleben und überdurchschnittlich gute schulische Leistungen trotz zeitlicher Mehrbelastung.

Nun ist aber raus: Musik macht doch nicht so schlau, wie wir es immer erhofft haben. Meinungen ziehen Gegenmeinungen nach sich, so ist das nun einmal. Besonders, wenn sie durch vorhergehende Forschungen praktisch dazu angeregt wurden. Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung hat Ralph Schumacher eine Expertise mit acht Beiträgen zusammengestellt, die sich aus psychologischer und neurowissenschaftlicher Perspektive mit der Frage beschäftigen, welche kognitiven Effekte das Hören von Musik bzw. das aktive Musizieren hervorruft. Dabei wurde mit folgenden Mythen aufgeräumt:

1. Psychologische Untersuchungen ergeben, dass sich das Hören der Musik, beispielsweise von Mozart, nicht zu einer dauerhaften Steigerung der allgemeinen Intelligenz oder zur Verbesserung einzelner kognitiver Fähigkeit führt.
2. Es gibt keine Belege dafür, dass das aktive Musizieren im Gehirn Verknüpfungen herstellt, die automatisch für andere kognitive Leistungen zur Verfügung stehen.
3. Kreativität wird nicht durch die Fokussierung auf eine bestimmte Ausrichtung der Aufmerksamkeit gefördert. Je weiter die Aufmerksamkeit gestreut ist, desto kreativer der Mensch. Trotz aller Versuche, Kreativität neurologisch erklären zu können, kommen die Autoren Aljoscha Neubauer und Andreas Fink zu dem Schluss, dass die Hirnforschung keine hinreichende Erklärung für Kreativität liefern könne.
4. Die Intelligenzsteigerung durch zusätzlichen Musikunterricht bringt nur eine Intelligenzsteigerung von drei (!) Intelligenzpunkten. Bedenkt man, dass sich der IQ eines Menschen in der Regel sowieso in einem sich variierenden Rahmen von 18 Intelligenzpunkten bewegt, ist dies eine magere Ausbeute.
5. Zu guter Letzt wird die Hoffnung zunichte gemacht, dass sich durch das Musizieren Transferleistungen ableiten ließen, die sich auch auf den außermusikalischen Bereich erweitert.

Wie kam es dazu, dass dem Musizieren so viele Fähigkeiten zugeteilt wurden?

Der Mozart-Effekt

Die Idee, dass aus dem Musikhören zum einen und dem Musizieren zum anderen ein positiver Transfer entstehen kann, kam zu Beginn der 1990er Jahre durch einen Artikel der amerikanischen Psychologin Frances H. Rauscher zustande. Darin erklärt sie, dass sich Personen, die Musik von Mozart gehört hatten, „bessere räumlich-visuelle Vorstellungsleistungen“ zeigten. Diese Annahme, die von Neurowissenschaftlern aber nicht bestätigt werden konnte, führte dazu, dass beispielsweise in dem US-Bundesstaat Florida, jedes neugeborene Kind, eine CD von Mozart bekam. Aber, so fragt Ralph Schumacher, Autor der Expertise, in welcher Beziehung steht das

passive Hören von Musik zum Ausführen räumlich-visuellen Leistungen? Zwar, so räumt er ein, gibt es durch das Hören von Musik nachweislich eine kurzfristige Leistungssteigerung in Bezug auf unterschiedliche kognitive Fähigkeiten. Ob dies aber durch die Musik von Mozart, Bach oder Blur geschieht, ist nicht primär von Bedeutung. Worauf es ankommt ist, dass Musik die kognitive Erregung steigern kann und durch die Verbesserung der Stimmung Menschen leistungsbereiter werden. Eindeutige und nachhaltige Transfereffekte für sprachliche, logisch-mathematisch und räumliche Intelligenz lassen sich durch das Musizieren bisher noch nicht nachweisen. Sprich, alle aufgeführten Studien belegen, dass bisher keine eindeutigen Transferleistungen von Musikerziehung und Musizieren auf andere Intelligenzleistungen zu verzeichnen sind.

Trotz dieses etwas ernüchternden Ergebnisses, sollte nun nicht, wie der Musikphysiologe Eckart Altenmüller richtig schreibt, der Fehler des Umkehrschlusses begangen werden, der sagt, dass die Musikerziehung keine Bedeutung für kognitive Fähigkeiten und die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen hätte.

Für alle, die nun schon ihre musikpolitischen Instrumente wegschwimmen sehen, sei gesagt: Untersuchungen sind immer relativ. Der Musik keine weitere Relevanz zu kommen zu lassen, als dass sie nur „Spaß“ bringt, dabei wollten es die Autoren der Expertise nämlich nun auch nicht belassen. So erklärt Lutz Jäncke in seinem Artikel, dass sich durch das intensive Musiktraining musikrelevante Leitungen verbessern, wie das auditorische Wahrnehmen von Musikreizen, auditorische Aufmerksamkeitsfunktionen, musikbezogen aber auch verbale Gedächtnisfunktionen und motorische Kontrolle. Zudem haben Wissenschaftler, unter ihnen Sima H. Anvari festgestellt, dass musikalische Fähigkeiten als geeigneter Prädikator für spätere Lesefähigkeit angesehen werden kann, sprich, dass eine Verbindung zwischen musikalischen und sprachlichen Fähigkeiten besteht. Musikalisches Training wirkt sich dennoch positiv auf das Sprachgedächtnis aus. Auch hat beispielsweise zusätzlicher Musikunterricht positiven Einfluss auf das Sozialverhalten von Kindern. Die Frage ist nur, ob dies dadurch zustande kommt, weil durch die größere Anzahl von Unterrichtsstunden im Musikunterricht auch die Zuwendung für die Schüler verstärkt wird. Dann wäre es aber gleichgültig, ob es sich dabei um Musik-, Sport oder Mathematikunterricht handelt. Demnach bleibt es unklar, ob nicht allein die vermehrte Zuwendung für die Verbesserung des Sozialverhaltens verantwortlich ist.

Muss es immer einen Mehrwert geben?

Grundsätzlich zeigt die Expertise auf, dass die bisher erschienenen Untersuchungen und Studien, die den Effekt des Musikunterrichts auf die kognitiven Fähigkeiten untersuchen, doch sehr heterogen sind. Einige Studien zeigen, dass es keinen Unterschied in der allgemeinen Intelligenz von Musikern und Nichtmusikern gibt und somit musikalische Betätigungen keine Auswir-

Weiter auf Seite 31

Bundestagsdrucksachen

Im Folgenden wird auf Bundestagsdrucksachen mit kulturpolitischer Relevanz hingewiesen. Berücksichtigt werden Kleine und Große Anfragen, Anträge, Entschließungsanträge, Beschlussvorlagen sowie Bundestagsprotokolle. Alle Drucksachen können unter folgender Adresse aus dem Internet heruntergeladen werden: http://www.dip/bundestag.de/parfors/parfors.htm.

Berücksichtigt werden Drucksachen zu folgenden Themen:

- Auswärtige Kulturpolitik,
- Bildung,
- Bürgerschaftliches Engagement,
- Daseinsvorsorge,
- Erinnern und Gedenken,
- Europa,
- Informationsgesellschaft,
- Internationale Abkommen mit kultureller Relevanz,
- Kulturelle Bildung,
- Kulturfinanzierung,
- Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz,
- Kulturpolitik allgemein,
- Kulturwirtschaft,
- Künstlersozialversicherungsgesetz,
- Medien,
- Soziale Sicherung,
- Steuerrecht mit kultureller Relevanz,
- Stiftungsrecht,
- Urheberrecht.

Europa

Drucksache 16/3791 (12.12.2006)
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)
a) zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU sowie der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/3297 –
Die Schaffung eines kohärenten europäischen Rechtsrahmens für audiovisuelle Dienste zu einem Schwerpunkt deutscher Medien- und Kommunikationspolitik in Europa machen
b) zu dem Antrag der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/2675 –
Für einen zukunftsfähigen europäischen Rechtsrahmen audiovisueller Mediendiensten – dem Beratungsprozess der EU- Fernsehrichtlinie aktiv begleiten
c) zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/2977 –
Für eine verbraucherfreundliche und Qualität sichernde EU-Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste
Drucksache 16/4954 (02.04.2007)
Kleine Anfrage
der Fraktion DIE LINKE.
Nationale Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie – Gegenwärtiger Verfahrensstand

Medien

Drucksache 16/3792 (12.12.2006)
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)
a) zu dem Antrag der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/2970 –
Keine Rundfunkgebühren für Computer mit Internetanschluss – die Gebührenfinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks grundlegend reformieren
b) zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/3002 –
Moratorium für PC-Gebühren – sofortige Neuverhandlung des Rundfunkgebührendstaatsvertrages
c) zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/2793 –
PC- Gebühren-Moratorium verlängern

Drucksache 16/5329 (11.05.2007)
Unterrichtung über die gemäß § 93 der Geschäftsordnung an die Ausschüsse überwiesenen Unionsvorlagen und Unionsdokumente
(Eingangszeitraum 25. April 2007 bis 8. Mai 2007)
1. Überweisung von Unterrichtungen durch das Europäische Parlament
1.1 **Online-Musikdienste: länderübergreifende kollektive Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. März 2007 zu der Empfehlung der Kommission vom 18. Oktober 2005 für die länderübergreifende kollektive Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten, die für legale Online-Musikdienste benötigt werden** (2005/737/EG) (2006/2008(INI))
(EuB-EP 1473)

Kulturpolitik allgemein

Drucksache 16/4145 (30.01.2007)
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)
a) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksache 16/1372 –
Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 14. November 1970 über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der rechtswidrigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut
b) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksache 16/1371 –

Deutscher Bundestag im Reichstagsgebäude **Fotonachweis: Deutscher Bundestag**

Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des UNESCO-Übereinkommens vom 14. November 1970 über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der rechtswidrigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut (Ausführungsgesetz zum Kulturgutübereinkommen – KGÜAG)

Drucksache 16/4144 (30.01.2007)
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)
a) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksache 16/3711 –
Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 20. Oktober 2005 über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen
b) zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 16/457 –
UNESCO-Übereinkommen zur kulturellen Vielfalt schnell ratifizieren

Drucksache 16/4460 (01.03.2007)
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)
zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 16/2499 –
Bundespolitik soll im Streit um die Waldschlösschenbrücke vermitteln

Plenarprotokoll 16/59-16/71 (25. Oktober - 1. Dezember 2006)
Verhandlungen des Deutschen Bundestages Stenographische Berichte, Band 232

Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer „Bundesstiftung Baukultur“
(Drucksachen 16/1945, 16/1990, 16/3081, 16/1945)

Künstlersozialversicherung

Drucksache 16/4373 (23. 02. 2007)
Gesetzentwurf der Bundesregierung
Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Künstlersozialversicherungsgesetzes und anderer Gesetze

Drucksache 16/4778 (21.03.2007)
Entschließungsantrag der Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
zu der zweiten und dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/4373, 16/4648 –
Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Künstlersozialversicherungsgesetzes und anderer Gesetze

Föderalismusreform

Drucksache 16/4652 (09. 03. 2007)
Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 16/4363 –
Mögliche Auswirkungen der Föderalismusreform II auf die haushaltspolitischen Spielräume der Länder

Steuerrecht mit kultureller Relevanz

Drucksache 16/4711 (19. 03. 2007)
Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/4470 –
Umsatzsteuer für gedruckte und elektronische Publikationen

Kulturwirtschaft

Drucksache 16/5101 (25.04.2007)
Antrag der Fraktion der FDP
Die Kulturwirtschaft als Zukunfts- und Wachstumsbranche in Europa stärke

Drucksache 16/5110 (25.04.2007)
Antrag der Fraktion der CDU/CSU sowie der Fraktion der SPD
Kulturwirtschaft als Motor für Wachstum und Beschäftigung stärken

Drucksache 16/5104 (25.04.2007)
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Die Bedeutung der Kulturwirtschaft anerkennen und ihren Stellenwert auf Bundesebene nachhaltig fördern

Drucksache 16/5111 (25.04. 2007)
Antrag der Fraktion der CDU/CSU sowie der Fraktion der SPD
Populäre Musik als wichtigen Bestandteil des kulturellen Lebens stärken

Fortsetzung von Seite 30

kungen auf die Intelligenzentwicklung hat. Dann wieder gibt es Belege dafür, dass sich musikalische Betätigungen und der Zeitraum des Musikunterrichts in der Kindheit positiv auf die schulischen Leistungen auswirken. Grundsätzlich wird aber geschlussfolgert, dass, solange es keine deutlichen empirischen Ergebnisse gibt, nicht abschließend zu folgern sei, dass sich die allgemeine Intelligenz durch Musikunterricht in nennenswertem Umfang fördern lässt.

Es mutet ein wenig seltsam an, mit welcher utilitaristischer Herangehensweise hier die Kulturelle Bildung, die sich doch gerade durch ihren Eigenwert auszeichnet, ausgelotet wird. Vorbei sind die Zeiten, in denen man sich künstlerisch und kreativ betätigt hat, ohne daran zu denken, wie schnell jetzt der IQ steigt oder welche positiven Auswirkungen das auf das Lernen anderer Fächer hat. Vielleicht sollte man anfangen beziehungsweise dahin zurückkehren (auch wenn das im Moment sehr unpopulär ist!), Musik unabhängig ihrer Transferleistung beziehungsweise ihres Zweckes zu betrachten und sie als solches zu begreifen, was sie unumstritten ist: Ein Aspekt unseres Menschseins, eine menschliche Universalie, wie es Oliver Vitouch ausdrückt. Vielleicht ist ja schon durch einen emotionalen Mehrwert – wenn es denn immer einen Mehrwert geben muss – mehr getan, als man denkt.

Die Verfasserin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates ■

Macht Mozart schlau? Die Förderung kognitiver Kompetenzen durch Musik. Bildungsforschung Band 18. Herausgegeben von Bundesministerium für Bildung und Forschung. Bonn, Berlin, 2007.

Klingende Zahlen – Physik für die Sinne

Kulturelles Lernen zwischen Kunst und Wissenschaft • Von Hildegard Bockhorst

Die Welt erforschen mit Kunst und Kultur, gelingt dies? Wissenschaftler, Künstler und Kulturpädagogen beantworten diese Frage mit einem eindeutigen Ja. Naturwissenschaftliche Phänomene sowie Themen aus Forschung und Technik sind für Kinder und Jugendliche hoch interessant. Sie sind neugierig zu erfahren, wie etwas funktioniert und warum, sie wollen erforschen und erproben, experimentieren und gestalten, und das mit allen Sinnen. Angebote der kulturellen Bildung bieten Kindern und Jugendlichen die Möglichkeiten, genau dies zu tun. Viele Kulturprojekte geben Wissenschaft eine Form, die sie für junge Menschen wahrnehmbar und erlebbar macht. Wissenschaftliche Erkenntnisse werden so dargestellt, dass ihr Bezug zur jugendlichen Lebenswelt erkennbar wird. Die Projekte knüpfen an den Erfahrungen und Interessen der Kinder und Jugendlichen an, sie stellen Phantasie und Kreativität in den Mittelpunkt, sie fördern und fordern den Perspektivwechsel, das „Gegen den Strich bürsten“ von Bekanntem und Gewohntem. Ihre Methode ist nicht die belehrende Form der Wissensvermittlung, sondern die Projekte setzen auf das explorative und experimentelle Handeln der Kinder und Jugendlichen.

Die Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung (BKJ) hat solche Projekte recherchiert und ein buntes Kaleidoskop an Ideen und Themen zusammengestellt. „Physik für die Sinne“, „Klingende Zahlen“, „Was passiert, wenn ...“ oder „Eine Reise durch Raum und Zeit“ heißen die Werkstätten, Ateliers und Ausstellungen. Sie überzeugen durch ihre reichhaltigen, methodisch differenzierten Arrangements, die den Kindern und Jugendlichen die Offenheit lassen, Umwege, Fehler und Irrtümer machen zu können, verschiedene Herangehensweisen zu erproben und unterschiedliche Aneignungsformen zu nutzen – je nach Bedürfnis, Vorkenntnis und Interesse.

Die informativen Kurzbeschreibungen von insgesamt 20 Projektideen bilden – neben zahlreichen konzeptionellen Texten – einen Schwerpunkt der BKJ-Veröffentlichung „Bildungsziel Kreativität – Kulturelles Lernen zwischen Kunst und Wissenschaft“, (Hrsg.) Ina Bielenberg, publiziert in der Reihe „Kulturelle Bildung“ im KOPÄD-Verlag, ISBN-13 978-3-938028-91-9, kopäd 2006.

Kurz-Schluss

Embedded – Besseres Auskommen jetzt auch für Kultur-Journalisten und -Funktionäre

Der folgende Text entstand nach der gründlichen Schulung unseres Autors im Wolfgang-Schäuble-Haus, Ahrtal – siehe puk 03/07 Seite 40. Wir wurden im Nachgang zu diesem Ausbildungsprozess um folgendes Korrigendum gebeten: Das Synonym für Rotwein: „Rotspon“ – schreibt sich ohne „h“ hinter dem zweiten „o“. Der Fehler wird sich nicht wiederholen. Unser Korrekturprogramm wurde und wird von den Rechnern des Innenministeriums jetzt automatisch upgedatet.

Es sind immer wieder jene kraftvollen Manifestationen, die uns Kulturbeflissenen das Gefühl geben, im grandiosen Weltorchester von Politik und Wirtschaft letztlich doch die ersten Pulte zu besetzen: Nehmen wir einfach mal diese herrliche Documenta der Macht, die wir gerade in Heiligendamm gewissermaßen mitzugestalten die Ehre hatten: Den kunstvollen Zaun, semipermeabel, hehr, unbesiegbar im Strahl des Mittagslichtes, mal schimmernd durchdringlich, filigran in der Abendsonne, mal wächsern verharrend schier zerbrechlich im Morgentau. Caspar David Friedrich trifft Andy Warhol? Als hätte Arno Breker dazugelernt und sich mit Mies van der Rohe in ein stilistisches Gattenbett begeben! Bildende Kunst auf wahrhaft globalem Niveau. Chinas Mauer ein Kleingartengehege.

Dann das Konzert der Aufklärungs-Tornados. In elegantem Tiefflug den Kontakt mit dem scheinbar gänzlich Gegensätzlichen, dem grundsätzlich Menschlichen suchend: Welch kühne Paarung von perfekter High-Tech mit elementarer Körperlichkeit – letztere spürbar immer noch auf der Suche. Wonach? Nach Wahrheit? Die ewigen Rätsel. Sicher kein Zufall, dass zeitlich gleichsam parallel Altmeister und Musikphilosoph Karlheinz Stockhausen wie ein tiefsinnliches Echo aus der musikalischen Vorzeit sein berühmtes Hubschrauber-Quartett in Szene setzen ließ.

Theo Geißler, Herausgeber der puk

Nicht zuletzt mehr als erwähnenswert die souveräne Inszenierung der Massen-Szenen. Man meint, Stanley Kubrick in herzlicher Umarmung mit Russ Meyer auf der Regiebank bei „Ben Hur“ zu begegnen. Schwarz das Böse, latexbeschichtet, vermummt und gnadenlos. Grün die Hoffnung: mit Helmzeug wie Ritter des Lichts, silberschimmernde Schilde. Bunt das pulsierende Leben, das Vergängliche – immer wieder akzentuiert durch kleine, blutrote Spannungs-Spitzen – kulminierend in der fantasievoll-konsequenten Schlusskulisse eines gescheiterten Daseins – der Käfighaltung. Und dennoch Hoffnung alles in allem: Vor uns die vorpommerschen Herrenhäuser als Insignien der Unvergänglichkeit des Immobilen, als geschichtsträchtige Kokons für fortwährende Annäherung im Zeichen des Friedens. Und dahinter wiederum die ewige Ostsee, der Pfad in die alles vereinende Freiheit der Weltmeere. Kunst und Kultur verschmelzen mit Natur, Politik und Wirtschaft. Die Welt wird wieder heil: Documenta 2007 in Heiligendamm.

Was manch vom medialen Zynismus der Gegenwart verbrühter Persönlichkeit anhand vorstehenden Beispiels kultureller Gesamtrelevanz vielleicht etwas bräsig und ernst daherkommen mag, findet – in etwas kleinerem Rahmen aber nicht weniger überzeugend – auch im Kleid des Schäferspiels, der leichtfüßigen Komödie statt. Während Initiativen wie „Europa eine Seele geben“ oder „Europäisches Kultursignal“ aus dem beschädigten Selbstbewusstsein wenig lebenstüchtiger Kulturschaffender heraus immer noch ihre anbiedernden Jammer-Fontänen mondial zu platzieren suchen, hat die politische Realität längst auf der gut ausgeleuchteten Bühne zielorientierter Ergebnis-Präsentation ihre mehrfach überbuchte Vorstellung begonnen: Beim EU-Gipfel in Brüssel, Gesprächs-Kunst in höchster Vollendung. Raffiniert der Rückgriff auf bewährte Kultur-Techniken der europäischen Religions-Tradition:

Die Kanzlerin eröffnet einen Beichtstuhl für die individuelle Beratung, sozusagen ein Fenster in die Seelen der Protagonisten. Eine Art lockerndes Second Life für die gestressten Politiker. Analog – und wiederum der europäischen Kulturgeschichte zutiefst verpflichtet – entsteht so eine Projektionsfläche im hellenischen Geiste von Platons Höhlengleichnis, die wie ein Video-Podcast den zugelassenen Berichterstattern die Möglichkeit einer News-Distribution in die demokratischen Netzwerke erlaubt. Einziges kleines Zugeständnis an den Zeitgeist – und zugleich sympathische Metaebene für manchen Scherz, manch geistvolles Bonmot: Das mit dem Beichtgeheimnis wird nicht mehr ganz so ernst genommen. In der Teilwahrheit liegt die Würze. So konnte Tony Blair mit der Zusage, Europas Geschicke als Kulturminister künftig von der Weltraumstation ISS aus steuern zu dürfen, mancher Kompromiss abgerungen werden. Und die Kaczynski-Zwillinge knickten final ein, als Angela Merkel ihnen im Beichtstuhl als Drilling Theodore Kaczynski, auch bekannt als der „Una-Bomber“ präsentierte. Der sitzt zur Zeit für den Rest seines Lebens im Hochsicherheitsgefängnis Florence (Colorado). Wie man sieht: Dramen auf Shakespear'schem Niveau. Hochkultur im politischen Alltag.

Ähnlich beurteilt dies der Geschäftsführer der „Kulturpolitischen Gesellschaft“, Norbert Sievers in seiner Zeitschrift „Meilensteine Europäischer Kulturpolitik“ klug wertend: *„Auslöser solch ethischen Handelns ist ein werteorientierter, nicht-affirmativer Kulturbegriff, ein Qualitätsbegriff, der uns fähig machen kann für die Unterscheidung, was in der Kultur (die Kunst ist hier nicht gemeint!) erstrebenswert ist und was besser vermieden werden sollte. Daran sollte gearbeitet werden…(.) Rechte sind für höhere Werte reserviert“.*

Wie wahr, bleibt uns da nur hinzuzufügen. Zu ähnlichen Einschätzungen gelangte 1938 übrigens auch … **(+++ Ende des Beitrags +++ festgelegt vom Update-Computer des Bundesministeriums des Inneren+++)**

Theo Geißler ■

Zeichung: Dieko Müller

Impressum

politik und kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrats

Deutscher Kulturrat
Bundesgeschäftsstelle
Chausseestraße 103
10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14, Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de, E-Mail: post@kulturrat.de

Herausgeber
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

Redaktion
Olaf Zimmermann (verantwortlich), Gabriele Schulz, Andreas Kolb

Redaktionsassistenz
Stefanie Ernst

Anzeigenredaktion
Martina Wagner, Tel: 0941/945 93 35, Fax: 0941/945 93 50
E-Mail: wagner@nmz.de

Verlag
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung
Petra Pfaffenheuser, ConBrio Verlagsgesellschaft

Druck
Gießener Anzeiger Verlags GmbH und Co KG, Gießen

Erscheinungsweise
6 Ausgaben im Jahr

Preis/Abonnement
3,00 Euro, im Abonnement 18,00 Euro, incl. Porto im Jahr

Aboverwaltung/Bestellmöglichkeit:
PressUP GmbH, Postfach 70 13 11, 22013 Hamburg
Tel. 040/414 48-466
Conbrio@pressup.de

puk ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich.

Alle Ausgaben von *politik und kultur* können von der Homepage des Deutschen Kulturrates (http://www.kulturrat.de) heruntergeladen werden. Ebenso kann der kostenlose Newsletter des Deutschen Kulturrates (2-3mal die Woche) unter http://www.kulturrat.de abonniert werden.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder.

Gefördert aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

kultur·kompetenz·bildung

KONZEPTION KULTURELLE BILDUNG

Juli – August 2007 | Regelmäßige Beilage zu politik & kultur | Ausgabe 11

Foto: Barbara Seyerlein

Theater heute und die Interkulturalität

Klaus Hoffmann

Wie reagiert das Theater auf die durch Migration veränderte Gesellschaft? Der Münchner Theaterwissenschaftler Christopher Balme sieht da eine erstaunliche Parallele in seinem Beitrag „Interkulturalität wirkt in der deutschen Theaterlandschaft wie ein Fremdwort“ (in: Die Deutsche Bühne 5/ 2007): *„Die politisch-kulturell motivierte Xenophobie der deutschen Politikerkaste trifft auf eine analoge, ästhetisch begründete Gleichgültigkeit des deutschen Theaterestablishments.“* Man könnte diese Parallele fortschreiben: Wie die Politik jetzt nach fast fünfzig Jahren akzeptiert, dass Deutschland ein Zuwanderungsland ist und umfassende Bemühungen zur Integration entwickeln muss, steht auch das Theater vor der Aufgabe, diesen Wandel der Gesellschaft wahrzunehmen und seinen Beitrag zur „Kunst des Zusammenlebens“ zu leisten.

Feridun Zaimoglu ist nämlich tatsächlich eine Ausnahme auf dem Theater, mit seinem mehrfach nachgespielten Stück „Schwarze Jungfrauen“, das auf Interviews mit jungen Muslimas beruht. In Kritikerumfragen von „Theater heute“ wurde es als bestes deutschsprachiges Stück gepriesen. Es belegt, welche brisanten kreativen Potentiale in Einwanderungsgeschichten, den Differenzen der Kulturen, der Migration und in Autoren aus diesem Kontext stecken können. Es zeigt, dass so ein semi-dokumentarisches Stück sich mit der gewandelten gesellschaftlichen Realität auseinandersetzen kann und ein breites Publikum findet, ohne zum befürchteten platten „Ausländerproblemtheater“ zu werden. Aber der Erfolg zeitigte noch keine Folgen.
Zu registrieren ist: In den Spielplänen der Staats- und Stadttheater bilden interkulturelle Themen noch immer eine Ausnahme, auch wenn zu immer mehr Ensembles junge Darstellerinnen und Darsteller mit Migrationshintergrund zählen. Es fehlen aber vor allem die Autorinnen und Autoren mit Migrationshintergrund, wie es sie beispielsweise in der Film-, Literatur- und Musikszene in Deutschland gibt oder unter den türkischstämmigen Kabarettisten und Komikern mit ihrem besonderen aggressiven und zynischen Humor. Und es fehlt an Theaterleitungen, die offensiv auf solche zentralen gesellschaftlichen Themen setzen, ohne Furcht vor dem vernichtenden Vorwurf, keine „Theaterkunst“ zu machen.
Wie es außerhalb des Mainstraem-Theaters aussieht, in der Freien Theaterszene und im Kinder- und Jugendtheater wäre noch gesondert zu untersuchen. Ich vermute, dass die Beschäftigung mit den interkulturellen Themen vermehrt stattfindet, aber noch keineswegs seiner Bedeutung entsprechend präsent ist. Was aber die Publikumsdaten betrifft, tappen wir alle im Dunkeln, wie viele und welche Besucherinnen und Besucher mit Migrationshintergrund in die Theater gehen.
Auch in der Amateurtheater- und der Theaterpädagogik-Szene ist der Befund unsicher, da die Datenlage äußerst lückenhaft ist, wo und wer an solchen Aktivitäten teilnimmt . Eine Bestandsaufnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft Spiel & Theater (BAG) will nun Licht in diese Szenen bringen. Die BAG ist der Dachverband für das Amateurtheater, das Spiel und Theater der Kinder und Jugendlichen in der Schule und im außerschulischen Bereich, für Theaterpädagogik in Theatern und kulturellen Zentren sowie in der Lehre an Universitäten und Hochschulen. Mit dieser Untersuchung soll zugleich an einem dringend notwendigen Paradigmenwechsel gearbeitet werden, die durch Migration geförderte kulturelle Vielfalt nicht als Gefährdung und Belastung, sondern als Reichtum und Zukunftschance zu erkennen, zu erleben und interkulturelle Bildung zu fördern.

Die Herausforderungen

Kulturelle Vielfalt ist Realität in einer modernen Migrationsgesellschaft. Auch die Bundesrepublik Deutschland ist zunehmend eine interkulturelle Gesellschaft. In den urbanen Zentren gibt es Stadtteile mit einer vorwiegend nicht deutschstämmigen Bevölkerung, die eine eigene Kultur mitgebracht und hier in Deutschland weiterentwickelt hat. Diese Situation ist in Deutschland vielfach noch von kulturellen Missverständnissen, Ablehnung, fehlender Kommunikation und nicht selten Gewalt gekennzeichnet.

Durch die unausweichliche Begegnung mit fremden Kulturen im Alltag werden viele Menschen verunsichert. Die dauernde Erfahrung von Fremdheit stellt das eigene Selbstverständnis in Frage. Das ist gut, wenn es für das kritische Hinterfragen des eigenen Verständnisses sensibilisiert. Aber viele Menschen erfahren diese Infragestellung als Bedrohung und reagieren mit Abwehr. Wer das eigene Selbstverständnis und die eigene Lebensweise gefährdet sieht, neigt zu pauschalen Urteilen: in Europa entwickelt sich eine

→ Seite 2

Zu dieser Beilage

Einmal im Jahr wird Berlin-Kreuzberg richtig bunt. Kulturvereine aus den unterschiedlichsten Ländern laufen gemeinsam in einer langen Karawane durch Kreuzberg und zeigen, wie vielfältig Berlins Kulturlandschaft ist: von der Jemenitischen Kulturgruppe, der kroatischen Gemeinde Berlins, dem Thai Smile bis zum MANO RIVER, einer Organisation aus dem Wedding, die auf dem Karneval die Vielfältigkeit ihres Stadtteils präsentiert. Seit nunmehr 11 Jahren feiert Berlin jedes Jahr zu Pfingsten den Karneval der Kulturen. Er entwickelte sich vor dem Hintergrund der wachsenden kulturellen Vielfalt Berlins, bedingt durch die Zuwanderung von Menschen aus allen Weltregionen.

Initiiert wurde der Karneval 1996 von der „Werkstatt der Kulturen“, die in Berlin Neukölln ein Ort des Dialogs und der Begegnung von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kulturen und Religionen ist. Die Werkstatt selber versteht sich als Zentrum des wechselseitigen Kulturtransfers, sie will das künstlerische Potential der in Berlin lebenden Zuwanderer fördern, sichtbar und erlebbar machen.

Im Hinblick auf den im Juli übergebenen Nationalen Integrationsplan an Bundeskanzlerin Angela Merkel, behandelt die Beilage Kultur – Kompetenz – Bildung Fragen, wo der interkulturelle Dialog in unserem Land bereits gelebt wird und welche Rolle dabei die Kultur spielt. Wie ein solcher interkultureller Dialog aussehen kann, zeigt der alljährliche Karneval der Kulturen. Die folgende Bilderreihe zeigt Fotos des Karnevals der Kulturen 2006. Das Kostümieren und Maskieren der Akteure, die speziellen Rhythmen und Choreographien, das Darstellen der jeweiligen Bräuche und Traditionen: auf dem Karneval der Kulturen werden sie alle vereint. Hier wird sichtbar, was sich hinter dem Begriff „Kulturelle Vielfalt“ verbirgt.

DIE REDAKTION ■

Fortsetzung von Seite 1

Theater – Theaterpädagogik

Angst vor Überfremdung und in der islamischen Welt wird die westliche Welt häufig als Bedrohung der eigenen Werte und Traditionen empfunden. Das kann eine Spirale der Entdifferenzierung und der Gewalt in Gang setzen.
Oft ist die Schule der Ort der Auseinandersetzung. Kleidung, religiöse Zeichen und Symbole sind hier Gegenstand der Auseinandersetzung (Kopftuchstreit und Kruzifix).
Aber auch außerhalb der Schulmauern stehen Fragen zur Klärung, die z.T. hitzig und emotional diskutiert werden. Stellvertretend sei die Frage genannt, ob Minarette höher als Kirchtürme sein dürften oder der mit Lautsprecher übertragene Ruf des Muezzin in deutschen Städten ebenso zugelassen werden darf wie das Glockengeläut der christlichen Kirche?
In Deutschland bilden sich innerhalb der Diskussion zwei Modelle im Umgang mit Pluralität ab. Das erste fordert klar die Anpassung der Migranten an die Gebräuche und die Kultur der Mehrheitsgesellschaft. Das zweite Modell steht diesem Assimilationsdruck entgegen und hat die Freiheit von Kultur und Religion aller im Lande angesiedelten Menschen, egal ob sie der Minderheits- bzw. der Mehrheitsgesellschaft zuzurechnen sind, zum Inhalt, und zwar unter Anerkennung der "verfassungsrechtlich garantierten demokratischen Grundrechte und Werte, wie z.B. Gleichberechtigung von Mann und Frau, Meinungsfreiheit, Glaubensfreiheit und dem Recht auf individuelle Selbstverwirklichung."(Deutscher Kulturrat: Interkulturelle Bildung – eine Chance für unsere Gesellschaft).
Fakt ist, dass die mit uns lebenden und arbeitenden Migranten und deren Kinder in unserer (vermeintlich) offenen Gesellschaft überwiegend keine geistige Behausung gefunden haben und sich überwiegend ausgeschlossen fühlen. Das führt dazu, dass sich die von der Mehrheitsgesellschaft ignorierten Menschen nach anderen spirituellen Welten umsehen, die ihnen Identität und Gemeinschaft versprechen.
Für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund ist die Auseinandersetzung mit Herkunft und Religion zwingender Bestandteil ihrer Sozialisation. Bei einigen kann dieser Prozess Loyalitätskonflikte auslösen oder eine bewusste, in zeitlichen Phasen verlaufende, Abgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft nach sich ziehen. Es bedarf der Anerkennung unterschiedlicher Lebenskonzepte und Werte innerhalb der Gesellschaft, um zu verhindern, dass aus einer zeitweiligen Abgrenzung junger Menschen ein dauerhafter Ausstieg aus der Mehrheitsgesellschaft wird. Neben der Akzeptanz müssen Strukturen geschaffen werden, die Jugendliche unterstützen und ihre Teilhabechancen vergrößern.
Jugendliche mit Migrationshintergrund sind nach Einschätzung des Bundesjugendkuratoriums in der Jugendarbeit und in den Jugendverbänden unterrepräsentiert. Es existieren wenige anerkannte Selbstorganisationen in diesem Bereich. Jugendarbeit ist damit nicht der Integrationsfaktor, der er von seinem Vermögen, den Arbeitsformen und von seinem Selbstverständnis her sein könnte. Damit sind Jugendlichen mit Migrationshintergrund Erfahrungen von Selbstwirksamkeit und politischer Partizipation vorenthalten. Es wundert daher nicht, dass Angebote der außerschulischen kulturellen (und auch politischen) Bildung diese Jugendlichen häufig nicht erreichen oder gar nicht auf sie ausgerichtet sind. Es ist offenkundig, dass Ressourcen, die sich mit der Migrationserfahrung verbinden lassen, oft nicht erkannt und entsprechend nicht genutzt werden. Eine unzureichende deutsche Sprachkompetenz wird mit Mangel an Begabung gleichgesetzt. Die religiöse und kulturelle Herkunft der Jugendlichen trifft oft auf Desinteresse und Ablehnung. Ängste, Diskriminierung und Vorurteile der Mehrheitsgesellschaft münden häufig in einem Verhalten, das auf Ausgrenzung zielt. Jugendliche mit Migrationshintergrund reagieren darauf mit Rückzug und Resignation.
Der konstruktive Umgang mit sozialer und kultureller Vielfalt ist laut Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration in deutschen Bildungseinrichtungen schwach ausgeprägt. Die zur Verfügung stehenden Daten belegen in vielfacher Weise die Verknüpfung von Migrationshintergründen mit sozialer Ausgrenzung.

Ein Blick auf die Zahlen

Das Bundesjugendkuratorium hat in seiner Stellungnahme „Die Zukunft der Städte ist multiethnisch und interkulturell" zusammengefasst, dass neuere Erhebungen, die das Kriterium der Zuwanderung mindestens eines Elternteils zu Grunde legen, zu dem Ergebnis kommen, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund ein Drittel der jugendlichen Population Deutschlands insgesamt ausmachen. In den Städten Westdeutschlands kommen sie bei den 15-jährigen auf bis zu 40%.

Kulturelle Vielfalt setzt selbstbewusstes, die Differenz akzeptierendes Miteinanderumgehen mit der eigenen und den fremden Kulturen voraus und ein Wissen um Werte und Traditionen

Auch die Zahlen der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung zeigen den dringenden Handlungsbedarf, denn die Bevölkerung in Deutschland ist mit 6,7 Mio. Ausländern, 1,8 Mio. Eingebürgerten, 4,5 Mio. Aussiedlern und 1,5 Mio. Kindern aus binationalen Ehen ethnisch, kulturell und religiös vielfältiger geworden. Die Integrationsbeauftragte resümiert: „Multikulturalität ist eine Tatsache, Integration ist eine Aufgabe."
Das Jugend-Kulturbarometer 2004 des Zentrums für Kulturforschung stellt fest, dass junge Menschen mit Kulturinteressen gegenüber fremden Kulturkreisen eine große Offenheit haben: „Sie setzen sich deutlich stärker für eine bessere kulturelle Verständigung und speziell für die Förderung von Kunst aus fremden Kulturkreisen ein, auch wenn sie selbst noch nicht damit vertraut sind." Kulturaktive Jugendliche erleben offenbar, dass die Auseinandersetzung mit fremden Kulturen bereichernd für die eigene kulturelle Entwicklung ist und dazu beiträgt, unterschiedliche Wahrnehmungen und Deutungen der Wirklichkeit kennen zu lernen. Dies kann junge Menschen befähigen, die eigene Kultur und den eigenen Standort vor dem Hintergrund der globalen kulturellen Vielfalt zu reflektieren und Offenheit und Dialogfähigkeit zu entwickeln. Das ist eine zusätzliche Ermutigung mit kultureller Bildung, insbesondere mit interkulturellen theaterpädagogischen Aktivitäten in diesem Feld tätig zu werden.

Gerade Theaterpädagogik kann eine offene Wahrnehmung und ein Verhalten fördern, das auf Kreativität beruht, Neues und Emotionalität zulässt. Theater hat die Kraft, sich existentielle Erfahrungen gegenseitig mitzuteilen, Ideen und Visionen lebendig werden zu lassen und sie in Spielformen, Ritualen und Symbolen gesellschaftlich, öffentlich zu vermitteln. Alles Voraussetzungen für einen interkulturellen Dialog.

Ziele der Bestandsaufnahme

Die Erhebung der BAG Spiel + Theater soll mobilisierenden Charakter haben und in den beteiligten Verbänden, Institutionen und Initiativen die Beschäftigung mit Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund verstärken und Handlungsimpulse auslösen für Interkulturelle Theaterarbeit. Die Szenen der kulturellen Bildung im Bereich Theater sollen transparenter werden und sich gegenseitig öffnen, um die Kommunikation zu verbessern, die gegenseitigen Zugänge an der kulturellen Arbeit zu erleichtern und die Kooperationen zu erweitern. Insgesamt soll die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund an der Theaterarbeit verstärkt werden. Dabei soll es zu einem Prozess des Miteinander- und Voneinanderlernens kommen und die kulturellen Beiträge, die Migranten „mitbringen" sollen in die gemeinsame Arbeit mit schon bestehenden Theatergruppen eingebracht werden. Von den Daten erwarten wir auch Auskünfte, welcher Handlungsbedarf ist:

- für die kulturelle und sprachliche Qualifizierung von theaterpädagogischen MitarbeiterInnen,
- für die Zusammenarbeit bei interkulturellen Projekten in Ganztagsschulen,
- für die Umsetzung interkulturellen Lernens in Kindergärten,
- in der Öffentlichkeitsarbeit für interkulturelle Projekte und Produktionen aus anderen Kulturen,
- in der Zusammenarbeit mit Integrationsbeauftragten, Ausländerbeiräten,
- im Dialog zwischen Kulturverantwortlichen und interkulturellen Vereinigungen und Selbstorganisationen von Migranten,
- im Aufbau von Datenbanken und Netzwerken,
- in der Qualifizierung und Professionalisierung der interkulturellen Theaterarbeit,
- in der Förderung der kulturellen Selbstorganisationen und der Künstler und Theaterpädagogen mit Migrationshintergrund.

Wer sich an dieser Bestandsaufnahme, die vom Bildungsministerium für Bildung und Forschung gefördert wird, beteiligen will, findet den Fragebogen unter www.bag-online.de/fragebogen.htm. Oder Sie nehmen mit uns Kontakt auf, Tel. 0511- 458 17 99.

DER VERFASSER IST VORSITZENDER DER BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT SPIEL & THEATER UND STELLV. SPRECHER DES RATES FÜR DARSTELLENDE KUNST UND TANZ ■

Einwanderungsgesellschaft

Dieter Kramer

Die Galerie Migration im Historischen Museum Frankfurt

Migranten im Museum

Kultureinrichtungen sollen in ihren Programmen, ihrem Publikum und ihren Mitarbeitern die kulturelle Vielfalt der Einwanderungsgesellschaft berücksichtigen, wird immer wieder gefordert. An vielen Stellen geschieht dies bereits, und in den kulturgeschichtlichen und volkskundlich-ethnologischen Museen sind Migrationsthemen mittlerweile modisch geworden.
Einen besonderen Weg geht das Historische Museum Frankfurt am Main. Ohnehin bemüht, auch für seine zukünftige Dauerausstellung ein Konzept zu entwickeln, in dem die Stadt als Produkt von ständiger Zuwanderung seit dem Mittelalter erkennbar wird, hat es seit 2005 eine „Galerie Migration", locker gekoppelt an einen seit 2004 bestehenden permanenten Ausstellungsteil „Von Fremden zu Frankfurtern". Es ist keine Galerie im üblichen Sinne, auch wenn ästhetische Ausdrucksformen darin eine besondere Rolle spielen. Vielmehr verwendet sie das Format „Galerie" als Plattform, aktuelle oder besondere Facetten des Migrationsgeschehens hervorzuheben. Damit muss auch die Zeit der Neuorientierung des Museums mit dem seit 2005 amtierenden neuen Direktor Jan Gerchow überbrückt werden: Eine aufwändige Renovierung des aus den frühen 1970er Jahren stammenden Baues oder ein Neubau stehen zur Debatte, aber für die Zeit dazwischen will das Museum sich nicht aus der Migrationsdebatte verabschieden. In Zusammenarbeit mit dem beispielhaften Frankfurter Amt für multikulturelle Angelegenheiten gab es bisher drei Galerie-Ausstellungen (jeweils mit noch erhältlichen Broschüren) zu dem Thema, die dem besonderen Charakter der Frankfurter Zuwanderung gerecht werden.

Orhan Pamuks Frankfurt

Es begann mit der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an Orhan Pamuk 2005. Frankfurt spielt eine zentrale Nebenrolle in seinem kurz zuvor erschienenen Roman „Schnee". Der Held dieses Romans, der Schriftsteller Ka, hat lange Zeit in Frankfurt gelebt, kehrt dorthin zurück und wird hier ermordet. Das war für das Museum Grund genug, den Fotografen Heiko Arendt auf den Spuren von Ka in Frankfurt am Main fotografieren zu lassen. Die ambitionierten Fotos wurden in der Ausstellung und einer Broschüre verbunden mit Zitaten aus *Schnee* in deutscher und türkischer Sprache. Motive sind die für Ka wichtigen Wohn- und Konsumwelten, Kino und Pornoläden, aber auch um die Stadtbücherei.
Vermutlich hat Pamuk Frankfurt am Main für die „zentrale Nebenhandlung" ausgewählt, weil hier nicht nur die verschiedenen Milieus der türkischen Migration sich seit Jahrzehnten entwickelt haben, sondern weil hier Migration mit einer größeren Selbstverständlichkeit als in manchen anderen Städte Deutschlands als unentbehrlicher Teil der aktuellen Lebenswelt empfunden wird.

Foto: Jurino Reetz

Francofortesi oggi

Eine zweite Ausstellung im Jahr 2006 nannte sich *Francofortesi heute – Frankfurter oggi. Italienisch-deutsche Lebenswege* mit Fotografien von Gun-

Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

ter Klötzer und Interviews der Journalistin Paola Fabbri Lipsch. Hier stand die „biographische Methode“ im Zentrum: Die Verbindung von anspruchsvollen großformatigen Fotos und Interviewauszügen (im Text und mit Kopfhörern zugänglich) zeugen von den verschiedenen Wegen der Integration in Frankfurt am Main: sozialer Aufstieg durch Bildung und Studium, Nischenexistenz in einer fremdsprachigen Buchhandlung, Arbeitsplatz in verschiedensten Institutionen, italienischer Rentner mit Lebensmittelpunkt in der Stadt. Die biografische Methode ist nicht für alle Zwecke geeignet, aber der Vergleich mit anderen Ausstellungen zeigt ihre Vorteile: Hätte man in der laufenden Ausstellung zur DDR-Geschichte im Deutschen Historischen Museum in Berlin darauf zurückgegriffen, wäre mehr als eine Schau lose aneinander gereihter Objekt-Erzählungen daraus geworden – über die Einzelschicksale wären Strukturen erkennbar geworden.

Suzan Hijab aus Palästina

Die dritte, bis Anfang August 2007 laufende Ausstellung ist einer einzelnen Künstlerin gewidmet: Die Palästinenserin Suzan Hijab lebt seit vielen Jahren in Frankfurt. Sie kann als integriert gelten. Aber sie hat nie den Zusammenhang mit der ethnisch-kulturellen Gruppe verloren, in der sie aufgewachsen ist. Guten Gewissens kann man sie daher zur palästinensischen Diaspora zählen, deswegen erhielt die Ausstellung den Titel „Diaspora und Integration“. Nie ihre Prägung durch Islam und arabische Kultur verleugnend, steht Suzan Hijab für die Suche nach Orientierung und Beheimatung in Deutschland und erinnert mit ihrer Kunst und Biografie an das, was für Millionen heute weltweit als „Integration“ zur Aufgabe geworden ist.
Entstanden ist eine Art kleiner Werkschau, in der Wandlungen und Einflüsse erkennbar werden, mit denen sie mit hoher Professionalität und vertraut mit europäischer Kunst und Philosophie ihr Schicksal und das ihrer ethnisch-kulturellen Gruppe künstlerisch gestaltet, dabei den Ansprüchen europäischer Kunstpraxis und ihrer eigenen Lebenssituation gerecht werdend.
Dass ihre ästhetischen Ausdrucksformen dabei immer auch das Schicksal der Palästinenser, der Muslime und speziell der muslimischen Frauen begleiten, gehört für sie zum künstlerischen Projekt. Erkennbar wird dies z.B. mit ihrer Serie zur islamischen Frau, in der sie die Verbindung von kultureller Prägung und gegenwärtiger Welt in Bilderfindungen wie die der islamischen Frau auf dem Motorrad, bei der die Dynamik des Gefährtes und lange wallende Gewänder verschmelzen. In einer anderen Serie, der *Promenade der Krawatten*, karikiert sie nach den Erfahrungen ihrer beiden Ehen die Krawatte als Symbol für das Übermaß an Männlichkeit, mit dem die Männer die Frauen in der Partnerschaft übersehen.
Ungewöhnlich auch die Bildsprache in den Malereien zu *Sabra und Schatila 1982,* dem Massaker christlicher Milizen in den Palästinenserlagern. Mit dem Bild *Der Tod schützt* hat sie eine außerordentlich eindrucksvolle Metapher gefunden: Während des Tötens verbündet sich der Tod mit den Opfern: „Das Töten hat lange gedauert. Ich konnte mir das nicht anders vorstellen: Wer war mit ihnen – wer hielt sich fest an ihren Körpern, die litten und schrieen? Nur der Tod hat sie empfangen. Der Tod erlebte die ganze Zeit über den Schmerz mit ihnen, denn er kam am nächsten Tag wieder, um mit ihnen zu kommunizieren. Der Tod musste sie trösten, mit ihnen weinen, Hilfe und Schutz leisten. Er suchte sie nicht, sie liefen schreiend in seine Armen, er hing an ihnen fest, bis sie beide sich auflösten. Sie waren machtlos, schutzlos, hoffnungslos und hatten nichts, was sie anfassen konnten, nur der Tod war da, hier wurde er zum Freund und war nicht wie im wahren Leben der Feind.“
Im Jahr 1994, nach dem Osloer Vertrag, neue Hoffnungen für Palästina schöpfend und zum ersten Mal wieder in diesem Land, entsteht eine optimistische „Blaue Serie“, von der ein Tableau in dominierender Position in der Ausstellung hängt. Es war 1997 auch in Jerusalem in der *anadil gallerie jack persekian* zu sehen. Seit 1997 experimentiert sie mit dem Computer und seit 2000 mit Grafik-Programmen und setzt sich in diesem Medium mit europäischen und arabischen Kunsttraditionen auseinander.
In der Galerie Migration des Historischen Museums Frankfurt spielen ästhetische Ausdrucksformen von der Fotografie bis zu Malerei und Grafik bisher in allen bisherigen Ausstellungen eine Rolle. Bis zum Um- oder (wahrscheinlicheren) Neubau des Museums werden wohl noch einige Versuche möglich, sich mit den komplexen Mitteln eines modernen Museums dem Thema Migration abzuarbeiten/ zu nähern.

DER VERFASSER IST KULTURWISSENSCHAFTLER UND MITGLIED DER ENQUETE-KOMMISSION „KULTUR IN DEUTSCHLAND“ DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES ■

Historisches Museum Frankfurt, Galerie Migration, Saalgasse 19, 60311 Frankfurt am Main, www.historisches-museum.frankfurt.de

Heimat zwischen den Kulturen

Kristin Bäßler

Eine Studie des Instituts für Kulturpolitik

Heimat ist kein Ort, Heimat ist ein Gefühl, singt Herbert Grönemeyer. Ein Gefühl der Dazugehörigkeit, ein Gefühl der Selbstwahrnehmung. Was aber, wenn das Gefühl der eigenen Identität zwischen zwei Kulturen verweilt?

Kunst und Kultur schafft Identität und kann helfen zwischen den Kulturen eine Brücke zu schlagen. Aber Interkulturelle Kulturpolitik führt in der Bundesrepublik Deutschland leider teilweise noch ein Schattendasein. So die nüchterne Erkenntnis des Forschungsprojektes „Kulturorte als Lernorte interkultureller Kompetenzen“, das das Institut für Kulturpolitik der kulturpolitischen Gesellschaft von 2004–2006 durchführte. Ziel war es zu untersuchen, welche Kulturorte als Lernorte interkultureller Kompetenz fungieren und wie die politischen, administrativen und finanziellen Rahmenbedingungen dafür aussehen. Befragt wurden zum einen die kommunalen Kultur- und Jugendämter sowie die staatlichen Schulämter bzw. die bezirkliche Schulaufsicht. Diesen Ergebnissen wurden nun Referate und Statements zur Seite gestellt, die bei der Ende 2005 in Bonn stattgefundenen Fachtagung „Beheimatung durch Kultur“ von zahlreichen Vertretern verschiedener Kulturorganisationen vorgetragen wurden. Die Textssammlung durchleuchtet Einrichtungen und Institutionen auf gesellschaftlicher und politischer Ebene vor dem Hintergrund der Frage: Wo findet Beheimatung durch Kultur statt?

Foto: Barbara Seyerlein

Interkulturelle Arbeit der Kulturverbände

Bei dem Versuch, Kulturorte als Lernorte interkultureller Kompetenz zu etablieren, begegnen einem drei Fragen. Erstens: Wie kann der Anspruch des interkulturellen Dialogs, das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Kulturen in den kulturellen Begegnungsorten realisiert werden? Zweitens: Wie steht es um die Kulturorte als Lernorte interkultureller Kompetenz? Drittens: Wie sehen ihre Arbeit und wie ihre finanziellen Rahmenbedingungen dafür aus? Bei den einzelnen Statements der Kulturinstitutionen wird sehr deutlich, dass das Thema Interkulturelle Arbeit bereits Einzug in ihre kulturpolitische Arbeit gefunden hat. Alle sind gewillt, und tun es zum Teil schon seit Jahrzehnten, interkulturelle Begegnungen zu schaffen und interkulturelle Bildungsaspekte in ihre Arbeit mit einzubeziehen.

Potentiale der Soziokulturellen Zentren

Anders als vielleicht andere Kultureinrichtungen können die Soziokulturellen Zentren seit Jahren besondere Angebote für Besucher mit Migrationshintergrund verzeichnen. Dies liegt an der Entwicklung der Soziokulturellen Zentren, die sich seit Beginn ihrer Entstehung mit dem Thema Globalisierung auseinandergesetzt haben, so Johannes Brackmann von der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren in seinem Vortrag „Viele Heimaten – überall auf der Welt“. Solidaritätsaktionen mit so genannten „Dritte Welt Ländern“, die Gründung zivilgesellschaftlicher Netzwerke gegen Fremdenhass sowie kulturelle Veranstaltungen mit Künstlern aus der ganzen Welt gehören zur konkreten politischen und kulturellen Praxis der Soziokulturellen Zentren. Ziel ist es, eine gesellschaftliche Partizipation und eine respektvolle Integration gesellschaftlicher Gruppen herzustellen. Damit können die Soziokulturellen Zentren zumindest ansatzweise einen kulturellen Treffpunkt und einen Ort kultureller Heimat schaffen. Doch, so stellt Brackmann fest: Die Möglichkeiten der Soziokulturellen Zentren sind begrenzt, denn in den ohnehin sehr knappen Kulturetats fristet die interkulturelle Kulturarbeit noch ein mageres Schattendasein.

Potentiale der Museumspädagogik

Auch für den Bundesverband Museumspädagogik sowie für seine 720 Mitglieder gehören die interkulturelle Auseinandersetzung und die Vermittlung des „Fremden“ zur ihrer täglichen Arbeit. So fungiert die Museumspädagogik als „Mittler zwischen den Kulturen“, wie Hannelore Kunz-Ott die Interkulturelle Kulturarbeit aus Sicht des Bundesverbandes Museumspädagogik definiert. Museen können in besonderer Weise ästhetische Werte und den Zugang zu fremden Kulturen vermitteln. Demnach kommt ihnen eine besondere Stellung als Lernort interkultureller Kompetenz zu. Insbesondere Methoden zur Berücksichtigung der Menschen mit Mirgrationshintergrund wurden in der Bildungs- und Vermittlungsarbeit der Museen entwickelt. Aber auch der museumspädagogischen Arbeit sind Grenzen gesetzt und diese heißen immer wieder: Finanzen. Aus Sicht des Bundesverbandes Museumspädagogik, so Kunz-Ott, gibt es immer noch zu wenig qualifiziertes Personal und natürlich zu wenig Geld, um ihrer interkulturellen Arbeit gerecht zu werden. Selbstkritisch resümiert sie, dass die interkulturelle Arbeit innerhalb der museumspädagogischen Bildungsarbeit noch nicht den Stellenwert hat, den man sich aufgrund ihres Potentials wünschen würde. Neben den Soziokulturellen Zentren und dem Bundesverband Museumspädagogik, beschäftigen sich auch die Bundesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung, der Deutsche Musikrat oder die Jugendkunstschulen mit dem Thema der Interkulturellen Kulturarbeit. Aber nicht nur die Kulturverbände, auch die Religionsgemeinschaften engagieren sich seit langem in diesem Bereich.

Was tun die Religionsgemeinschaften?

So unterschiedlich die Perspektiven, so verschieden auch der Anspruch an eine gelingende Integrationsarbeit. Die Maßnahmen und Wünsche der Religionsgemeinschaften differieren. Während sich die evangelische und katholische Kirche seit langem um eine eigene interkulturelle Kulturpolitik bemühen, wobei sich diese primär auf eine Integrationsarbeit als auf eine interkulturelle Arbeit beschränkt, kämpft beispielsweise der Zentralrat der Muslime in Deutschland, wie es ihr Vorsitzende Ayyup Axel Köhler in seinem Beitrag schreibt, immer noch primär um eine Anerkennung als Religionsgemeinschaft, für die Einführung eines ordentlichen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen und gegen Diskriminierung. Sein Text ist insofern aufschlussreich, als er die Perspektive einnimmt, die sich mit den aus seiner Sicht nur teilweise erfolgreichen, Integrationsversuchen der „Mehrheitsgesellschaft“ gegenüber sieht. Er erklärt, dass das Erlernen der deutschen Sprache – von vielen immer noch als die Grundvoraussetzung für eine gelingende Integration angesehen – notwendig ist. Das sollte aber nicht bedeuten, dass man seine Muttersprache aufgibt. Sprache versteht er als ein Stück Heimat. „Sprache als gemeinsames Denken schafft Kulturen des Geistes und führt über die jeweils eigene Kultur hinaus.“

Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Heimat zwischen den Kulturen

Die Migratenselbstorganisationen

Eindrucksvoll schildert Ernst Strohmeyer, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Jugend aus Russland e.V., in seinem Beitrag die Situation der deutschen Jugend aus Russland. Im Namen wird schon die Ambivalenz der hier in Deutschland lebenden Russland-Deutschen sichtbar. In Russland als Faschisten beschimpft, in Deutschland als Russen stigmatisiert: Wie kann es da zu einer „homogenen Identität", geschweige denn einem Gefühl von „Heimat" kommen? Häufig sehen sich die aus Russland kommenden Jugendlichen mit drei Konflikten konfrontiert: Die Angst vor Stigmatisierung, mangelnde Kompetenz, was die Orientierung im deutschen Wertesystem angeht und fehlendes Wissen über Institutionen, die sich mit der Organisation des Lebens junger Leute aus Russland befassen. Die Deutsche Jugend aus Russland e.V. versucht diese Konflikte zu kompensieren, in dem sie jungen Menschen einen Ort der Verständigung und des Austausches bietet. Dort werden sie ermutigt, ihre kulturellen Projekte (Musik, Tanz und Bildende Kunst) interkulturell weiter zu entwickeln und damit ihre Identität zu stärken. Wichtig sei die Reflexion des eigenen kulturellen Standortes und die Entwicklung von Einfühlungsvermögen in andere kulturelle Bedeutungssysteme und Verhaltensmuster, so Strohmeyer.

Was tun die Städte?

Wenn es um good-practice-Beispiele der Städte geht, werden häufig zwei Beispiele angeführt: Nürnberg und Stuttgart. Was machen diese beiden Städte anders als andere? Nürnberg, so Jürgen Markwirth, Leiter des Amtes für Kultur und Freizeit der Stadt Nürnberg, hat eine lange Tradition im Bereich der kommunalen Integrationspolitik, was mit der Tatsache zusammenhängt, dass fast ein Drittel der Nürnberger Bevölkerung einen Migrationsintergrund hat. Seit 30 Jahren wird durch Ausländerbeiräte, Aussiedlerbeauftragte und die Einrichtungen einer referatsübergreifenden verwaltungsinternen „Koordinierungsgruppe Integration" die aktive Integrationsarbeit in Nürnberg befördert. Ziel ist es, eine Öffnung der Angebote der Kulturdienststellen für die nichtdeutsche Bevölkerung und die Notwendigkeit interkultureller Arbeit zu erzielen, um die Begegnung von Deutschen und Nichtdeutschen zu ermöglichen und ein gegenseitiges Verständnis der Kulturen herbeizuführen. Dazu gehören regelmäßige interkulturelle Angebote, Kulturimporte aus den Herkunftsländern, Förderung der Interkulturellen Szene, Beschäftigung von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund und gute Kontakte mit den Migrantenselbstorganisationen. Nürnberg will von einem bloßen Nebeneinader zu einem wirklichen interkulturellen Dialog gelangen und das u.a. mittels interkultureller Kulturarbeit. So heißt es im Leitbild des Amtes für Kultur und Freizeit (KUF), dass Einrichtungen wie Kulturläden, Tafelhallen und das „Kulturzentrum 4" beheimatet: „Wir setzen besondere Akzente bei den Themenfeldern Menschenrechte, interkulturelle Kulturarbeit und Kinderkultur". Somit ist die interkulturelle Orientierung für die verschiedenen Einrichtungen des KUF seit langem selbstverständlich.
Eine Selbstverständlichkeit zu erzielen, gehört auch zu der kommunalen Integrationspolitik der Stadt Stuttgart. Gari Pavkovic, Leiter der Stabsabteilung für Integrationspolitik der Stadt Stuttgart, berichtet in seinem Beitrag „Zur Notwendigkeit einer kommunalen Integrationspolitik am Beispiel der Stadt Stuttgart", dass es dort seit 2001 ein gesamtstädtisches Integrationskonzept gibt – ein „Bündnis für Integration". Das Ziel ist neben der Förderung der Partizipation und Chancengleichheit, Menschen unterschiedlicher Herkunft die Nutzung der kulturellen Vielfalt für die Erweiterung der persönlichen und beruflichen Kompetenzen zu ermöglichen. Die Strategien, um diese Ziele zu erreichen, sind Sprach- und Bildungsförderung in Schulen und in der Erwachsenenbildung, gesellschaftliche und politische Partizipation von Migranten und ihren Organisationen, die interkulturelle Öffnung der Institutionen und die interkulturelle Qualifizierung der Verantwortlichen vor Ort. Hier zeigt sich, dass die Kultur als Mittler für den interkulturellen Dialog taugt. Strategien und fundierte Konzepte haben aber auch in Stuttgart noch nicht Einzug in die politischen Maßnahmen und Leitlinien gefunden. Dennoch, und hier zeigt es sich wieder, dass die Praxis weiter sein kann als die Kulturpolitik selbst, gibt es bereits eine Reihe von Initiativen, die sich genau dem verschrieben haben: Kulturorte als Lernorte interkultureller Kompetenzen zu nutzen.
Ein Beispiel ist das viel erwähnte „Forum der Kulturen Stuttgart e.V.". Als Dachverband von zahlreichen Migrantenvereinen und interkulturellen Institutionen dient es der Vernetzung aller international und interkulturell arbeitenden Vereine und Institutionen in der Region rund um Stuttgart. Die Zeitschrift „Begegnung der Kulturen – Interkultur in Stuttgart", Kulturfestivals und Themenreihen tragen zur Integration sowie zur gesellschaftlichen und kulturellen Teilhabe der Migrantenbevölkerung in der Stadt am Neckar bei.

Stand der Kulturämter

Wie sehen aber die Bemühungen seitens des Staates aus? Bei der Befragung der kommunalen Kulturämter ging es zunächst darum zu klären, wie im Hinblick auf die Gemeindegröße und den Ausländeranteil die konzeptionellen Grundlagen und Finanzausstattungen und die praktische Realisierung interkultureller Projektarbeit vor Ort aussehen. Dabei kam heraus, dass nur 20 Prozent der antwortenden Städte ein ausgebautes Konzept bzw. fundierte Leitlinie im Bereich der interkulturellen Kultur und Bildungsarbeit aufweisen. Interkulturelle Kulturarbeit wird überwiegend von den Großstädten betrieben, was auch damit zusammen hängt, dass dort die Anzahl der Migranten höher ist, als in kleineren Kommunen. Obwohl viele Kommunen sich um eine eigene interkulturelle Kulturpolitik bemühen, ist diese eher praktischer Natur, als auf programmatischer Fundierung basierend. Diese praktische Kulturpolitik zeichnet sich durch allgemeine Lebenshilfen wie Sprachkurse, Ausbildungsbegleitung und Rechtsberatung aus. Kunst und Kultur als potentieller Ort des interkulturellen Austausches hingegen bleiben eher die Ausnahme. Das erklärt auch, warum die Volkshochschulen und die Bibliotheken von den Kulturverwaltungen als die klassischen Orte der interkulturellen Vermittlung angesehen werden.
Explizit künstlerische Angebote gibt es nur wenige, was auch aus der Finanznot der Kommunen zu erklären ist. 61 Prozent der befragten Städte gaben an, dass es keine gezielte Finanzierung von Projekten und Einrichtungen mit interkulturellem Profil gibt. Die Ausnahme bilden beispielsweise Köln, Hamburg oder Berlin, die über eigenständige Interkultureinrichtungen sowie entsprechende Haushaltsmittel verfügen.
Förderung von interkulturellen Angeboten ist die eine Sache, sich aber auch in den Verwaltungsstrukturen dem interkulturellen Dialog zu öffnen bzw. der gesellschaftlichen Zusammensetzung Rechnung zu tragen, eine andere. So befragte das Institut für Kulturpolitik die Kommunen auch danach, durch welche interkulturellen Maßnahmen sie interkulturelle Kompetenzen bei ihren Mitarbeitern sicherstellen. Etwa 32 Prozent der antwortenden Kulturämter machten dazu überraschenderweise gar keine Angaben. Doch auch hier bilden die Großstädte wieder die Ausnahme. Berlin beispielsweise fördert vermehrt die Einstellung geschulter türkischer Mitarbeiter, das Nürnberger Kulturreferat setzt gezielt Kulturdolmetscher ein und immer mehr Städte, wie Dortmund oder Essen, entwickeln verwaltungsinterne Partizipationskonzepte für Migranten. Obwohl die Ergebnisse noch dürftig erscheinen, gibt es eine zunehmende Sensibilisierung für eine interkulturelle Qualifizierung auf kommunaler Kulturverwaltungsebene.

Voraussetzungen der kommunalen Jugendämter

Zunächst ergaben die Untersuchungen, dass eine Interaktion zwischen den Jugend- und den Kulturämtern in Sachen Interkulturarbeit kaum stattfindet. Meist laufen die Aktivitäten nebeneinander her, ohne dass es zu wirklichen Kooperationen kommt. Während die Kulturämter wenig auf theoretische und programmatische Grundlagen im Bereich der Integrationskonzepte zurückgreifen können, haben die Untersuchungen ergeben, dass die staatlichen Jugendämter sehr wohl ein kommunales Konzept aufweisen, das die interkulturelle Arbeit mit Kindern und Jugendlichen präzisiert. Dies bezieht sich hauptsächlich im Hinblick auf die Kinder- und Jugendarbeit, die sich in den Jugendkunstschulen, Museen, soziokulturellen Zentren, Kindertagesstätten und Jugendzentren abspielen. So verfügen lediglich 28 Prozent der antwortenden Jugendämter über ein ausgearbeitetes Konzept oder Leitlinien. Allerdings ist dies die Minderheit; 70 Prozent der antwortenden Jugendämter verfügen nicht einmal darüber. Dennoch schließen die Evaluatoren daraus, dass die Jugendämter grundsätzlich „theoriefundierter" und konzeptioneller die Interkulturarbeit angehen.
Wie bei den Kulturämtern auch, sind die Großstädte in diesem Zusammenhang besser aufgestellt, als die kleineren Kommunen. Trotzdem, und das hängt mit der allgemeinen finanziellen Situation der Kommunen zusammen, gibt es auch für die meisten Jugendämter kaum einen eigenen Etat für Interkulturarbeit, obwohl das Thema „Interkulturelle Bildung" bei den Jugendämtern grundsätzlich stärker vertreten ist als bei den Kulturämtern. Dieses Phänomen wird damit erklärt, dass die Kinder- und Jugendarbeit vor allem in Verbindung mit bildungspolitischen Fragstellungen präsent ist. Welche von den Jugendämtern geförderten Strukturen erweisen sich als relevant für die interkulturelle Kinder- und Jugendarbeit? Laut der Antworten der Jugendämter sind es der Sport, das Spiel, der Tanz und die Musik. Generell wird von Seiten der Jugendämter demnach dem Tanz und den kreativen Tätigkeiten im interkulturellen Dialog eine höhere Bedeutung beigemessen, als dies bei den Kulturämtern der Fall ist. Das hängt auch damit zusammen, dass in den Einrichtungen der Jugendämter ein Kulturbegriff herrscht, der allgemein das Spielerische und Kreative favorisiert und der interkulturelle Austausch fächerübergreifend erfolgt.
Wie die Kulturämter, versuchen auch die Jugendämter durch Schulungen, Weiterbildung und die Teilnahme an „Runden Tischen", ihre interkulturellen Kompetenzen weiter auszubauen. Auffällig ist dabei, dass die Mehrheit der Jugendämter kaum den Kontakt zu Migrantenselbstorganisationen suchen.
Zusammenfassend ergaben die Befragungen, dass die Jugendämter stärker integrationsbezogen arbeiten, als die Kulturämter. Sie sind näher an ihrer Zielgruppe und finanziell und strukturell besser aufgestellt – zumindest im Vergleich zu den Kulturämtern. Dennoch mussten die Befrager feststellen, dass trotz grundsätzlicher Bemühungen und einzelner positiver Aspekte immerhin 2/3 der befragten Jugendämter weder hinreichend für das Thema interkulturelle Bildung sensibilisiert sind noch finanziell und strukturell mit dem Thema Migration angemessen umgehen.

Die Schule

Die Schule sollte der Ort sein, an dem alle Kinder erreicht werden können. Demnach müsste die Schule kulturelle Bildung und interkulturelle Kompetenzen am besten vermitteln. Was die Zielsetzung des interkulturellen Schulangebots angeht, so sind die vorherrschenden Leitgesichtspunkte immer noch die gesellschaftliche Integration, die Unterstützung des allgemeinen Lernerfolges oder die Verbesserung der kulturellen Bildung. Grundsätzlich steht die bessere Eingliederung der Migranten im Vordergrund. Und mit welchen Mitteln werden diese Ziele verfolgt? Vermehrt durch Deutschkurse und Staatsbürgerkunde – weniger durch künstlerischen-kreative Aktivitäten, so die Auswertung der Befragung. Es wird zu dem Schluss gekommen, dass das künstlerisch-kreative Potential von Kindern mit Migrationshintergrund im Schulunterricht vernachlässigt wird bzw. keine relevante integrationsfördernde Rolle spielt.
Auch bei den Schulen lässt sich zusammenfassend beobachten, dass Anspruch und Wirklichkeit noch weit auseinander liegen. Zwar wird betont, dass die Bedeutung eines interkulturellen Dialogs in der Schule wächst; das zeigen besonders die sich stetig weiterentwickelten Projektarbeiten an den Schulen. Dennoch ergaben die genaueren Untersuchungen, dass die Schule teilweise noch unzureichend mit spezifischen Lehr- und Lernangeboten auf die ethnische Vielfalt reagiert.

Auswertung der Fragebögen

Zusammenfassend hat die Studie ergeben, dass die interkulturelle Kultur- und Bildungsarbeit ein eher untergeordnetes Thema der kommunalen Kultur- und Jugendpolitik ist. Dennoch, und das sollte man nicht vergessen, spielt sich ein ganz großer Teil der kulturellen und interkulturellen Bildungsarbeit konkret in der Praxis ab, was vermuten lässt, dass konzeptionelle und kulturpolitische Reflexionen hinter der Praxis her hinke.

Was macht das Ausland?

Oft bedarf es dem Blick nach außen, um im wahrsten Sinne des Wortes ein Selbst-Verständnis für seine eigene Situation zu erzeugen. Dass die Integration von Eingewanderten nicht nur ein deutsches Thema ist, zeigt das Kapitel „Blick über die Grenzen", in dem die Autoren beschreiben, wie beispielsweise die Migrationspolitik u.a. in der Schweiz, Italien, den Niederlanden oder Dänemark verläuft. Somit richtet sich der Fokus der Textsammlung nicht nur auf die nationalen Einrichtungen und Institutionen, sondern wagt auch ein Blick über die Grenzen hinaus. Während in den meisten „alten EU-Staaten" ähnliche Rahmenbedingen in der Kulturpolitik vorherrschen, sprich sich in der Situation befinden, dass etwas im Hinblick auf die Integrationspolitik getan werden muss, zeigt sich am Beispiel Polen, dass dort die Integrationspolitik noch in den Anfängen steckt. Dies erklärt die Autorin des Beitrags Anna Sosna damit, dass Polen zu Zeiten des kommunistischen Ostblocks „jegliche Spuren der Multikulturalität verwischt hat". Erst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs kam es zum einen verstärkt zu einer Zuwanderung aus dem Osten und dem Westen. Zum anderen konnten die in Polen lebenden nationalen und ethnischen Minderheiten erst nach der Wende ihre kulturelle Identität offen zeigen und ausdrücken. Trotz bereits verabschiedeter Gesetze, wie dem Minderheitengesetz von 2005, sei das Thema Ausländer-, Immigranten- und Minderheitenfrage noch sehr gering im Bewusstsein der polnischen Bevölkerung. So befinden sich die Fragen nach „der Multikulturalität und interkulturellen Kompetenz, der gesellschaftlichen und kulturellen Integration der Immigranten am Rande der öffentlichen Diskussion und sind im Alltagsdiskurs praktisch kaum vorhanden." Die konkrete kulturpolitische Integration von Migranten und Flüchtlingen liegt vorwiegend in den Händen der polnischen NGOs wie der *Caritas Polen* oder dem *Verein der Flüchtlinge in Polen*.

Fazit

Eine abschließende Stellungnahme des Buches „Beheimatung durch Kultur" bildet der Text von Franz Kröger, der zusammen mit Emine Tutucu und Anne Schacke die Konzeption und Redaktion des Bandes übernommen hat. Darin fasst er die aus den Befragungen und Beiträgen herausgestellten Ergebnisse zusammen und bindet sie ein in einen kulturpolitischen Eckpunktekatalog, der für eine gelingende interkulturelle Kultur- und Bildungsarbeit von Nöten ist. Darin fordert er:

- die Verbesserung der kulturpolitischen Rahmenbedingungen wie u.a. die Entwicklung interkultureller Aufgabenprofile, Auflegung spezieller Förderprogramme sowie der Vernetzung von Sozial-, Bildungs- und Kulturangeboten,
- die Verankerung der Interkultur als kommunales Verwaltungs- und Politikprinzip,
- die Stärkung der Praxis interkultureller Arbeit sowie
- die Profilierung der Interkulturellen Bildung in der Schule.

Der Mehrwert der Textsammlung „Beheimatung durch Kultur" liegt ganz sicher in seiner Sammlung unterschiedlicher Perspektiven, in der die Akteure neben ihren Vorstellungen, Wünschen und Zielen auch Forderungen nach politischen Maßnahmen und veränderten Rahmenbedingungen formulieren. So wird nicht nur ein Ist-Zustand dargestellt, sondern auch das, was als Praxis bereits schon realisiert bzw. geboten scheint.

DIE VERFASSERIN IST WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Beheimatung durch Kultur. *Kulturorte als Lernorte interkultureller Kompetenz. Kulturpolitische Gesellschaft e.V. Dokumentation 66. Klartext Verlag, 2007.*

Impressum

kultur · kompetenz · bildung

kultur · kompetenz · bildung erscheint als regelmäßige Beilage zur Zeitung politik & kultur, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler

Deutscher Kulturrat
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14. Fax: 24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de
E-Mail: post@kulturrat.de

Redaktion
Olaf Zimmermann (verantwortlich),
Gabriele Schulz, Andreas Kolb
Kristin Bäßler

Verlag
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
Internet: www.conbrio.de
E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung, Layout:
ConBrio Verlagsgesellschaft
Petra Pfaffenheuser

Gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung